

Grit Jilek, Stefan Kalmring, Stefan Müller (Hrsg.)

# Von Honig und Hochschulen

Dreizehn gesellschaftskritische Interventionen

Zehntes DoktorandInnenseminar  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Manuskripte

**Rosa-Luxemburg-Stiftung**

GRIT JILEK, STEFAN KALMRING, STEFAN MÜLLER (HRSG.)

**Von Honig und Hochschulen.  
Dreizehn gesellschaftskritische Interventionen**

Zehntes DoktorandInnenseminar der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

**Karl Dietz Verlag Berlin**

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 73

ISBN 978-3-320-02125-2

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH

Druck und Verarbeitung: Mediaservice GmbH Bärendruck und Werbung

Printed in Germany

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	7
ANIKA WALKE Jüdischer Überlebenskampf und offizielle sowjetische Kriegserinnerung. Biographische Erzählungen im Kontext von kollektivem Gedächtnis und Erinnerungspolitik	10
CHRISTOPHER NSOH EU-Extra-Territorial Camps: Transit Processing Centres in Ukraine and Regional Protection Areas in Libya as Instruments for Migration Management	30
PATRICIA RENDÓN GALVÁN Die ‚anderen‘ Medien in Kolumbien	44
MATTHIAS LEANZA Die Thematisierung von Depressionen in den Printmedien – Zum Verhältnis von Gouvernamentalität und Inklusion	49
TORSTEN FELTES Die Macht der Zahlen. Anmerkungen zum Wissenschaftsverständnis unserer Zeit	84
SANDY EL BERR Vom Ökoheiligen zum Umweltzerstörer und zurück: Indigenes Wissen in der Entwicklungszusammenarbeit	94
JAMILA SMANALIEVA Honigproduktion in Deutschland und Kirgisistan	122
GRIT JILEK Jüdische Autonomie – Historische Tradition und innerjüdische Verwandlungen in der Moderne	139

JANNE MENDE	161
Antirassismus als Selbstermächtigung? Rassismus und Anti-Bias-Training aus Kritisch-Psychologischer Sicht	
STEFAN MÜLLER	181
Die (mindestens) acht Probleme der Dialektik	
STEFAN KALMRING	198
Anschlussmöglichkeiten an Marx? Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer produktiven Beschäftigung mit einem sozialphilosophischen Klassiker	
ERSIN YILDIZ	224
Zur politischen Theorie der Frankfurter Schule	
MICHAEL GEIGER	239
Naturwissenschaftsunterricht und Zivilgesellschaft	

# Vorwort

Die vorliegenden Beiträge, die anlässlich des 10. interdisziplinären Doktorand/innen-Kolloquiums der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstanden sind, wurden allesamt in kritischer Absicht verfasst. Dass sie anecken, dass sie dem Zeitgeist widerstehen, ist kein unbeabsichtigtes Ergebnis. Es gehört vielmehr zum Wesen einer kritischen Wissensproduktion, scheinbar selbstverständliches aufzubrechen, stillschweigende Voraussetzungen zu hinterfragen, das Allgemeine mit dem Konkreten zu konfrontieren und das Individuelle mit dem Universalen, minoritäre Blickwinkel eine Stimme zu geben, Irritationen zu provozieren und damit Widerspruch zu ihren eigenen Einsprüchen hervorzurufen. Tut sie das nicht, hat sie ihren Gegenstand, oder aber ihren Zugriff (noch) nicht gefunden. Ihr Beruf besteht darin, die schlechte und leider verfestigte soziale Praxis der bestehenden Gesellschaften auf verschiedenen Ebenen in der Absicht zu reflektieren, Spalten im unwohnlichen Bau der kapitalistischen Wirklichkeit zu finden, die helfen können, hinauszufinden oder ihn wenigstens fürs erste so zu verändern, dass er etwas wohnlicher wird. Kritische Wissenschaft kollidiert folglich mit den Interessen all jener, die beharrlich am bestehenden Zustand der Welt festhalten. Der versachlichte Mechanismus kapitalistischer Ökonomien drängt zur Anpassung und Selbstverleugnung. Kein Wunder also, dass eine emanzipativ gesinnte Wissenschaft nur zu oft nicht nur von denen als unangebracht abgetan wird, die unmittelbar von den bestehenden Verhältnissen profitieren, sondern auch von jenen, die unter ihnen leiden.

Was uns auch immer die Vertreter/innen eines immer noch dominierenden Neoliberalismus glauben machen wollen, Anlässe für Gesellschaftskritik gibt es zuhauf. Phänomene sozialer Ausgrenzung, eine verfestigte Massen- und Dauerarbeitslosigkeit, autoritärstaatliche Tendenzen und ökologischer Verwerfungen sind genauso zu nennen, wie Geschlechterdiskriminierungen, ein virulenter Rassismus und Antisemitismus oder auch die Abkopplung ganzer Weltregionen aus dem Weltmarkt. Angesichts solcher Problematiken kann es sich Kritik nicht leisten, selbstgenügsam zu sein. Sie will und muss praktisch werden. Die Zeiten, in denen jedoch die Frankfurter Schule oder auch die

Kritik der Politischen Ökonomie ein bevorzugtes Anrecht auf die Formulierung der Kritik und der an sie anschließenden Praxis hatten, scheinen jedoch mehr oder weniger vorbei zu sein – eine angemessene Aktualisierung, wie sie in einigen Beiträgen des vorliegenden Bandes versucht wird, ist deshalb umso notwendiger. Darüber hinaus werden unterschiedliche Ansätze herangezogen, um sie auf unterschiedlichen Feldern mit scharfer Klinge und spitzer Feder zur Geltung kommen zu lassen. Der Verlust des Übergewichts der ehemals dominierenden Ansätze muss dabei kein Mangel sein. Werden verschiedene Hebel an verschiedenen Stellen angesetzt, so gelingt es vielleicht eher, aus dem versteinerten Gehäuse ein paar Brocken herauszubereiten. Vielfalt in den Themen und Ansätzen ist als eine Stärke, nicht als Schwäche zu begreifen.

Sowenig ein Mangel an Anlässen für kritische Interventionen besteht, so prekär sind gegenwärtig die Bedingungen für ihre Artikulation, gerade auch an den Universitäten. Nicht nur die Vertreter/innen des alten ML, sondern auch jene kritischer und innovativer Ansätze sind nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern mit einem Federstrich aus den Universitäten entfernt worden. In Westdeutschland geht die im Zuge der Protestbewegung der 1960er Jahre an die Universitäten gespülte Generation der Hochschullehrer/innen mehr oder weniger geschlossen in Pension, ohne dass sie in größerem Umfang einen entsprechenden Nachwuchs im universitären Betrieb hätte platzieren können. Die in den letzten Jahren vorgenommenen Kürzungen im Bildungsbereich wurden gleich auch dazu genutzt, kritische Positionen weiter zu marginalisieren. Es gibt mittlerweile ganze sozialwissenschaftliche Fachbereiche und Institute, in denen der Neoliberalismus ganz ohne Gegenpositionen waltet. Aber schlimmer noch. Die im letzten Jahrzehnt durchgeführten Hochschulreformen, die Etablierung der Master- und Bachelor-Studiengänge, die Einführung von Studiengebühren, die Elite-Initiativen und die zunehmende Wettbewerbsorientierung der Universitäten haben die Freiräume in Forschung und Lehre extrem eingeengt. So wichtig der gegenhegemoniale Kampf um das universitäre Feld in den nächsten Jahren auch sein wird, der "log-in Effekt", den der Neoliberalismus für sich verbuchen konnte, wird nur schwer wieder rückgängig zu machen sein. Umso wichtiger ist es, eine kritische Wissensproduktion trotz einer mangelhaften Ausstattung mit Ressourcen auch außerhalb der Universitäten zu organisieren. Die RLS kann und wird hier eine wichtige impulsgebende Institution sein, indem sie bei der Neuorganisation einer kritischen Bildungsarbeit, wie einer kritischen Wissenschaft, unterstützend wirkt. Die Aufgabe ist groß und

scheint manchmal kaum zu bewältigen, dennoch muss sie angegangen werden.

Wir danken allen, die an der Entstehung des Sammelbandes mitgewirkt haben, dem Studienwerk der RLS, den Mitarbeiter/innen des Dietz-Verlags, den Autor/innen und auch den Dozent/innen, die renitent-beharrlich immer noch kritische Dissertationsprojekte betreuen.

Grit Jilek, Stefan Kalmring & Stefan Müller

# **Jüdischer Überlebenskampf und offizielle sowjetische Kriegserinnerung**

## Biographische Erzählungen im Kontext von kollektivem Gedächtnis und Erinnerungspolitik

ANIKA WALKE

Ich werde im Folgenden einige Überlegungen vorstellen, die ich im Zuge der Entwicklung von methodologischen und theoretischen Zugängen für mein Promotionsvorhaben anstelle. Im Rahmen der Dissertation beschäftige ich mich mit den Erinnerungen jüdischer Überlebender in der Sowjetunion und der Verortung ihrer Erinnerungen im kollektiven sowjetischen Gedächtnis. Grundlage der Arbeit sind biographisch-narrative Interviews<sup>1</sup> mit Frauen und Männern, die ich seit dem Jahr 2001 getroffen habe. Für die Analyse dieser Selbstrepräsentationen greife ich auf eine Kombination von Methoden der Biographieforschung sowie der Diskursforschung zurück. Dadurch wird es mir möglich, die Wechselwirkungen zwischen individuellen und kollektiven Erinnerungspräsentationen zu erfassen und die zugrunde liegenden Dynamiken zu verstehen.

### **1. „Unbekannte“ Geschichte**

In Minsk befindet sich am Tor einer ehemaligen Fabrik ein Gedenkrelief, auf dem die Köpfe dreier Menschen und ihre in den Himmel gereckten Fäuste abgebildet sind. Zwei Männer und, in der Mitte, eine Frau sehen ernst den Betrachtenden entgegen, im unteren Teil des Reliefs befindet sich ein Schriftfeld. Darauf steht: „Hier richteten die Faschisten am 26. Oktober 1941 die sowjetischen Patrioten K.I. Trus', W.I. €rbazewi€ und eine junge Frau (Name unbekannt) hin.“

---

<sup>1</sup> Zur Methode vgl. Breckner, Roswitha, Von den Zeitzeugen zu den Biographen. Methoden der Erhebung und Auswertung lebensgeschichtlicher Interviews. In: Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte: Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte. Hrsg. von Berliner Geschichtswerkstatt, Münster 1994, 199–222; Lamnek, Siegfried, Qualitative Sozialforschung, Bd. 2: Methoden und Techniken, Weinheim 1995.

Die beiden Männer und die junge Frau hatten sowjetischen Kriegsgefangenen zur Flucht in die Wälder um Minsk verholfen. Am 26. Oktober 1941 wurden zahlreiche Personen öffentlich von den deutschen Besatzern hingerichtet, um der Minsker Bevölkerung die möglichen Konsequenzen von Widerstand oder Sabotage vor Augen zu führen.

Elena Askarewna Drapkina erzählte mir während des Interviews von ihrer Freundin Maša Bruskina. Maša Bruskina ist die junge Frau, die auf dem soeben gezeigten Denkmal als „unbekannt“ gilt. Elena und Maša waren zusammen in Minsk zur Schule gegangen, hatten die Freizeit gemeinsam verbracht. Als im Juli 1941 in Minsk ein Ghetto eingerichtet wurde, verloren sich die beiden Freundinnen aus den Augen. 1961 besuchte Elena Askarewna das Museum des Großen Vaterländischen Krieges in Minsk und erschrak:

„Da hing ein großes Bild, und da war Maša drauf, neben ihr zwei Männer. [...] Und da stand der Name des einen Mannes und der Name des zweiten, aber unter Maša stand ‚Unbekannte‘. Verstehen Sie? Von wegen unbekannt! Ich schaue das an – Maša! Ich bin sofort zur Museumsleitung gegangen und habe gesagt, dass die ‚Unbekannte‘ Maša Bruskina ist. Und da haben sie mir geantwortet: ‚Komisch, dass immer nur das eine Volk sie erkennt.‘ Aber das ist doch logisch, dass man sich erkennt, wir Juden, sie war ja in der gleichen Schule gewesen.“

In den folgenden Jahren bezeugten mehrere Menschen, dass auf dem Bild Maša Bruskina abgebildet sei, an der Ausstellung wurde jedoch nichts geändert. Als ich im Oktober 2002 erstmals das Museum besuchte, ist Maša Bruskina noch immer „Unbekannt“.

Wir sehen, dass Elena Drapkina etwas erzählt, was der von offizieller, staatlicher Seite sanktionierten Darstellung eines historischen Ereignisses widerspricht – sie gibt ihr, im doppelten Sinne, einen Namen. Ihre Erinnerungen gehen über das hinaus, was im öffentlichen Gedächtnis festgehalten wird. Zugleich berichtet sie von der Konfrontation dieser verschiedenen Versionen, dem offenen Konflikt. Wie kommt dieser Widerspruch zustande? Welche Mechanismen wirken hier? Im vorliegenden Text möchte ich ein Modell zur Untersuchung dieser Fragen vorstellen. Der Fokus meiner Darstellung liegt dabei auf der Rekonstruktion des überindividuellen Interpretationszu-

sammenhanges, die bei der Rekonstruktion von Lebensgeschichten durchzuführen ist.<sup>2</sup>

Die interviewten Personen zeichnen ein Bild von der Vergangenheit, sie erinnern sich. Sie übermitteln diese Erinnerungen kommunikativ, tradieren mündlich Erfahrungen, Wahrnehmungen, Deutungen.<sup>3</sup> Sie unterliegen dabei aber dem Einfluss kollektiver Deutungen der Vergangenheit: „Die Konstruktion der Erinnerung ist eingebunden in ein Interpretationsschema, dessen Bedeutungssemantik zu hinterfragen“<sup>4</sup> ist, wie Lev Gudkov einleitend zu einer Analyse der kollektiven sowjetischen Erinnerung formuliert. An dieser Stelle kommt die Diskursanalyse als Methode ins Spiel, der ich mich hier zuwenden möchte. Der zentrale Diskurs, der untersucht werden soll, ist derjenige, der das kollektive Gedächtnis des Großen Vaterländischen Krieges formt und innerhalb dessen die Lebensgeschichten zu verorten sind.<sup>5</sup> Ich werde zusätzlich auf Verschränkungen mit anderen Diskursen hinweisen.

## 2. Kollektives Gedächtnis und Erinnerung

Folgen wir Maurice Halbwachs, so müssen kollektive Gedächtnisse untersucht werden auf ihre sozialen Bedingungen, d.h. wir müssen reflektieren über folgende Fragen:

- Welche Institution/ Gruppe/ welches Milieu bewahrt welche Vergangenheit auf?
- Wie wird die Vergangenheit aufbewahrt?
- Welche Symbole, welche technischen Mittel werden dazu benutzt?

---

<sup>2</sup> In der Biographieforschung wird davon ausgegangen, dass *erlebte* und *erzählte* Lebensgeschichte nicht übereinstimmen, sondern differieren (können). Im Sinne einer Rekonstruktion des erlebten Lebens sollen dann die entscheidenden Einflüsse auf die Konstruktion der Erzählung nachvollzogen werden. Vgl. Rosenthal, Gabriele, *Erlebte und erzählte Lebensgeschichte: Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen*, Frankfurt/M. 1995.

<sup>3</sup> Biographische Forschung leistet damit einen Beitrag zur Dokumentation und Erforschung des kommunikativen Gedächtnisses. Im Ansatz der *oral history* wird dies genutzt, um Beschreibungen von Vergangenheit aufzuzeichnen, die der Forschung bisher entgangen bzw. nicht erfassbar sind, weil sie keine materiellen Zeugnisse hinterlassen haben. Vgl. hierzu Wierling, Dorothee, *Disziplinäre Perspektiven – Geschichte*. In: *Handbuch qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*. Hrsg. von Uwe Flick, Weinheim 1995, 47–52.

<sup>4</sup> Gudkov, Lev, *Die Fesseln des Sieges. Rußlands Identität aus der Erinnerung an den Krieg*. In: *Osteuropa*, 55. Jg. (2005), H. 4–6, 58.

<sup>5</sup> Bettina Völter hat in ihre Studie zur Familienerinnerung in jüdischen Familien in der DDR aufgezeigt, wie ein vorherrschender Erinnerungsdiskurs – der antifaschistische – autobiographische Zeugnisse beeinflusst hat. Sie belegt eindrücklich, dass die Erinnerung an Erfahrungen, die ausschließlich von Jüdinnen oder Juden gemacht wurden, nicht thematisiert wurden und zeichnet die Verdrängungsmechanismen nach. Vgl. Völter, Bettina, *Judentum und Kommunismus. Deutsche Familiengeschichten in drei Generationen*, Opladen 2003.

Diese Fragen stellen sich insbesondere deshalb, weil kollektives Gedächtnis nicht die Summe individueller Erinnerung und konkreter Details des Geschehenen ist, sondern vielmehr eine „*Rekonstruktion* historischer Prozesse und Ereignisse, deren Funktion entweder mit den Ritualen kollektiver (nationaler oder Gruppen-) Solidarität zusammenhängt oder mit einer Darlegung kollektiver Mythen und Ideologeme, die dazu dienen, bestimmte soziale Institutionen und Praktiken oder politische Handlungen zu legitimieren.“<sup>6</sup> Kollektives Gedächtnis dient der Konstruktion einer gemeinsamen Identität: Forschungen zum Nationalismus belegen, dass die Vorstellung eines gemeinsamen Ursprungs, einer gemeinsamen Geschichte „zur Quelle des Gefühls nationaler Identität“<sup>7</sup> wird, die eine gemeinsame Gegenwart und Zukunft impliziert.<sup>8</sup> Je nachdem, welche Identität bevorzugt wird, wird ein spezifisches Bild der Vergangenheit etabliert. Diese Durchsetzung einer spezifischen Rekonstruktion historischer Prozesse ließe sich als Erinnerungspolitik fassen – die machtgesicherte und durch Institutionen gestützte Verbreitung spezifischen Wissens über die Vergangenheit, die Festlegung, welche Erinnerungen als die legitimen anzusehen sind.

Gerade diese Tendenz, die Vergangenheit als Legitimationsgrundlage für staatliches Handeln zu nutzen, ist in Bezug auf die Sowjetunion und die Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg offensichtlich: Das Selbstverständnis des Staates bestand im Optimismus, die sozialistische Idee und die Idee eines idealen Sowjetvolkes zu verwirklichen. Der konkrete Sieg über das faschistische deutsche Regime, das in brutaler Weise die Bevölkerung ausgebeutet und ermordet hatte, verlieh den Machthabern Autorität und Legitimation. Der Sieg wies dem Tod ungezählter Menschen einen Sinn zu.<sup>9</sup> Der Große Vaterländische Krieg hatte das Leben der sowjetischen Bevölkerung jedoch nachhaltig und zumeist negativ beeinflusst: 27 Millionen tote Menschen und nahezu unbezifferbare materielle Verluste hatten ihre Spuren hinterlassen. Vergessen ließen sich diese Erfahrungen nicht, und so müssen wir danach fragen wie es gelingen konnte, ein staatlich sanktioniertes Gedächtnis zu schaffen, das diesen Erinnerungen keinen Raum gab, und was

---

<sup>6</sup> Gudkov, a.a.O. (s. Anm. 4), 59.

<sup>7</sup> Ferretti, Maria, Unversöhnliche Erinnerung. Krieg, Stalinismus und die Schatten des Patriotismus. In: Osteuropa, 55. Jg. (2005), H. 4–6, 46.

<sup>8</sup> Vgl. bspw. Anderson, Benedict, Die Erfindung der Nation: Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt/M. 1996 (1995); Gellner, Ernest, Nationalismus und Moderne, Hamburg 1995.

<sup>9</sup> Vgl. Arnold, Sabine, Generationenfolge. Gedanken zum sowjetischen Kriegsgedenken und Geschichtsbild. In: „Wir sind die Herren dieses Landes.“ Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion. Hrsg. von Babette Quinkert, Hamburg 2002, 194.

mit denjenigen Erinnerungen geschehen ist, die nicht der ideologisch gestützten Identitätskonstruktion entsprachen.

Zu betrachten gilt es also die diskursiven Prozesse, in deren Ergebnis eine spezifische Darstellung Hegemonie erlangen konnte. Unter „Diskurs“ ist dabei eine Menge von Aussagen zu verstehen, die einem gleichen Formations-system angehören bzw. „Praktiken ...“, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen.“<sup>10</sup> Zu beobachten sind die Art und Weise der Darstellung eines Gegenstandsbereiches, d.h. die Sammlung und Verarbeitung spezifischen „Wissens über die Vergangenheit“. Entscheidend ist dabei nicht die Form der Aussage, auch symbolische Vermittlungen wie z.B. Dinge, Bilder, Handlungen sind zu berücksichtigen und auf ihre Bedeutung hin zu analysieren.<sup>11</sup> Diskurse „haben als gesellschaftliches Wissen, das in Texten [...], biographischen Erzählungen, Denkmälern, Symboliken sowie in Interpretationen von Zeichen, Schlussfolgerungen, Statistiken, Fragebögen oder auch Institutionen geronnen ist, eine materielle Existenz und wirken in hohem Maße politisch.“<sup>12</sup>

Analysen des Diskurses haben dann die Art der Aussagen, die Regeln des Diskurses in den Blick zu nehmen. Es geht darum, das Sagbare und die „Grenzen des Sagbaren“ festzustellen<sup>13</sup>, den „Prozeduren“ der Diskurskontrolle<sup>14</sup> auf die Spur zu kommen. Im konkreten Fall geht es also darum, eine kollektiv als gültig erachtete Denk- und Redeweise in Bezug auf den Großen Vaterländischen Krieg zu rekonstruieren und festzustellen, welche Erinnerungen dort als die „richtigen/ legitimen“ erachtet wurden.

### **3. Kommunikationssphären in der Sowjetunion**

Ein solches Vorhaben muss spezifische Bedingungen für den sozialen Diskurs in der Sowjetunion in Betracht ziehen, die ich hier kurz skizzieren möchte. Das ideologische Fundament des Staates bestand in der Behauptung, die sozialistische Idee in Realität umgesetzt und verschiedene Völker zu ei-

---

<sup>10</sup> Foucault, Michel, Archäologie des Wissens, Frankfurt/ M. 2003a (1973), 74.

<sup>11</sup> Vgl. Martschukat, Jürgen, Diskurse und Gewalt: Wege zu einer Geschichte der Todesstrafe im 18. und 19. Jahrhundert. In: Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. Hrsg. von Reiner Keller, Opladen 2004, 71.

<sup>12</sup> Völter, a.a.O. (s. Anm. 5), 39.

<sup>13</sup> Jäger, Siegfried, Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Hrsg. von Rainer Keller, Opladen 2001, 83.

<sup>14</sup> Foucault, Michel, Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt/M. 2003b (1972), 11.

nem Volk, dem Sowjetvolk, vereinigt zu haben. Der sowjetische Staat war jedoch nicht in der Lage, ausreichend Ressourcen zur Befriedigung grundlegender Bedürfnisse bereitzustellen. Zusätzlich bestanden latente Spannungen und Hierarchien zwischen verschiedenen Nationalitäten. Um die Legitimationsbasis aufrechtzuerhalten, musste die herrschende Elite zahlreiche repressive Maßnahmen ergreifen. Die Beschränkung des öffentlichen Diskurses war zentrales Mittel zur Herrschaftssicherung: kommuniziert werden durfte nur das, was dem Idealbild der Sowjetunion als von Gleichheit geprägter Vielvölkereinheit entsprach. Die Thematisierung zum Beispiel der Mangelversorgung oder abweichende politische Meinungen wurden unterdrückt. Gespräche und Diskussionen solchen Gehalts konnten höchstens im engsten privaten Rahmen geführt werden.

Ausgehend von Erfahrungen, die ForscherInnen bei der Analyse von aktuellen narrativen oder biographischen Interviews in den 1990er Jahren machten, diskutieren Ingrid Oswald und Viktor Voronkov die Existenz und Konsequenzen separierter Kommunikationssphären in der Sowjetunion. Eine erhöhte Sensibilität der Bürgerinnen und Bürger dafür, was sie wem erzählen dürfen, schien viele Interviews zu charakterisieren. In zahlreichen Interviews wurden Informationen gegeben, die „bereits sanktionierten Meinungen zum Thema“ entsprachen und gleichsam belehrend wirkten, den InterviewerInnen aber kaum persönliche biographische Erzählungen offenbarten.<sup>15</sup> Dies blieb bzw. bleibt Personen vorbehalten, die dem eigenen Nahbereich zugeordnet werden, also ein besonderes Maß an Vertrauen genießen – im Unterschied zu „fremden“ WissenschaftlerInnen. Oswald und Voronkov führen dies im Anschluss an die Forschung zu den öffentlichen Sphären in der Sowjetunion zurück auf die Existenz von getrennten Kommunikationsräumen, deren Grenzen und Regeln von den BürgerInnen der Sowjetunion zu lernen waren und offenbar auch noch in der postsowjetischen Gesellschaft nicht als bedeutungslos erachtet werden.

Eine Analyse der Kommunikationsbedingungen in der Sowjetunion weist auf ein grundlegend anderes Konzept der öffentlichen Sphäre als in westlichen bürgerlichen Gesellschaften hin. In diesen, so die Annahme, versammeln sich Subjekte, um private Interessen öffentlich zu artikulieren und dadurch politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Ein solches Verständnis stand der politischen Struktur des sowjetischen Staates entgegen: Die Kommunikation in der Sphäre der offiziellen Öffentlichkeit unterlag staatlicher

---

<sup>15</sup> Oswald, Ingrid/ Viktor Voronkov, Licht an, Licht aus! „Öffentlichkeit“ in der (post-)sowjetischen Gesellschaft. In: Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs: Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten. Hrsg. von Rittersporn, Gábor T. u.a., Frankfurt/M. 2003, 43.

Kontrolle und Repression. Es galt gesetztes Recht, auf dessen Grundlage kritische oder (vorgeblich) antistaatliche Äußerungen und Handlungen verfolgt wurden. Ziel der Kontrollmechanismen war, so Oswald/ Voronkov, die Sicherung der „Illusion eines idealen Volkes,“ innerhalb dessen es keine Differenzen oder Konflikte gab. Eine Privatsphäre wie sie in bürgerlichen Gesellschaften existiert, gab es in dieser Form nicht, die Ideologie des kollektiven Lebens stand dem Schutz privater Räume entgegen und der Repressionsapparat intervenierte regelmäßig in das Privatleben.

Den AutorInnen zufolge gibt es noch eine weitere Differenz im Hinblick auf die Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatem, durch die sich die Sowjetunion von westlichen Staaten unterschied. Die Grenze zwischen diesen beiden Sphären, so argumentieren sie, verlief entlang der Trennung zwischen Räumen, die durch die Gültigkeit grundsätzlich verschiedener Regeln und Gesetze markiert waren. Während die offizielle Öffentlichkeit den Regelungen staatlicher Gesetze und dem staatlichen Repressionsapparat unterworfen war, folgte das Leben im Alltag den Regeln eines Gewohnheitsrechts – nicht zuletzt im Ergebnis der Notwendigkeit, angesichts des permanenten Mangels informelle Beziehungen zu nutzen, um dringende Bedürfnisse zu erfüllen.

Dieser Bereich sozialen Lebens entsprach jedoch nicht der Privatsphäre – eher könne dieser Bereich als „privat-öffentlich“ gekennzeichnet werden, so Oswald/Voronkov.<sup>16</sup> In den ersten Jahren der Sowjetunion existierte überhaupt kein privater Bereich, der besonderen Schutz verdient hätte. Lebensformen wie die in den *kommunalkas* (Kollektivwohnungen) waren gekennzeichnet von Sichtbarkeit und sozialer Kontrolle des Privatlebens. Intime Details mussten auch vor dieser halb-öffentlichen Kontrolle versteckt gehalten werden und fanden ihren Artikulationsraum in der eng umrissenen Privatsphäre. Wollen wir also den öffentlichen Diskurs in der Sowjetunion analysieren und diesem Modell gerecht werden, müssen wir drei verschiedene Sphären der Kommunikation in Betracht ziehen.

Nach dem Tod Stalins 1953 und dem darauf folgenden nachlassenden Kontrolldruck konnte sich eine privat-öffentliche Sphäre entwickeln: „Aus einem Nukleus, der zunächst einer kleinen Ausstülpung der Privatsphäre glich,“ entstanden Teilräume mit öffentlichen Zügen.<sup>17</sup> In dieser Sphäre – lokalisiert nicht zuletzt in der Küche der *Intelligencija* – konnte praktisch alles diskutiert werden, da dieser Raum kaum von offizieller Seite kontrolliert wurde bzw. zumindest immer weniger kontrolliert werden konnte. Diese „zweite

---

<sup>16</sup> Ebd., 46.

<sup>17</sup> Ebd.

Öffentlichkeit“ war geprägt von vertrauensvollen Beziehungen, doch auch hier bestanden Regeln in Bezug auf das, was artikuliert werden konnte und was nicht. Während die Grenze zwischen öffentlich-privater und privater Sphäre recht durchlässig war, bestand zwischen offizieller Öffentlichkeit, in der Bestandssicherung für die herrschende Ideologie betrieben wurde, und Halb-Öffentlichkeit eine scharfe Trennlinie: „Was in der einen Sphäre gesagt werden durfte, hatte keine Geltung in der anderen – ein Phänomen, das in der Publizistik oft als Verdopplung der Kommunikationsstandards beschrieben wird und zu der *sozialen Schizophrenie* des *homo sovieticus* führte.“<sup>18</sup>

Nehmen wir die diskursive Konstruktion kollektiver Erinnerung in der Sowjetunion in den Blick, müssen die hier benannten unterschiedlichen Standards, im konkreten Fall solche für die Kommunikation über die Vergangenheit, berücksichtigt werden: Das staatlich gestützte Bild vom Großen Vaterländischen Krieg widersprach in vielen Aspekten den Erfahrungen der Bevölkerung, von KriegsteilnehmerInnen und Überlebenden; zwischen dem Reden über den Krieg in der offiziell-öffentlichen Sphäre und demjenigen in der privat-öffentlichen bzw. privaten klaffte eine große Lücke.<sup>19</sup>

Ich gehe nun davon aus, dass dieser soziale Raum, innerhalb dessen Erinnerungen thematisiert werden konnten, die der offiziellen Vergangenheitsrepräsentation widersprachen, einbezogen werden muss in eine Analyse der kollektiven Rahmung individuellen Gedächtnisses. Suchen wir also nach dem sozialen Rahmen, den Maurice Halbwachs als Grundbedingung für die Entstehung und Sicherung individuellen Erinnerns genannt hatte,<sup>20</sup> müssen wir uns drei Diskursen zuwenden, schließlich bewegten sich die Erzählenden als soziale Wesen in allen drei Sphären. Staatliche Institutionen (gesetztes Recht), soziale Beziehungen und das soziale Umfeld (Alltagsnormen, Gewohnheitsrecht) und engstes persönliches Umfeld (Intimität) prägten ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wie ihre individuelle Konstruktion der Erinnerung. Zu klären sind dann die Strukturen der öffentlichen, der privat-öffentlichen und der privaten Sphären im Hinblick auf die Erinnerung an die Vergangenheit: Welche Kräfte formten diese Strukturen und in welcher Weise, welche Grenzen bestanden hier für die Darstellung der vergangenen Erfahrungen, was wurde erinnert und warum?

---

<sup>18</sup> Ebd., 45 (Hervorhebung. i.O.).

<sup>19</sup> Zu fragen wäre hierbei, ob sich tatsächlich Illusion und Wahrhaftigkeit gegenüber stehen – eine Konfrontation wie sie Micha Brumlik als charakteristisch für menschlichen Vergangenheitsbezug, ob individuell oder kollektiv, feststellt. Vgl. Brumlik, Micha, Individuelle Erinnerung – kollektive Erinnerung. Psychosoziale Konstitutionsbedingungen des erinnernden Subjekts. In: Erlebnis – Gedächtnis – Sinn. Authentische und konstruierte Erinnerung. Hrsg. von Loewy, Hanno / Bernd Moltmann, Frankfurt/M. 1996, 34.

<sup>20</sup> Vgl. Halbwachs, Maurice, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Stuttgart 1966 (1925).

Ausgehend von vorläufigen Analysen meiner Quellen, d.h. insbesondere der Interviews, nehme ich an, dass die „nicht-siegreichen“ Erinnerungen in informellen Zusammenhängen artikuliert werden konnten: dort, wo sich Personen mit gleichen Erfahrungshintergründen versammelten, in Institutionen, die vorrangig von oder für solche(n) Personen gebildet wurden und teilweise im halb-legalen Bereich existierten. In diesen Zusammenkünften zum Beispiel von jüdischen Überlebenden, KriegsveteranInnen oder PartisanInnen, aber auch in ausgeweiteten Freundes- oder Familienkreisen konnten anderweitig unerwünschte Erinnerungen an bestimmte Erlebnisse aufgerufen werden.

Wichtig ist an dieser Stelle die von Jan Assmann formulierte Differenzierung von *kulturellem* und *kommunikativem* Gedächtnis, die beide Teile des kollektiven Gedächtnisses seien. Während das eine institutionell und rekonstruktiv sei, bestimmten Interessen folge, sei das andere gebunden an lebendige Trägerinnen oder Träger, die eigene Erfahrungen weitergeben können und sich dabei nicht zwangsläufig partikularen Interessen beugen.<sup>21</sup> Die kommunizierten Erinnerungen können dabei über das kulturell verbreitete Wissen hinausweisen. Sie verweisen damit auf die Pluralität des Diskurses, spiegeln dasjenige wider, was keine hegemoniale Geltung erlangt hat.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion in den frühen 1990er Jahren fielen zahlreiche Beschränkungen des sozialen Diskurses, die staatliche Kontrolle des Diskurses verlor (zumindest zeitweilig) an Bedeutung. Themen, die bisher nur in den geschützten halb-öffentlichen oder privaten Räumen artikuliert werden konnten, erlangten öffentliche Aufmerksamkeit. Gleichzeitig verlor die Idee des einigen Sowjetvolkes an ideologischer wie realer Überzeugungskraft, als mehrere Sowjetrepubliken ihre staatliche Unabhängigkeit erklärten. Ethnizität erlangte zunehmend Bedeutung als politische und Kategorie der Selbst-Identifikation, wogegen eine Identität die auf internationalistischen Ideen begründet war, kaum noch zu halten war.<sup>22</sup> Die Konsequenzen dieser Veränderungen, insbesondere deren Bedeutung für die Formierung des sozialen Diskurses, müssen noch analysiert werden.

---

<sup>21</sup> Vgl. Assmann, Jan, *Erinnern, um dazuzugehören. Kulturelles Gedächtnis, Zugehörigkeitsstruktur und normative Vergangenheit*. In: *Generation und Gedächtnis. Erinnerung und kollektive Identitäten*. Hrsg. von Kristin Platt und Mihran Dabag, Opladen 1995, 51–75.

<sup>22</sup> Siehe hierzu beispielsweise: Kalacheva, Olga/ Olga Karpenko, „Leben im Zustand der Wahl?“ Die Ambivalenz der ethnischen Identitätsbildung bei russischen Juden. In: *Post-sowjetische Ethnizitäten. Ethnische Gemeinden in St. Petersburg und Berlin/ Potsdam*. Hrsg. von Oswald, Ingrid/ Viktor Voronkov. Berlin 1997, 38–54; Voronkov, Viktor/ Elena Chikadze, Different generations of Leningrad Jews in the context of public/private division: Paradoxes of ethnicity. In: *Biographical research in Eastern Europe. Altered lives and broken biographies*. Ed. Humphrey, Robin, Robert Miller, and Elena Zdravomyslova. London 2003, 239–62.

Im Hinblick auf die Konstruktion von Vergangenheit lassen sich die hier vorgestellten Überlegungen dahingehend zusammenfassen, dass sich eine Analyse dieser Konstruktionen den verschiedenen Strängen des Diskurses bewusst sein muss. Gefragt werden muss nach den je gültigen Grenzen des Diskurses (Wer darf sprechen? Worüber? Wie?) und den Ausschließungen (Wer darf nicht sprechen? Was wird ausgeschlossen?), aber auch den Überschneidungen zwischen den Diskursvarianten. Ein Ausgangspunkt für eine solche Betrachtung kann die Frage nach den DiskursträgerInnen sein, d.h. den Institutionen und deren „Aussagen,“ die den jeweiligen Diskursraum kennzeichnen.

#### 4. Die „Galaversion der Kriegereignisse“<sup>23</sup>

Kollektives Gedächtnis ist, so Saul Friedländer, ein Mittel um Gemeinschaft zu stiften und als solches auf die Herstellung von Kohärenz und Sinnstiftung angewiesen.<sup>24</sup> Gerade wenn – wie für die sowjetische Bevölkerung – die Vergangenheit von Leid und Verlust geprägt war, ist die Suche nach einem ‚positiven Ergebnis‘ bedeutungsvoll. Für das staats-kollektive Gedächtnis als Moment der Identifikation der BürgerInnen mit ihrem Staat, müssen zudem positive Aspekte herausgehoben und vermittelt werden. Integrativ wirkte in der Sowjetunion der Sieg gegen die faschistischen Besatzer – er hatte die Befreiung von Vernichtungskrieg und Besatzung gebracht. Folgerichtig kam weniger dem *Krieg* selbst die zentrale Stellung zu, als dem *Sieg*, auf den alle Darstellungen hin ausgerichtet waren: So wurde der Gegenstand geschaffen, von dem gesprochen werden sollte, wenn die Rede vom Krieg war.

Die sowjetische Führung nutzte ein reiches Set von Instrumenten, um das offizielle kollektive Gedächtnis zu produzieren: Propaganda, Massenmedien, Schulbildung, Staatsrituale und der verstaatliche Kunstbetrieb reproduzierten ein bestimmtes Wissen über den Krieg. Gleichzeitig setzten aber die staatlichen Institutionen auch diskursives Wissen in konkrete Handlungen – etwa Honorierungen, Behinderung bei Berufswahl etc. – um, grenzten alternative Konzepte der Kriegsdarstellung aus bzw. verhinderten sie. Dem Staat war es also weitgehend möglich, sich den Diskurs anzueignen und ihn so als „Machtdiskurs“ zu etablieren: „er ist dasjenige, worum und womit man

---

<sup>23</sup> Gudkov, a.a.O. (s. Anm. 4), 62.

<sup>24</sup> Vgl. Friedländer, Saul, History, Memory, and the Historian: Dilemmas and Responsibilities. In: *New German Critique*, No. 80 (2000), 5.

kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht,<sup>25</sup> wie Michel Foucault pointiert formuliert.

Für die Analyse des offiziellen Diskurses bieten sich eine Vielzahl von Medien an. Wir könnten uns historiographischen Texten, Reden der Staatsführung oder von VertreterInnen anderer zentraler Institutionen, Schulbüchern, Dekreten oder Gesetzestexten (z.B. zur Regelung von Versorgungsansprüchen von VeteranInnen) aber auch belletristischen Darstellungen zuwenden. Auch Denkmale, Feiern oder andere Inszenierungen können als Basis zur Rekonstruktion einer unmittelbar oder symbolisch vermittelten Redeweise dienen. Ich nenne hier exemplarisch einige Denkmäler, die sehr deutlich und plastisch zentrale Inhalte des offiziell sanktionierten Gedenkens spiegeln und verweise auf Praxen der Erinnerung, die mir bei Aufenthalten in Russland und Belarus aufgefallen sind. Die Erläuterungen werden sehr knapp bleiben, eine differenzierte Analyse ist im vorliegenden Rahmen nicht zu leisten.

Weithin bekannt ist der Gedenkkomplex auf dem *Mamajev Kurgan* in Wolgograd einem zentralen Ort der Schlacht um Stalingrad. Dort befindet sich auf einer Anhöhe das Denkmal *Rodina Mat'*, eine 82 Meter hohe Frauenstatue. Die Figur der „Mutter Heimat“ nahm eine bedeutende Rolle in der Mobilisierung der Armee und der Bevölkerung ein, die Figur prägte zahlreiche Plakate und Aufrufe: die Heimat rief nach Schutz und Verteidigung. Im genannten Denkmal reckt die Frau selbst ein Schwert in die Höhe, der Aufruf zum Kampf wird hierdurch verstärkt.

Unterhalb der Plastik befindet sich die Figur eines heldenhaften Kämpfers, der sich vor die „Mutter Heimat“ und mit breiter, nackter Brust den Angreifern entgegenstellt. Das nackte Leben einzusetzen im Kampf und es sogar hinzugeben für den Sieg war ein zentraler Topos in der offiziellen Geschichtsschreibung. Die Helden der Sowjetunion, aber auch das Heldentum des gesamten sowjetischen Volkes nahmen und eine zentrale Rolle in der propagierten Version ein – sichtbar zum Beispiel auch an Plakaten, die im Mai 2005 in St. Petersburg gehängt wurden. „Danke, Euch Helden!“ war dort in großen Lettern über den Bildern von VeteranInnen mit zahlreichen Orden auf der Brust zu lesen.

Das *Denkmal für die Verteidiger Leningrads* – der Stadt, die 900 Tage lang von deutschen Truppen belagert und ausgehungert wurde und in der mehr als eine Million Menschen dem Hunger, Artillerie- und Bombenangriffen zum Opfer fielen – personifiziert den geschlossenen kollektiven Kampf gegen die Besatzer: Von den vorwärts drängenden Frontsoldaten über die alle Bevölke-

---

<sup>25</sup> Foucault, *Ordnung*, a.a.O. (s. Anm. 14), 11.

rungsgruppen und Nationalitäten erfassenden Partisanen- und Volkswehrgruppen bis hin zu den Frauen und Jugendlichen, die für die kontinuierliche Produktion von Rüstungsmaterial sorgten, leisteten alle unterschiedslos ihren Beitrag zum Sieg. Im Zentrum von Inszenierung und Darstellung stand und steht jedoch das siegreiche Militär. Paraden von aktiven Angehörigen der Armee sowie der VeteranInnen sind noch heute zentraler Bestandteil der jährlichen Feierlichkeiten zum „Tag des Sieges“ am 9. Mai.

Nahezu ausnahmslos personifiziert durch männliche Kämpfer, dominiert das erfolgreich und opferbereit kämpfende Militär die öffentliche Erinnerung. Frauen kommen, obwohl auch sie einen bedeutenden Beitrag im Kampf gegen die Besatzer leisteten, kaum vor. Wenn überhaupt, sind sie neben einigen wenigen berühmten Fliegerinnen, Scharfschützinnen und Partisaninnen meist in der passiven Rolle der zu Schützenden bzw. Trauernden zu sehen. Beate Fieseler wertet diese Darstellungsweise als Teil der Umschreibung des Krieges „zu einer rein männlichen Großtat.“<sup>26</sup> Konstruktionen von Geschlecht, d.h. die Zuordnung bestimmter Handlungsrollen zu den Geschlechtern prägen die Darstellung – der Diskurs des Gedächtnisses wird offensichtlich von dem Diskurs gekreuzt, der das Verständnis von Geschlecht bestimmt.

Weder die systematische Ermordung der jüdischen Bevölkerung, die zahllosen toten sowjetischen Menschen, noch die Niederlagen der sowjetischen Armee in der Kriegsanfangsphase kamen öffentlich vor, „sie entsprach[en] grundsätzlich nicht dem Staatsverständnis,“ wie Bernd Bonwetsch in seinem Überblick über das sowjetische Gedenken an den Zweiten Weltkrieg schreibt.<sup>27</sup> So kommt es, dass am Ort des Vernichtungslagers *Maly Trostenec* bei Minsk, in dem zwischen 260.000 und 400.000 zumeist jüdische Menschen ermordet wurden, kein Hinweis und keine Gedenkstätte zu finden ist. Stattdessen findet man eine Brache vor, auf einem Teil des Geländes wurden sogar Neubauten errichtet. Erst seit wenigen Jahren gibt es Bemühungen, Orte des Gedenkens zu schaffen.

Die Erfahrungen von Verlust, Tod und Niederlage fanden in das kulturelle Gedächtnis keinen Eingang. Die Entwicklungen im Zuge der so genannten *Perestrojka* weisen jedoch daraufhin, dass neben dem offiziellen Gedächtnis noch ein weiteres existierte – nämlich dasjenige, indem die verdrängten Erinnerungen aufgehoben werden konnten. Seit Beginn der 1990er Jahre mel-

---

<sup>26</sup> Fieseler, Beate, Der Krieg der Frauen: die ungeschriebene Geschichte. In: Deutsch Russisches Museum Berlin Karlshorst (Hg.), Mascha + Nina + Katjuscha. Frauen in der Roten Armee 1941–1945. Katalog zur Ausstellung 15.11.2002–23.2.2003, Berlin 2002, 18.

<sup>27</sup> Bonwetsch, Bernd, Der „Große Vaterländische Krieg“: Vom öffentlichen Schweigen unter Stalin zum Heldenkult unter Breshnew. In: „Wir sind die Herren dieses Landes.“ Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion. Hrsg. von Babette Quinkert, Hamburg 2002, 168.

den sich zahlreiche Gruppen zu Wort, die bisher „überhört“ wurden, wenn vom Großen Vaterländischen Krieg erzählt wurde. Es sind vor allem KriegsteilnehmerInnen, die bisher denunziert und von massiver Repression betroffen gewesen waren: ins deutsche Reichsgebiet deportiert gewesene ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangene, aber auch jüdische Überlebende oder Frauen, die in Armee oder Partisanenbewegung gedient hatten, verschaffen sich öffentlich Gehör, berichten von dem, was sie erlebten. Ihre lebendige Erinnerung verweist darauf, dass es neben der offiziellen Rede über den Krieg noch eine weitere Form kollektiven Vergangenheitsbezugs gab, in dem das thematisiert wurde, was den Legitimationsinteressen nicht entsprach.

Es hat offenbar tatsächlich unterhalb des offiziellen, kulturell geteilten Erinnerungsdiskurses eine weitere Version der Vergangenheitskonstruktion existiert. Dabei ist laut Irina Pruss offensichtlich, „dass das sorgfältig aus der verbreiteten Lesart der Geschichte Verdrängte den Hauptinhalt der anderen sowjetischen Geschichte darstellt, welche die Großeltern den Enkeln erzählt haben.“<sup>28</sup> Der Verweis auf die Erzählung, die kommunikative Tradierung, führt uns zu Jan Assmanns Überlegung zurück, kollektives Gedächtnis sei zu differenzieren in kulturelles und kommunikatives Gedächtnis. Es bleibt noch zu klären, ob diese Differenzierung als gültig für den sowjetischen Kontext erachtet werden kann, denn sogar in der privat-öffentlichen, oder halböffentlichen Sphäre bildeten sich kulturelle Muster heraus, die sich der unmittelbaren Kommunikation entzogen.

Folgen wir Oswald/Voronkows Modell des fragmentierten Diskurses in der Sowjetunion, ließen sich die offizielle, „siegorientierte“ Kriegserinnerung der offiziell-öffentlichen Sphäre zuordnen, die halb-öffentlichen und privaten Bereiche hingegen figurierten als Orte der Artikulation der inoffiziellen, marginalisierten Erinnerungen. Alle diese Diskurse müssen in Betracht gezogen werden, wenn wir die Konstitution und Konstruktion von Lebensgeschichten nachvollziehen wollen: staatliche Institutionen, persönliche Beziehungen und das soziale Umfeld prägten auf je spezifische Weise individuelle Erinnerungsweisen.

## 5. „Nichtsiegreiche Erinnerungen“

---

<sup>28</sup> Pruss, Irina, Omas und Enkel. Ein anderer Blick auf die Sowjetgeschichte. In: Osteuropa, 55. Jg. (2005), H. 4–6, 436. Eine detaillierte Analyse der Funktionsweise dieser Parallel-Gedächtnisse findet sich bspw. bei Kormina, Anna / Sergej Tyrkov: Niemand und nichts ist vergessen. Die Okkupation in mündlichen Zeugnissen. In: Osteuropa, 55. Jg. (2005), H. 4–6, 444–461.

Ausgehend von dieser Beobachtung ist der Diskurs des kommunikativen, nicht-institutionalisierten Gedächtnisses ein zweiter wichtiger Faktor, der bei einer Rekonstruktion des kollektiven Deutungskontexts biographischer Selbstbeschreibungen analysiert werden muss – nicht zuletzt und vor allem Dingen, weil sich die Erinnerungserzählungen selbst ja auch verorten in einer kommunikativen Struktur.

Das kommunikative Gedächtnis, von dem ich hier spreche und das in der privat-öffentlichen Sphäre zu lokalisieren wäre, ist ungleich schwerer zu erfassen als das oben beschriebene kulturelle, basierte die Tradierung der „nichtstaatlichen, nichtsiegreichen“<sup>29</sup> Erinnerung doch gerade auf (undokumentierter) mündlicher Kommunikation bzw. Praktiken, die retrospektiv kaum zu erfassen sind. Mögliche Quellen sind hierbei wiederum Erzählungen von Beteiligten, autobiographische Dokumente, die unbeeindruckt von staatlicher Zensur verfasst wurden, aber zum Beispiel auch Denkmale, die ohne Zustimmung bzw. gegen den Widerstand staatlicher Institutionen errichtet wurden.<sup>30</sup>

Themen, die aus dem offiziellen sowjetischen Diskurs ausgeschlossen waren, innerhalb des sozialen Nahbereichs aber – wenn auch codiert – angesprochen wurden, lassen sich, wie bereits erwähnt, möglicherweise rekonstruieren durch eine kritische Reflektion des öffentlichen Diskurses über den Krieg wie er nach dem Zusammenbruch des repressiven sowjetischen Systems zu beobachten ist. Inhalt und Form des nun Neu-Sichtbaren könnte die bisher inoffizielle Thematisierung spiegeln – ich erinnere an Irina Pruss' Feststellung, das offiziell Verdrängte verweise auf den Hauptinhalt der „anderen“ Geschichte.<sup>31</sup>

Direkt und indirekt bezeugen die lebensgeschichtlichen Erzählungen der jüdischen Überlebenden ein Erfahrungswissen, das unterhalb des bzw. abweichend vom staatlich propagierten Kriegsbildes bestand (und zuweilen konkurrenzfähiger). Die Frauen und Männer benennen Ereignisse und Handlungen, die jahrzehntelang verschwiegen worden waren. Die Darstellungen weisen dabei immer auch auf Verschränkungen des Erinnerungsdiskurses mit anderen Diskursen hin – z.B. auf Geschlechterkonstruktionen oder einen latenten

---

<sup>29</sup> Gudkov, a.a.O. (s. Anm. 4), 69.

<sup>30</sup> Hierzu s. Altshuler, Mordechai, Jewish Holocaust commemoration activity in the USSR under Stalin". In: *Yad Vashem Studies*, XXX (2002), 271–296.

<sup>31</sup> Irina Scherbakowa sammelt und publiziert seit mehreren Jahren persönliche Erinnerungen, die jahrzehntelang nicht artikuliert gewesen waren. Einen Einblick in das breite Spektrum bieten: *Russlands Gedächtnis. Jugendliche entdecken vergessene Lebensgeschichten*. Hrsg. von Irina Scherbakowa, Hamburg 2003; Scherbakowa, Irina, Landkarte der Erinnerung. Jugendliche über den Krieg. In: *Osteuropa*, 55. Jg. (2005), H. 4–6, 419–432.

und manifesten Antisemitismus. Die Frauen und Männer erzählen davon, wie sie überlebten, wie sie sich der Besatzungspolitik widersetzen und stellen damit verbreitete Vorstellungen über Kampfformen und Geschlechterrollen in Frage.

Einige Beispiele für den Gegendiskurs:

Grigorij Borisowitsch Erenburg erzählt, dass er und sein Vater von einer Partisaneneinheit zunächst abgewiesen wurden, als sie auf der Flucht aus dem Ghetto auf sie gestoßen waren: Juden waren dort nicht erwünscht. Indem sie ihre jüdische Herkunft verheimlichten, gelang es ihnen wenig später, in eine Partisanengruppe aufgenommen zu werden.

Die Idee des einigen Sowjetvolkes dekonstruiert Rita Abramowna Kagan. Nach Ende der Kämpfe kehren Rita, ihr Bruder Gera und zwei Freundinnen in das zerstörte Minsk zurück und suchen in der früheren Wohnung der Freundinnen Unterschlupf. Sie finden keinen Einlass: Als neuer Hausherr entpuppt sich ein Mann, dem Rita schon einmal während der Zeit der Besatzung begegnet war:

„Er hatte mich einmal im russischen Rajon erwischt, das war zu der Zeit, als ich Sachen transportierte, die ich von Marusja, unserer Haushälterin bekommen hatte. Sie hatte mir ein bisschen Mehl und Fett gegeben, Gera war krank zu der Zeit. Er schnappte mich kurz vor dem Ghetto und sagte: ‚Du jüdische Fratze, was tust du hier?‘ Er nahm mir alles weg und sagte: ‚Dich habe ich zum letzten Mal hier im russischen Bezirk gesehen!‘ Und dort öffnete uns also dieser Volodka die Tür. Er sagte: ‚Jüdische Fratze, lebst du immer noch?‘“

Rita Abramowna erzählt auch, dass sie jahrzehntelang verheimlicht hatte, bei den Partisanen gewesen zu sein. Auf die Frage „warum?“ antwortete sie:

„Weil es während des Kriegs hieß, wenn ein Mädchen bei der Armee oder bei den Partisanen war, dann kann sie keine Jungfrau mehr sein, sondern ist schon eine Frau. Und das sollte um Gottes Willen keiner von mir denken. Dass ich im Ghetto war, habe ich überall eingetragen, aber dass ich bei den Partisanen war, das habe ich versucht geheim zu halten.“

Im Gegensatz zu der offiziellen Lesweise, in der tapfere Frauen bei den Partisanen als Vorbild galten, schien die Bevölkerung eine ganz andere Vorstellung von dem zu haben, was die Frauen in den Einheiten getan haben.

Nina Gennadjewna Romanowa berichtete mir während unserer Begegnung von ihrem Weg, der Trauer über die ermordeten Verwandten einen Ort zu geben. Lange Zeit nach der Ermordung ihrer Mutter und ihrer Schwester in dem kleinen Dorf Gusino im Osten Belarus' hat sie einen Eimer mit Erde vom Ort des Massengrabes gefüllt und nach Leningrad gebracht. Die Erde hat sie neben dem Grab der Großmutter ausgebreitet und einen kleinen Grabstein aufgestellt: „Jetzt gibt es einen Ort, wo man hingehen kann und nachdenken, wo ich Kerzen aufstelle und Blumen niederlege.“

Die Frauen und Männer vermitteln durch ihre Berichte insbesondere eine Vorstellung vom Überlebenskampf, wie ihn die Jüdinnen und Juden unter der deutschen Besatzung zu leisten hatten, um der drohenden Vernichtung zu entgehen. Der Vernichtungskrieg der deutschen Truppen gegen die sowjetische Bevölkerung war vom ersten Tag an auf ihre Unterdrückung und die Ausraubung des Landes ausgerichtet. Zahlreiche Ortschaften wurden zerstört und deren BewohnerInnen vertrieben oder ermordet. Die jüdische Bevölkerung sollte systematisch vernichtet werden. Jüdinnen und Juden wurden in Ghettos unter unmenschlichen Bedingungen zusammengepfercht, häufige Pogrome, Hunger und Krankheiten forderten unzählige Opfer. Vom ersten Tag an fanden organisierte Mordaktionen statt. Nur wenige tausend von 2.750.000 Juden und Jüdinnen, die in der Sowjetunion von der deutschen Besatzung erfasst wurden, haben überlebt.<sup>32</sup>

Die Lebensgeschichten belegen, dass Widerstand gegen die deutsche Vernichtungspolitik über die patriotische Motivation zur Befreiung des Landes hinausgehen musste. Angesichts des Genozids stand die Rettung von Menschenleben im Vordergrund. Es ging letztlich darum, sich dem Einflussbereich der Besatzungsmacht zu entziehen und dort, wie auch im Ghetto, Existenzmöglichkeiten zu schaffen: Nahrung, Unterkunft, Pflege. Frauen und Jugendliche übernahmen bei der Organisation dieser Zufluchten oft zentrale Aufgaben, nachdem Ehemänner oder Väter nicht mehr in der Lage waren, die Rolle als „Versorger“ auszufüllen oder sie ermordet worden waren. Zum anderen waren dies Tätigkeitsbereiche, die „traditionell“ von Frauen ausgeübt wurden.<sup>33</sup>

Wir sehen, dass sie mit diesen Darstellungen dem staatlich sanktionierten Begriff davon, *wer wie* gegen die deutsche Besatzung handeln muss, wider-

---

<sup>32</sup> Vgl. Arad, Yitzhak, Der Holocaust an den sowjetischen Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. In: Grossman, Vassili / Ilja Ehrenburg, Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden. Hrsg. von Arno Lustiger, Hamburg 1994, 1061.

<sup>33</sup> Vgl. a. Tec, Nechama, Resilience and Courage. Women, Men, and the Holocaust, New Haven/ London 2003.

sprechen: Es ging nicht nur darum (als Mann), mit der Waffe in der Hand gegen den Feind zu kämpfen, sondern sich, entgegen seiner Bestrebungen eine allumfassende und repressive Herrschaft zu errichten, dessen Kontrolle zu entziehen und so zu überleben. Auf die hier aufscheinende Gegenüberstellung von maskulinisiertem, „aktivem“ Patriotismus und als „weiblich“ und „passiv“ deklarerter und abgewerteter Reproduktion bzw. Sicherung des Lebens sei hier nur hingewiesen.<sup>34</sup>

Erinnern wir uns an die Funktion von kollektivem Gedächtnis für die Konstruktion einer spezifischen Identität (die Stärke, Opferbereitschaft und Siegeswillen demonstriert), ergibt sich nahezu zwingend folgende Deutung: Der jüdische Überlebenskampf „konnte“ aus mindestens zwei Gründen nicht Teil des offiziellen Kriegsgedächtnisses sein: Zum einen verwies er qua seiner Motivation, d.h. Gegenwehr gegen die Vernichtungspolitik zu leisten, auf die hohen Verluste und hunderttausende Todesopfer, zumal unter der jüdischen Bevölkerung. Zum anderen wirft das Wissen über seine Charakteristika die Frage auf, ob der bedingungslose militärische Kampf tatsächlich „richtig“ und die einzige Notwendigkeit war oder ob nicht die Anstrengungen noch viel mehr auf die Rettung von Menschenleben hätten gerichtet werden sollen.

## **6. Was bedeutet die Fragmentierung des Diskurses für die Analyse der Interviews, was leistet hier Biographieforschung?**

Kehren wir abschließend zum Ausgangspunkt dieses Textes zurück – dem Denkmal für die ermordeten Widerstandskämpfer in Minsk. Der „Fall“ Małuchowska verweist auf die Wirksamkeit verschiedener Diskurse, die einer Benennung ihrer Person entgegenstehen: Ihr Widerstand war kein militärischer; sie ist eine Frau, und sie ist Jüdin – verkörpert also zwei Personengruppen, die aus der Sicht der sowjetischen Vergangenheitskonstruktion als aktive Kriegsteilnehmer nicht denkbar waren.

Das zitierte Interview spiegelt den fragmentierten Erinnerungsdiskurs deutlich wieder, in anderen Erzählungen finden sich Spuren der differenten Darstellung versteckt. Ihnen gemeinsam ist, dass sie sich innerhalb sowohl des

---

<sup>34</sup> An anderer Stelle habe ich dies ausführlich, wenn auch nicht abschließend, thematisiert. Vgl. Walke, Anika, Gendered War-Memory – *Gender, Memory and the Construction of the Past in Post-Soviet Belarus*, *Journal of Gender Studies*, 10.12 2004, online-version: <http://www.tvrgenderstudies.ru/cgi-bin/pagcentrl.cgi/docs/confer/confer03/co03it07.pdf>, 125–135.

offiziell sanktionierten wie des halb-privaten Diskurses befunden haben und befinden. Um die Formung des individuellen Gedächtnisses, der Selbstrepräsentation nachvollziehen zu können, müssen also die verschiedenen Deutungsrahmen einbezogen werden. Und so lassen sich auch Spuren des offiziellen Gedächtnis finden, das offenbar ebenso zu Subjektkonstitution beigetragen hat, wie die Kommunikation mit Überlebenden ähnlicher Erfahrungen, aber möglicherweise auch spezieller Institutionen, für die die „illegitimen“ Erinnerungen von Interesse waren oder sind.

Aus dieser Perspektive sind Selbst-Darstellungen wie die von Grigorij Borisowitsch Erenburg oder Lidija Gerowna Dosowickaja besonders aufmerksam zu analysieren: Grigorij Borisowitsch stellt sich selbst als tapferen Komsomolzen dar, der spezifischen Erwartungen unterstand – und sie erfüllte:

„Ich bin 1943 Mitglied des Komsomol geworden. Damals war es doch so: Wenn wir zum Beispiel einen Einsatz hatten und eine Bahnschiene zu sprengen war, dann hatte jeder Partisan drei Sprengsätze anzubringen. Aber Kommunisten und Komsomolzen – fünf, und die sollten die ersten sein, den anderen vorangehen und sich nicht hinter anderen verstecken. Und das habe ich auch so gemacht.“

Lidija Gerowna erinnert sich an die „Völkerfreundschaft“ in der Partisaneneinheit, in der sie Zuflucht genommen hatte:

„Bei uns waren Grusinier, Armenier, oder entflohenen Soldaten. Wir gingen sehr freundschaftlich miteinander um. Und wenn die Deutschen uns angegriffen hatten und jemand umgekommen war, egal welcher Nationalität, ... das hat uns alle berührt.“

Im Widerspruch dazu berichtet sie, dass ihr Onkel sie zum Schutz aus dieser Einheit in eine andere brachte – warum?

Spuren des offiziellen Gedenkens und der Thematisierung des Krieges finden sich aber auch zum Beispiel in der Ausgestaltung von Feiern jüdischer Organisationen aus Anlass des 9. Mai oder anderer Tage, mit denen an den Krieg, den Sieg erinnert wird. Die Heraushebung und Ehrung der verdienten militärischen Kämpfer, gleiche Lieder die gesungen werden, sind einige Elemente, die sowohl die staatlichen Erinnerungsformen als auch die privaten bzw. im geschlossenen Kreis der VeteranInnen verwendeten kennzeichnen. Die Betonung und hohe Bewertung des 9. Mai, des Tages des Siegs durch nahezu alle meiner InterviewpartnerInnen hingegen kann dabei durchaus der

subjektiven Erfahrungswelt entspringen, bedeutete dieser Tag außer der Bewusstwerdung darüber, ohne Verwandte weiter leben zu müssen, für sie doch tatsächlich das Ende der alltäglichen Todesdrohung.

Wenden wir uns dem zweiten Aspekt zu – der Kommunikation mit anderen Überlebenden oder Institutionen als strukturierendes Element der Erinnerungserzählung, so müsste insbesondere eine mögliche Verschiebung in der individuellen Erinnerungsweise seit der Perestrojka in den Blick genommen werden: Durch die nun möglich gewordene öffentliche Thematisierung von jüdischer Kultur und Geschichte, damit verbunden auch der nicht von Repression bedrohten Thematisierung des systematischen Judenmords, scheinen Erinnerungen, die bisher höchstens mündlich und im kleinen vertrauten Kreis artikuliert werden konnten, Eingang in ein überindividuelles Gedächtnis gefunden zu haben und dort der rekonstruktiven Praxis zu unterliegen. Neu formierte bzw. wiedererrichtete Institutionen wie die jüdische Gemeindezentren, Schulen, aber auch Organisationen jüdischer KriegsveteranInnen oder Wohlfahrtseinrichtungen, die von jüdischen Organisationen betrieben werden, fungieren als Träger dieses kulturellen Gedächtnisses. Es reicht jedoch kaum über die jüdische *community* hinaus, könnte also höchstens als ‚teilkulturelles‘ Gedächtnis bezeichnet werden. Beobachtungen während der Interviews deuten darauf hin, dass diese Re-Konstruktion der Erinnerung in engem Zusammenhang mit Prozessen der Re- bzw. Neukonstruktion ethnischer Identität(en) steht, die seit dem Zerfall der Sowjetunion zu Beginn der 1990er Jahre zu beobachten sind.

## **7. Schluss**

Die Verknüpfung von Biographieforschung und Diskursanalyse scheint mir ein Erfolg versprechender Ansatz zu sein, um Dynamiken von Erinnerung auf die Spur zu kommen. Nicht zuletzt lässt sich dadurch das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft exemplarisch analysieren und auf politische Dimensionen von Inklusion und Exklusion hin befragen. Besonders bedeutsam ist eine solche Herangehensweise jedoch nach wie vor, um bisher verschüttete Erfahrungswelten gesellschaftlich zugänglich zu machen, denn wie schon angemerkt, lässt sich der eine Diskurs, der inoffizielle, nur sehr schwer rekonstruieren, eine wichtige Quelle dazu sind die Berichte von Überlebenden, AugenzeugInnen, Beteiligten. Den Interviews kommt dabei eine Doppelrolle zu: Einerseits spiegeln sie die Konsequenzen sowohl des offiziellen wie des inoffiziellen kollektiven Diskurs, andererseits sind sie selbst Quelle

zur Rekonstruktion des letzteren. So kann das *Verdrängte* ans Licht geholt werden, gleichzeitig lässt sich möglicherweise der *Prozess der Verdrängung* nachvollziehen. Zudem hoffe ich Hinweise darauf zu bekommen, welche „legitimen“ Strategien (Praktiken, Codes) von den Überlebenden genutzt werden konnten und können, um „illegitime,“ marginalisierte Erinnerungen zu bewahren.

# EU Extra-Territorial Camps. Transit Processing Centres in Ukraine and Regional Protection Areas in Libya as Instruments for Migration Management

CHRISTOPHER NSOH

## 1. Introduction

The recent world refugee crises began in the mid 1970s with mass departures of *boat people* from Vietnam, Cambodia and Laos, and later spread to other parts of the world. Refugees and asylum seekers fled from countries like Lebanon and Afghanistan. Later, these world refugee crises crossed over to Africa in countries like Democratic Republic of Congo (Zaire), Namibia and South Africa and went to Latin America, in countries like Chile and Argentina. The majority of these refugees are still found in their regions of origin. As from the mid 80s, an insignificant number of these refugees and asylum seekers started making their way into the EU states.

These entries into the EU states prompted an aggressive reaction from the right wing in the different European countries who believe that their countries are being swamped with asylum seekers and “illegal migrants”. This belief led to the politicisation of migration related aspects. Right-wing politicians and sensationalist journalists in regard asylum seekers and refugees as sources of increased crime, exploiters of the social welfare systems, usurpers of jobs for Europeans and of recent, potential terrorists. The immediate reaction from the EU governments is an initiative to control, manage and prohibit asylum seekers, refugees and other migrants through the establishment of national laws in independent EU states, treaties of EU level, and the construction of camps within the EU states and as well at its external borders. Some of these camps are found in Eastern Europe and others in regions considered to be refugee producing regions in recent days like Africa.

The idea of *Fortress Europe* is refortified with the polarisation of these different types of camps. The internal camps found within the borders of EU

states and others are *Transit Processing Centres (TPCs)* and *Regional Protection Areas (RPAs)*, found at the external borders of European Union states used as instruments to contain, detain, exclude and isolate asylum seekers, refugees and other migrants either already living in Europe or intending to enter Europe.

Until now, the erection of these different forms of camps have many questions to be addressed. Questions of human rights, racism, isolation, stereotypes, creation of new borders, European citizenship, EU position on torture, dominance, international police, international law, detention and the whole concept of the regime of asylum.

To address these critical issues of the polarisation of camps and its effects, I will concentrate on two types of camps; *Transit Processing Centres (TPCs)* and *Regional Protection Areas (RPAs)*. The camps in Ukraine as examples of *Transit Processing Centres* and camps in Libya as examples of *Regional Protection Areas*. For this paper, I find the works of Giorgio Agamben, *Homo Sacer* and *The State of Exception* very useful with his emphasis of a camp as a space of exception “*ex-Capere*”<sup>1</sup> and a space where human rights are constantly abused, an instrument of dominance, bio-politics, a total control of the lives of those living in them without rights. From the criticisms of Agamben, I will start this paper with the historical development of camps and their existence to show that camps are not just historical issues but that there is a continuity in recent days. A short general description and analysis on camps as instruments used to abuse human rights, exclusion of some people from a defined society, promotion of racism and xenophobia will be made.

To expatiate on the social influence of camps in the society and the abuse of human rights, isolation of those living in them, an overview with the school of thought of Giorgio Agamben will be necessary to compare the different types of camps when making a detail analysis of the living conditions.

## **2. Giorgio Agamben’s School of Thought**

The main focus of Agamben is sovereign power and “bare life”.<sup>2</sup> Agamben emphasises the point that the state uses excessive power that goes beyond the

---

<sup>1</sup> *Homo Sacer: Sovereign Power and Bare Life*, Giorgio Agamben, 1998, 170.

<sup>2</sup> Bare life is life exclusively excluded from the aims of the state while at the same time the state has power over this life by making it a subject of political control. That is the power of the law to separate the citizens “political beings from “others”. Subjects who have no rights where they find themselves.

law and at the same time, the state is above the law. Sovereign power is the power used to institute the state of emergency or exception. During the state of emergency or exception, democratic laws are uplifted. The institution of camps like the camps to accommodate or detain asylum seekers, refugees and other migrants become the governing order. At this level, states see themselves in danger and have to react in developing defensive mechanisms. Due to the “prevailing insecurity,” states have to institute camps to curb the danger, cage the asylum seekers who are considered as potential danger to the state. Asylum seekers, refugees and migrants are portrayed as unholy, inferior and do not deserve human rights and other main objectives of the state. This situation is no more temporary but has become a permanent strategy for governments to use camps as part of governing principles. Agamben in this light, describes camps as “the space that is opened when the state of exception begins to become the rule.”<sup>3</sup> In camps like in the *Regional Protection Areas* and *Transit Processing Centres*, asylum seekers and migrants are locked up and deprived of communication with the outside world, no counselling, they face a communication barrier due to lack of translators. Some of the aspects described by Agamben as bare life. Meanwhile in all the camps, there is little or no contact between the people living inside with those living outside. This can be deduced from different examples of camps like the German colonial camps in Namibia where genocide was practised by the Germans on Namibians, the first ever refugees camp set up in 1923 in Cottbus-Sielow by the Social Democratic government of Germany to detain the East European refugees wanting to come to Germany. Another form of camps were the Nazi camps against the Jews and many other people. The declared objectives of the Nazi camps were to exclude, concentrate and extinct the dwellers. In contemporary days we see a new form of camps: the asylum camps within and without Europe instituted by the EU states. Asylum seekers, refugees are objects of the bio-politics of excessive power of the state. The state can use them as objects to play their politics. A permanent strategy in Europe where the European Union states make their citizens to believe that the economic problems in Europe are caused by asylum seekers, refugees and migrants. All sorts of attacks are levied on asylum seekers, refugees and migrant detainees, as camps inhabitants who could not respond. In this situation, it is logical to say that the asylum seekers, refugees and migrants are good paradigms to show the sovereign power of the states and its

---

<sup>3</sup> Homo Sacer: Sovereign Power and Bare Life, Giorgio Agamben, 1998, 168f.

bio-political machines to produce the bare lives of the asylum seekers and refugees.

The camps are reappearing in different forms in an even more extreme form to reinforce the European identity from Agamben's school of thought. In this light, the camps act as an instrument to exclude those who are not considered to be Europeans. They are detained in order to prevent them from mixing the homogenous European society to a heterogenous one. This creates critical perspective to the socio-cultural aspects of the European Union states enlargement process to eastern Europe. And at the same time instituting camps to stop other ethnic, regional or territorial arrivals. This is a repetition of a political process of the constitution of a European citizenship. This strategy creates links with the European integration and enlargement to global economy and cultural identity.

Agamben criticises the strategy of ruling through management with the belief of security. This can be seen in camp structures in which the daily life of asylum seekers and detainees are constantly under management in the name of security. The private lives of asylum seekers in camps are controlled every day even in countries where privacy is supposed to be maintained. If one takes a look at the multitude of organisations and laws in the EU states that clamour for the defence of privacy of the citizens, one begins to wonder why this attention is not included on those living in camps. This government policy of law and lack of law is a governance of double-structure. In the camps, the people are commanded and not administered. The rule by law declines drastically.

The state of emergency or exception has been broaden in the world of today. In Guantánamo camp where suspected terrorists are being kept, was once used as a camp to detain asylum seekers, refugees and other migrants between 1994 and 1995 from Haiti by the United States of American government to prevent them entering the US. At that time they were considered as a danger to the USA. And at this very defined period, the US was carrying on a military intervention in Haiti, creating external insecurity. The issue of security concerns just internal security of the Europeans and Americans but not of other countries or continent. America and Europe use the ideology of security to further their bio-politics. The camp system has been widened in Europe and out of Europe by the EU states. The world is today living in a permanent state of exception.

### 3. Definition of the External Camp System

*Transit Processing Centres (TPCs)* are based on a project where asylum seekers reception centres should be built at the external borders of European Union countries where asylum seekers from different regions of the world should first of all file in their asylum claims. The asylum claims will be processed in these centres. If an asylum claim is genuine, then the applicant will be brought into any EU country. The choice of the asylum seeker but if the claims are rejected, the asylum seeker will not be allowed to enter the EU states.<sup>4</sup> These camps also serve as centres to receive deportees from European countries. Most European countries have signed readmission treaties which facilitate the task of transferring asylum seekers who crossed through a particular state to a particular EU state back to the first state of transit. Or in cases where the EU states are unable to identify the origin of an asylum seeker. Some cases are Libya and Italy, Spain and Morocco and Germany and Poland.

*Regional Protection Areas (RPAs)* on the other hand, is the construction of asylum camps at the different regions of the world considered to be refugees producing regions where asylum seekers intending to enter Europe have to first of all file in their asylum claims. If they are recognised, they will be brought into Europe, to the countries chosen by the asylum seekers. With this idea, asylum seekers can no longer come directly to Germany or other EU countries from their countries or regions of origin. If any asylum seeker comes directly, he/she will be deported to any of these camps in the region of the asylum seeker closer to his or her country of origin.<sup>5</sup> The former EU minister for Justice and Security, Rocco Buttiglione said about the camps in North Africa, "To prevent the mass exodus from swamping the EU."<sup>6</sup> Some of these camps have existed in Haiti and Guantánamo Bay, meanwhile the EU countries have assisted to build more especially in North Africa.<sup>7</sup> I thought it right to research on this field to bring out the different components constituting these "new form of asylum" known in Britain as "A New Vision

---

<sup>4</sup> Informal Circulation, March 2003. This document was drawn up in the United Kingdom Cabinet Office and Home Office Paper "New Vision for Refugees" and it was Leaked to the General Public.

<sup>5</sup> For a contribution from an international relation perspective, see Gil Loeschner and James Millner, "The Missing Link: The Need for Comprehensive Engagement in Regions of Refugee Origin" *International Affairs* 79 (2003), 583–617.

<sup>6</sup> Source: <http://hrw.org/english/docs/2004/09/16/eu9351.htm>, accessed on the 24.07.2007.

<sup>7</sup> The recent declaration of Otto Schily, the former German minister of the interior, July 2004.

For Refugees.” In China, in Hong Kong, ”Complementary Plan of Action”<sup>8</sup>, In America, ” Safe Heavens” and in Australia, ”The Pacific Solutions.”

#### **4. Comparative Analysis of TPCs and RPAs**

##### *4.1. Refugee Status Determination Procedure*

Some of the external camps supported financially by EU states to manage or stop asylum seekers and other migrants wanting to make their way into EU states are found in Ukraine and Libya. The EU states use the expression; “refugee status determination centres outside Europe” that will create access into EU states. Unfortunately, most of these countries are countries that do not have an idea of the culture of asylum procedure or that have deliberately refused to in-cooperate it in their systems. *The Transit Processing Centres* in Ukraine are used as detention centres for asylum seekers, refugees and other migrants. Though Ukraine has ratified the 1951 Geneva Convention and its Protocol of 1967, Ukraine is a country just originating from the former Soviet Union block without any knowledge of Refugee Status Determination procedure but is hosting many of these camps to determine the status of asylum seekers. This confusion has facilitated the task for many migrants to be detained under very bad conditions and for very long period. In Mokachevo / Pavschino in the western part of Ukraine where most of these camps are located, the officials do not know how to handle the issue of refugee status determination. There is an unending procedure of restructuring of the system but it still does not work because there are certain weaknesses that do exist that need a very long time to be corrected. These are the lack of sufficient staff, absolutely no knowledge about the asylum system, lack of money, corruption in the country, lack of knowledge of what is the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) and its functions and lack of infrastructure. With these shortages, it is logical that Ukraine is not yet ready to receive asylum seekers and refugees.

In the case of Libya, Libya has refused to ratify the 1951 Geneva Convention for Refugees and its Protocol of 1967. She does not recognise the office of the UNHCR found in the country since she considers it as an instrument of the West. It is still unbelievable that with these shortcomings, the EU states

---

<sup>8</sup> Artur C . Helton, Refugees Determination under the Comprehensive Plan of Action, 5IJRL 544 (1993), 556. Amnesty International published numerous reports in relation to human rights concerns during the CPA.. See for example AI, Hong Kong: Ill-treatment of Vietnamese asylum-seekers at Sek Kong Detention Centre August 1989, (AI, Index ASA 19/04/94).

are supporting the creation of camps to manage asylum seekers and refugees related issues. A country where there is no Refugee Status Determination procedure, unable to differentiate between asylums seeker and other migrants and which does not have the intention to institute the Refugee Status Determination procedure. This has led to the detention of many asylum seekers, refugees and other migrants in inhuman conditions and for very long periods.

#### *4.2. Communication, Interpreters and Counselling*

In the camps of Ukraine and Libya, there is usually a lack of communication with the outside world. The detainees could not communicate with their family members, friends or lawyers. This does not matter how long a person is detained. In Pavschino, in Ukraine, there is a lone telephone booth for over two hundred detainees. In Libya, there is no such possibility. There are many detainees who have been there for more than two years without anybody knowing where they are. To have an interpreter is not possible. In both countries, they do not see the need for detainees to be understood. In Ukraine, at times the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) and its NGOs partners provide some interpreters. This is in a limited region and in limited number. A majority of the detainees do not usually have this opportunity. Even if they have to go to court, they are not provided with interpreters. Usually, detainees who understand Russian are favoured but not that they have extra services or treated fairly but could understand the Ukrainian language better. In the case of Libya, the situation is worse because non of the detainees has the possibility to be provided with interpreter from the UNHCR or other NGOs. Usually, detainees from Chad or Sudan who understand Arab and another languages assist those who do not understand or speak. If there is nobody to provide such assistance, the detainee will have to be condemned without he or she knowing what is going on. Or they will spend a long time in detention.

#### *4.3. Accommodation*

The camps where asylum seekers are concentrated without enough space are either military camps still in use or ex- military camps. The migrant detainees in these camps are unable to move or shake their bodies due to overcrowding in the cells of the camps. “In Ukraine, there is an acute need of houses which is getting worse due to the return of Ukrainians from other GUS states, East Europe and the evaquation of people from the area of Tschernobyl. For many Ukrainian families, there is the lack of accommoda-

tion...”.<sup>9</sup> With this accommodation problem, Ukraine is not et capable to guarantee effective protection to asylum seekers, refugees and migrants. These military camps are found in the outskirts of the cities located somewhere in forests without any means of transportation. If one has to go there, he or she needs a taxi. In Pavschino, there is a very high fence with a sentry at the main entrance and on the fence, sentries are found at different spots to control any attempt of escape. The building in Pavschino was a former military camp. In Chop and Lutz, the camps are in military camps where the soldiers are every where. The control machinery is very brutal and inhuman. The detainees are always beaten or punished in case a person refuses to eat or ask a question. The detainees do not have any privacy. At any moment the guards will pop in for an inspection. Visitors (Human Rights Groups and researchers) meet the detainees always in humiliating situation. Visitors are usually accompanied by a military officer especially a colonel who is the head of the camps. The reason is to frighten and prevent the detainees from making negative derogatory statements about the camps.

In Libya, the conditions are worse in the different camps. The police, border guards are very brutal. They beat the asylum seekers and other migrants they arrest attempting to enter the country or crossing to EU territory. In the camps where they are detained, they are constantly beaten, usually overcrowded in the very hot Sahara desert climate and in very dirty rooms. The camps are not situated in the forest since Libya is situated in a desert region. But in Kufra where some of these very harsh camps are found, the conditions are unbearable. In a room of about a hundred people, there is only one toilet. The detainees have to line up for the toilet. The toilet is usually occupied and the other detainees have to inhale the stinking smell of the stool of others. The control machinery is usually hard without the detainees unable to complain. In case of any complaint, the person making the complaint is seriously beaten to the point of losing a part of the body or incurring injuries.

#### *4.4. Health*

According to Article 25 of the Universal Declaration of Human Rights (UDHR):

---

<sup>9</sup> Ukraine, Vor den Toren der Festung Europa Hefte der Forschungsgesellschaft Flucht un Migration Gegen die Festung Europa, Heft 5, Ukraine. Vor den Toren der Festung Europa. Die Vorverlagerung der Abschottungspolitik, Berlin Göttingen 1997, 85f.

“Everyone has the right to a standard of living adequate for the health and well-being of himself and his family, including food, clothing, housing and medical care and necessary social services, and the right to security in the event of unemployment, sickness, widowhood, old age or other lack of livelihood in circumstances beyond his control.”<sup>10</sup>

In addition to the Universal Declaration of Human Rights (UDHR), Article 12: 1 of the International Convention of Economic Social and Cultural Rights states: “The state parties to the present Convention recognize the right of everyone to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health.”<sup>11</sup>

In Ukraine and Libya, the medical treatment of refugees, asylum seekers and other migrant detainees does not correspond with the terms of these above mentioned Conventions. There is a violation of the rights of these individuals, since it is difficult to maintain good health. Many asylum seekers have different types of diseases generating from different sources like overcrowding in detention camps, poor nutrition, the general poor living conditions, stressful detention conditions, lack of proper medication and the trauma faced by all because of the conditions that made them leave their homes, the suffering they encountered on their way during flight, and the difficulty they are pitted into their flight destinations.

In Ukraine, there are certain diseases that the Ukrainian government has a national programme to fight against since these are transmissible. If this programme is provided, it would have made it possible for refugees and asylum seekers to have access to free drugs against tuberculosis or to be hospitalised if necessary. In many interviews with different refugees from different countries, it was said;

“that the law is existing but it is not implemented. Many of the refugees suffer without assistance from the state. The issue is not to have a beautiful law but how to implement the laws”. This position of asylum seekers and refugees tandem with the declaration of The Hebrew Immigrants Aid Society (HIAS) that said, “the Ukrainian refugee law is considered as one of the best in Europe. But it is not efficiently implemented”.<sup>12</sup>

---

<sup>10</sup> Article 25 of the Universal Declaration of Human Rights.

<sup>11</sup> Article 12: 1 of the International Convention of Economic Social and Cultural Rights states.

<sup>12</sup> Interview with Emmanuel Kanavanga working with HIAS, Kiev, Ukraine, 24.05.2006.

As a reaction to the health situation, the UNHCR concluded that the state is unable to take enough care of the asylum seekers and refugees since, “supplementary medication which is often needed to effectively combat the diseases is not free and is too expensive for most asylum seekers and refugees.”<sup>13</sup> In Libya, some of the detainees have contacted transmissible diseases in detention facilities due to overcrowding and constant contact with other detainees who are sick. There are transmissible diseases like tuberculosis and influenza that some of the detainees have. Police officers should have separated the patients from the healthy detainees, but they do not. When the detainees are apprehended, they do not undergo any medical check-up so nobody is aware of what diseases the other has. C.D, from Nigeria was very critical about this and he said;

“Before coming to this country, I was very healthy. As we were detained with one detainee who had tuberculosis in Sebha, we informed the police officers as we realised the difficult manner the colleague was breathing and coughing. The cough was not normal and most of us could identify the common symptoms of TB. The police officers did not listened to us. It was only when the sick detainee started coughing blood that the officers removed him from the room. It was already too late because some of us already got the virus and especially me, some months later after my release, I realised from a medical check-up that I contacted tuberculosis. It has now improved but I went through pains and I spent a lot of money. Nobody assisted me to get the drugs.”<sup>14</sup>

Pregnant women who were detained, slept on bare floor and developed pains all over their bodies but the police did not care to take them to a doctor. In detention centres, there is no health unit to attend to cases like pregnancy or any simple case. DD who was locked up in Misrata said:

“As I was in Misrata detention camp, I was sleeping on the floor with my pregnancy. I developed lots of pains that I complained to the police but nobody took me serious. One police officer to whom I complained answered me that that is the price of wanting to go to Europe

---

<sup>13</sup> Draft from the UNHCR Ukraine, Identifying Gaps in Protection Capacity-Ukraine, May 2006, 20.

<sup>14</sup> Interview with CD from Nigeria, this interview was conducted on the 21<sup>st</sup> of March 2006 in Tripoli.

using a boat. I thanked my boy friend who rescued me by bribing some police officers.”<sup>15</sup>

In Libya, if somebody is seriously sick, he or she is abandoned to his or her self. No medical treatment, no social services and no care. There are no organisations that can advocate for the detainees to force the government to meet their obligation to provide health care to the asylum seekers and other migrants. This lack of NGOs and other humanitarian organisations have weakened the promotion of legal and human rights framework to promote health and prevent diseases. This has made the migrant population living in Libya to suffer enormously in cases of illness. They are mostly afraid to go to a doctor or hospital because the doctors and nurses usually treat them in an unfair and brutal manner.

#### *4.5. Specific Problems faced by Women and Children*

There is a wanton Sexual and Gender Based Violence in these two countries. In Ukraine and Libya, the awareness that refugee women and other female detainees have specific problems different from men is not yet created. Until today women and men are treated equally, searched by men, locked up in the same camps, the military officers always try to have sexual intercourse with them, the women are beaten and their special needs go unrecognised, For instance, during their menstrual period, nobody takes the initiative to provide pads to stop the blood from flowing on their bodies. A strategy to dehumanise the female detainees. Other needs like health, education are not taken into consideration. The attitude of the military officers and other immigration officers must change in relation to women. The women detainees and refugee women should be taken care of by other women. More needs not provided for are, women are not trained to their rights and the issue of gender discrimination is not addressed in their daily lives. Pregnant women do not receive health education, receive prenatal care. If it came to decision making, the women like the men did not have any say.

For the case of children, the Convention of the Rights of the Child is constantly and permanently abused in these two countries. Children are incarcerated with adults in one detention rooms, handcuffed and transported under very poor conditions when caught at the borders with their parents or from one prison to the next. They are forced to eat with adults. Children do not go

---

<sup>15</sup> Interview with DD who was locked up in Misrata for one month, this interview was conducted in Libya at their home on the 2<sup>nd</sup> of April 2006.

to school. The children are locked up without sun light, fresh air or play ground with their parents and other adults in a congested room. The children are obliged to sit on the parents or always be carried by somebody else. At times at night when everybody is sleeping the children will urinate on the floor which spills on the bodies of others. The children were obliged to do that because there was usually no space to move in order to go to the toilet. To go to the toilet means jumping over other people which most children could not do.

## **5. Camps as Instrument for Deportation**

In these two countries, the camps are used to stop asylum seekers and migrants who entered the countries without visas or wanting to cross over to EU countries. In the case of Libya, “at the end of 2004, the Libyan minister of the interior, Mabruk, made known without comments, Tripoli succeeded in the last weeks to bring out of the country 40.000 Migrants.”<sup>16</sup> In most of the cases in these two countries, since human rights organisations do not have easy access to these camps, many of the detainees are deported in a brutal manner without the knowledge of anybody. The detainees are locked up in these camps meanwhile the officials organise their deportation documents. Though deportation affects all the migrants living in Ukraine and Libya, there are certain nationalities that are on the black books of these two governments. In Ukraine, the Chechens are easily deported because their embassy is found in the country which facilitates the task of the Ukrainian government to establish a travel document. In Libya citizens from countries like Eritrea, Ghana and Nigeria are easily deported because of a particular xenophobia. For the case of Eritrea, the Libyan government has signed a special agreement with the Eritrean government. Deportation is based more on nationality. The migrants are usually deported in the desert without food or water. The authorities usually carry the migrants in a closed truck with children and abandon in the desert to search for their way. This act has led to excessive deaths of sub-Saharan Africans in the desert. In detention and deportation facilities in Ukraine and Libya, many citizens of these nationalities are awaiting deportation. Meanwhile those who are outside of these facilities are full of constant fears of deportation if apprehended.

---

<sup>16</sup> AusgeLagert, Exterritoriale Lager und der EU-Aufmarsch an den Mittelmeergrenzen, Flüchtlingsrat Niedersachsen, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, 2005, 83.

## 6. Conclusion

As has been portrayed, the treatment and reception of asylum seekers, refugees and other migrants in these camps are not only directed to distort integration but to impede them from having access to the EU states. More to that it shows how sovereign power and bare life as described by Agamben function. It confirms the theory of Agamben in *Homo Sacer and The State of Exception* that those in the camps do no more possess any human rights and have lost control of their lives.

The original ideology to use these camps to process asylum cases has died a natural death. The EU states are now converting these countries hosting these camps to “third safe countries.” This means that if an asylum seeker is recognised in the country where the application was deposited, the applicant does not need to move. Or if rejected, the applicant will be deported back to the country of origin.

The camp system as seen is an embodiment of exclusion of asylum seekers and other migrants from the society and from the EU states. The asylum seekers whose lives are in danger are unable to find security because the EU states consider them as potential danger that should not be allowed to enter the continent. They are held far away from Europe under poor human rights conditions in the hands of poor and repressive governments. These exclusionist and racist politics of Europe portray how the EU complicit in violating human rights of other citizens. Most of the countries hosting these camps do not have any good human rights record nor do they know what asylum or migration is all about. These are countries without migration structures.

The exclusion of migrants and asylum seekers from Europe is another sign to portray the repressive face of the EU government all over the world. The EU has connected camps to highly militarised borders which pave the way for asylum seekers and migrants wanting to enter Europe to be easily apprehended and detained in these camps where their deportation to their different countries of origin will be facilitated. These camps are mostly found in military or former military camps which are in a dilapidated state, in isolated parts of the countries and found in highly protected walls with barbed wires at the top.

Citizens of the Southern Hemisphere are being discriminated against by the Northern states and the international NGOs. The migrants and asylum seekers are considered as terrorists, economic exploiters of social systems, people from sources of conflicts, usurpers of EU jobs that should be contained far from Europe. These clichés are used by the EU governments and sensational

journalists to create a target group that will permit the EU governments to oppress their people in the name of national security. There is the construction of a political and ideological migration problem in EU states to facilitate the security strategy.

The camp system is a model that has existed in the EU states as part of its history to contain unwanted individuals. This part of the governing strategy from the colonial era until date. This portrays the might of the state against its people.

## **Literatures**

Agamben, Giorgio: *Homo Sacer, Sovereign Power and Bare Life*, Stanford California, 1998, 170. AI, Hong Kong: Ill- treatment of Vietnamese asylum-seekers at Sek Kong Detention Centre August 1989, AI, Index ASA 19.04.1994.

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration: *Gegen die Festung Europa, Heft 5: Ukraine. Vor den Toren der Festung Europa. Die Vorverlagerung der Abschottungspolitik*, Berlin Göttingen 1997, 85-86. Flüchtlingsrat Niedersachsen, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Komitee für Grundrechte und Demokratie: *Ausgelagert, Exterritoriale Lager und der EU-Aufmarsch an den Mittelmeergrenzen*, Berlin, Hamburg 2005, 83.

Helton, Arthur C.: *Refugees Determination under the Comprehensive Plan of Action*, 5IJRL 544, 1993, 556. Loeschner, Gil and Millner James: *The Missing Link: The Need for Comprehensive Engagement in Regions of Refugee Origin*, International Affairs Vol. 79, 2003, 583-617.

Travis, Alan: *Shifting a problem back to its source-would be refugees may be sent to protected zones near homeland*, in: *The Guardian*, 5. February 2003.

UNHCR Ukraine: *Draft Identifying Gaps in Protection Capacity-Ukraine*, Ukraine, May 2006, 20. <http://hrw.org/english/docs/2004/09/16/eu9351.htm>, accessed on the 24.07.2007.

## **Interviews**

CD from Nigeria, interview in Tripoli, Libya, 21.03.2006.

DD who was locked up in Misrata for one month, interview in Misrata, Libya, 2.04.2006.

Kanavanga, Emmanuel, interview in Kiev, Ukraine, 24.05.2006.

# Die „anderen“ Medien im Kontext Kolumbien.

PATRICIA RENDÓN GALVÁN

## 1. Einleitung

Im April 2007 besetzten Indígenas zwei Wochen lang in der Hauptstadt des *Departemento de Chocó*<sup>1</sup> Quibdó, die Einrichtungen des Gemeinderates und forderten für die indigenen Familien, die an den Ufern des Flusses Atrato leben, die medizinische Betreuung von Staatsseite, sowie Hilfe bei den Sicherheitsproblemen, denen sich diese Familien angesichts der unterschiedslosen Angriffe der bewaffneten Akteure in diesem Gebiet ausgesetzt sehen. Die nationalen Medien berichteten nicht darüber. Diese Nachricht wurde mit Hilfe des Netzwerkes der Diözese von Quibdo<sup>2</sup> im Internet und durch Radio-sendungen alternativer Medien mit lokaler und regionaler Reichweite bekannt gemacht.

Kolumbien ist eines der wenigen Länder Lateinamerikas mit einer formal ununterbrochenen demokratischen Tradition. Dass Kolumbien keine Diktatur erfahren hat, spricht theoretisch für die Existenz formal-demokratischer Rahmenbedingungen und damit für einen Grundbestand an Pressefreiheit. Mit der Verabschiedung der neuen Verfassung im Jahre 1991 wurde das Konzept der demokratischen Anteilnahme in Kolumbien eingeführt, in dem die Medien eine wichtige Rolle in der Beziehung Staat – Zivilgesellschaft spielen sollen. So wurde das Recht auf Information und Meinungsäußerung, was auch den Aufbau von Medieninstitutionen einschließt, verfassungsmäßig festgeschrieben.

Weder formalrechtliche Bestimmungen noch eine allgemeine Medienvielfalt noch ein technologisch fortgeschrittenes Mediensystem – wie sie in Kolumbien existieren – bedeuten zugleich Presse- und Meinungsfreiheit, Unabhängigkeit der Medien sowie Meinungs- und Informationspluralismus. Die kolumbianischen Massenmedien sind in den Händen einer kleinen Gruppe poli-

---

<sup>1</sup> Das *Departemento de Chocó* ist eine Provinz im Nordwesten Kolumbiens. Es grenzt im Westen an den Pazifik und an Panama und im Norden an den Atlantik.

<sup>2</sup> Das Netzwerk der Diözese von Quibdó versucht, den in der Massenmedien unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen der Region Chocó in Kolumbien eine Plattform zur Nachrichtenverbreitung und Meinungsäußerung zu geben, vgl. <http://www.choco.org>.

tisch und ökonomisch einflussreicher Familien konzentriert,<sup>3</sup> die als Eigentümer der Presseorgane weitreichenden Einfluss auf Informationsinhalte in ihren Publikationen besitzen. Somit übernehmen diese eine wichtige Rolle als Instrument zur Verbreitung einer politischen Meinung oder privatwirtschaftlicher Interessen ihrer Besitzer.

„Die starken horizontalen und diagonalen Konzentrationstendenzen im gesamten Mediensektor, der [...] von einer kleinen privilegierten sozialen Elite der kolumbianischen Gesellschaft kontrolliert wird, die an die beiden traditionellen politischen Parteien gebundene Presse, die Dominanz privatwirtschaftlich betriebener Radio- und Fernsehsender, deren Programme von leichter Unterhaltung und Werbung bestimmt werden, und die nach wie vor großen Diskrepanzen in der Medienversorgung zwischen den urbanen und ruralen Regionen des Landes, die ein vielfältiges Medienangebot zumindest für die ländliche Bevölkerung relativieren, sind [...] zentrale Strukturmerkmale des kolumbianische Mediensystems, ...“.<sup>4</sup>

Dieses Oligopol bewirkt Ausschluss und marginalisiert große Bevölkerungsteile von ihrem Recht sich auszudrücken, andere und sich zu informieren aber auch zu sozialisieren. Schließlich wird damit einer partizipativen politischen Kultur entgegengewirkt.

Was ich hier zeigen will ist, dass aus dem Widerspruch zwischen demokratietheoretischem Medienideal und realer Situation ein Bedeutungszuwachs alternativer Gemeindemedien erfolgt. Diese neue Bedeutung ist in den sozialen Beziehungen Kolumbiens begründet. Das Land ist geprägt durch die Geschichte eines bewaffneten Konfliktes, der seit 50 Jahren die Entwicklung des Landes beeinflusst. Es handelt sich um einen Konflikt als Folge von tiefen sozialen und ökonomischen Spannungen: Macht und Reichtum sind in wenigen Händen konzentriert, 60% der Bevölkerung lebt dagegen in Armut.

## **2. Alternativ- und Gemeindemedien in Kolumbien**

---

<sup>3</sup> Die großen Medienkonzerne gehören zu Familien wie Santo Domingo, Ardila Lulle, Sarmiento Angulo, Insgesamt handelt es sich um ein Oligopol von etwa 20 bis 25 Familien.

<sup>4</sup> Kusche, Dagmar, Massenmedien in Kolumbien, in Kolumbien Heute, 2002, 585.

Radio- und Fernsehsender auf kommunaler Ebene tragen ganz entscheidend zu den lokalen sowie regionalen Kommunikationsbeziehungen bei und schaffen Räume der Partizipation.

Wie auch im restlichen Lateinamerika ist in Kolumbien die Entstehung dieser alternativen und Gemeinde-Kommunikationsmedien an soziale Prozesse gekoppelt, die von den Gemeinden, von NGOs und von einigen staatlichen und kirchlichen Sektoren ausgehen. Diese suchten nach Möglichkeiten der Bildung und Interessenartikulation für marginalisierte Teile der Bevölkerung. Die lokale bzw. regionale Begrenzung besagter Medien hängt zudem mit technischen sowie rechtlichen Beschränkungen zusammen. Gemeinderadios dürfen nicht mehr als 250 Watt und damit nicht über die Landkreisebene hinaus senden.<sup>5</sup> In den großen Städten wird die Vergabe von Sendelizenzen noch mit der kolumbianischen Regierung verhandelt.

Obwohl die rechtliche Situation vielfach noch ungeklärt ist, senden viele dieser Radios illegal, genießen aber den Rückhalt und die Legitimierung der Gemeinden, die dieses Medium nutzen können.

Probleme bereiten allerdings die Finanzierungsmöglichkeiten bei der Beschaffung von Technik, sowie der laufenden Betriebskosten. Kommerzielle Werbung ist im Bereich der Gemeindemedien untersagt, so dass diese sich meist durch Spenden und geringe öffentliche Zuschüsse finanzieren müssen. Dies ist auch ein Grund dafür, dass im Gegenteil zu anderen Ländern Lateinamerikas, in denen die Teilhabe marginalisierter Bevölkerungskreise an alternativen Medien stark zugenommen hat, besonders im Bereich Radiosender, in Kolumbien vergleichbare Werte geringer sind. Und dies obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen in Bezug auf Gemeinderadio und -fernsehen durchaus positiver als in anderen Ländern zu bewerten sind und die Gründung von neuen Sendern in den letzten Jahren gleichfalls stark zugenommen hat.

### **3. Die Funktion der Alternativmedien im Friedensprozess**

---

<sup>5</sup> Vgl. das Gesetz für die Inbetriebnahme von Gemeinderadios (Dekret 1447 von 1995). Das kolumbianische Kommunikationsministerium gibt in seiner gültigen Gesetzgebung an, dass sich die Nutzung von Medien auf Gemeindeebene folgendermaßen definiert:

"Es handelt sich um Medien, die gemeinnützig arbeiten, das heißt, dass sie sich nicht durch den Verkauf von Werbung finanzieren, wie es in den kommerziellen Medien üblich ist.

Es handelt sich um Medien, die dazu dienen, Räume der Partizipation in den isoliertesten Gemeinden zu schaffen." (Zitate aus dem Gesetz für Gemeinderadios).

Krieg und Frieden werden in Kolumbien gegenwärtig vor allem auf zwei Ebenen thematisiert: Die erste Form der Thematisierung realisiert sich als alltäglich gelebte Erfahrung durch zivile Personen und Bevölkerungsgruppen, deren Lebenssinn weit entfernt ist von Kriegsinteressen, die aber aufgrund ihrer starken, durch Kämpfe und Massaker hervorgerufenen Traumata als Opfer wahrgenommen werden.

Der zweite Ansatz versteht den Krieg als politischen Diskurs, der durch die jeweiligen Einflussgebiete der beteiligten Kämpfer definiert wird. Die bewaffneten Gruppen haben nach qualifizierten Umfragen geringen Einfluss auf nationale Fragen, regieren aber in von ihnen kontrollierten Zonen durch den ihnen entgegengebrachten Respekt und die Angst der Bevölkerung.

In diesem Kontext beanspruchen die kommerziellen Kommunikationsmedien, durch ihre Informationen über den Krieg und Friedensverhandlungen sämtliche Ebenen des Konfliktes abzudecken. Dabei konzentrieren sie sich auf die großen Wortführer der Verhandlungen und geben den Anführern der jeweiligen Armeen eine Stimme. Nur diese werden in den offiziellen großen Nachrichten als Akteure wahrgenommen, alle anderen Kriegsbeteiligten aus der Zivilgesellschaft dagegen nicht.

Der Krieg verursacht neben Millionen von direkten Opfern auch Tausende von internen und externen Flüchtlingen, die als Vertriebene in städtischen Randgebieten zu menschenunwürdigen Lebensbedingungen ohne Aufstiegsprospektiven gezwungen sind. Diese Personengruppen spielen nur eine Rolle im Informationsfluss, wenn sie direkt am Konflikt beteiligt sind, d.h. also deren Wohngebiete durch Guerillas oder Paramilitärs eingenommen sind. Für ihren alltäglichen Überlebenskampf erhalten sie dagegen keinerlei Anerkennung oder Aufmerksamkeit. Dabei gibt es eine Vielzahl von Aktionen und Versuchen zur Verbesserung der Lebensqualität.

Offenbar haben aber kommerzielle Medien in Kolumbien nicht das geringste Interesse, ihre Kameras und Mikrophone auf diese Menschen zu richten, deren wirksame Friedensinitiativen finden in der großen Presse keinen Widerhall. Stattdessen wird von Toten, von Sport und Komödiantentum berichtet. Die Unterrepräsentanz in den nationalen Medien ermöglichte neben vielen anderen Faktoren das Aufkommen und die Unterstützung von lokalen Prozessen über eigene Formen der Kommunikation. So kam es im letzten Jahrzehnt zu einer Vermehrung von kommunalen Radios und Fernsehsendern, die innerhalb der Konfliktzonen mit dem Ziel agieren, das friedliche Zusammenleben zu fördern.

Lateinamerikanische Sozialwissenschaftler wie Germán Rey sind mittlerweile überzeugt, dass alternative Medien zunehmend Artikulationsprozesse zwischen den jeweiligen Konfliktparteien hindurch ermöglichen.<sup>6</sup> Sozialer Konsens, der häufig "nur" auf die Gewährung von Sicherheit und Nichtverwicklung in den bewaffneten Konflikt zielt, wird so verstärkt bzw. bekommt überhaupt eine Stimme. Die in den Zonen des Konflikts befindlichen Medien haben zudem auch ein Potential als Vermittlungsinstanzen zu wirken, indem sie ihre Struktur der Repräsentation sozialer Unterschiede und dem Dialog zwischen den Konfliktparteien zur Verfügung stellen. Dieses Potential sozialer Vermittlung könnte dabei schon weit jenseits politischer Differenzen wirken, weil es in der Gewaltkultur Kolumbiens die Möglichkeit friedlicher Konfliktaustragung fördert.

Im eingangs genannten Beispiel ermöglichte die Nutzung alternativer Medien, dass mit Hilfe der Verbreitung und Veröffentlichung die Besetzung des Gemeinderates durch die Indígenas unter der Bevölkerung bekannt gemacht werden konnte, die dadurch in der Lage war, sich gegenüber den Ereignissen zu positionieren, zum Beispiel Solidarität oder Ablehnung zu bekunden oder eine Meinung über die Situation der indigenen Familien zu äußern.

Aus dem konkreten Fall lassen sich Hypothesen über die generelle Wirkungsweise alternativer Medien ableiten:

1. Die Verbreitung von Informationen über politische Interessen schafft eine Form von Repräsentation, die von dem Mainstream-Medien unterdrückt wird.
2. Damit wird Meinungsbildung bezüglich der sozialen Prozesse in marginalisierten Sektoren der Gesellschaft generiert.
3. Diese Meinungsbildung steht dem Verschweigen sozialer Interessenkonflikte im Kontext des Krieges entgegen.

Inwiefern sich mit dieser Repräsentation bisher marginalisierter Interessen auch eine Anerkennung des Anderen verbindet, muss an dieser Stelle offen bleiben. Sicher, das ideale Szenario wäre, dass kritische, aktive, tiefsinnige und ästhetisch ausgerichtete Medien die Friedenskultur fördern, in dem sie unterschiedlichen Akteuren aus verschiedenen Sektoren der Gesellschaft eine Plattform bieten, um ihre Meinungen zu äußern und zu diskutieren. Damit lieferten sie einen Beitrag zur friedlichen Lösung von Konfliktsituationen. Ob dies in der heutigen Realität der alternativen Lokal- und Regionalmedien bereits geschieht, muss allerdings noch untersucht werden.

---

<sup>6</sup> Rey, Germán/Restrepo, Darío, Desde las dos orillas, Ministerio de Comunicaciones, Bogotá, 1996.

# Die Thematisierung von Depressionen in den Printmedien.

## Zum Verhältnis von Gouvernamentalität und Inklusion

MATTHIAS LEANZA

„Wie glücklich waren wir doch, Margot, weißt du noch, als unsere Probleme, wie man das nennt, noch nicht gelöst waren.“  
Serres 1987, 119.

### 1. Depressionen und deren Therapie als Thema

Am 14. März 2007 publiziert die in Berlin ansässige Tageszeitung *DER TAGESSPIEGEL* eine kleine, fast randläufige Notiz. In dieser wird berichtet, dass „der dänische Filmregisseur Lars von Trier [...] seine künstlerische Arbeit wegen einer schweren Depression bis auf weiteres eingestellt“ habe. Des Weiteren heißt es hierzu:

„Wie der Gewinner der Goldenen Palme beim Filmfestival in Cannes („Dancer In The Dark“, 2000) in der Kopenhagener Zeitung „Politiken“ sagte, sei er „als Folge des Absturzes völlig blank“. Er gab an, dass er den geplanten Horrorfilm „Antichrist“ als letzten Teil seiner USA-Trilogie für unbestimmte Zeit, möglicherweise für immer auf Eis gelegt habe.“

Im restlichen Teil dieses kurzen Artikels wird noch in groben Zügen auf das filmische Werk des Regisseurs eingegangen. Ob von Trier sich in psychologische Behandlung begeben hat, wird nicht berichtet. Generell zeichnet sich der Text durch eine relativ nüchterne Schreibweise aus, die ohne (ab)wertende Aussagen zu treffen, den depressiven Zustand von Triers und die Folgen für sein berufliches Schaffen schlicht konstatiert. Der Leserin bzw. dem Leser wird die Möglichkeit gegeben, diesen Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen. Obgleich wird aber auf eine Ungewissheit verwiesen,

die durch die Depression von Triers entstanden ist: Der geplante Film „Antichrist“ muss „für unbestimmte Zeit, möglicherweise für immer auf Eis gelegt“ werden und der Abschluss seiner „USA Trilogie“ ist somit gefährdet. Eine ähnliche nicht-moralisierende Beschreibung psychischer Leiden findet sich auch in einem Artikel vom 4. Januar 2007 aus der *Süddeutschen Zeitung*. In diesem wird über psychische Probleme berichtet, welche bei Frauen im Anschluss an eine Geburt auftreten können. Diese sogenannten „postpartalen Störungsbilder“ werden anhand des Falls einer jungen Mutter geschildert, welche an einer postpartalen Depression leidet und sich in eine psychiatrische Klinik, welche auf diese Fälle spezialisiert ist, begeben hat. Im Gegensatz zum ersten Artikel wird hier auch explizit die Therapie von Depressionen thematisiert. Bei der Beschreibung des psychischen Zustandes der Mutter wird zum Teil auf medizinische Termini zurückgegriffen:

„Monika leidet an einer *postpartalen Depression*. Bis zu einem Jahr nach der Geburt kann die Depression auftauchen und von wenigen Wochen bis zu einem Jahr dauern. Zehn bis 20 Prozent aller Mütter trifft sie, wenige erleiden sie so schwer wie Monika.“ (m. Herv.)

Auch der Klinikalltag und der Therapieansatz der Psychiatrie werden in dem Artikel vorgestellt und damit dem zeitungslisenden Publikum als Wissen zugänglich gemacht. Zudem verhält sich der Text kritisch gegenüber dem Verhalten des privaten Umfelds der betroffenen Frau, welche ihr Leiden nicht anerkannt habe:

„Lange habe sie versucht, ihre Depression ‚wegzulächeln‘, sagt Monika. Selbst ihrem Mann habe sie lange nichts erzählt, Freunden gar nicht. ‚Jeder hätte mich für verrückt gehalten‘, sagt sie. Ein gesundes Baby, ein Mann mit gutem Job, ein neues Haus. Was will man mehr?“

Eine ähnliche Aussage findet sich in dem Artikel auch nochmals als Bildunterschrift: „Reiß dich zusammen, das ist doch nur Babyblues“: Nicht immer werden die Depressionen von Müttern nach der Geburt ernst genommen.“

Die beiden hier zitierten Zeitungsartikel stehen für eine Position, welche Depressionen und damit verbundenes psychisches Leiden ernst nimmt und versucht (ab)wertende und moralisierende Zuschreibungen in Bezug auf die Personen, welche von einer Depression betroffen sind, zu vermeiden. Diese Position ist sicherlich nicht neu – und m.E. typisch für das Selbstverständnis des medizinischen System –, steht aber dennoch im Kontrast zu mo-

ralisierenden Beschreibungen von Depressionen wie sie in der Gesellschaft durchaus existieren. Dementsprechend erscheint aus der Perspektive der Zeitungsartikel auch die *Inklusion ins Feld der psychologisch-medizinischen Krankenbehandlung* – wie der Psychatrieaufenthalt von Monika – als eine ‚positive‘ und medizinisch abgeklärte Hilfestellung. Auch werden keine Vorwürfe gemacht, da es sich um eine Krankheit handelt. Vor diesem Hintergrund lassen sich dann auch Personen und Gruppen kritisieren, die das Leiden an Depressionen nicht (an)erkennen und es vielleicht sogar überspielen möchten – so wie es scheinbar im persönlichen Umfeld von Monika der Fall gewesen ist. Es lässt sich hier exemplarisch ein massenmediales Beschreibungsmuster bezüglich Depressionen und die Inklusion von Betroffenen *qua Therapie* ins medizinische System erkennen, welches sich im Wesentlichen von zwei Sichtweisen abgrenzt: auf der einen Seite wird sich von einer moralisierenden Beschreibung von Depressionen abgegrenzt, welche den Betroffenen *Missachtung* aufgrund ihres depressiven Zustandes entgegenbringt. Andererseits kann sich auch von einer Position distanziert werden, die das psychische Leiden von Personen nicht als solches (an)erkennt und es entweder *übergehen oder normalisieren möchte*.

Die zwei eingangs kurz vorgestellten Zeitungsartikel lassen sich als exemplarisch für viele weitere Zeitungsartikel zu dem Thema Depression ansehen, welche in diesem Artikel untersucht werden sollen. Das Leiden an Depressionen und die dadurch induzierte Inklusion ins medizinische System scheinen nun endgültig ihren (moralisch) negativen Beigeschmack verloren zu haben. Die Therapie von Depressionen und anderen psychischen Leiden bzw. Störungen muss dann zwar als ein spezifischer aber doch ganz normaler und alltäglicher Fall von Krankenbehandlung betrachtet werden. Das medizinische System mit seinen wissenschaftlich hergeleiteten und geprüften Heilverfahren sowie das reichhaltige Erfahrungswissen der praktizierenden ÄrztInnen und PsychologInnen können zum ungestörten Einsatz kommen. Moralisierende und für die PatientInnen sich negativ auswirkende Herabsetzungen und Vorurteile halten demnach die psychologisch-medizinischen ExpertInnen nicht mehr von ihrer letztlich an Sachkriterien orientierten Arbeit ab. Doch verhält es sich tatsächlich so einfach? Oder gehen mit der ‚Entmoralisierung‘ dieses Themenfeldes – so wie sie in den von mir untersuchten Zeitungsartikeln zu finden ist – nicht auch neue Mystifikationen und negative Effekte einher?

Der hier vorliegende Artikel interessiert sich daher weniger für die Frage, ob sich dieser in den Zeitungsartikeln schon ansatzweise sichtbar gewordene ‚Entmoralisierungs-, und ‚Enttabuisierungsprozess‘ in der Gesell-

schaft vollkommen durchgesetzt hat. Es ist wohl anzunehmen, dass nach wie vor in der Öffentlichkeit und im Alltag stigmatisierende Bilder bezüglich Personen mit Depressionen und entsprechenden Therapieerfahrungen verbreitet sind. Auch kann davon ausgegangen werden, dass beim Inklusionsprozess ins medizinische System Moralisierungen durch TherapeutInnen sowie andere Professionelle erfolgen. So zeigt beispielsweise Bergmann (1999) in einer konversationsanalytisch angelegten Studie auf, wie bei Aufnahmegesprächen in Psychiatrien oft durch das Frageformat der einweisenden Ärztin bzw. des einweisenden Arztes die Verhaltensweisen der potentiellen PatientInnen moralisch eingefärbt werden: „Die scheinbar unschuldigen, unterstützenden und affiliativen Äußerungen, mit denen Psychiater versuchen, die Aufnahmekandidaten dazu zu bringen, ihre Gefühle und Meinungen zu offenbaren, besitzen strukturell eine verhüllte, verborgene Moral“ (ebd.: 189).

Die *hier* eingenommene Perspektive interessiert sich demgegenüber vielmehr für die Thematisierung *von* Depressionen und deren Therapie in den Printmedien. Interessant erscheint dies vor allem deswegen zu sein, da in den von mir untersuchten Zeitungsartikeln<sup>7</sup> bei der Vorstellung von Krankheitsbildern, betroffenen Personen und Therapieeinrichtungen quasi vollständig auf moralisierende Herabsetzungen, Stigmatisierungen und Vorwürfe gegenüber Menschen mit Depressionen verzichtet wird.

Meine Untersuchung orientiert sich bei der konkreten Analyse der Zeitungsartikel und deren Einbettung in einen weitergehenden (theoretischen) Zusammenhang sowohl an der Diskursanalytik Michel Foucaults als auch an der soziologischen Systemtheorie, wie sie von Niklas Luhmann formuliert worden ist. Im Anschluss an die Diskursanalytik Foucaults möchte ich nach den sich in den Zeitungsartikeln manifestierenden Diskursen fragen und deren *Aussagenstrukturen* – zumindest in Grundzügen – rekonstruieren. Mit Luhmann soll hingegen ein theoretischer Rahmen gewonnen werden, mit

---

<sup>7</sup> Insgesamt wurden 43 Artikel untersucht, welche in folgenden großen deutschen Zeitungen publiziert wurden: *Frankfurter Rundschau*, *DER TAGESSPIEGEL*, *Süddeutsche Zeitung*, *BILD*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *DIE ZEIT*. Die *taz* wurde nicht berücksichtigt, da sich dort keine Artikel zum Thema Depression finden ließen. Generell wurde im Wesentlichen mithilfe von Suchmaschinen auf den Internetseiten der Zeitungen das jeweilige Archiv nach Stichworten wie „Depression“, „Psychotherapie“, „Angst“ etc. durchsucht. Dabei wurden sowohl Artikel berücksichtigt, die sich explizit mit Depressionen bzw. mit damit als verwandt wahrgenommenen Störungen und deren Therapie beschäftigen (ca. 2/3 der Artikel) als aber auch Artikel, die nur beiläufig auf dieses Themenfeld eingehen (ca. 1/3 der Artikel). Der Erscheinungszeitraum der untersuchten Artikel erstreckt sich vom 11.3.04 bis zum 19.5.07. Die Ergebnisse meiner Analyse lassen sich allein schon aufgrund der vergleichsweise kleinen Stichprobengröße nicht als ein vollständiges und repräsentatives ‚Abbild‘ der Aussagenstruktur aller existierenden Zeitungsartikel zu diesem Thema begreifen – was hier aber auch nicht beabsichtigt wird. Auch wenn daher über den Verbreitungsgrad der im Weiteren rekonstruierten Diskursstrukturen nur bedingt Aussagen gemacht werden können, so kann dennoch ohne Einschränkungen statistischer Art die *Existenz und Funktionsweise* der hier rekonstruierten Diskursstrukturen nachgewiesen und dargestellt werden, wobei deren Relevanz durch die Positionierung der Artikel in großen und auflagenstarken Zeitungen hergestellt wird.

dessen Hilfe die sozialtheoretische Relevanz und das sozialstrukturelle Potenzial von diskursiven bzw. semantischen Schemata erklärt und analytisch in den Blick gerückt werden kann. Dabei ist es zunächst wichtig zu beachten, dass die Zeitungsartikel einen Inklusionsprozess – nämlich die Inklusion qua Therapie ins medizinische System – zum Thema haben. Hier wird es vor allem darum gehen, das Verhältnis von den im empirischen Teil dieses Artikels rekonstruierten Diskursstrukturen zu den faktisch ablaufenden Inklusionsprozessen, welche vom Diskurs thematisiert werden, einschätzen zu können. Die Verbindung und Anschlussfähigkeit zwischen beiden theoretischen Ansätzen wird durch die Ähnlichkeit und prinzipielle Kompatibilität des Diskursbegriffs bei Foucault und des Semantikbegriffs bei Luhmann ermöglicht (vgl. Stäheli 2004; Stichweh 2000: 242ff.). Bevor nun die konkrete Analyse der Zeitungsartikel und die Rekonstruktion der darin enthaltenen Aussagenstrukturen dargestellt wird, soll zunächst ein erster theoriegeleiteter Zugang zur hier interessierenden Problemstellung vorangestellt werden.

## **2. Diskurse und Inklusionsprozesse**

Zentraler Ausgangspunkt für die weitere Argumentation besteht in der Annahme, dass generell ein *zirkuläres Verhältnis* zwischen den Diskursen *über* einen Inklusionsprozess – so wie hier das Schreiben in Zeitungen über Depressionen und deren Behandlung in Psychotherapiepraxen und Kliniken – und dem faktisch-empirischen Inklusionsgeschehen selbst – also den tatsächlich ablaufenden Therapien – besteht. Auf der einen Seite sind Zeitungsartikel über psychologisch-psychiatrische Therapieformen natürlich immer von diesen selbst unterschieden – sie sind i.d.R. selbst noch keine Therapie seitens des medizinischen Systems. Gleichzeitig können die in solchen Artikeln enthaltenen *semantischen Schemata* jedoch die konkreten Inklusionspraktiken beeinflussen und strukturieren. Anders gesagt: Beschreibung und Gegenstand sind zwar nicht unmittelbar deckungsgleich, dennoch können Beschreibungs- und Wahrnehmungsmuster bezüglich des Gegenstandes in den thematisierten Gegenstandsbereich selbst ‚einsickern‘ und diesen mitstrukturieren. Dies lässt sich im hier interessierenden Fall in doppelter Hinsicht verdeutlichen: Wenn Therapien in der Öffentlichkeit als anrüchig gelten und die therapierten Personen stigmatisiert und moralisch herabgewertet werden, so wird dies auch auf den Therapieprozess selbst Einfluss nehmen. Sei es in der Form, dass sich viele Menschen abgeschreckt fühlen eine Therapie zu beginnen, oder aber dass zu Anfang einer Therapie negative Bilder

und Vorurteile bezüglich der Therapiesituation auf Seiten der PatientInnen durch die TherapeutInnen im Gespräch abgebaut werden müssen. Im letzteren Fall werden dann negative, die Therapie blockierende Schemata durch therapieförderliche Schemata ersetzt.

Die Systemtheorie erklärt solche zirkulären Verhältnisse, indem sie auf die gemeinsame ‚Realitätsbasis‘ von Semantiken/Diskursen einerseits und ihrem sozialstrukturellen bzw. psychischen Gegenstandsbereich andererseits aufmerksam macht (vgl. Luhmann 1980a: 9–72; Ders. 1997: 884f.). Damit soll gesagt werden, dass Semantiken/Diskurse sich in demselben Modus vollziehen, in welchem sich auch die Strukturen von sozialen und psychischen Systemen bilden. Semantiken/Diskurse sind demnach immer schon *innerhalb* von sozialen und psychischen Systemen lokalisiert. Bezogen auf soziale Systeme, die sich in der Form von Kommunikation konstituieren, heißt dies, dass neben der faktischen Organisation kommunikativer Abläufe, die immer auf *Selbstbeobachtung und Selbststeuerung* basiert, eben auch *kommunikativ* Bilder und Selbstbeschreibungen über die tatsächlich ablaufenden kommunikativen Abläufe produziert und im Umlauf gebracht werden. Das zentrale Argument ist nun, dass eben genau aufgrund dieses Sachverhaltes die bei der Produktion von Bildern und Selbstbeschreibungen zum Einsatz kommenden Schemata auch dazu benutzt werden können, die kommunikativen Abläufe *selbst* zu steuern – die Schemata können zwischen beiden ‚Ebenen‘ gewissermaßen wandern. Mit „Schemata“ sollen hierbei nichts anderes als diejenigen Regeln gemeint sein, die Weltsachverhalte kategorisieren und als erkennbare Beobachtungsgegenstände konzeptualisieren (vgl. Luhmann 1992: 84f.; Ders. 2004: 190ff.; Ders. 1984: 311ff.). Im ersten Fall der Semantik werden die eingesetzten Schemata dazu benutzt, um eine *thematische Fremdreferenz* zu strukturieren – also um das Bild von etwas anderem zu gestalten. Im zweiten Fall der faktischen Systemstruktur werden sie benutzt, um das *selbstreferentielle Operieren* des Systems zu orientieren. Um dies an zwei Beispielen zu verdeutlichen: So gab es schon vor der Ausdifferenzierung demokratisch funktionierender politischer Systeme, das Schemata der Demokratie. Dennoch war es eben nur als ein semantisches Konzept unter anderen existent und hat eben ‚lediglich‘ dazu gedient, ein Bild eines demokratischen Staates und den politischen Wunsch diesen herbeizuführen, zu formen. Dennoch war diesem zunächst semantischen Schemata das Potenzial inne, konkrete politische Praxen – wie Wahlen, Parlamente, öffentliche Debatten – anzuleiten und zu strukturieren. Oder man denke auch an Börsennachrichten, welche zunächst einmal das Marktgeschehen auf den Finanzmärkten beschreiben. Diese Informationen werden dann aber von den

MarktteilnehmerInnen genutzt, um Entscheidungen über Aktieneinkäufe treffen zu können, wodurch die zunächst bloß beschriebene Marktsituation transformiert wird (dieses Beispiel ist angelehnt an Luhmann 1988: 128). Systemtheoretisch ist daher im Fall von sozialen und psychischen Systemen von einem zirkulären Verhältnis zwischen der Repräsentation einer Systemstruktur und der repräsentierten Systemstruktur selbst auszugehen und damit die konstitutive Rolle von (Selbst-)beschreibungen hervorzuheben (vgl. Hahn 2004; Holz 2001: 42ff.; Esposito 2002: 19ff.).

Auf Inklusions- und Exklusionsprozesse – als Teil von Sozialstrukturen – bezogen heißt dies, dass Semantik prinzipiell auch „als konstitutiv für die Konstruktion des Ein- oder Auszuschließenden“ (Stäheli 2001: 50) anzusehen ist. Denn sie bietet Konzepte wie Individuen im jeweiligen System eingebunden werden bzw. dient dazu, Ausschlüsse zu organisieren und zu legitimieren. Inklusion bzw. Exklusion meint dabei schlicht das Stattfinden bzw. Unterbleiben von Einbindung und Adressierung von psychischen Systemen innerhalb und durch soziale Kontexte (vgl. Luhmann 1995a; Ders. 1995b; Göbel/Schmidt 1998). Da auch die von mir untersuchten Zeitungsartikel solche Schemata produzieren, ist diesen das *Potenzial*, konkrete Inklusionsprozesse und Systemoperationen in einem gewissen Umfange orientieren zu können, anzuerkennen. In dem uns hier interessierenden Fall heißt dies konkret, dass die *Komplementärrollen des medizinischen Systems* – also Arzt und Patient bzw. Psychotherapeut und Klient (vgl. Stichweh 2005: 21f.; Baraldi 1997) – immer auch durch die Bezugnahme auf bzw. Zitation von Diskursen geformt und strukturiert werden. Es macht einfach einen Unterschied, ob sich die Arzt-Patienten-Interaktion an einem Konzept wie „Götter in weiß“ oder aber an Vorstellungen wie die vom „mündigen Patienten“ orientiert. Bohn (2006: 29–47) spricht in diesem Zusammenhang auch von „Inklusions- und Exklusionsfiguren“, welche sowohl in der Semantik – als Beschreibung, Wunsch, politisches Konzept – als aber auch in der konkreten operativen Praxis – als realer Prozess der Einbindung und Adressierung – auftauchen. Im empirischen Teil der Analyse werden solche Inklusionsfiguren herauszuarbeiten sein. Vor dem Hintergrund der konkreten Analyse muss dann auch die hier zunächst theoretisch-abstrakte Feststellung einer Zirkularität von Semantik und Struktur am konkreten Fall spezifiziert werden.

Neben diesem *sozialstrukturellen Potenzial* von Diskursen, müssen diese aber immer auch selbst schon als die *Instituierung einer bestimmten (Selbst-)Beobachtungspraxis* betrachtet werden. Wenn psychologische Kategorien und Beschreibungsmuster auftauchen und massenmedial verbreitet werden, so bedeutet dies zugleich immer auch, das menschliche Verhaltens-

weisen und mentale Zustände auf eine bestimmte Art und Weise kommunikativ in Erscheinung treten und gedeutet werden. Was semantische Schemata – wie beispielsweise psychologische Konzepte – also immer schon hervorbringen, sind *spezifische Sichtbarkeiten* und *Weltbezüge*. Vor diesem Hintergrund wird die Diskursanalytik Michel Foucaults interessant, da sie gerade die *Positivität von Diskursen* (vgl. Foucault 1981: 182; Ders. 2003: 31) ernst nimmt, ohne sie auf sozialstrukturelle Ursachen und Sachverhalte vorschnell zurückführen zu wollen.<sup>8</sup> Vielmehr geht es darum, die Macht und Funktionsweise von Diskursen herauszuarbeiten. Die zentrale Fragestellung dabei ist, wie in einem Diskurs ein spezifisches Wissen mit einem „Wahrheitswert“ (Foucault 1983: 8) geladen wird und auf diese Weise eine gültige Perspektive produziert wird, die andere Perspektiven und mögliche Zugänge (vorerst) ausschließt. Macht und Wissen sind für Foucault daher miteinander verschränkt, weswegen er Diskurse auch als „Macht/Wissen-Komplexe“ (Foucault 1994: 39) bezeichnet (vgl. Foucault 1976: 45). In Form von konkreten Materialanalysen kann auf diese Weise rekonstruiert werden, wie bestimmte Gegenstände, Fragen, Probleme, Plausibilitäten etc. in unserem Denken und Sprechen auftauchen können (vgl. Foucault 1974: 17ff.; Ders. 1989: 12ff.). Auf unser Thema bezogen heißt dies: Durch welche grundlegenden diskursiven Schemata und Regelstrukturen werden Depressionen und deren Behandlung *auf spezifische Weise thematisierbar gemacht*? Welche Problematisierungen und Lösungsvorschläge werden bezüglich Depressionen aufgeworfen und mit Plausibilität geladen? Und nochmals auf Inklusion gemünzt: Wie sehen die im Diskurs skizzierten Inklusionsfiguren bezüglich psychologisch-medizinischer Behandlung und Therapie aus?

### 3. Diskurse und ihre Rekonstruktion

Eine wichtige Ergänzung zur systemtheoretischen Konzeption von Semantik besteht gerade in diesem ‚Ernstnehmen‘ der Positivität von Semantiken/Diskursen innerhalb der Diskursanalytik Foucaults. Nicht zuletzt deshalb sind Foucaults Arbeiten reich an materialen Fallanalysen und methodologi-

---

<sup>8</sup> Damit wird nicht behauptet, dass es keine sozialstrukturellen Sachverhalte und Ursachen gäbe, welche dazu führen, dass bestimmte Diskurse zu bestimmten Zeitpunkten an Relevanz erlangen oder aber sich ihrem (vorläufigen) Ende zuneigen. Die klassisch wissenssoziologische und auch von Luhmann (1980a; 1980b; 1989; 1994) in seinen Semantikanalysen unter Bezug auf Koselleck (1972) eingenommene Fragestellung nach dem Verhältnis von sozialstruktureller Differenzierungsform und semantischem Wissensvorrat wird also nicht komplett verneint. Dennoch wird sich zunächst einmal primär für die Ordnung des Diskurses selbst interessiert, um ihn so in seiner immanenten Struktur und Positivität hervortreten zu lassen (vgl. auch Stäheli 1998, 2000: 184–223).

schen Überlegungen. Zwei zentrale und sich in ihrer Perspektive ergänzende Ansatzpunkte stellen dabei die *Archäologie* und die *Genealogie* von Diskursen dar (vgl. Foucault 1992: 34ff.). Bezeichnet der erstgenante Zugang ein Vorgehen, dass ähnlich wie bei einer archäologischen Ausgrabung den als „Aussagefeld“ (Foucault 1981: 143; m. Herv.) beschreibbaren Diskurs freilegen möchte, um so seine *internen Regelstrukturen und die Relationen der einzelnen Diskurselemente zueinander* sichtbar zu machen, so interessiert sich die Genealogie gerade für die kontingenten Anfänge und mitunter umkämpften Momente des Einsetzens und Erscheinens von verschiedenen diskursiven Ordnungen (vgl. Stäheli/Tellmann 2002: 241ff.; Maasen 1999: 30ff.; Foucault 2001: 23f.). Der hier bei der Analyse der Zeitungsartikel zum Thema Depression verfolgte Ansatz der Archäologie behandelt die vorliegenden Texte daher auch nicht einfach nur als ein dokumentierendes Zeichen für ihren Gegenstandsbereich. Eine solche Sichtweise würde gerade die Schemata, welche die Perspektive auf den Gegenstandsbereich strukturieren, unsichtbar machen bzw. sie blind selbst benutzen. Gegenüber einer solchen, die Texte als *Dokumente* behandelnden Sichtweise, versucht die Archäologie diese als *Monumente* mit eigener empirischer Relevanz und Mächtigkeit zu begreifen und zu ihrer „immanenten Beschreibung“ (Foucault 1981: 15) überzugehen.<sup>9</sup> Mit systemtheoretischen Begrifflichkeiten gesprochen ließe sich sagen, dass die Texte zunächst einmal nicht nach ihrer *Fremdreferenz* befragt werden, sondern in Form einer Beobachtung zweiter Ordnung gezeigt werden soll, wie durch den Gebrauch von spezifischen Schemata – also durch spezifische *beobachtungsleitende Unterscheidungen und Konzepte* – eine eben auch spezifische Perspektive produziert wird.

Eine zentrale diskursanalytische Einsicht besteht dabei darin, dass das „Wuchern der Diskurse“ (Foucault 1983: 41) immer reguliert, kanalisiert und eingeschränkt wird. Nicht alles was in einer Sprache an Aussagen möglich ist, wird auch tatsächlich gesagt, weshalb Foucault (1981: 41ff.) seine Diskursanalytik auch von der Analyse der Sprache unterscheidet. Diskurse sind zwar innerhalb von sprachlichen Regelstrukturen situiert und vollziehen sie zugleich im Prozess der eigenen Realisation, dennoch stellt „die Beschreibung der diskursiven Ereignisse“ gegenüber der Sprachanalyse „eine völlig andere Frage: wie kommt es, daß eine bestimmte Aussage erschienen ist und

---

<sup>9</sup> Dennoch lässt Foucault (1981: 72) m.E. keinen Zweifel daran, dass es prinzipiell möglich ist, Diskurse als Dokumente zu lesen: „Eine solche Geschichte des Referenten ist zweifellos möglich. [...] Aber hier handelt es sich nicht darum, den Diskurs zu neutralisieren, aus ihm das Zeichen von etwas anderem zu machen, seine Mächtigkeit zu durchqueren, um auf das zu stoßen, was schweigend diesseits von ihm bleibt; es handelt sich im Gegenteil darum, ihn in seiner Konsistenz zu erhalten, ihn in der ihm eigenen Komplexität hervortreten zu lassen.“ (vgl. hierzu auch Jäger 2001: 86ff.)

keine andere an ihrer Stelle?“ (Ebd.: 42) Foucault verdeutlicht diesen Unterschied zwischen sprachlicher Regelstruktur (Grammatik, Wortschatz etc.) und diskursiver Regelstruktur auch wie folgt: „Im Verhältnis zu dem, was in einer natürlichen Sprache *hätte ausgesagt werden können*, im Verhältnis zu der unbegrenzten Kombinatorik der sprachlichen Elemente, sind die Aussagen (wie zahlreich sie auch immer sein mögen) *stets im Defizit*.“ (ebd.: 173 m. Hervor.; vgl. auch Bublitz 2003: 54) Diskurse lassen sich daher als *spezifische Wissensordnungen* begreifen, welche eben bestimmte Aussagen mit einem spezifischen Inhalt produzieren und andere ausschließen, obwohl sie sprachlich möglich und korrekt gewesen wären. Butler (1998: 181–230) spricht aufgrund dieser grundlegenden und sich inhaltlich durchschlagenden Selektivität von Diskursen auch davon, dass diese eine „implizite Zensur“ ausüben – sie scheiden einen Bereich des Sag- und Denkbaren von einem Bereich des Nicht-Sagbaren und Nicht-Denkbar. Diskurse sind gewissermaßen eine zweite Rahmensetzung innerhalb des größeren und inhaltlich unbestimmteren Rahmens der Sprache.<sup>10</sup>

Dieser zunächst einmal sehr abstrakt ansetzende Gedankengang lässt sich weiter konkretisieren, indem man die Fragestellung aus der *Archäologie des Wissens* bezüglich des Letztelementes bzw. der Grundeinheit von Diskursen nachgeht. Die *Aussage* („*énoncé*“) wird dabei von Foucault – unter gewissem Vorbehalt – als die „elementare Einheit des Diskurses“ (Foucault 1981: 117) verstanden und genau diese gilt es in ihrem Zusammenspiel mit andern Aussagen zu rekonstruieren. Allerdings seien zunächst einmal nur jeweils konkrete *Äußerungen* („*énonciations*“) manifest und protokollierbar – wie Texte, Sprechakte, Tabellen etc. Die Äußerung wird dabei als jeweils singulärer und einmaliger *Äußerungsakt* verstanden, der aufgrund seiner spezifischen Situiertheit nicht wiederholbar ist. „Die Äußerung ist ein Ereignis, das sich nicht wiederholt; es hat seine Besonderheit, die festgelegt und datiert ist und die man nicht reduzieren kann.“ (ebd.: 148) Ausgehend von diesen Manifestationen auf der Äußerungsebene müssen die Aussagen erschlossen werden. Dabei meint der Begriff der Aussage – der hier in Analo-

---

<sup>10</sup> Die hier dargestellten Überlegungen zu diskursiven Formationen beziehen sich in starkem Maße auf Foucaults *Archäologie des Wissens*, in welcher Diskurse v.a. als sprachlich realisierte Diskurse verstanden werden. M.E. muss dieses Konzept – und wie dies m.E. auch von Foucault in seinen nachfolgenden Werken getan wurde – erweitert werden, da sich Diskurse nicht nur in sprachlichen Performanzen materialisieren können: auch in nicht-sprachlichen Handlungen (wie sexuellen Praktiken, ökonomischen Prozessen), Kleidung, Körpern (Habitus etc.) oder aber auch in Architektur können Diskurse als leitende Orientierung zum Einsatz kommen (so auch Laclau 1981: 177ff.; Ders./Mouffe 2006: 143ff.). Welche Funktion vor einem solchen weit gefassten Diskursbegriff der von Foucault (1978) in Ansätzen entwickelte Dispositivbegriff, der auf der Unterscheidung zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken aufruft, noch haben kann, wäre eine daran anschließende und sicherlich nicht leicht zu beantwortende Frage.

gie zu Luhmanns Schemata-Begriff verstanden werden soll – diejenigen Regeln und Muster, welche die Oberfläche der Äußerung strukturieren und auf eine bestimmte Art und Weise anordnen. Foucault spricht daher auch von einer „Quasi-Unsichtbarkeit“ (ebd.: 161) der Aussage, da sie „stets in Einheiten“ anderer Art – wie Sätze, Propositionen – „eingehüllt“ (ebd.) werde. Im Gegensatz zur Äußerung lassen sich diese generalisierten und generalisierenden Schemata wiederholen. Sie stellen *Modi der Wiederholung* bereit und formen somit das soziale Gedächtnis einer Kultur. Es lässt sich dann auch „von derselben Aussage“ sprechen, „wo mehrere distinkte Äußerungen vorliegen“ (ebd.: 148), solange eben dieselben wiederholbaren Muster angewendet wurden. Entscheidend sind die jeweils zugrunde liegenden und zunächst einmal latent bleibenden Schemata. Die Diskursanalyse versucht genau dieses „*positive Unbewusste* des Wissens“ (Foucault 1971: 11) zu enthüllen – also in unserem Fall die den Zeitungsartikeln zum Thema Depression zugrunde liegenden Aussagen bzw. Schemata transparent zu machen und ihre Wiederholung bzw. Anwendung in verschiedenen Artikeln zu zeigen.

Fragt man daran anschließend nach der *Einheit des Diskurses*, was nichts anderes heißt, als die Frage zu stellen, wie sich verschiedene Diskurse voneinander unterscheiden lassen, so muss diese Einheit auf der „Aussagen-ebene“ (Foucault 1981: 133) gesucht werden. Ein Diskurs muss demnach als ein selbstbezügliches „Aussagefeld“ (ebd.: 143) verstanden werden, wobei den Aussagen ein gemeinsames „Formationssystem“ (ebd.: 156) zugrunde liegt. Die Einheit und Identität eines Diskurses lässt sich daher nicht – wie es oft gemacht wird – anhand eines Themas oder den sprechenden Subjekten (ebd.: 48ff.) festmachen. Der Diskursbegriff bezeichnet nicht einfach eine Debatte zu einem Thema. Vielmehr gehen m.a.W. verschiedene Diskurse in eine Debatte ein, um so das Thema auf je unterschiedliche Art und Weise zu ‚framen‘.<sup>11</sup> Auch ist es eher unwahrscheinlich, dass ein und dasselbe Subjekt – wie ein politischer Akteur – nur einen Diskurs in seinem Sprechen anwendet. Die von Foucault herausgearbeitete Einheit des Diskurses steht vielmehr quer zu vielen anderen Einheiten – wie die Einheit eines Themas, Buches, Werkes, Autors oder gar einer ganzen Epoche – und macht sich eben an den *aufeinander verwiesenen Schemata* fest. Bezogen auf die konkrete Analyse hier heißt dies, zunächst einmal nicht schon im Vorhinein davon auszugehen, dass sich alle Texte zum Thema Depression tatsächlich einem Diskurs zu-

---

<sup>11</sup> So unterscheidet beispielsweise Gerhards (2003: 301) verschiedenen Frames, welche sich innerhalb eines Diskurses (=öffentliche Debatte zu einem Thema) befinden. M.E. meint zumindest Foucaults Diskursbegriff genau diese Frames, welche eingesetzt werden, um ein Thema auf eine bestimmte Art und Weise zum Thema zu machen.

ordnen lassen – nur weil sie alle etwas zu Depressionen zu sagen haben. *Im Ergebnis* meiner Analyse hat sich dennoch herausgestellt, dass in den von mir untersuchten Zeitungsartikeln eine starke Homogenität bezüglich der verwendeten Schemata zu verzeichnen ist. Es lässt sich daher ein *dominant-hegemonialer Diskurs* herausarbeiten, den ich aus noch zu nennenden Gründen als *Professionalisierungsdiskurs* bezeichnen möchte, wobei in mindestens einem Artikel aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (von Lovenberg, 19.5.07)<sup>12</sup> auch so etwas wie ein *Gegendiskurs* festzustellen ist. Aufgrund der spärlichen Datengrundlage ließen sich nur sehr schematische Aussagen über diesen Gegendiskurs treffen, weswegen hier auf eine weitergehende Darstellung verzichtet werden soll. Hierfür müsste weiteres Datenmaterial einbezogen werden.

## 4. Zur Diskursivierung von Depressionen in den Printmedien

### 4.1 Ein erster Zugang

Bevor im weiteren Verlauf die Aussagenstruktur des Professionalisierungsdiskurses rekonstruiert und in systematischer Form dargestellt wird, soll in einem ersten Zugang zunächst einmal ein Überblick über die untersuchten Zeitungsartikel gegeben werden. Hierzu werden die verschiedenen Themen, die sich in den Artikeln finden, genannt und im Ansatz versucht Darstellungsmuster herauszuarbeiten, ohne diese jedoch weitergehend zu systematisieren. Dieses Unterkapitel soll lediglich dazu dienen der Leserin bzw. dem Leser, die bzw. der die von mir untersuchten Zeitungsartikel i.d.R. nicht genauer kennen wird, einen Eindruck von diesen zu verschaffen und die genauere Analyse im folgenden Unterkapitel vorbereiten helfen.

Wenn in den Zeitungsartikeln, welche dem Professionalisierungsdiskurs zuzurechnen sind, über Depressionen gesprochen wird, so werden oft auch andere psychische Probleme und Störungsbilder erwähnt und beschrie-

---

<sup>12</sup> Dieser mitunter recht bissige Artikel aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* beschäftigt sich mit dem Antidepressivum Prozac anlässlich seines zwanzigsten ‚Geburtstages‘. Auffällig an diesem Artikel ist eine ansonsten unübliche kritische Distanzierung zu Psychopharmaka. Deren heilenden und positiven Effekte werden zwar nicht generell bestritten, dennoch wird am Beispiel von Prozac erwähnt, dass auch psychische Störungen durch den psychologisch-medizinischen Eingriff überhaupt erst entstehen können bzw. verstärkt werden. Zudem findet sich eine unübliche Hervorhebung der privaten bzw. ‚lebensweltlichen‘ Bewältigungsstrategien bezüglich negativer Stimmungen und damit der Handlungsmacht von Subjekten. Auch wird auf die Deutungsoffenheit bei dem Konstatieren einer depressiven Störung hingewiesen: „Die Melancholie, einst die größte Muse für Dichter und Künstler, scheint vom Aussterben bedroht – während Depression zu einer Volkskrankheit geworden ist. Vierundfünfzig Millionen Menschen – und seit neuestem auch Haustiere – nehmen regelmäßig Prozac. Indes: Tendenz abnehmend. Die Nachricht, dass Prozac im zwanzigsten Jahr an Popularität verliert, ist jedenfalls kein Grund zur Traurigkeit.“

ben. Teils geschieht dies um Ähnlichkeiten und Interdependenzen darzulegen, teils um Unterschiede zu verdeutlichen. Im Einzelnen können dies Angststörungen, Schlafstörungen, soziale Phobien, Essstörungen (Magersucht und Fettleibigkeit), Burnout-Syndrom, Süchte (Alkohol und andere Drogen, Arbeitssucht), posttraumatische Belastungsstörungen, Persönlichkeitsstörungen, postpartale Psychosen und verschiedene Formen von Selbst- und Fremdverletzung (Suizid, Schlägereien, Kindstötung, Amoklauf) sein. Folgendes Zitat zeigt wie beispielsweise zwischen Depressionen und Angststörungen eine Relation hergestellt werden kann:

„Mitunter ist auch die Behandlung so genannter Vorläuferstörungen nötig und hilfreich. Oft verstecken sich hinter einer Depression nämlich andere, frühere Erkrankungen – in den meisten Fällen eine Angststörung.“ (*DIE ZEIT*, 29.12.05)

Aber auch die Wechselwirkung mit somatischen Leiden kann thematisiert werden:

„Die Forscher fanden damals heraus, dass Menschen mit Migräne und schweren Kopfschmerzen dreimal häufiger an Depressionen erkranken als gesunde Personen.“ (Michaelis in: *Süddeutsche Zeitung*, 10.1.07)

Wichtig ist es zudem zu beachten, dass das Störungsbild Depression oft selbst nochmals untergliedert wird nach verschiedenen Typen von Depression:

„Experten unterscheiden vor allem drei Formen von depressiven Störungen: erstens die unipolare Depression, die mit einer oder mehreren depressiven Episoden einhergeht. Zweitens die bipolare Störung, bei der sich depressive Phasen mit manischen abwechseln, also mit Episoden extremer Hochstimmung, übersteigertem Tatendrang, Größenwahn und unvernünftiger Risikobereitschaft. Und drittens die Dysthymie – eine weniger ausgeprägte, aber chronische depressive Verstimmung, die mindestens zwei Jahre anhält.“ (*DIE ZEIT*, 29.12.05)

„Sie [die Ärzte; M.L.] unterscheiden zwischen endogener Depression, die auf Gründe reagiert, die in der Seele liegen. Im Gegensatz zu extragener Depression, die durch äußere Faktoren ausgelöst werden kann – wie Trennung, Verletzung, Verlust. Rezidivierende (wiederkehrende)

depressive Störungen (10 Prozent aller Depressionen), die über Jahre immer wieder auftreten, können aus beiden folgen.“ (Stiller in: *BILD*, 14.2.06)

In dem letzten Zitat wurde zudem schon sichtbar, dass Depressionen – aber dies gilt auch für andere Störungsbilder – nicht einfach nur katalogisiert bzw. aufgelistet werden. Vielmehr werden diese Störungen immer auch mit Ursachen und krankheitsfördernden Bedingungen in Verbindung gebracht. Dabei ist die Liste der Ursachen mindestens genauso lang wie die der diskutierten psychischen Krankheitsbilder. In den Texten zum Professionalisierungsdiskurs finden sich folgende Ursachen und Faktoren: Traumatisierungen (v.a. in der Kindheit wie Ehescheidung der Eltern, aber auch durch den Tod einer geliebten Person), steigender Leistungsdruck (Berufsleben, Schule), soziale Exklusion bzw. Marginalisierung (Armut, Migration – mangelnde Integration, Arbeitslosigkeit, Bildungsferne), Frustration und enttäuschte Phantasien, Säkularisierung und Pluralisierung, Individualisierung und Einsamkeit, genetische Dispositionen und organische Störungen, Staub und Schadstoffe, falsche Ernährung, falscher Lebensrhythmus (gegen die innere Uhr).

Neben der Beschreibung von Krankheitsbildern und deren Ursachen werden zudem immer auch Therapien und Behandlungsmöglichkeiten vorgestellt. D.h. konkret, dass verschiedene Therapieansätze (von psychoanalytischen Ansätzen über kognitive Verhaltenstherapien bis hin zu rein medikamentösen Therapieformen durch den Hausarzt) dargestellt, gegeneinander abgewogen und bewertet werden. Auch wenn die Bewertung unterschiedlich ausfällt, so wird dennoch der Einsatz von Psychopharmaka generell nicht abgelehnt und in den meisten Artikeln auch für sinnvoll und notwendig erachtet:

„Die Chemie bildet zwar die Basis, lässt aber Raum für den freien Willen. Stimmt die Chemie nicht, sollte man eingreifen können.“ (Franz in: *DIE ZEIT*, 6.10.05)

Dennoch wird immer wieder auch auf die entscheidende Rolle von psychotherapeutischen Gesprächen hingewiesen und sich damit gegen einseitig medikamentöse Behandlungen ausgesprochen:

„Antidepressiva helfen nur, solange der Patient sie einnimmt. Setzt er die Medikamente ab, dann ist das so, als hätte er sie nie genommen. Wenn er aber eine Psychotherapie macht, die auf ihn abgestimmt ist, dann hat der Patient etwas gelernt, was auch danach nicht aufhört zu

wirken und was ihm hilft, sich aus den Fallstricken zu befreien.“ (Pawelzik, interviewt von Etzold in: *DIE ZEIT*, 11.3.04)

Zudem wird darauf aufmerksam gemacht, dass Depressionen und andere psychische Störungsbilder nach wie vor oft nicht wahrgenommen oder fehlinterpretiert werden. Hier einige Beispiele:

„Außerdem sei Deutschland in Europa Schlusslicht bei der Versorgung mit Schulpsychologen. Auch dies sei ein Grund dafür, dass 83 Prozent der psychischen Erkrankungen bei Kindern nicht erkannt würden.“ (Schwarzkopf in: *Frankfurter Rundschau*, 15.5.07)

„Mediziner warnen, dass etwa in Deutschland zwei Drittel aller Depressionen nicht richtig erkannt und behandelt werden – mit meist tödlichen Folgen.“ (Eberle in: *DIE ZEIT*, 11.3.04)

„40 Prozent aller Betroffenen bekommen beim Hausarzt keine depressionsspezifische Therapie“ (Stiller in: *BILD*, 14.2.06; fett i.O.)

Neben dem individuellen Leiden werden aber auch – v.a. in *DER ZEIT* – kollektive Gefahren, welche von Depressionen ausgehen, thematisiert und immer wieder genannt:

„Insgesamt belasteten seelisch bedingte Produktivitätseinbußen, Ausfalltage und erhöhte Fluktuation die deutsche Wirtschaft jährlich mit 80 bis 100 Milliarden Euro. Ähnlich hoch sind die Zahlen der WHO, die die Krankheitskosten aus Stress und seelischer Belastung für die 15 alten EU-Staaten auf jährlich 265 Milliarden Euro oder rund drei bis vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes beziffert.“ (Pickartz in: *DIE ZEIT*, April 2006)

„Woher kommt die *Epidemie* der Depression?“ (Eberle in: *DIE ZEIT*, 11.3.04; m. Herv.)

„Die Depression, so weit sind sich Psychoanalytiker, Psychiater, Soziologen, Biochemiker, Pharmakologen, Politiker und Betroffene einig, ist eine lähmende, Menschen und Kapital verschlingende Volkskrankheit.“ (Wehrmann in: *DIE ZEIT*, 24.11.05)

Es dürfte schon sichtbar geworden sein, dass den LeserInnen eine *Fülle von psychologisch-medizinischen Kategorisierungen und Erklärungsansätzen* entgegengebracht wird. Dabei spielt die Katalogisierung von verschiedenen Formen der Depression und deren Relation zu anderen psychischen und somatischen Störungen ebenso eine zentrale Rolle wie deren Rückführung auf Krankheitsursachen und der Präsentation von Therapiemöglichkeiten. Des Weiteren wurde auch schon deutlich, dass Depressionen hier sowohl als eine individuelle als auch eine kollektive Gefahr wahrgenommen werden, und somit ein *Handlungsdruck* entsteht („[...] mit meist tödlichen Folgen“), der dadurch noch erhöht wird, dass diese Gefahren oft nicht richtig erkannt werden. Diese ‚Konfrontation‘ der LeserInnen mit psychologisch-medizinischen Erklärungsansätzen durch Printmedien bedeutet dabei immer auch die Popularisierung von psychologischen Konzepten und Begrifflichkeiten, ebenso wie die Verbreitung eines Wissens über Therapiemöglichkeiten. Z.T. werden sogar konkrete Definitionen von bestimmten Typen von Depression gegeben, wie in folgendem kurzen Artikel aus der *BILD* mit dem Titel „Was ist eine Wochenbett-Depression?“:

„Kurz nach der Geburt eines Babys fühlen sich viele Mütter plötzlich traurig, überfordert. Sie fragen sich: Schaffe ich das alles? Kann ich mein Kind wirklich lieben?

‚Wochenbett-Depression‘ nennen die Mediziner diesen Zustand. Symptome: Traurigkeit, Erschöpfung, Ängstlichkeit. 80 Prozent aller Mütter sind davon betroffen. [...]“ (*BILD*, 6.7.06; fett i.O.)

Fragt man nochmals genauer nach der Art und Weise wie von einer Depression Betroffene dargestellt werden, so fällt zunächst einmal auf, dass die Thematisierung dieser Personen entlang zweier quer zueinander stehenden ‚Achsen‘ verläuft. Auf einer ersten ‚Achse‘ wird zwischen einem einzelnen Fall und einer ganzen Betroffenenengruppe unterschieden, wobei die Einzelfälle oft dazu dienen, den zunächst abstrakt klingenden Zahlen und Daten bezüglich der Betroffenenengruppe ein konkretes ‚Gesicht‘ zu geben. Oft werden diese Personen mit Vornamen eingeführt und deren Alter, Beruf etc. erwähnt. Teilweise werden hier auch Depressionen bei prominenten Personen genannt – wie eingangs dieses Artikels schon anhand des Beispiels Lars von Triers sichtbar wurde. Dabei springen die Texte oft, ohne Überleitungen zu machen, zwischen dem Einzelfall und der gesamten Betroffenenengruppe hin und her oder es finden sich Verbindungssätze wie folgender: „Aktuelle Studien dokumentieren: Kathrin ist längst kein Einzelfall mehr.“ (Pickartz in:

*DIE ZEIT*, April 2006) Dabei fällt auch auf, dass sich unter den Betroffenen keine PsychologInnen und PsychiaterInnen finden, obwohl eine z.T. recht genaue Einteilung und Diskussion von krankheitsfördernden Faktoren bei verschiedenen Berufsgruppen stattfindet (vgl. Maier-Albang in: *Frankfurter Rundschau*, 18.3.07 über die Gefahr bei kirchlichen Seelsorgern ein Burnout-Syndrom zu entwickeln). Auch bei der Nennung und Einteilung von Risikogruppen (s.u.) wird dieser Berufszweig nicht erwähnt. Auf einer zweiten ‚Achse‘ wird zwischen den Betroffenen unterschieden, die eine Therapie machen – also schon ins medizinische System inkludiert sind – und denen, die keine Therapie erhalten. Letztere Gruppe wurde auch schon oben im Kontext nicht diagnostizierter Depressionen genannt. Generell heben die Texte, die gravierenden Konsequenzen für die von einer psychischen Störung betroffenen aber nicht inkludierten Personen hervor. So heißt es beispielsweise bezüglich von nicht therapierten Angststörungen:

„Unerkannt oder ohne Therapie verlaufen sie oft chronisch und bilden damit das Fundament einer endlosen Leidenskarriere.“ (Wagner in: *DIE ZEIT*, April 2006)

Neben den Betroffenen – sei es als einzelner Fall oder aber als Gruppe – werden auch Risikogruppen gebildet, also potentiell betroffene Personengruppen ausfindig gemacht. Diese Risikogruppen können nach vielen verschiedenen Gesichtspunkten differenziert werden. Oft wird bezüglich Geschlecht, Schicht, Region, Alter, Ethnie bzw. Staatsangehörigkeit und Typ des ausgeübten Berufes differenziert. Daneben werden aber auch alle Menschen betreffende Risiken erwähnt. Wichtig hierbei ist es, dass sich auf diese Weise Jede und Jeder zu einer bestimmten Risikogruppe zuordnen kann. So gehört beispielsweise (fast) jeder Mensch entweder zur Risikogruppe der Frauen oder der Risikogruppe der Männer und muss mit einem auf ihn zutreffenden spezifischen Risikofaktor umgehen: „Der Risikofaktor für Frauen liegt bei 10 bis 25 Prozent, der für Männer bei 5 bis 12 Prozent.“ (Wehrmann in: *DIE ZEIT*, 24.11.05), heißt es beispielsweise bezüglich Depressionen. Was hier also sichtbar wird, ist so etwas wie eine *Reflexivität der Texte*. Die ZeitungslernerInnen können und müssen sich als (potentiell) im Gegenstandsbereich der Zeitungsartikel befindlich begreifen. Oder anders gesagt: Die Zeitungsartikel regen dazu an oder ermöglichen es zumindest, dass im Text über Depression Gesagte immer auch auf sich selbst und das eigene soziale Umfeld zu beziehen. Auch wenn die RezipientInnen selbst nicht an einer Depression oder ähnlichen von den Texten behandelten Störungen leiden, so

sind sie dennoch Teil einer bzw. mehrerer Risikogruppe(n) und damit als zumindest potentiell betroffene Person adressiert.

#### 4.2 Die Aussagenstruktur

Die im ersten Zugang schon ansatzweise sichtbar gewordenen Argumentationsgänge und Beschreibungsmuster des Professionalisierungsdiskurses sollen nun in systematischer Absicht weiter herausgearbeitet werden, um so dann auch zeigen zu können, weshalb dieser Diskurs hier als *Professionalisierungsdiskurs* beschrieben wird. Hierzu möchte ich die vier zentralen Aussagen dieses Diskurses darstellen, mit Textbeispielen belegen und ihr Zusammenspiel verdeutlichen.

a) Die erste hier zu nennende Aussage und gewissermaßen Grundlage für alles Weitere ist die Aussage, dass es eine *Symmetrie somatischer und psychischer Leiden* gibt. Damit soll gesagt werden, dass prinzipiell kein Unterschied zwischen körperlichen und geistigen Störungen bzw. Beeinträchtigungen zu machen ist und das beide auf Ursachen beruhen und durch i.w.S. Ärzte und Medikamente zu heilen und therapieren sind. Der Krankheitsbegriff stellt hierbei die Klammer zwischen beiden Formen von Leiden her:

„Stellt man die Depression auf ein naturwissenschaftliches Fundament, so verliert sie weitgehend das Dämonische (...) und wird zu einer Erkrankung wie andere auch.“ Eine Krankheit wie andere auch ist behandelbar, ist heilbar.“ (Wehrmann in: *DIE ZEIT*, 24.11.05)

„Die Studie zeigt eine Verschiebung von Krankheitsbildern: von akuten zu chronischen, von somatischen zu psychischen Leiden.“ (Bergius/Wagner in: *Frankfurter Rundschau*, 18.5.07)

„Ärzte sprechen eindeutig von Krankheit [bezüglich von Depressionen; M.L.].“ (Stiller in: *BILD*, 14.2.06)

Diese Symmetrieaussage, die so meine Einschätzung nicht spezifisch für den hier zu rekonstruierenden Diskurs ist und auch in anderen Diskursen vorkommt, erfüllt im Wesentlichen zwei Funktionen. Auf der einen Seite stellt sie einen Schutz für Personen, die als krank beschrieben werden, dar. So kann man beispielsweise das Fehlen bei der Arbeit dadurch legitim begründen, dass man krank war und diesen Zustand durch ein ärztliches Attest belegen. Krank zu sein bedeutet gewissermaßen partiell und zeitweise von Erwartungsdruck und normativ-moralischen Bewertungen befreit zu werden.

Wenn psychische Zustände – wie Verzweiflung, Hilflosigkeitsgefühle, Ängste, Antriebslosigkeit etc. – ab einem bestimmten Ausmaß auch als Krankheit aufgefasst werden, dann stellen sie ähnlich wie somatisch bedingte Beeinträchtigungen und Störungen einen ebenfalls legitimen Grund für die Befreiung von Erwartungsdruck dar. Andererseits kommt dem Krankheitsbegriff auch die Funktion zu, ärztliches Eingreifen zu legitimieren bzw. zu fordern. Mit der Definition eines Zustandes bzw. Verhaltens als krank werden immer auch Zuständigkeiten abgesteckt und Lösungswege skizziert – und das heißt dann i.w.S. eine medizinische Behandlung einzuleiten oder diese zumindest für angebracht zu erachten. Der Begriff der „Krankheit“ stellt gewissermaßen so etwas wie die ‚Inklusionsformel‘ des medizinischen Systems dar. Dort wo Krankheit ist, darf und soll das medizinische System eingreifen, um Schlimmeres zu verhindern. Das Ziel der Inklusion einer Person – aufgrund von Krankheit – ist deren Exklusion aufgrund von Gesundheit. Neben der Schutzfunktion stellt der Krankheitsbegriff also auch eine Interventionsbefugnis für das medizinische System dar.

b) Die zweite Aussage, welche de facto eigentlich ein Bündel von ‚kleineren‘ Aussagen darstellt, lässt sich als *Vermessung der Bevölkerung* bezeichnen. Damit soll gesagt werden, dass auf der Grundlage von statistischen Berechnungen und stochastischen Werten – manifestiert in Tabellen, Schaubildern, Prozentangaben etc. – ganze Bevölkerungen vermessen und nach verschiedenen Gesichtspunkten eingeteilt und gruppiert werden. Hierzu werden, wie schon oben beim ersten Zugang deutlich wurde, Betroffenen- und Risikogruppen gebildet und mit statistischen Maßen belegt. Zunächst seien zwei Beispiele für das Vermessen von Betroffenenengruppen angeführt:

„Schuftens bis zum Umfallen: In Deutschland leiden mindestens 200.000 Menschen unter dem krankhaften Zwang, im Beruf immerzu alles geben zu wollen.“ (Weyerer in: *Süddeutsche Zeitung*, 29.4.07)

„127 Millionen Menschen in Europa, mehr als ein Viertel der Bevölkerung, leiden an den zwölf häufigsten psychischen Erkrankungen, ein Drittel unter Ängsten und Panikattacken.

[...] Die Weltgesundheitsorganisation WHO schätzt: In 15 Jahren werden Depressionen an zweiter Stelle der größten Leiden der Menschheit stehen – nach dem Herzinfarkt.“ (Schüle in: *DIE ZEIT*, 19.4.07)

Fällt beim letzten Zitat besonders auf, dass zwei Krankheiten als die „größten Leiden der Menschheit“ bezeichnet werden – und nicht etwa auch soziale

Sachverhalte wie Armut, Kriege etc. – so lässt sich generell konstatieren, dass durch die Bezifferung von Betroffenenengruppen, eine Vorstellung über Ausmaß und Verbreitung von Depressionen und anderen psychischen Leiden bzw. Störungen produziert wird. Zum Teil wird – wie beim zweiten Zitat – ein erheblicher Teil der Bevölkerung als psychisch erkrankt beschrieben („127 Millionen Menschen in Europa, mehr als ein Viertel der Bevölkerung, leiden an den zwölf häufigsten psychischen Erkrankungen“ – es werden aber wie oben schon z.T. sichtbar wurde auch kleinere Zahlen genannt). Dies mag je nach Perspektive entweder als eine Bedrohung wahrgenommen werden oder aber auch als eine Erleichterung – was wohl besonders Personen betrifft, die selbst Therapieerfahrungen besitzen: man ist eine/r unter vielen. In beiden Fällen wird dennoch auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit eines gut ausgebauten und weit reichenden medizinischen Systems zumindest implizit verwiesen. Oder wenn man anhand dieser Textstelle noch nicht so weit deuten möchte, so lässt sich dennoch sagen, dass ein *Handlungsdruck* entsteht: Wenn mehr als ein Viertel der Bevölkerung erkrankt ist, dann muss etwas getan werden.

Neben der Vermessung von Betroffenenengruppen finden sich aber auch viele Angaben und Einteilungen von Risikogruppen und Risikofaktoren, was oben auch schon z.T. gezeigt wurde. Auch hierzu einige weitere Textbeispiele:

„Dabei wissen die Forscher: Mehr als die Hälfte aller Menschen in Deutschland, nämlich 65 Prozent, erkranken im Lauf ihres Lebens einmal an einer psychischen Störung.“ (Stiller in: *BILD*, 14.2.06)

„Wer Verwandte ersten Grades mit einer Angststörung habe, dessen Risiko sei um ein 4,25-Faches erhöht, ebenfalls eine Angststörung zu entwickeln.“ (Schüle in: *DIE ZEIT*, 19.4.07)

„Finnen die mindestens zweimal wöchentlich Fisch essen, halbieren ihr Depressionsrisiko, entdeckte ein Forscher der amerikanischen National Institutes of Health (NIH).“ (Eberle in: *DIE ZEIT*, 11.3.04)

Zunächst fällt auch hier beim ersten Zitat aus der *BILD* die relativ hohe Bezifferung auf. Demnach ist es eher normal eine psychische Störung zu entwickeln, als eine solche nicht zu entwickeln („[...] 65 Prozent, erkranken im Lauf ihres Lebens einmal an einer psychischen Störung“). Im zweiten und dritten Zitat werden hingegen Risikofaktoren für die Erkrankung an einer

Angststörung bzw. Depression genannt und in einer exakten – im ersten Fall sogar bis zwei Stellen hinter dem Komma berechneten – Zahl ausgedrückt. Interessant ist, dass es sich dabei um relative Werte handelt. Wenn gesagt wird, dass das Risiko „um ein 4,25-Faches erhöht“ ist unter einer bestimmten Bedingung an einer Angststörung zu erkranken, so ist damit ein Vergleich angestellt. „4,25“ bezieht sich dabei zunächst einmal auf ein Vergleichsfeld und nicht auf einen absoluten, zählbaren Referenten. Was durch solche Zahlen hervorgebracht wird, ist ein Vergleichs- und Normalitätsfeld, in welchem sich einzelne Personen positionieren können (für die herausragende Rolle von Zahlen und Statistiken für die Herausbildung von Normalitätsfeldern vgl. Link 1992, 1990). Für die RezipientInnen der Zeitungsartikel wird es hier also möglich, sich in diesem Normalitätsfeld zu verorten. Man kann aus den Zeitungsartikeln erfahren, welche Risiken auf einen selbst zutreffen, wie hoch sie sind und von welchen Risiken man nicht betroffen ist. Diese oben schon genannte *Reflexivität* stellt einen zentralen Mechanismus der Texte dar. Der Effekt dieses Mechanismus ist ein *Distanzabbau* zwischen den RezipientInnen und den in den Zeitungsartikeln beschriebenen Personen: Die Leserin bzw. der Leser ist mittendrin im beschriebenen Geschehen und kann bzw. muss das Gesagte immer auch auf sich selbst beziehen.

c) Wenn die erste Aussage von der *Symmetrie somatischer und psychischer Leiden* neben ihrer Schutzfunktion für die Betroffenen auch die Funktion erfüllt, Interventionsbefugnisse für das medizinische System zu erteilen, so dient die zweite Aussage von der *Vermessung der Bevölkerung* dazu, einen Handlungsdruck aufzubauen und die RezipientInnen dieses Diskurses über das Aufspannen eines Vergleichsfeldes in die Thematik zu involvieren: Der eigene psychische Zustand muss als gefährdet betrachtet werden und kann mit anderen Gefährdungslagen anderer Personengruppen verglichen werden. Es stellt sich nun die Frage, wie die Gefahr an einer Depression oder ähnlichem zu erkranken und der Umgang mit dieser Gefahr im Diskurs dargestellt werden. Dabei fiel bisher schon die z.T. relativ hohe Bezifferung von Betroffenenengruppen und der Nennung hoher Risikofaktoren auf. Dieser Punkt wird in der dritten Aussage, die sich als Aussage von einer *permanenten und allgemeinen Gefährdung* bezeichnen lässt, vertieft. Inhalt dieser Aussage ist die Vorstellung, dass erstens Depressionen und damit als verwandt wahrgenommene Störungen (wie Angststörungen) prinzipiell jede Person betreffen können und dass zweitens auch eine ständige und nicht zu behebende Gefahr von diesen Störungen ausgeht – auch wenn letztere von unterschiedlichen Zeitungsartikeln innerhalb dieses Diskurses unterschiedlich hoch einge-

schätzt wird. Hierzu zunächst einige Beispiele, welche die prinzipielle Gefährdung jedes Menschen hervorheben:

„Depressionen. Es kann jeden treffen!“ (Stiller in: *BILD*, 14.2.06)

„Niemand ist gefeit, jeder Mensch kann eine Angstkrankheit entwickeln, und jeder Vierte hat im Laufe seines Lebens einmal eine Angststörung.“  
[...] Heute ist er aufgeräumt. Heute geht es ihm gut. Nach seinen Klinikaufenthalten arbeitet er wieder. Er baut gerade ein Haus. Aber morgen kann die Angst wiederkommen.“ (Schüle in: *DIE ZEIT*, 19.4.07)

„Jedenfalls mache Berlin nicht kränker als München oder Köln, sagt Dettling. Depressionen kämen überall vor. In Städten. Auf dem Land. In reichen wie in armen Ländern. Depressionen sind gewissermaßen für alle da.“ (Moreno in: *Süddeutsche Zeitung*, 13.1.07)

„Niemand scheint vor dem neuen Volksleiden sicher, nicht einmal ein 24-jähriger Fußballmillionär auf der Höhe seiner Karriere, wie der Fall Sebastian Deisler bewies.“ (Eberle in: *DIE ZEIT*, 11.3.04)

In den hier zitierten Beispielen wird eine allgemeine Gefahrenlage betont: Jede und Jeder muss damit rechnen, an einem der genannten psychischen Leiden zu erkranken. Diese allgemeine Gefahrenlage wird auch dann hervorgehoben, wenn immer wieder gesagt wird, dass diese Störungsbilder nun auch in der ‚normalen‘ Bevölkerung aufzutreffen seien und nicht nur bei marginalisierten Gruppen: „Traf es früher vor allem Arbeitslose und ältere Menschen, greifen Depressionen und Angststörungen heute auch in der arbeitenden Bevölkerung um sich.“ (Pickartz in: *DIE ZEIT*, April 2006). Die Ungewissheit zu erkranken wird zwar durch das Nennen von Risikofaktoren eingeschränkt und im wahrsten Wortsinne berechenbar gemacht. Dennoch weiß die einzelne Person nicht, durch welches konkrete Verhalten sich solche Zustände versuchen ließen zu umgehen. Dazu wäre es notwendig, nicht nur formale stochastische Werte zu wissen, sondern auch Ursachen- und Entstehungsmechanismen von Depressionen und anderen Störungen in Erfahrung zu bringen. Das besondere an solchen Risikofaktoren ist es aber, dass sie noch keine genauen Ursachenmechanismen nennen, mit denen sich irgendwie aktiv umgehen ließe. Gerade wenn – wie im dritten Zitat hervorgehoben wird – Depressionen überall und unabhängig davon, ob jemand in der Stadt, dem Land, in einem reichen oder armen Land lebt, auftreten kön-

nen, so wird dadurch immer auch darauf hingewiesen, dass bestimmte Ursachen- und Erklärungszusammenhänge – wie „das turbulente Leben der Großstadt“ – nicht (mehr) als Erklärung taugen.

Dennoch wäre es zu kurz gegriffen, wollte man behaupten, dass sich in den untersuchten Zeitungsartikeln keine Hinweise auf Ursachen fänden. Oben beim ersten Zugang wurde ja schon deutlich, dass die Zeitungsartikel neben den statistischen Risikofaktoren eine Fülle von inhaltlichen Ursachen(bündeln) nennen. Dabei ist zunächst einmal hervorzuheben, dass einige zentral genannten Ursachen und Risikofaktoren, wie beispielsweise die ethnisch-kulturelle Zugehörigkeit, genetische Dispositionen oder das Geschlecht, nur schwer veränderbar sind. Diese Risiken *bleiben permanent*. Aber auch als wichtig eingeschätzte soziale Ursachen wie soziale Marginalisierung, Pluralisierung, erhöhte Anforderungen im Berufsleben etc. lassen sich nur schwer vom Einzelnen ändern. Zudem fällt auf, dass oft ein tendenziell *passives und reaktives Bild der Psyche* gezeichnet wird, wodurch die genannten Ursachen- und Risikofaktoren einen stärker ‚objektiv-gültigen‘ und dauerhaften Charakter zugeschrieben bekommen – und weswegen ich es auch für angebracht halte, hier von einer *allgemeinen und permanenten Gefährdung* zu sprechen. Die Psyche scheint auf ihre Umwelt und den dort vertorteten ‚objektiven‘ Ursachen und Faktoren, passiv und wehrlos zu reagieren, ohne diesen mit einem *Eigen-Sinn* aktiv gegenüber zu treten:

„Weitere Risikofaktoren für Kinder: Migrationshintergrund, bildungsferne Haushalte, Ehescheidung. Fast alle psychischen Erkrankungen wie Ängste oder Depressionen resultieren aus dem Zusammenspiel dieser Faktoren.“ (Schwarzkopf in: *Frankfurter Rundschau*, 15.5.07)

„Doch treffen genetische Disposition und frühkindliche Schädigung später auf eine seelische Belastung – den Tod eines Geliebten, Überbeanspruchung in der Arbeit –, schießt die Hormonproduktion leicht vollends über, der Körper gerät in einer Art Dauerstress, der Geist reagiert depressiv.“ (Eberle in: *DIE ZEIT*, 11.3.04)

Diese Modell einer passiv reagierenden Psyche, welches durch Formulierungen wie „[...] Ängste oder Depressionen resultieren aus dem Zusammenspiel dieser Faktoren“ bzw. „[...] schießt die Hormonproduktion leicht vollends über, der Körper gerät in einer Art Dauerstress, der Geist reagiert depressiv“ gezeichnet wird, spricht die Handlungsmacht der Subjekte in wichtigen Teilen ab. Aber auch dadurch, dass generell individuelle Kapazitäten

und Verhaltensstrategien nicht – oder wenn dann nur als defizitär – dargestellt werden, findet der Eigen-Sinn der Subjekte keinen Platz in diesem Diskurs. Folgt man diesem Modell und bringt es mit in das eigene Selbstbild mit ein, so dürfte wohl Verunsicherung und – zumindest in Ansätzen – ein Gefühl von Hilflosigkeit resultieren. Auch wird Verunsicherung erzeugt, indem Risikospannen wie im folgenden Zitat soweit ausgeweitet werden, dass man sich fast die Hälfte seines Lebens als in einer Gefahrensituation befindlich wahrnehmen muss:

„Erste Anzeichen für eine Angsterkrankung treten meistens relativ früh auf, im Alter zwischen zehn und 40 Jahren.“ (Wagner in: *DIE ZEIT*, April 2006)

Gerade weil hier auch diffus von „ersten Anzeichen“ gesprochen wird, kann jedes Auftreten und Andauern eines Angstzustandes als der Beginn einer Erkrankung wahrgenommen werden. Die meisten Zeitungsartikel, welche sich dem Professionalisierungsdiskurs zurechnen lassen, verfügen zudem aber noch über eine Reihe von rhetorischen Mitteln und Erzählstrategien, welche diese Verunsicherung und Hilflosigkeit neben der inhaltlichen Aussage noch weiter forcieren. Hier fallen vor allem die Hervorhebung des plötzlichen Kippens eines mentalen Zustandes und/oder ein zum Teil recht ‚literarischer‘ Schreibstil auf, welcher versucht die Innenperspektive betroffener Personen ‚nachzuempfinden‘:

„Und plötzlich ist das Gefühl weg.“ (Fromme in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.1.07)

„Dann passiert es. ‚Etwas‘, so Labro, ‚hat sich verändert‘. Ein Seelenriss, eine ‚nennen wir es in Ermanglung eines besseren Wortes ‚Depression‘, hat den Gewinner auf der Höhe seines Erfolges eingeholt.“ (Wehrmann in: *DIE ZEIT*, 24.11.05)

„Und mit einem Mal schießt die Angst aus der Tiefe des zerebralen Raums empor und hält an, bevor sie langsam zerfällt, und mit jeder Attacke wird die Kurve steiler und hält länger an und dann noch länger. Der Sympathikus fährt hoch. Der Körper ist zum Kampf bereit. Alles Notwendige ist durchblutet. Darm und Blase entleeren sich, weil man in einer existenziell gefährlichen Situation nichts weniger braucht als deren beschwerenden Inhalt. Und dann fällt die Angstkurve nicht wieder ab, ir-

gendwann kann sie nicht mehr abgeschaltet werden.“ (Schüle in: *DIE ZEIT*, 19.4.07)

Durch diese rhetorischen Mittel wird eine *Dekontextualisierung* der psychischen Leidenszustände, die scheinbar aus dem Nichts auf einen einstürzen, erreicht. Dies mag zwar dem subjektiven Empfinden einer davon betroffenen Person entsprechen, reproduziert aber in gewisser Weise gerade deswegen auch deren Verunsicherung und Hilflosigkeit. Vor allem in längeren Zeitungsartikeln aus *DER ZEIT* werden solche und ähnliche Aussagen – teilweise fast mit demselben Wortlaut – des Öfteren wiederholt und über den Text verstreut. Dadurch sowie durch den oben schon z.T. sichtbar gewordenen Gebrauch von Metaphern der Bedrohung und Gefahr („Epidemie“, „eine lähmende, Menschen und Kapital verschlingende Volkskrankheit“ etc.) und den oft beigefügten ‚nachempfindenden‘ Fotos (vgl. hier als besonders ausgeprägtes Beispiel: Schüle in: *DIE ZEIT*, 19.4.07) wird in diesen Texten eine ‚Grundstimmung‘, ein roter Faden produziert, der beim Schreiben über Angst und Hilflosigkeitsgefühle diese in gewissem Umfang selbst performativ (re)produziert – zumindest wenn man sich beim Lesen auf die Schemata der Texte einlässt. Wie stark diese Tendenz ausgeprägt ist, variiert aber stark von Text zu Text und lässt sich in seiner starken – Angst tatsächlich hervorbringenden – Version nicht als allgemeines Strukturmerkmal des Diskurses beschreiben, auch wenn dieses Merkmal als Tendenz immer vorhanden ist. Durch die oben schon erwähnten reflexiven Mechanismen des Distanzabbaus werden diese Effekte nochmals verstärkt, da man aufgrund des eigenen gewussten Risikos mit der Gefahr lebt, die geschilderten psychischen Leidenszustände selbst erleben zu müssen.

d) Bisher konnte schon gezeigt werden, dass im Diskurs eine individuelle und kollektive Gefahrenlage als Horizont aufgespannt wird und ein Handlungsdruck entsteht. Die Lösung für das damit gegebene Problem wird hier – und daher auch die Bezeichnung „Professionalisierungsdiskurs“ – im medizinischen System und seinen Professionellen gesehen. Wenn hier von „Professionalisierung“ gesprochen wird, dann soll damit zudem zum Ausdruck gebracht werden, dass Bereiche und Probleme die auch von einer Person selbst und in deren privaten Umfeld – seien es familiäre Bindungen oder persönliche Netzwerke – bearbeitet werden, nun innerhalb des Diskurses als genuin psychologisch-medizinische Aufgabenfelder verstanden werden. Die Inklusion in das medizinische System scheint als einzige adäquate Lösungsperspektive zur Verfügung zu stehen und spricht – erneut – den betroffenen Personen und deren sozialem Umfeld die Kompetenzen ab, mit Depressionen

und ähnlich wahrgenommenen Störungen produktiv umzugehen. Diese letzte hier rekonstruierte Aussage des Diskurses – *der psychologisch-medizinische Experte als rettende Instanz* – schreibt die Asymmetrie zwischen Expertenwissen und alltäglichem, ‚lebensweltlich‘ verankertem Wissen fort. Diese Asymmetrie wurde auch schon oben in der dritten Aussagen von der *permanenten und allgemeinen Gefährdung* sichtbar, aber auch schon in der Einleitung meines Artikels, in welchem das persönliche Umfeld von Monika aufgrund ihrer Unfähigkeit deren postpartale Depression ernst zu nehmen, kritisiert wurde. Hierzu seien exemplarisch noch die folgenden beiden Beispiele genannt:

„Darüber stoßen Menschen mit Depressionen auf erhebliche Ressentiments. Sie werden nicht offen diskriminiert, aber Freunde und Verwandte wenden sich ab, was die Betroffenen noch tiefer in die Krise stürzt.“  
(*DIE ZEIT*, 29.12.05)

„Immer wieder hört Töle von den Kindern, die in die Beratung kommen, dass Eltern über ihre Depression einfach hinweggehen und ihnen sagen, sie sollten sich doch zusammenreißen. Doch dadurch würden sie noch hilfloser. Auch die Lehrer merken oft gar nicht, was mit den Kindern los sei.“ (Eder in: *Süddeutsche Zeitung*, 19.3.07)

Sicherlich ist der Inhalt dieser Textstellen nicht komplett von der Hand zu weisen. Dennoch fällt auf, dass wenn das persönliche Umfeld thematisch adressiert wird, dieses immer nur als unfähig und nicht kompetent beschrieben wird. Diese Unfähigkeit muss aber nicht nur auf das – im engen Sinne – persönliche Umfeld bezogen sein, sondern kann sich auch auf die Arbeitswelt beziehen:

„Psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz nehmen dramatisch zu. Das kostet Milliarden Euro. Doch die meisten Unternehmen stehen dem hilflos gegenüber.“ (Pickartz in: *DIE ZEIT*, April 2006)

Wenn „die meisten Unternehmen“ dem Problem – „psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz“ – genauso „hilflos gegenüber“ stehen wie die Betroffenen gegenüber ihrem Leiden auch, dann wird eine problemlösende und handlungsfähige Instanz benötigt. Diese wird von den psychologisch-medizinischen ExpertInnen verkörpert:

„Unausgesprochen schwingt dabei immer die Sorge mit, dass Wissenslücken die Betroffenen davon abhalten können, ärztliche Hilfe zu suchen. ‚Wir können fast jedem helfen‘, betont denn auch Ulrich Hegerl, der Sprecher des Kompetenznetzes Depression ist, eines Pilotprojektes, das Forscher und Praxisärzte enger vernetzt.“ (Eberle in: *DIE ZEIT*, 11.3.04)

Auch kann die Verkörperung von Handlungsmacht durch Metaphern symbolisiert werden. So ist in dem eingangs zitierten Artikel über postpartale Störungsbilder beispielsweise die Rede davon, dass im Fall von Monika „eine Ärztin [...] die Reißleine“ (Fromme in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.1.07) zog. Weder sie noch ihr privates Umfeld haben es demnach geschafft, den rettenden Fallschirm noch rechtzeitig aufzuspannen. Dafür war eine Ärztin notwendig, welche in letzter Sekunde vor dem harten, tödlichen Aufprall die richtige, rettende Handlung vollzogen hat. Auch hier gilt eine ähnliche inhaltliche Einschätzung wie oben bezüglich der Darstellung des persönlichen Umfeldes: man muss dieser Aussage nicht jegliche Plausibilität absprechen, um dennoch zu bemerken, dass das psychologisch-medizinische Personal durchweg als handlungsfähig und kompetent dargestellt wird. Dementsprechend findet sich auch keine Nennung von (systematischen) Fehlbehandlungen durch TherapeutInnen, es wird noch nicht einmal mit der Möglichkeit gerechnet (es sei denn in dem Sinne, dass Depressionen und andere psychische Probleme von HausärztInnen, die hierfür nicht ausgebildet sind, nicht richtig behandelt werden. Aber auch hierdurch wird die Handlungsmacht von PsychologInnen bzw. PsychiatrerInnen unterstrichen). Auch werden Depressionen und andere psychische Belastungen, sowie das Risiko daran zu erkranken – wie oben auch schon einmal erwähnt – bei dieser Personengruppe nicht genannt und diskutiert.

## **5. Gouvernamentalität als Inklusionsverstärker**

Betrachtet man diese *Asymmetrie* vor dem Hintergrund des oben im theoretischen Teil dargestellten Konzeptes von Inklusionsfiguren, so lassen sich hier zwei asymmetrisch zueinander relationierte Figuren entdecken. Auf der einen Seite stehen die (potentiellen) PatientInnen, auf der anderen Seite die Professionellen des medizinischen Systems. Dabei wird die Figur der (potentiellen) Patientin bzw. des (potentiellen) Patienten derart gestaltet, dass es auch schon *vor* jeder Behandlung angebracht ist, sich als eben *potentiell betroffen* wahrzunehmen und entsprechend zu handeln. In anderen Worten:

es wird eine Form von *Selbstführung* skizziert, die auch schon vor der Inklusion ins medizinische System stattzufinden hat und deren Sinn es ist, bei gegebenem Anlass zu entscheiden, *ob* eine Inklusion angebracht ist oder nicht. Die Hinwendung zum psychologisch-medizinischen Experten – also die Inklusion ins medizinische System – erscheint dabei als einzig vernünftige Lösungsmöglichkeit. Durch die Nennung und Beschreibung von Störungsbildern und Symptomen werden der Selbsteinschätzung zudem die notwendigen Kategorien an die Hand gegeben. Die zweite Inklusionsfigur, die des psychologisch-medizinischen Experten erscheint demgegenüber, als rettende Figur, die aufgrund ihres praktischen und wissenschaftlichen Wissens ausschließlich positive und heilende Effekte hervorbringt. Im Gegensatz zur ersten Inklusionsfigur erscheint sie als Verkörperung von Handlungsmacht und (praktischem) Wissen.

Auch wenn diese Inklusionsfiguren zunächst nur auf der semantischen Ebene der Zeitungsartikeln auftauchen, so ist ihnen dennoch ein sozialstrukturelles Potenzial zuzusprechen: Sie reizen zur Inklusion ins medizinische System an und können zu einer Ausweitung dieser führen. Die Verbindung zwischen der semantischen und der systemstrukturellen Ebenen wird dabei über zwei Mechanismen hergestellt. Der *erste Mechanismus*, der uns schon als Reflexivität der Texte bekannt ist, ‚arbeitet‘ dem medizinischen System vor allem dadurch ‚zu‘, dass er eine bestimmte Form von Selbstwahrnehmung und Problematisierung den Subjekten nahe legt. Hiermit sind die in den Aussagen von der *Vermessung der Bevölkerung* und der *permanenten und allgemeinen Gefährdung* sichtbar gewordenen Formen von Selbstpositionierung in einem Normalitätsfeld sowie die Verunsicherung bezüglich des eigenen mentalen Gesundheitszustandes zu nennen. Die Logik beider Aussagen führt dazu, eigenes und fremdes Verhalten unter dem Gesichtspunkt nach Krankheit und Gefährdung zu beobachten, wobei eine Psychotherapie die einzig adäquate Möglichkeit der Behebung der vielleicht so wahrgenommenen Probleme darstellt. Zum Teil wird eine solche – sich selbst und andere nach zu behandelnden Krankheitssymptomen abklopfende – Wahrnehmung in dem Diskurs durch Handlungsaufforderungen *explizit* empfohlen:

„Das erste und wichtigste jedoch ist, sich seiner Angst überhaupt zu stellen. Wenn sie beginnt, dass normale Leben einzuschränken, ist der Weg zum Facharzt, zum Psychologen oder zu einer Beratungsstelle der einzig richtige.“ (Wagner in: *DIE ZEIT*, April 2006)

Auch wenn wie zum Ende eines in der *Frankfurter Rundschau* (Maier, 4.5.07) erscheinenden Zeitungsartikels die Telefonnummer von der im Text beschriebenen Betreuungseinrichtung abgedruckt wird, findet eine – wenn auch implizite – Aufforderung statt, sich bei entsprechenden Symptomen an die sichtbar gemachte therapeutische Adresse zu wenden. Durch das Nennen der Telefonnummer wird die Adressierung der Betreuungseinrichtung und damit die eigene Inklusion ins medizinische System erleichtert.

Ein *zweiter Mechanismus* ist in umgekehrter Richtung angelegt: Wurde oben v.a. auf der Seite der ersten Inklusionsfigur angesetzt und versucht eine bestimmte – inklusionsfördernde – Selbstwahrnehmung und Selbstführung zu installieren, so lässt sich die Verbindung mit der systemstrukturellen Ebene auch dadurch erreichen, dass im Diskurs bestimmte Problematisierungen stattfinden, die nach praktischen Lösungen auf sozialstruktureller Ebene ‚rufen‘. Genauer heißt dies, dass Forderungen nach der Ausweitung von Interventionsbefugnissen für das medizinische System formuliert werden:

„Der deutsche Ärztetag verlangte, der Staat solle die Früherkennungs-Untersuchung zur Pflicht machen und den Eltern die Teilnahme ihrer Kinder bescheinigen. Durch ein Meldewesen sollen die Eltern ausfindig gemacht werden, die sich dieser Pflicht entzögen. Auch müssten die Ärzte stärker auf die Lebensbedingungen der Kinder und mögliche psychische Auffälligkeiten achten.“ (Bergius/Wagner in: *Frankfurter Rundschau*, 18.5.07)

Stellen solche Forderungen eher die Ausnahme in den von mir untersuchten Zeitungsartikeln dar, so sind sie dennoch eine im Diskurs durchaus ‚plausible‘ (oder besser: plausibilisierte) Aussage und entsprechen der im Diskurs entworfenen Perspektive.

Betrachtet man nochmals abschließend – und in aller Kürze – die Struktur des Professionalisierungsdiskurses und sein Verhältnis zum faktischen Inklusionsgeschehen aus einer stärker theoriegeleiteten Perspektive, so fällt auf, dass die rekonstruierte Aussagenstruktur genau die Merkmale aufweist, die der ‚späte‘ Foucault in seinen Reflexionen zur *Gouvernementalität* herausgearbeitet hat. Mit diesem Begriff bezeichnet Foucault eine ab dem 16. Jahrhundert von der christlichen Pastoral ausgehende und sich später auf die gesamte Gesellschaft ausweitende Form von Macht, für die eine „Menschenregierungskunst“ (Foucault 1992: 10) kennzeichnend sei: „Die christliche Pastoral bzw. die christliche Kirche, insofern sie eben eine spezifische pastorale Aktivität entfaltet, hat die einzigartige und der antiken Kultur

wohl gänzlich fremden Idee entwickelt, daß jedes Individuum unabhängig von seinem Alter, von seiner Stellung sein ganzes Lebens hindurch und bis ins Detail seiner Aktionen hinein regiert werden müsse und sich regieren lassen müsse.“ (ebd.: 9f.) Konkret sind dabei alle „Regierungspraktiken, in einem weiten, über den Staat hinausgehenden Sinn gemeint“ (Stäheli/Tellmann 2002: 250) und beziehen sich immer auch auf große Bevölkerungsgruppen. Ein zentraler Aspekt des Regierungsbegriffes ist dabei – wie Lemke (2000: 32) herausstellt – in der Problematisierung von menschlichen Verhaltensweisen zu sehen, wobei zugleich auch Lösungsvorschläge skizziert werden. Es gilt die Subjekte und Objekte, welche zur Problemlösung herangezogen, verändert, manipuliert, etc. werden müssen, zu *regieren* – womit auch Formen der Selbstführung mit einbegriffen sind: „Jenseits einer exklusiven politischen Bedeutung verweist Regierung also auf zahlreiche und unterschiedliche Handlungsformen und Praxisfelder, die in vielfältiger Weise auf die Lenkung, Kontrolle, Leitung von Individuen und Kollektiven zielen und gleichermaßen Formen der Selbstführung wie Techniken der Fremd-Führung umfassen.“ (Lemke 2001: 109f.) Es stellt sich dann die jeweils empirisch zu beantwortende Frage nach den politischen Rationalitäten und deren mitunter widersprüchlichen Funktionsweise mit denen Regierung stattfindet.

Die Aussagenstruktur des hier bezüglich des Themas Depression rekonstruierten Professionalisierungsdiskurses weist – wie schon sichtbar wurde – genau diese Form von Selbst- und Fremdführung mit der Bevölkerungen zu Subjekt und Objekt von Regierung werden auf und lässt sich als eine Form von Gouvernamentalität verstehen. Dabei ist es wichtig zu beachten, dass die vom Diskurs skizzierten scheinbar ‚objektiven‘ Risiken insoweit regierbar gemacht werden können/müssen, als dass eine Reflexion des eigenen psychischen Zustandes mithilfe des in den Zeitungsartikeln zur Verfügung gestellten Wissens vorgenommen wird und so eine kluge – im Sinne des medizinischen Systems – Selbstführung etabliert werden kann. Bezieht man diesen zunächst diskursanalytischen Gedankengang auf die hier vertretende systemtheoretische Konzeption von Inklusion, so lässt sich Gouvernamentalität im Allgemeinen und der hier rekonstruierte Diskurs im Besonderen als *eine Technologie verstehen, mit deren Hilfe die für ein Funktionssystem – wie hier dem Funktionssystem Medizin – spezifische Rationalität und Perspektive ausgeweitet wird*. Ist es eine in der Systemtheorie generell bekannte Einsicht (vgl. Luhmann 1997: 707ff.; Kieserling 2004: 58ff.), dass Funktionssysteme – wie beispielsweise Wirtschaft, Massenmedien, Religion, Wissenschaft, Kunst, Politik, Recht oder eben auch Medizin – keine internen

Stoppregeln aufweisen und daher in selbstüberschätzender Art und Weise *maßlos* alle Weltsachverhalte, gewissermaßen Jeden und Jedes unter ihre für sie spezifische Perspektive subsumieren (wollen), so wird dieser ‚Expansionsdrang‘ auch hier deutlich: Durch die in den Massenmedien verorteten Zeitungsartikel wird psychologisch-medizinisches Wissen verbreitet und zu einer inklusionsfördernden Selbstführung angehalten. Medizinische Kategorien und Konzepte werden schon vor jeder Behandlung bzw. Therapie angewendet. Einen zentralen Stellenwert bei dieser Ausweitung der systemeigenen Perspektive kommt dabei dem im Diskurs zentralen ‚Risikodenken‘ zu, welches auch generell für Gouvernamentalität entscheidend ist (vgl. Lemke 2000: 33ff., Ders. 2003a, Ders. 2003b). Denn dadurch werden auch Bevölkerungsteile, welche nicht bzw. nicht mehr aufgrund von Depressionen oder ähnlichem ins medizinische System inkludiert sind, als *potentielle Inklusionskandidaten* behandelt und zu einer spezifischen Form von Selbstreflexion angehalten. Auf diese Weise wird die Perspektive des medizinischen Systems – und d.h. immer auch seine *spezifische und kontingente Form* des Weltzuganges – ausgeweitet und schon *vor* jeder Inklusion realisiert.

Folgt man Foucault, dass *Kritik* „die Kunst nicht auf diese Weise und um diesen Preis regiert zu werden“ (Foucault 1992:12) meint, dann lassen sich bezogen auf den hier rekonstruierten Diskurs v.a. zwei ‚Regierungszumutungen‘ nennen, von denen sich kritisch distanziert werden kann. Zunächst fällt ein starker Wille zum Wissen in Bezug auf psychische Zustände – sei es der eigene oder die der anderen – auf. Selbstverständlich hat jeder Mensch Interesse daran sich selbst und seinen mentalen Zustand einschätzen zu können und dies auch von anderen zu erfahren. Nicht zufällig fragt man sich häufig „wie es geht“. Dennoch lässt sich fragen, ob ein so global ansetzendes Wissen über Risikofaktoren, wie es sich in den untersuchten Zeitungsartikeln findet, überhaupt ‚positiv‘ ist und relevant sein sollte. Ist es wirklich ‚positiv‘ und wichtig zu wissen, wie hoch das eigene Risiko ist an bestimmten psychischen Leiden zu erkranken und wie sich das dann anfühlen wird? Oder gilt es hier nicht vielmehr auf ein *Recht auf Nicht-Wissen* zu verweisen? Damit soll gesagt sein, dass kein Dritter ein Recht darauf besitzt Daten über den seelischen Zustand (aber gleiches ließe sich auch für körperliche Zustände beanspruchen) einer Person durch i.w.S. medizinische Untersuchungen und Tests zu erheben, wenn sich die untersuchte Person damit nicht einverstanden zeigt. Natürlich wird in dem hier dargestellten Fall niemand gezwungen, die von mir untersuchten Zeitungsartikel zu lesen oder ihnen Glauben zu schenken. Dennoch ließ sich vereinzelt die Forderung nach Ausweitung von ärztlichen Untersuchungen mit evtl. Zwangsmaßnahmen er-

kennen. Es ist zumindest *prinzipiell* nicht undenkbar und vereinzelt schon empirischer Fakt, dass solche Maßnahmen umgesetzt werden und sich Individuen psychischen Tests unterziehen müssen. Der zweite fragwürdige Punkt besteht in der doch recht schematischen und m.E. mystifizierenden Darstellung von potentiellen PatientInnen und psychologisch-medizinischen ExpertInnen. Während die eine Seite objektiven Faktoren und Ursachen scheinbar hilflos ausgesetzt ist, verfügt die andere Seite über Handlungsmacht und Know-how, wodurch dann ein bestimmte Selbstführung – nämlich die Hinwendung zum psychologisch-medizinischen Experten – nahe gelegt wird. Sicherlich lässt sich nicht zuletzt vor einem diskursanalytischen oder einem systemtheoretischen Hintergrund ungebrochen auf die aufklärerische Figur von freier Handlungsmacht und Autonomie der Subjekte referieren. Dennoch müssen auch in einem solchen Verständnis partielle Ermächtigungen der Subjekte (vgl. Butler 2001) oder die Autopoiesis und der Eigen-Sinn von Bewusstsein (vgl. Luhmann 1995c; 1995d) anerkannt werden und ihren theoretischen Platz finden. Auch wenn der rekonstruierte Diskurs die von vielen sicherlich als positiv bewertete Enttabuisierung und Entmoralisierung von Depressionen und deren Therapie weiter vorantreibt, so weist er m.E. aus den genannten Gründen jedoch neue Formen von Mystifizierung auf. Man muss diesem Diskurs nicht seine Berechtigung noch seine Fremdreferenz vollkommen absprechen – sicherlich gibt es Depressionen, belastende Ängste und mentale Dauersackgassen, sowie kann deren Therapie durch Gespräche und Medikamente sinnvoll und angezeigt sein –, um sich dennoch über *die Form der Diskursivierung* zu wundern.

## Literatur

Baraldi, Claudio: Medizinsystem (System der Krankenbehandlung), in: Ders./Corsi/Esposito (Hrsg.), GLU. Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1997, 115–118

Bergmann, Jörg: Diskrete Exploration: Über die moralische Sinnstruktur eines psychiatrischen Frageformats, in: Ders./Luckmann, Kommunikative Konstruktion von Moral. Band 2: Von der Moral zu den Moralen, Westdeutscher Verlag, Opladen, Wiesbaden, 1999, 169–190

Bohn, Cornelia: Inklusion, Exklusion und die Person, UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz, 2006

Bublitz, Hannelore: Diskurs, transcript Verlag, Bielefeld, 2003

Butler, Judith: Haß spricht. Zur Politik des Performativen, Berlin Verlag, Berlin, 1998

Butler Judith: Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 2001

- Esposito, Elena: Soziales Vergessen. Formen und Medien des Gedächtnisses der Gesellschaft, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 2002
- Foucault, Michel: Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1974
- Foucault, Michel: Mikrophysik der Macht. Über Strafjustiz, Psychiatrie und Medizin, Merve Verlag, Berlin, 1976
- Foucault, Michel: Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Merve Verlag, Berlin, 1978
- Foucault, Michel: Archäologie des Wissens, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1981
- Foucault, Michel: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1983
- Foucault, Michel: Der Gebrauch der Lüste. Sexualität und Wahrheit 2, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1989
- Foucault, Michel: Was ist Kritik?, Merve Verlag, Berlin, 1992
- Foucault, Michel: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1994
- Foucault, Michel: In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975–76), Suhrkamp, Frankfurt a. M., 2001
- Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M., 2003, 9. Auflage
- Gerhards, Jürgen: Diskursanalyse als systematische Inhaltsanalyse. Die öffentliche Debatte über Abtreibungen in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, in: Keller/Hirsland/Schneider/Viehöver (Hrsg.), Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band II: Forschungspraxis, Leske + Budrich, Opladen, 2003, 299–324
- Göbel, Schmidt: Inklusion/Exklusion: Karriere, Probleme und Differenzierungen eines systemtheoretischen Begriffspaares, in: Soziale System. Zeitschrift für soziologische Theorie, Jahrgang 4, Heft 1, 1998, 87–117
- Hahn, Alois: Ist Kultur ein Medium?, in: Burkart/Runkel (Hrsg.), Luhmann und die Kulturtheorien, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 2004, 40–57
- Holz, Klaus: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft mbH, Hamburg, 2001
- Jäger, Siegfried: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Keller/Hirsland/Schneider/Viehöver (Hrsg.), Handbuch sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse. Band I: Theorien und Methoden, Leske + Budrich, Opladen, 2001, 81–112
- Kieserling, André: Die Soziologie der Selbstbeschreibung. Über die Reflexionstheorien der Funktionssysteme und ihre Rezeption der soziologischen Theorie in: Ders.: Selbstbeschreibung und Fremdbeschreibung : Beiträge zur Soziologie soziologischen Wissens, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 2004, 38–92
- Koselleck, Reinhart: Einleitung, in: Brunner/Conze/Ders., Sprache in Deutschland. Band 1, Ernst Klett Verlag, Stuttgart, 1972, XIII–XXVII
- Laclau, Ernesto: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus, Argument-Verlag, Berlin, 1981

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Passagen Verlag, Wien, 2006

Lemke, Thomas: Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies, in: Politische Vierteljahresschrift, 41. Jg. Heft 1, 2000, 31–47

Lemke, Thomas: Gouvernamentalität in: Heiner (Hg.): Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken, Campus, Frankfurt a.M., 2001, 108–122

Lemke, Thomas: Gesunde Körper – kranke Gesellschaft? Medizin im Zeitalter der Biopolitik, in: Zeitschrift für Biopolitik, 2. Jg. Heft 2, 2003a, 67–71

Lemke, Thomas: Die Regierung genetischer Risiken, in: Gen-Ethischer Informationsdienst, 19 Jg. Heft 161, 2003b, 3–5

Link, Jürgen: Wie weiche landen die Wendeturbulenzen des europäischen Hauses? Kollektivsymbolik und aktuelle (De)Normalisierungsschübe, in: kultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie, Heft 23, 1990, 58–69

Link, Jürgen: Normalismus: Konturen eines Konzepts, in: kultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie, Heft 27, 1992, 50–70

Luhmann, Niklas: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Band 1, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1980a

Luhmann, Niklas: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Band 2, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1980b

Luhmann, Niklas: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1984

Luhmann, Niklas: Die Wirtschaft der Gesellschaft, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1988

Luhmann, Niklas: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Band 3, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1989

Luhmann, Niklas: Die Wissenschaft der Gesellschaft, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1992

Luhmann, Niklas: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Band 4, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1994

Luhmann, Niklas: Inklusion und Exklusion, in: Ders., Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch, Westdeutscher Verlag, Opladen, 1995a, 237–264

Luhmann, Niklas: Die Form „Person“ in: Ders., Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch, Westdeutscher Verlag, Opladen, 1995b, 142–154

Luhmann, Niklas: Die Autopoiesis des Bewusstseins, in: : Ders., Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch, Westdeutscher Verlag, Opladen, 1995c, 55–112

Luhmann, Niklas: Wie ist Bewußtsein an Kommunikation beteiligt? In: : Ders., Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch, Westdeutscher Verlag, Opladen, 1995d, 37–54.

Luhmann, Niklas: Die Gesellschaft der Gesellschaft. 2 Bände, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1997

Luhmann, Niklas: Die Realität der Massenmedien, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2004, 3. Auflage

Maasen, Sabine: Wissenssoziologie, transcript Verlag, Bielefeld, 1999

Serres, Michel: Der Parasit, Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1987

Stäheli, Urs: Die Nachträglichkeit der Semantik. Zum Verhältnis von Sozialstruktur und Semantik, in: Soziale Systeme. Zeitschrift für soziologische Theorie, Jahrgang 4, Heft 2, 1998, 315–339

Stäheli, Urs: Sinnzusammenbrüche. Ein dekonstruktive Lektüre von Niklas Luhmanns Systemtheorie, Velbrück Wissenschaft, Weilerwist, 2000

Stäheli, Urs: Die Performativität des Namens – Anmerkungen zur Semantik von Inklusion und Exklusion, in: Druzboslavne razprave, XVII, 2001, 49–58

Stäheli, Urs: Semantik und/oder Diskurs: ‚Updating‘ Luhmann mit Foucault?, in: kultuRRvolution. Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie, Nr. 47, 2004, 14–19

Stäheli, Urs/Tellmann, Ute: Foucault – ein Theoretiker der Moderne?, in: Stark/Lahusen (Hrsg.), Theorien der Gesellschaft: Einführung in zentrale Paradigmen der soziologischen Gegenwartsanalyse, Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München, Wien, Oldenbourg, 2002, 237–266

Stichweh, Rudolf: Semantik und Sozialstruktur: Zur Logik einer systemtheoretischen Unterscheidung, in: Soziale Systeme. Zeitschrift für soziologische Theorie, Jahrgang 6, Heft 2, 2000, 237–250

Stichweh, Rudolph: Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie, transcript Verlag, Bielefeld, 2005

# Die Macht der Zahlen. Anmerkungen zum Wissenschaftsverständnis unserer Zeit

TORSTEN FELTES

„Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft“ heißt ein in den 70er Jahren erschienenes Buch des Computerwissenschaftlers Joseph Weizenbaum. Ihm war der Gegenstand seiner eigenen Forschung suspekt geworden, weshalb er sich aus der bloßen Fachwissenschaftlichkeit befreite, um das Phänomen der gesellschaftlichen Ausbreitung von Rechenmaschinen, deren Allgegenwart er als einen Ausdruck des „Imperialismus der instrumentellen Vernunft“ bezeichnet, genauer zu untersuchen. Mir scheint, dass sich diese Kritik erweitern lässt. Nicht nur an der Computerisierung des Alltags zeigt sich die „Ohnmacht der Vernunft“, sondern bereits an der Tendenz, alle Erscheinungen der Wirklichkeit durch Quantifizierung verstehen zu wollen. Die Wirklichkeit soll durch ihre Übersetzung in Zahlenverhältnisse widerspruchlos verfügbar gemacht werden – theoretisch und praktisch.

Ich möchte daher an dieser Stelle einige wissenschaftstheoretische Gedanken entwickeln, die dem abgewandelten aber immer noch etwas missverständlichen Motto ‚Die Macht der Zahlen und die Ohnmacht der Vernunft‘ folgen. Missverständlich oder mehrdeutig ist dieses Motto – ebenso wie der zitierte Buchtitel –, weil auch das Zahlendenken Vernunft ist und der Computer ein Produkt dieser Vernunft. Worauf es mir im Folgenden ankommt, ist daher nicht in ein Motto oder eine Formel zu fassen, sondern kann erst aus der Entwicklung der Begriffe selbst ersehen werden. Dennoch ist die Gegenüberstellung von Macht und Ohnmacht, Instrumentalität und Vernunft eine zutreffende Beschreibung der Situation gegenwärtiger Wissenschaft. Dies wird nachfolgend zu zeigen sein.

## I.

Alle Wissenschaft kann sich nur mit dem befassen, was *mittelbar oder unmittelbar* den Sinnen als Inhalt der Erfahrung gegeben ist. Dennoch gibt es Praxen der Wissenschaft, die darauf bestehen, als dezidiert empirische For-

schung verstanden zu werden. Woher kommt diese Abgrenzung? Wann ist Forschung empirische Forschung? Sinnvoll ist diese Unterscheidung nur, wenn damit die Frage nach der Verlässlichkeit, Eindeutigkeit und Verallgemeinerbarkeit der Erfahrungsinhalte verbunden wird. Es muss daher darum gehen, Erfahrungen *entweder* als bloße Eindrücke, Zufälligkeiten und Besonderheiten *oder* als Erkenntnishaltiges, Notwendiges und Allgemeines zu behandeln. Eine solche Unterscheidung – bloßer Eindruck oder Erkenntnishaltiges – kann jedoch nicht direkt der sinnlichen Wahrnehmung entnommen werden, denn „alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen“ (Marx 1989, 825), wenn also Wahrnehmen oder Beobachten immer schon Erkennen wäre. An dieser Stelle liegt der Ausgangspunkt für die Begründung jeglicher Methodologie. Die verschiedenen Regelsysteme für das Vorgehen der Forschung beanspruchen alle gleichermaßen, Erfahrungsinhalte überhaupt erst der Erkenntnis bzw. der theoretischen Reflexion zugänglich zu machen. Dabei ergibt sich allerdings ein Problem.

Wenn ein bestimmtes wissenschaftliches Vorgehen Voraussetzung von Erkenntnis, Voraussetzung für die richtige Beurteilung von Erfahrungsinhalten ist, dann setzt die Bestimmung einer adäquaten Vorgehensweise der Forschung bereits die Kenntnis des erst noch zu erforschenden Gegenstands voraus, denn erst die realisierte Erkenntnis des Gegenstands *zeigt* die Adäquatheit der Vorgehensweise. Daher muss das, was durch Methodologie vermieden werden soll, nämlich sich *frei* und *intuitiv* denkend einem Forschungsgegenstand zu nähern, notwendig selbst die Grundlage jeglicher methodischer Regeln sein, von Regeln, deren Angemessenheit sich immer erst im Resultat der jeweiligen Forschung erweisen kann. Anhand dieser Argumentation lässt sich schlussfolgern, dass es vollkommen sachgerecht ist, wenn der Vielfalt der Erfahrungsinhalte eine eben solche Vielfalt der Forschungsformen gegenübersteht. Und in der Tat: Die Menge der speziellen methodischen Erörterungen in den verschiedenen Zweigen der Wissenschaft ist schlicht unüberschaubar. Allerdings gibt es die bereits eingangs erwähnte Ausnahme.

Über nahezu alle wissenschaftlichen Disziplinen hinweg hat sich eine Vorgehensweise durchgesetzt, die sich selbst als „empirische“ Forschung bezeichnet und die in den entsprechenden wissenschaftlichen Handbüchern als *quantitative* Forschung der *qualitativen* entgegengesetzt wird. Die Methodologie der quantitativen Forschung ist Statistik. Der Reiz dieser Methodologie liegt auf der Hand, wie es in der Wissenschaft überhaupt auf das Auf-der-Hand-liegende immer stärker ankommt. Die sogenannte qualitative For-

schung ist beständig dem Argwohn ausgesetzt, dass ihre Erkenntnisse unzulässige Verallgemeinerungen von Einzelfällen darstellten. Quantitative Forschung hingegen könne durch die Ermittlung von Häufigkeiten die Relevanz bestimmter Erscheinungen bezogen auf einen Forschungsgegenstand zweifelsfrei nachweisen. Die Handgreiflichkeit und Zweifelsfreiheit der quantitativen Forschung besteht in der *Messung* von physikalischen, chemischen oder sonstigen *Größen* und im Aufzeigen von Beziehungen oder Abhängigkeiten zwischen ihnen. Den quantitativ Forschenden *scheinen* die Resultate ihrer Forschung unmittelbar durch den Blick auf die Skalen von Messgeräten gegeben. Doch nicht nur das. Der Erfolg oder die Wertschätzung der quantitativen Forschung beruht vor allem auf den Fortschritten in der Naturbeherrschung durch Technik. In Technik und Technologie gelangen die Resultate der Forschung schließlich zur Anwendung und beweisen damit ganz *praktisch* ihre Richtigkeit. Quantitative Forschung ist daher zunächst naturwissenschaftliche Forschung und die Ausbreitung ihrer Methodologie auf alle anderen Wissenschaftszweige bedeutet die Behandlung ihrer Gegenstände als Naturdinge, auch dort, wo die Gegenstände, auf die sich das Forschungsinteresse richtet, von Menschen in einem historischen Prozess hervorgebracht worden sind. Auf die Konsequenzen dieses Vorgehens wird zurückzukommen sein. Vorerst müssen jedoch die Voraussetzungen der quantitativen Forschung geklärt werden. Es geht daher nachfolgend um die Frage: Wie ist quantitative Forschung möglich?

## II.

Kritiker quantitativer Methoden wenden gegen diese häufig ein, dass quantitative Forschung immer auch qualitative sei, dass auch die quantitative Forschung an ihrem Forschungsgegenstand irgendeine Qualität als Ausgangspunkt *und* als Resultat der Forschung festhalten müsse. Diese These verlangt eine genauere Betrachtung.

Die Feststellung, eine beliebige Meßgröße sei mit dieser oder jener Intensität gemessen worden, wird gemeinhin nicht als Resultat von Wissenschaft, sondern lediglich als Resultat einer Vermessung verstanden. Erst dann, wenn mindestens zwei Meßgrößen zu einander in Beziehung gesetzt werden und dabei eine Abhängigkeit der Messresultate der einen Größe von denen der anderen zu beobachten ist, wird üblicherweise von einem *Forschungsresultat* gesprochen. Quantitative Forschung bedeutet daher, Abhängigkeiten zwischen Größen zu entdecken, und zwar solche der Korrelation. Eine Korrela-

tion wird als gegeben betrachtet, wenn sich der Messwert einer Größe *regelmäßig* in *signifikanter* Stärke proportional oder annähernd proportional zu den Messwerten anderer Größen verändert, oder anders formuliert: wenn die Größenverhältnisse *zwischen* den gemessenen Merkmalen trotz *veränderter* Messwerte annähernd erhalten bleiben. Ein solcher Zusammenhang kann sowohl positiv als auch negativ sein. Nun ist aber die Beobachtung eines Zusammenhangs noch nicht dessen Erklärung. Die Erkenntnis eines Forschungsgegenstands besteht nicht in der bloßen Benennung empirisch vorgefundener Zusammenhänge, sondern verlangt nach der Bestimmung darin zum Ausdruck kommender Kausalität. Welche Funktionsweise stiftet den beobachteten Zusammenhang, welche Prinzipien oder Mechanismen liegen ihm zugrunde? Das sind die Fragen, auf die Wissenschaft *nach* dem Registrieren quantitativer Zusammenhänge Antwort zu geben hat. Auf diese Antworten zu verzichten, bedeutet, den Weg der Erkenntnis vorzeitig zu verlassen. Dass dies dennoch üblicherweise geschieht und die Beobachtung einer Korrelation lediglich die Suche nach weiteren nach sich zieht, ohne dass aus den bisherigen Beobachtungen adäquate theoretische Schlüsse gezogen worden wären, hat mit dem wissenschaftstheoretischen Standpunkt der quantitativen empirischen Forschung zu tun. Nur das Zählbare, das Gezählte und dessen Proportionen gelten ihr letztlich als *gesicherte* Erkenntnis. Empirische Daten werden aufgehäuft wie Reichtümer. An dem Punkt, an dem sich die quantitative Forschung wieder in qualitative verwandeln müsste, beharrt sie deshalb auf der strikten Fortführung ihrer Methodik. Diese Rigidität in der Forschungspraxis zeigt die Unkenntnis der eigenen Voraussetzungen, nämlich des begrifflichen Zusammenhangs von Qualität und Quantität. Zählbar oder messbar sind nur diejenigen Dinge oder Erscheinungen, denen eine gemeinsame Qualität zukommt, gemessen wird das quantitative Vorkommen eines in irgendeiner Weise Einheitlichen – und zwar einheitlich hinsichtlich einer wie auch immer zu bestimmenden Qualität der untersuchten Sache selbst. Aristoteles formuliert dies so:

„Das Quantum als Quantum wird erkannt vermittelt der Einheit oder der Anzahl, und jede Anzahl wieder vermittelt der Einheit; mithin wird jegliches Quantitative als Quantitatives vermittelt der Einheit erkannt, und dasjenige Ursprüngliche, vermittelt dessen Quanta erkannt werden, ist eben die Einheit selber. Darum ist die Einheit das Prinzip der Zahl als Zahl“ (Aristoteles 1907, 187)

Oder noch einmal anders: „Das Maß muß immer etwas sein, was identisch ist für alle unter einer Gesamtheit Befassten; z. B. sind Pferde zu zählen, so ist das Maß ein Pferd, und sind Menschen zu zählen, so ist das Maß ein

Mensch. Ist Mensch, Pferd und Gott zu zählen, so wird das Maß etwa Lebewesen heißen, und die Zahl gibt dann an, wieviel lebende Wesen da sind. Handelt es sich aber um Mensch, weiß und beweglich, so ist dies zum Gezähltwerden am wenigsten geeignet, weil es sich hier um lauter Prädikate desselben Gegenstandes handelt, der der Zahl nach nur einer ist; doch mag die Zahl in diesem Falle immerhin die Zahl von Gattungen oder sonst von irgend einem allgemeinen Prädikate bedeuten“ (a. a. O., 269 f.).

Nun wurde bereits gesagt, dass es der quantitativen Forschung vor allem auf den Vergleich von Messergebnissen *verschiedener* Messgrößen und auf das Auffinden von Korrelationen zwischen ihnen ankommt. In Anlehnung an Aristoteles' Begriff des Verhältnisses von Qualität und Quantität kann bezüglich eines solchen Vergleichs nunmehr festgehalten werden, dass jede beobachtete Korrelation wiederum auf ein Gemeinsames oder Einheitliches der in Frage stehenden verschiedenen Messgrößen oder Maßeinheiten verweist. Und dies deshalb, weil der quantitative Vergleich die qualitative Einheit des quantitativ Vergleichenen notwendig voraussetzt. Die Beobachtung einer Korrelation verlangt daher nach der Bestimmung, worin die Einheit der korrelierenden Meßgrößen besteht, welche Qualität als Eigenschaft der Sache darin zum Ausdruck kommt. Genaugenommen ist erst diese Bestimmung ein wissenschaftliches Resultat.

Das Verhältnis von Qualität und Quantität lässt sich an einem klassischen Beispiel sehr gut verdeutlichen. Im „Kapital“ von Karl Marx ist dieses begriffliche Verhältnis der Dreh- und Angelpunkt der Analyse des Doppelcharakters der Ware. Erst wenn verstanden wird, warum zwei augenscheinlich völlig verschiedene Dinge sich überhaupt als Waren in einer bestimmten Proportion gegeneinander austauschen, ist das ‚Geheimnis‘ der Ware entdeckt. Marx schreibt dazu:

„Um herauszufinden, wie der einfache Wertausdruck einer Ware im Wertverhältnis zweier Waren steckt, muß man letzteres zunächst ganz unabhängig von seiner quantitativen Seite betrachten. Man verfährt meist grade umgekehrt und sieht im Wertverhältnis nur die Proportion, worin bestimmte Quanta zweier Warensorten einander gleichgelten. Man übersieht, daß die Größen verschiedner Dinge erst quantitativ vergleichbar werden nach ihrer Reduktion auf dieselbe Einheit. Nur als Ausdrücke derselben Einheit sind sie gleichnamige, daher kommensurable Größen. Ob 20 Ellen Leinwand = 1 Rock oder = 20 oder = x Röcke, d. h., ob ein gegebenes Quantum Leinwand viele oder wenige Röcke wert ist, jede solche Proportion schließt stets ein, daß Leinwand und Röcke als Wertgrößen Ausdrücke derselben Einheit, Dinge von derselben Natur sind. Leinwand = Rock ist die Grundlage der Gleich-

chung. [...] Was aber den Wert überhaupt betrifft, so unterscheidet die klassische politische Ökonomie nirgendwo ausdrücklich und mit klarem Bewußtsein die Arbeit, wie sie sich im Wert, von derselben Arbeit, soweit sie sich im Gebrauchswert ihres Produkts darstellt. Sie macht natürlich den Unterschied tatsächlich, da sie die Arbeit das einmal quantitativ, das andremal qualitativ betrachtet. Aber es fällt ihr nicht ein, daß bloß quantitativer Unterschied der Arbeiten ihre qualitative Einheit oder Gleichheit voraussetzt, also ihre Reduktion auf abstrakt menschliche Arbeit.“ (Marx 1993, 64 u. 94)

Die qualitative Einheit, die die notwendige Grundlage jedes quantitativen Vergleichs der Größen verschiedener Dinge ist, kann also nur in einer Reduktion oder Abstraktion bestehen. So werden die Mengen verschiedener Waren vergleich- und daher austauschbar, weil sie trotz ihrer jeweiligen speziellen Nützlichkeit gemeinsam als bloße Resultate menschlicher Arbeit behandelt werden, sich nur noch dahingehend unterscheiden sollen, dass jeweils eine unterschiedliche *Menge* gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit auf ihre Herstellung verwendet worden ist. Die Mannigfaltigkeit menschlicher Erzeugnisse wird in der Warenform auf die Vergegenständlichung bloßer Arbeitszeit reduziert, von den Besonderheiten der jeweiligen Erzeugnisse wird abstrahiert. Ähnlich verhält es sich mit dem zitierten Beispiel des Aristoteles. Sollen „Mensch, Pferd und Gott“ gezählt werden, so muss von allen Besonderheiten abgesehen werden, die den Menschen, den Pferden und den Göttern jeweils zukommen, und nur noch ‚zählen‘, dass es ihnen gemeinsam ist, „lebende Wesen“ zu sein.

Dieser Hang zur Abstraktion, der der quantitativen Forschung immer zugrunde liegt, lässt sich am Beispiel der begriffslosen Anschauung auf die Spitze treiben. Wenn an allen Dingen oder Erscheinungen, die den Sinnen gegeben sind, nur bedeutsam sein soll, wieviel es sind, in welcher Quantität sie vorliegen, dann kann ihnen als Qualität nur noch zukommen, dass sie irgend etwas sind, was die Sinne affiziert, dass sie an und für sich *Affizierendes* sind. Daher lässt sich festhalten: Selbst dem Versuch, in der Welt lediglich Quantitatives entdecken zu wollen, kann noch ein qualitativer Aspekt der Erfahrungsinhalte entnommen werden. Allerdings bleibt fraglich, welchen Erkenntniswert quantitative Forschung hat, wenn der *qualitative* Zusammenhang von Messgrößen lediglich durch Abstraktion hergestellt werden kann.

„Ist es zum Verwundern, daß in letzter Abstraktion – denn es handelt sich um Abstraktion, nicht um Analyse – jedes Ding sich als logische Kategorie darstellt? Ist es zum Verwundern, daß, wenn man nach und nach alles fallen läßt, was die Individualität eines Hauses ausmacht, wenn man von den Bau-

stoffen absieht, woraus es besteht, von der Form, die es auszeichnet, man schließlich nur noch einen Körper vor sich hat; daß, wenn man von den Umrissen dieses Körpers absieht, man schließlich nur einen Raum hat; daß, wenn man endlich von den Dimensionen dieses Raumes abstrahiert, man zum Schluß nichts mehr übrig hat als die Quantität an sich, die logische Kategorie der Quantität?“ (Marx 1983, 127)

### III.

Sollen quantitative und qualitative Forschung tatsächlich als *unterschiedliche* Formen wissenschaftlicher Praxis gelten, so kann die quantitative Forschung systematisch gesehen nur ein Spezialfall der qualitativen sein, denn jede Messung und jeder Vergleich muss die qualitative Einheit des Gemessenen und des Vergleichenen voraussetzen. Beruht diese Einheit jedoch auf dürren Abstraktionen, ist nicht einzusehen, inwiefern gerade die quantitative Forschung einen entscheidenden Beitrag zu den eingangs erwähnten rasanten Fortschritten in der Naturbeherrschung durch Technik und Technologie leisten konnte und noch immer leistet. Es ergibt sich daher die Frage, ob Qualität und Quantität noch in anderer Weise aufeinander verwiesen sind, ob ihr Verhältnis nicht auch als ein dynamisches verstanden werden muss. Dynamisch wäre ihr Verhältnis, wenn eine quantitativ bestimmte Eigenschaft oder Qualität der jeweiligen Sache eine absolute obere oder untere Grenze hat, d. h. wenn das Über- oder Unterschreiten einer jeweils bestimmten quantitativen Schranke eine qualitative Veränderung der Sache *insgesamt* bewirkt oder bedeutet. Marx führt dies am Beispiel des mittelalterlichen Handwerksmeisters und des modernen Kapitalisten aus:

„Die Verwandlung des Handwerksmeisters in den Kapitalisten suchte das Zunftwesen des Mittelalters dadurch gewaltsam zu verhindern, daß es die Arbeiteranzahl, die ein einzelner Meister beschäftigen durfte, auf ein sehr geringes Maximum beschränkte. Der Geld- oder Warenbesitzer verwandelt sich erst wirklich in einen Kapitalisten, wo die für die Produktion vorge-schoßne Minimalsumme weit über dem mittelaltrigen Maximum steht. Hier, wie in der Naturwissenschaft, bewährt sich die Richtigkeit des von Hegel in seiner ‚Logik‘ entdeckten Gesetzes, daß bloß quantitative Veränderungen auf einem gewissen Punkt in qualitative Unterschiede umschlagen.“ (Marx 1993, 326 f.)

Weil jede Veränderung eines Quantums an irgendeinem Punkt zu einer Veränderung von Qualität führt, ist die quantitative Forschung vor allem für die

*Anwendung* von Forschungsergebnissen bedeutsam. So lässt sich beispielsweise das Prinzip des Tragflügels durch Beobachten, Experimentieren und Schließen finden. Die Konstruktion eines Flugzeugs hängt jedoch – unter anderem – davon ab, dass es gelingt, die Größe des Tragflügels, die Geschwindigkeit und das Gewicht in ein genau abgestimmtes quantitatives Verhältnis zu setzen. Die Anwendung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse verlangt daher nach einer quantitativen Ausbalancierung der Eigenschaften technischer Konstruktionen. Eine Maschine funktioniert nur so lange, wie das Gleichgewicht oder das *kontrollierte* Ungleichgewicht der in ihr zur Wirkung gebrachten Kräfte erhalten bleibt. Der Erfolg der Technik beruht deshalb auf der Konstanz ihrer Bedingungen. Garant dieser Konstanz ist das Wissen um die quantitativen Zusammenhänge qualitativ bestimmter Eigenschaften.

Die im ersten Abschnitt aufgestellte Behauptung, die Wertschätzung der quantitativen Forschung beruhe vor allem auf den Fortschritten in der Naturbeherrschung durch Technik, kann somit bestätigt werden. Nach wie vor ungeklärt ist jedoch, warum sich quantitative empirische Forschungsmethoden auch auf Zweige der Wissenschaft ausbreiten, die *keine* naturwissenschaftlich-technischen sind. Jede Ähnlichkeit der Forschungsformen muss aber auf der Ähnlichkeit der Forschungsinhalte gründen, worauf bereits hingewiesen wurde. Im Gegensatz dazu entspringt die Vielfalt wissenschaftlicher Disziplinen der prinzipiellen Unterschiedlichkeit ihrer Untersuchungsgegenstände. Am ausgeprägtesten kommt diese Unterschiedlichkeit an der Gegenüberstellung von Natur- und Geisteswissenschaften zum Ausdruck. Wenn die Ähnlichkeit der Forschungsgegenstände nicht der Grund dafür ist, dass sich quantitative empirische Methoden auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften durchsetzen, dann kann ein solcher Grund nur außerhalb erkenntnis- oder wissenschaftstheoretischer Überlegungen liegen. Und in der Tat: Die Faszination naturwissenschaftlicher Methodik begründet sich allein durch die auf ihr beruhenden *technischen* Anwendungserfolge. Die Technik aber ist das Mittel der Herrschaft von Menschen über die Natur, sie ermöglicht die Emanzipation der Menschen vom unmittelbaren Zwang der Naturbedingungen. Es ist also der Aspekt der Macht, der Herrschaft, welcher an der naturwissenschaftlich-technischen Forschung hervorsteht und Ausstrahlungskraft über die gesamte Wissenschaft gewinnt – und nicht nur über die.

Herrschaft auszuüben, bedeutet, sich die Gegenstände der Erfahrung *ihrem natürlichen Zustand entgegen* als Mittel für die Realisation von Zwecken dienstbar zu machen. Dies scheint so lange unproblematisch, wie sich der zwecksetzende Wille eines Subjekts lediglich auf Gegenstände richtet, die

als bloße *Objekte* gelten. Indem sich Geistes- und Sozialwissenschaften in ihrer Forschungspraxis an den quantitativen Methoden der Naturwissenschaft orientieren, übernehmen sie auch deren Anspruch, die Gegenstände der Forschung einer technischen Kontrolle zu unterwerfen. Grundlage einer solchen Kontrolle ist die Konstanz der Bedingungen. Weil quantitative empirische Sozialforschung jedoch mit dem konfrontiert ist, was überhaupt die Voraussetzung naturwissenschaftlicher Forschung ist, nämlich mit dem Geist und seinen historischen Erscheinungsformen, kann von einer Konstanz der Bedingungen, wie sie die Naturwissenschaft kennt, keine Rede sein. Die in Geistes- und Sozialwissenschaft Forschenden haben mit dem zu tun, was sie *prinzipiell* selbst sind: zwecksetzende Wesen, die qua Verstand die Mittel zur Realisation ihrer Zwecke wählen und die gewählten Mittel in einem gesellschaftlichen Rahmen betätigen. Während in der Naturwissenschaft das Verhältnis von Forschung und Gegenstand das Verhältnis von Subjekt zu Objekt ist, sind die Geistes- und Sozialwissenschaften auf ein Verhältnis von Subjekt zu Subjekt verwiesen. Doch nicht nur das. Bereits die Gegenstände sozialwissenschaftlicher Forschung selbst sind Subjekt-Subjekt-Verhältnisse. *Objekt* der Forschung können diese Verhältnisse nur deshalb sein, weil der gesellschaftliche Lebensprozess historischen, immer schon vorgefundenen Bedingungen unterliegt, denen die Menschen praktisch folgen ohne sie theoretisch zu begreifen, und weil die Gesellschaft vor allem als eine *materielle* Macht erscheint, an die sich *aufgrund* ihrer Materialität – quasi naturwüchsig – die Interessen der Individuen binden. Die Objektivität der Gesellschaft erschöpft sich eben nicht in der Allgemeinheit ihrer Regeln, sondern die in ihr herrschende Subjektivität gewinnt ihre Herrschaft erst durch eine adäquate materielle, daher objektivierte Gestalt. Die Rede vom *Sachzwang* des ökonomischen Wachstums um jeden Preis ist Ausdruck dieser objektivierten oder verdinglichten Subjektivität.

Wenn das gesellschaftliche Leben der Menschen nach dem Vorbild der Naturwissenschaft dennoch lediglich in seiner Dinglichkeit betrachtet, also von Wille und Bewußtsein als dessen Substanz abgesehen wird, dann muss der Gegenstand der Forschung notwendig verfehlt werden. Auch solche verfehltete Forschung hat eine gesellschaftliche Funktion; legt sie doch nahe, dass sogar die Wissenschaft sich die gesellschaftliche Existenz der Menschen nur so vorstellen kann, wie sie gegenwärtig beschaffen ist: Der sozio-ökonomische Prozess konstituiert Verhältnisse, nach deren immanenten Gesetzmäßigkeiten die in der universellen Konkurrenz miteinander stehenden Individuen sich wechselseitig – um ihrer Selbsterhaltung willen – als bloße Mittel zu je individuellen Zwecken gebrauchen. Die Möglichkeit der *allgemeinen* Be-

freierung vom unmittelbaren Zwang der Naturbedingungen durch die Fortschritte in Naturwissenschaft und Technik wird durch eine gesellschaftliche Praxis verstellt, unter der die Lebensumstände der Mehrheit der Menschen von ihrer Brauchbarkeit für die Zwecke der Mehrwerterzeugung abhängen, mithin dem Zufall überlassen sind. Durch diese Verdinglichung der individuellen Existenz unter kapitalistischen Bedingungen wendet sich die Herrschaft über die Sachwelt gegen die Subjekte selbst.

## **Literatur**

Aristoteles: Metaphysik, Jena 1907

Marx, Karl: Das Elend der Philosophie, in: Marx-Engels-Werke Bd. 4, Berlin 1983, 63–182

Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: Marx-Engels-Werke Bd. 23, Berlin 1993

Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, in: Marx-Engels-Werke Bd. 25, Berlin 1989

Weizenbaum, Joseph: Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft, Frankfurt a. M. 1980

# Vom Ökoheiligen zum Umweltzerstörer und zurück.

## Indigenes Wissen in der Entwicklungszusammenarbeit

SANDY EL BERR

### 1. Einleitung

Wenn von *indigenem Wissen* die Rede ist, tauchen beim Leser möglicherweise Vorstellungen oder Bilder von ‚Indianern‘ vor seinem geistigen Auge auf, die mit auf jahrhundertealten, geheimnisvollen Rezepturen basierenden Heilkräutern jegliche Krankheiten zu heilen vermögen. Oder jene Bilder, die den ‚Indianer‘ als intimen Kenner seiner natürlichen Umwelt erscheinen lassen, der selbst das Wissen von spezialisierten Biologen über die Artenvielfalt in den Schatten zu stellen vermag. Die Bilder mögen uns also einen ‚Indianer‘ zeigen, der im perfekten Einklang mit der Natur lebt, mit dessen Ressourcen respektvoll und schonend umgeht, in egalitären Gemeinschaften frei von Marktliberalismus und Entfremdung lebt und damit dem vom Imperativ des Wachstums geblendeten ‚Westen‘ einen gerechten und gesellschaftlich nachhaltigen Gegenentwurf vor die Nase hält. Wiederum andere Bilder könnten bei anderen Lesern entstehen: *Indigenes Wissen* als Sinnbild für Rückständigkeit oder veraltete Praktiken, für ein der Tradition verhaftetes Wissen, dem es an wissenschaftlichem Input und Innovationen fehlt. Diese Leser mögen *indigenes Wissen*, in Abgrenzung zur ‚westlichen Wissenschaft‘, mit den Adjektiven nicht-theoriefähig, intuitiv oder irrational assoziieren. Bei einer weiteren Leserschaft mag bei der Vorstellung des Begriffs das Geschäftsinteresse wach geworden sein, denn die Patentierung von Saatgut für Nahrungsmittel oder bislang unbekannter Heilpflanzen und ihrer Wirkstoffe kann finanziell sehr ertragreich sein. Und schließlich ganz andere Leser mögen dem Begriff *indigenes Wissen* mit einem großen Fragezeichen begegnen.

All diese Bilder existieren unter Umständen ebenso in den Köpfen von Ent-

wicklungsagenten<sup>1</sup>, wenn es um das Thema *indigenes Wissen* in der Entwicklungszusammenarbeit geht. Eine dieser Positionen, die Abwertung indigenen Wissens, lässt sich anhand der folgenden Beurteilung ablesen: Indigenes Wissen ist „the limited understanding of a people in need of development assistance“ – so Taylors Einschätzung der Ergebnisse der Studie der Consulting-Firma Exsult über indigenes Wald-Wissen in Laos (Taylor 2004: 135). „The research constituted foresters’ knowledge-practices as, quintessentially, the developmental problem and hazard of IK [indigenous knowledge] which, circumscribed and limited, produces ultimately destructive local activities due to inadequate scientific and managerial regulation.“ (ebd.: 137). Das Verständnis von indigenem Wissen als Entwicklungshemmnis hatte zur Folge, dass der von Exsult vorgeschlagene Maßnahmenkatalog zum Waldmanagement den Transfer externer Wissensinhalte (und Praktiken) sowie Kontrollmaßnahmen seitens externer Akteure beinhaltete (vgl. ebd.: 137f). Bilder über Indigene bzw. Vorstellungen darüber, was indigenes Wissen ist, sind deshalb von Bedeutung, weil sie – wie im obigen Beispiel angesprochen wurde – einen nicht unwesentlichen Einfluss darauf haben, wie Entwicklungsprojekte konzipiert werden und ob bzw. inwiefern indigenes Wissen darin integriert wird. Denn neben der interkulturellen Kommunikation als einer der neueren Querschnittsthemen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit<sup>2</sup> ist mittlerweile auch das Thema *indigenes Wissen* (mancherorts auch als lokales oder traditionelles Wissen bezeichnet) zum neuen Paradigma im Zusammenhang mit Partizipation, Empowerment und Wissensgesellschaft avanciert. Viele multilaterale und staatliche Entwicklungsorganisationen wie Weltbank<sup>3</sup>, UNESCO<sup>4</sup>, BID<sup>5</sup>, BMZ<sup>6</sup> oder GTZ<sup>7</sup> haben sich mittlerweile in ihren programmatischen Leitlinien zur Einbeziehung indigenen

---

<sup>1</sup> Unter Entwicklungsagenten werden im Folgenden (staatliche, private und Nicht-Regierungs-) Durchführungs- und Geberinstitutionen der Entwicklungszusammenarbeit, Entwicklungshelfer bzw. -experten, politische Entscheidungsträger und Wissenschaftler mit Bezug zu Entwicklungsmaßnahmen verstanden. Es ist zu betonen, dass es hier nicht darum geht, allen individuellen Entwicklungsagenten diese Vorstellungen pauschal zu unterstellen. Es sollen vielmehr Tendenzen zum Umgang mit indigenem Wissen aufgezeigt werden.

<sup>2</sup> Unter Umständen spricht man auch von Interkulturalität oder interkulturellem Dialog. Zur Interkulturalität in der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit siehe Schönhuth 2004 und Dümcke 2003.

<sup>3</sup> Siehe Weltbank 1998a u. b., 2004.

<sup>4</sup> Siehe UNESCO 2004; vgl. auch Siebert 2004.

<sup>5</sup> BID: Banco Interamericano de Desarrollo (Interamerikanische Entwicklungsbank). Siehe dazu v.a. die BID-Aufsätze von Deruyttere 1994 und 2006 sowie Perafán 2001.

<sup>6</sup> BMZ: Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; BMZ 1999.

<sup>7</sup> GTZ: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit; Kievelitz 1995, GTZ 2003; für ausgewählte Arbeitsbereiche, z.B. Sektorprojekt „Knowledge Systems in Rural Areas“ (GTZ 2001, Häbig 2001, Springer-Heinze 2001), Sektorvorhaben „Frauen stärken“ (Osterhaus 2004), für das Sektorberatungsvorhaben „Krisenprävention und Konfliktbearbeitung (Leonhardt 2001), Eigenmaßnahme „Kultur und Entwicklung“ (Dümcke 2003 und Schönhuth 2004), für das GTZ-Projekt BIODIV siehe Schäfer 2000.

Wissens in Entwicklungsvorhaben verpflichtet, um die Akzeptanz und Nachhaltigkeit von Projekten zu erhöhen, indem lokal vorhandene und akzeptierte Ressourcen mobilisiert werden.<sup>8</sup> Deren Umsetzung allerdings variiert erheblich, wie im Folgenden anhand einiger Beispiele aufgezeigt wird. Das liegt nicht zuletzt darin begründet, dass es keine einheitliche Definition des Begriffs gibt und weder auf der konzeptionellen noch auf der programmatisch-praktischen Ebene explizite, klare Leitlinien zur Integration und Anwendung indigenen Wissens existieren, wie eine aktuelle Studie über die Bedeutung von lokalem (indigenem) Wissen in der staatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeit aufzeigt<sup>9</sup>. In der Fachliteratur sowie in der Entwicklungszusammenarbeit sind für den Begriff *indigenes Wissen* verschiedene, teils synonym verwendete Begriffe gebräuchlich, die von *lokalem Wissen* (neben *indigenes Wissen* der gängigste Terminus) hin zum *traditionellen Wissen*, *Volkswissen*, *farmers' knowledge* oder *traditional environmental knowledge* reichen. All diese Begriffe haben unterschiedliche Konnotationen und Implikationen.<sup>10</sup> Gerade weil der Begriff indigenes Wissen konnotativ beladen ist, wird er im Folgenden als solcher problematisiert und analysiert, um aufzuzeigen, wie er in Projekten seitens der verschiedenen Akteure konzeptualisiert sowie inhaltlich besetzt und verwendet wird. Anhand einiger Beispiele zur unterschiedlichen Nutzung indigenen Wissens in der Entwicklungszusammenarbeit sowie ihrer kritischen Betrachtung soll der Artikel den Zusammenhang von Bildern bzw. Vorstellungen über indigenes Wissen und dessen Träger einerseits und die Projektkonzeption andererseits verdeutlichen. Dabei lassen sich solche Ansätze herausarbeiten, die indigenes Wissen in irgendeiner Weise für Entwicklungsmaßnahmen nutzen wollen. Sie werden im Folgenden als ökoromantische und pragmatisch-technizistische Positionen vorgestellt. Davon unterscheidet sich der streng positivistische Ansatz, der indigenes Wissen ausschließt und vielmehr den so genannten Wissenstransfer forciert. Neuere Entwicklungen in den Bereichen Emissionshandel und Biodiversität lassen indigenes Wissen in Form einer in Wert zu setzenden Ressource erscheinen. Indigenes Wissen wird hier zum Zwecke wirtschaftlicher Interessen instrumentalisiert. Die Nutzung indigenen Wissens in Entwicklungsmaßnahmen ist somit nicht nur mit Bildern und

---

<sup>8</sup> Siehe auch den aktuellen deutschsprachigen Band von Miehla und Wickl (2007) „Lokales Wissen und Entwicklung“.

<sup>9</sup> Siehe dazu die empirisch ausgerichtete Masterarbeit von Rüter (2005).

<sup>10</sup> Vgl. dazu Ellen & Harris 2000: 1–2; Sillitoe 2002: 8; Antweiler 2004: 3–6. Neuere Ansätze aus der Wissenschaftssoziologie und Ethnologie bevorzugen den Begriff *lokales Wissen*, um die Reduzierung des Begriffs auf indigene Gruppen bzw. Völker zu vermeiden und auf ein universales Phänomen hinzuweisen (siehe z.B. Antweiler 2004 u. Schareika & Bierschenk 2004).

Vorstellungen über dessen Träger und Inhalte verknüpft. Vielmehr ist es unerlässlich, *indigenes Wissen* in den weiteren (auch globalen) soziopolitischen und wirtschaftlichen Kontext zu verorten, denn der *Begriff indigenes Wissen* ist nicht wertneutral, sondern eng verbunden mit Machtstrukturen auf unterschiedlichen Ebenen und verschiedenen Interessen der an Entwicklungsmaßnahmen beteiligten Akteure. Bei den im Folgenden vorzustellenden Ansätzen zum Umgang mit indigenem Wissen handelt es sich um Idealtypen, die in der (erlebten) Wirklichkeit eher durch Mischformen charakterisiert sind.

## 2. Der ökoromantische Ansatz

Dieser Ansatz ist dadurch charakterisiert, dass einige Entwicklungsagenten Indigene<sup>11</sup> als Ökoheilige, die im Einklang mit der Natur leben, verklären. Indigenes Wissen wird in diesem Fall als Lösung aller Probleme erachtet und es soll darum gehen, dieses Wissen zu erhalten (oder besser gesagt, zu konservieren) und entsprechend vor äußeren Einflüssen zu schützen. Damit wird es im Gegensatz zu ‚westlichem‘ bzw. wissenschaftlichem Wissen verortet und diesem als überlegen eingestuft. Während indigenes Wissen für eine holistische (ganzheitliche) Ausrichtung, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, lokale Anpasstheit oder Einzigartigkeit steht, wird ‚westliches‘ Wissen als deduktionistisch und zerstörerisch für Mensch und Natur angesehen.<sup>12</sup> Dieser Ansatz dient vielen Vertretern dazu, die bisherigen Entwicklungsmodelle zu kritisieren sowie die Wichtigkeit indigenen Wissens vor allem für den Naturschutz hervorzuheben und es aufzuwerten, indem sie darauf hinweisen, dass man von indigenen Völkern lernen sollte.<sup>13</sup> An diesem Punkt weist der Ansatz einige Parallelen zu postkolonialen Strömungen auf.<sup>14</sup>

Insgesamt handelt es sich bei diesem Ansatz aber auch um eine Wunschprojektion. Die eigene Gesellschaftskritik an der Zerstörung der Natur, dem ka-

---

<sup>11</sup> Der politisch korrekte Begriff für ehemals ‚Indianer‘ ist heute Indigener, um die Konnotation der auf Kolumbus zurückgehenden, fehlerhaften Bezeichnung der Ureinwohner Amerikas als Inder zu umgehen.

<sup>12</sup> Autoren, die lokales bzw. indigenes Wissen idealisieren, sind beispielsweise Stüben 1984, 1985; Brascoupé & Mann 2001; Murdoch & Clark 1994; Brownrigg 1986; Shankar 1996; Cavalcanti 2006. Zur Kritik an der Romantisierung siehe Jackson 1994; Ellen & Harris 2000: 12–15; Antweiler 1998: 484–487; Krech 1999.

<sup>13</sup> Siehe z.B. Sponsel 1995 und Brownrigg 1986, Kap. 1–2.

<sup>14</sup> Allerdings betrachten Vertreter der postkolonialen Theorien bzw. *postcolonial studies* auch die Romantisierung kritisch, wie insbesondere Edward Said (2004) in seinem Werk „Orientalismus“ darlegt. Neben Said ist Homi Bhabha (1990, 2000, zus. mit Mitchell 2005) ein wichtiger Vertreter; weitere kommen im Sammelband von Bronfen, Marius & Steffen (1997) zu Wort. Einen guten Überblick über die verschiedenen Strömungen und Ansätze bietet der Band von Castro Varela & Dhawan 2005.

pitalistischen Wachstumsmodell und der Konsumgesellschaft wird mitsamt dem Modell einer gerechteren, sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaftsordnung auf ein von ihnen konstruiertes Gegenüber übertragen. Dieses Gegenüber ist aber nicht irgendwer, denn hierbei spielen Prozesse des *othering* und Abgrenzungsmechanismen eine wesentliche Rolle. Mit den Worten Greenblatts (1994), der die Entdeckungs- und Kolonisierungsgeschichte der außereuropäischen Kulturen behandelt hat, geht es um die "Erfindung des Fremden", wobei die Europäer ‚den Fremden‘ mit ihren eigenen Vorstellungen und Phantasien, Werten und Normen erschaffen haben. Sie haben ihn zum Wunschbild – wie im obigen Beispiel – oder zum Negativbild der Zivilisation gemacht.<sup>15</sup> Die Romantisierung und Ökologisierung des Anderen und damit die Neukonstituierung des Indigenen als ökologisches Gewissen der Nation und Naturschützer analysiert Krech sehr anschaulich in seiner Studie aus dem Jahr 1999 am Beispiel der *Native Americans* in den USA. Dabei schreibt er dem Bild vom *Crying Indian* von 1971, das als Werbeplakat mit dem Titel *Pollution: it's a crying shame* von Keep America Beautiful, Inc. entworfen wurde und das Gesicht eines ‚Indianers‘ zeigt, an dessen Wangen Tränen herunterlaufen, eine Schlüsselrolle zu. Dazu merkt Krech (1999: 15) an: „Enlisting Iron Eyes Cody as the Crying Indian, this organization [Keep America Beautiful, Inc.] made the Cherokee actor's face one of the most recognizable in advertising [against litter] over the next eight years {...} As a noble ecologist, the Crying Indian became iconic.“ Die Konstruktion des ‚Anderen‘ geschieht also nicht frei von eigenen Kategorien zur Klassifizierung der natürlichen und sozialen Umwelt. Damit sagen die Stereotypisierungen mehr über die eigene Gesellschaft aus als über die Realität anderer Kulturen.

Der ökoromantische Ansatz ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Zum einen wird indigenes Wissen mit traditionellem Wissen gleichgesetzt, also einer Vorstellung von indigen als vergangenheitsorientiert, in dem Neuerungen keinen Platz haben.<sup>16</sup> Dazu trägt dessen Essentialisierung bei. Diese Sichtweise blendet aus, dass jegliches Wissen ständigen Wandlungen unterworfen ist. In der Wissenssoziologie und Ethnologie wird indigenes Wissen deshalb nicht mehr ausschließlich als lokales Produkt verstanden, sondern es

---

<sup>15</sup> In Bezug auf die US-amerikanischen Indigenen (*Native Americans*) siehe die Abhandlung von Pearce 1993, der ‚den Indianer‘ als ideelles Konstrukt enttarnt, und zwar als edlen Wilden oder als Anachronismus des Fortschritts.

<sup>16</sup> Dies zeigt beispielsweise Siebert (2004) in ihrer Studie über das Verständnis von lokalem Wissen innerhalb der UNESCO auf. In den Leitlinien vieler Entwicklungsinstitutionen wird indigenes Wissen häufig auf traditionelles und / oder Waldwissen zum nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen bezogen; siehe dazu die Literaturangaben der Fußnoten 3–7.

inkorporiert auch globale Elemente.<sup>17</sup> So hat im Kontext post-kolonialer Gesellschaften ‚indigen‘ auch etwas mit der Realität der Hybridität zu tun – nämlich zwischen lokalen und eingeführten Technologien und Verständnissen und nicht mehr reine Authentizität (Campbell 2004: 150). Oder anders ausgedrückt wandelt sich indigenes Wissen „im Spannungsfeld zwischen Aneignung anderer Wissensformen und kreativer Erweiterung oder Neuanpassung“ (Linkenbach 2004: 256).

Zum anderen ist die Frage zu stellen, welche Wissensbestände überhaupt unter das Konzept *indigenes Wissen* fallen. Häufig werden von Entwicklungsagenten dieser Position nur diejenigen Wissensbestände als traditionelles oder indigenes Wissen anerkannt, die für die ökologisch nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen relevant sind. So schreibt die UNESCO in ihrer *Universal Declaration on Cultural Diversity* aus dem Jahr 2002, Artikel 12 – Die Rolle der UNESCO, Punkt 14: „Respecting and protecting traditional knowledge, in particular that of indigenous peoples; recognizing the contribution of traditional knowledge, particularly with regard to environmental protection and the management of natural resources“. Dagegen werden andere (hybride) Wissensformen ausgeblendet, die beispielsweise durch Migration und andere Kontakte entstanden sind.<sup>18</sup> Dieselben Akteure, die über Spezialwissen über Baumarten verfügen, besitzen unter Umständen auch Wissen über deren Abholzung und Vermarktung. Allerdings haben Entwicklungsagenten selten Interesse an diesem Wissen. Lokale Realitäten werden aber verzerrt und missverstanden, wenn bestimmte Wissensbereiche ausgeblendet werden. Eine Projektkonzeption, die indigenes Wissen einbeziehen möchte, ist nutzlos, wenn sie nicht versteht, unter welchen Wissensbeständen lokale Akteure täglich wählen (Siebert 2004: 268f, 271). So kann es beispielsweise vorkommen, dass statt der von den Entwicklungsagenturen erwarteten Schutzmaßnahmen indigene Akteure Edelhölzer und Tierfelle an Händler vermarkten, um Bargeld zu erwirtschaften, während die Entwicklungsakteure von einer egalitären indigenen Gemeinde fernab von Marktbeziehungen träumen und entsprechend dort bestehende Bedürfnisse ausblenden. Verweigerungsstrategien seitens der indigenen Akteure sind häufig die Antwort auf die ihnen von außen übergestülpten Bilder und Erwartungshaltungen.

Umgekehrt haben bestimmte indigene Akteure diese Wunschprojektionen

---

<sup>17</sup> Siehe dazu den Sammelband von Schareika & Bierschenk 2004, insbesondere die Artikel von Linkenbach, Siebert, Lachenmann, Hartwig und Müller; Campbell 2004: 151, Korff 2002: 2–5; Pottier 2003: 1–2, 5, 7; Antweiler 1998: 472f, 7–8; Sillitoe 1998: 226, 230 sowie Moore 1996.

<sup>18</sup> Siehe z.B. die UNESCO-Studie von Siebert (2004: 266ff) zum *Natural Sacred Sites Programme*. Siehe dazu auch Fußnote 11.

aufgegriffen; sie bedienen sich der Bilder vom indigenen Ökoheiligen oder ‚Hüter des Waldes‘<sup>19</sup> in diversen Diskursen, um ihre Interessen zu verfolgen, sei es auf der Suche nach internationaler Unterstützung im Falle von Autonomie- und Ressourcenkonflikten mit dem Staat oder transnationalen Erdöl-, Bergbau oder Holzunternehmen, oder sei es für die Beschaffung von Projektmitteln.<sup>20</sup> Mit anderen Worten verfügen indigene Völker aufgrund dieser idealisierten Bilder über sie über *symbolisches Kapital* (Bourdieu 1974, 1987), das sie als Ressource strategisch und pragmatisch einsetzen, da es zugleich ein effektives Druckmittel der transnationalen Umweltpolitik ist.<sup>21</sup> Hieran zeigt sich zudem, dass Bilder von und über Indigene translokal sind. Der Wunsch nach Schutz und Erhaltung des indigenen Wissens seitens der Anhänger der ökoromantischen Position kann verschiedene Formen annehmen. Neben der Suche nach Schutzmechanismen zur Einschränkung von Biopiraterie<sup>22</sup> gibt es Ansätze, indigenes Wissen mit dem Ziel seiner Konservierung für nachfolgende Generationen schriftlich in Form von Dokumenten oder der Speicherung in externen Datenbanken festzuhalten. Dies hat zur Folge, dass deren Träger die Kontrolle darüber verlieren (vgl. Antweiler 1998: 472) und Wissen als statisch begriffen wird, dem eine eigene Realität außerhalb seiner Träger und Anwendungen zukommt. Der Versuch, indigenes Wissen vor externen Einflüssen bzw. Hybridisierung schützen zu wollen, kann unter Umständen dazu führen, dass die Bedürfnisse der indigenen Akteure nach umfassenden Informationen über Marktstrukturen oder externe

---

<sup>19</sup> Vgl. Nygren 1999: 275. Der Reiseführer Ecuatorial – The Travel Guide Experts’ Ecuador, der Auszüge vom Traveler’s Ecuador Companion vom Verlag The Globe Pequot veröffentlicht hat, bezeichnet die Indigenen des ecuadorianischen Amazonasgebietes als „guardians of the forest“ (Hamilton & Davies, o.J.). Ebenso hat die Anthropologin Ellen Speiser zusammen mit Dominique Irvine einen Dokumentarfilm mit dem Titel „Runa: Guardians of the Forest“ gedreht (1989/1990), der von der University of California, Berkeley, Extension Media Center, wie folgt beschrieben wird: „The profound ecological knowledge of native peoples like the Runa {...} offers hope for the future preservation of the rainforests. This unusual documentary explores {...} their adaptation to life in the rainforest and their reactions to outside forces that are increasingly impinging on their environment, traditional lands, and way of life“.

<sup>20</sup> Die Tiefland-Quichua-Gemeinde Sarayaku in der ecuadorianischen Provinz Pastaza ist eines der international bekannteren Beispiele für die Bedienung dieser Bilder zur Mobilisierung internationaler Unterstützung im Falle von Land- und Ressourcenkonflikten. Dank ihres Bündnisses mit verschiedenen Menschenrechts- und Umweltorganisationen weltweit ist es ihnen gelungen, den Beginn der geplanten Ölförderung bisher zu verhindern.

<sup>21</sup> Dies zeigen Conklin & Graham (1995: 696) am Beispiel der Huaoraní in Ecuador auf.

<sup>22</sup> Mit Biopiraterie wird die private Aneignung (und Kommerzialisierung) von Pflanzen oder Tieren bzw. ihren Bestandteilen (Genen) sowie des Wissens über seine Verwendung mit Hilfe geistiger Eigentumsrechte (z.B. TRIPS – das wichtigste internationale Abkommen über handelsbezogene Aspekte geistiger Eigentumsrechte der WTO) ohne Zustimmung und Vorteilsausgleich der ursprünglichen Nutzer bezeichnet (vgl. Mgbeoji 2006: xif, s.a. Kap. 2). Diese Rechte werden einer juristischen Person auf Antrag vom Patentamt zugesprochen. Dagegen haben verschiedene Akteure wie international oder regional tätige Menschenrechtsgruppen und Umweltschützer, aber auch indigene Repräsentanten selbst wie der Dachverband der indigenen Organisationen des Amazonasgebietes – COICA – zahlreiche Maßnahmen entwickelt. Initiativen gegen Biopiraterie sind also nicht nur auf die Anhänger der ökoromantischen Position beschränkt.

Produktions- und Kommunikationstechniken unberücksichtigt bleiben. Dieser Ansatz kann sich dem Vorwurf des Paternalismus schwerlich erwehren. Weiterhin ist zu bedenken, dass sich aufgrund von Globalisierungsprozessen, die Auswirkungen auch in indigenen Gemeinden zeigen, aktuelle Probleme wie die Vergabe von Konzessionsrechten an Öl- oder Holzfirmen, Landrechte oder Marginalisierung nicht allein auf lokaler Ebene mit ‚indigenem Wissen‘ im Sinne eines statischen, vergangenheitsorientierten Wissenspools lösen lassen.<sup>23</sup>

Dies leitet zur nächsten Frage über, wer überhaupt die Träger dieses Wissens sind. Die Vorstellung von *indigen* impliziert zumeist ein Bild von einer autochthonen, sozial und geographisch klar abgegrenzten Ethnie (Siebert 2004: 266f). Die Abgrenzung von Gemeinschaften, denen indigenes Wissen zugeschrieben wird, ist im Kontext unterschiedlicher Interessen, Machtverhältnisse und Ordnungsvorstellungen verortet (Hauck & Köbler 2004: 49). Diese Grenzziehung, so argumentieren Hauck und Köbler, ist implizit oder explizit mit Gewalt verbunden und wird nicht allein auf der Diskursebene vollzogen (ebd.: 53f). Nygren (1999) illustriert diese Abgrenzungsmechanismen anhand ihrer Studie von Naturschutzmaßnahmen in einem Naturschutzpark Nicaraguas. Bis in die 1950er Jahre hinein bewohnten in Streusiedlungen lebende Kleinbauern die Region, die kleine Rodungsflächen extensiv betrieben. Seit den 1960er Jahren kam es zu mehreren Migrationswellen, innerhalb derer sich verarmte Bauern anderer Regionen auf der Suche nach Land im und um den heutigen Naturschutzpark niederließen und Brandrodungsfeldbau betrieben sowie an dem Verkauf von Edelhölzern beteiligt waren. In der Vorstellungswelt der Entwicklungsagenten sind letztere nicht-autochthone oder nicht-indigene Akteure, welche entsprechend über kein indigenes Wissen verfügen. Sie werden vielmehr als die Natur zerstörend, entwurzelt und durch Modernisierung und Konsumverhalten verdorben wahrgenommen. Ihr Wissen wird als defizitär betrachtet, oder anders ausgedrückt, ihr Wissen wird als Nicht-Wissen klassifiziert. (Nygren 1999: 269–273). Die Wahrnehmung der Migrationsbauern durch externe Akteure (Entwicklungsagenten) beschreibt Nygren mit den Worten Nugents (1993: 40, zit. in Nygren 1999: 270): „non-indigenous peasants are still portrayed as incomplete others, too eroded by westernization to have that quality of ‘pristine otherness’“. Diese Vorstellungen stehen in markantem Gegensatz zu Bildern über Indigene. Letztere sieht man als „guardians of forests“; sie werden mit den Eigenschaften „simplicity, purity and environmental wisdom“ (Nygren 1999: 275) ver-

---

<sup>23</sup> Einen guten Überblick zu dieser Thematik bietet Antweiler 1998. Siehe auch Kalland 2000.

sehen. Abgrenzung bedeutet also in diesem Fall Ausgrenzung und damit die Etablierung spezieller Dominanzstrukturen.<sup>24</sup>

Die Kriterien, was als Wissen akzeptiert wird und wer qualifiziert ist zu wissen, werden vor allem, aber nicht ausschließlich, von den Entwicklungsagenten definiert. Hieran wird neben der Analyse der Machtverhältnisse, in dem Wissen als situiert und Gegenstand verschiedener Formen von Dominierung und Hybridisierung betrachtet werden muss, die Wichtigkeit der Eigen- und Fremdwahrnehmungsprozesse auf die Konstruktion indigenen Wissens deutlich. Dabei ist jedoch zu betonen, dass die Zuschreibungsprozesse von Identitäten, Eigenschaften oder Vorstellungen über verschiedene Akteure und dem auszuhandelnden Produkt – indigenes Wissen – beidseitig verlaufen. Das bedeutet, dass auch indigene Akteure unter Umständen das Konzept *indigenes Wissen* und dazugehörige Assoziationen vom *Ökoheiligen* für ihre Interessen instrumentalisieren.

Problematisch bei der idealistischen Haltung ist weithin, dass häufig übersehen wird, dass lokales Wissen nicht automatisch ökologisch nachhaltig oder sozial gerecht ist (Antweiler 1998: 469, 486).<sup>25</sup> Indigenes Wissen ist fragmentiert und ungleichmäßig auf die Mitglieder einer Gemeinde verteilt.<sup>26</sup> Zudem sind Gemeinden, auch in Form einer ethnischen Gruppe oder Volkes, alles andere als homogen, so dass auch hier der Machtaspekt und unterschiedliche Interessen, welche die beteiligten Akteure in der Auseinandersetzung um die Deutungshegemonie verfolgen, zu beachten sind.<sup>27</sup> So sollte sich ebenfalls auf der Ebene der ‚indigenen Gemeinden‘ die Frage stellen, wessen Wissen oder Repräsentationen Eingang in Projekte finden.

### 3. Der pragmatisch-,technizistische‘ Ansatz

Ein weiterer Ansatz zum Umgang mit indigenem Wissen in Projekten lässt

---

<sup>24</sup> Hier soll keineswegs bestritten werden, dass ökologische Probleme auftreten können, wenn Migrationsbauern ein neues Habitat bewirtschaften. Hier soll vielmehr betont werden, dass die Ökologie nicht für sich allein stehen kann. Abgrenzungs- und Zuschreibungsprozesse (wer hat (kein) Wissen, wer ist der Umweltsünder) stellen keine objektiven Tatsachen dar, sondern sind von Macht- und Dominanzstrukturen sowie Gegenstrategien durchdrungen und in ein vielschichtiges Netz unterschiedlichster Interessen in sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen verschiedener Akteure verwoben.

<sup>25</sup> Siehe weiterhin die Studie von Piland (2000) über die Ressourcennutzung der Tsimanes in der *Reserva de la Biosfera Estación Biológica del Beni* im bolivianischen Amazonasgebiet.

<sup>26</sup> Siehe Pottier 2003: 4, 20; Sillitoe 1998: 232f; Borowsky 1994a: 334ff; Antweiler 1998: 472; Lachenmann 2004: 124; Schareika 2004: 26; Schütz 1964: 134. Speziell zur Fragmentierung indigenen Wissens siehe Long 1992: 274, Pottier 2003: 15; Antweiler 1998: 473 und Mersmann 1993.

<sup>27</sup> Mosse 2001: 19, Pottier 2003: 1f, 5–7; Sillitoe 1998: 225f, 230–233, 235; siehe weiterhin Long & Long 1992; Scoones & Thompson 1994; Mundy & Compton 1995.

sich als pragmatisch-technizistisch umschreiben. Forschungsansätze zu indigenem Wissen aus dem Bereich der Kognitionsethnologie, die die Beziehungen der Menschen zur Natur in Arbeiten zu Agrarsystemen<sup>28</sup>, der Subsistenzwirtschaft<sup>29</sup>, der Erhaltung der Biodiversität<sup>30</sup>, zu Heilpflanzen<sup>31</sup> oder der Klassifizierung der biologischen Umwelt<sup>32</sup> untersuchen<sup>33</sup>, haben in der Entwicklungspraxis ihre Fürsprecher gefunden. Sie nehmen an, dass dieses vornehmlich auf Pflanzen und Tiere beschränkte Wissen weitgehend problemlos in wissenschaftlich-technische Konzepte der Entwicklungszusammenarbeit integriert werden könne.<sup>34</sup> Träger dieses Wissens sind diejenigen, die es zu ‚entwickeln‘ gilt. Diesem Ansatz zufolge wird indigenes Wissen als vom soziokulturellen Kontext isolierte Informationen oder ‚Fakten‘ über die lokale Flora und Fauna meist in Form von Klassifikationen begriffen, die in einem weiteren Schritt in überregionalen Datenbanken gespeichert werden sollen, um für andere Projekte zur Verfügung zu stehen.<sup>35</sup> Auch hierbei wird häufig angenommen, dass lokales Wissen von allen Mitgliedern einer Gemeinde geteilt würde.

Dieser Ansatz geht von der grundsätzlichen Überlegenheit externen Expertenwissens oder ‚westlichen‘ Wissens aus. Die Träger indigenen Wissens – die Zielgruppe von Entwicklungsmaßnahmen – werden als mit defizitärem Wissen ausgestattet wahrgenommen, die allerdings einige brauchbare Informationen über die lokale Flora und Fauna beisteuern können. Die erhobenen Informationen werden dann mittels westlich-wissenschaftlicher Kriterien bewertet und klassifiziert und damit der Wissenschaft subsumiert.

Neuere ethnologische Studien kritisieren diesen Ansatz und die zugrunde liegenden Annahmen an mehreren Stellen. Sie zeigen auf, dass eine auf den ersten Blick ‚rein technisch‘ erscheinende Angelegenheit wie das Ressourcenmanagement sehr wohl eine kulturelle Dimension besitzt und daher mit der sozialen Umwelt verschränkt ist.<sup>36</sup> Wissen zur Subsistenzproduktion bei-

---

<sup>28</sup> Conklin 1954 u. 1957; Brokensha, Warren & Werner 1980; Nazarea 1999.

<sup>29</sup> Foster 1967.

<sup>30</sup> Gadgil, Berkes & Folke 1993.

<sup>31</sup> Paul 1955; Räscher 1999; Räscher & Müller-Ebeling 2003.

<sup>32</sup> Zu Klassifikationssystemen von Pflanzen bei den Maya in Südamerika, Chiapas, siehe Berlin, Breedlove & Raven 1973, 1974 und Berlin 1992.

<sup>33</sup> Zur Kritik daran siehe z.B. Ellis & West 2004: 107.

<sup>34</sup> Beispielsweise Milliken 2006: 245f für das Amazonasgebiet.

<sup>35</sup> Fürsprecher der Speicherung in Datenbanken sind beispielsweise Warren, Lieberstein, Slikkerveer 1993; Rahman 2000 und Milliken 2006: 245f.

<sup>36</sup> Ein gut dokumentiertes Beispiel für die Komplexität des Ressourcenmanagements in Abhängigkeit von der sozialen und ökologischen Umwelt bietet die Studie von Piland (2000) über die Tsimanen im bolivianischen Tiefland. Auf der individuellen Ebene sind Alter und Familienstruktur einer Person Faktoren, welche die Anbau-praktiken von Nahrungsmitteln beeinflussen. Auf der Gemeindeebene sind es Faktoren wie Verfügbarkeit von

spielsweise betrifft neben technischen Prozessen und Ressourcen auch soziale Faktoren wie effektive Gruppenaktivitäten und deren Koordination sowie Gender-Beziehungen (Campbell 2004: 150; Antweiler 2004: 12).<sup>37</sup> Von Crnach (1995) bezeichnet dies als Wissen über soziale Systeme. Indigenes Wissen ist deshalb im weitesten Sinne das soziale Management von Informationen sowie Lernen und Lehren; es beinhaltet das Wissen einer Person über seine Gruppe und deren Beziehungen untereinander (vgl. Antweiler 2004: 12). Fairhead (1993: 199) fasst die Kritik wie folgt zusammen: „The focus on ‘technical knowledge’ helps isolate agriculture from the social context, or put another way, the farmer from the person.” Weiterhin ist indigenes Wissen nicht auf alle Mitglieder einer Gemeinde gleichmäßig verteilt und ist, wie oben aufgezeigt wurde, das Produkt sozialer Aushandlungen, die Auseinandersetzungen, Konflikte und Verhandlungen umfassen. Es ist durchdrungen von Aspekten der Macht, Autorität und Legitimation, sowohl auf lokaler Ebene als auch in der Interaktion mit Entwicklungsagenten.<sup>38</sup> Auch hier spielen die beschriebenen Prozesse der Grenzziehungen (wer sind Indigene und welche Wissensformen fallen unter indigenes Wissen) eine wichtige Rolle. Nun stellt sich den Befürwortern der Nutzung indigenen Wissens für lokale Entwicklungsprozesse – sowohl des ökoromantischen wie auch des pragmatisch-technizistischen Ansatzes – die Frage, wie man jenes Wissen erhebt. Eine Antwort, der viele dieser Entwicklungsagenten folgen, ist die Anwendung der so genannten partizipativen Methoden, die in Begriffen wie *Rapid Rural Appraisal* oder *Relaxed Rural Appraisal* oder *Participatory Rural Appraisal*<sup>39</sup> gefasst werden. Autoren wie Mosse (2001: 16–35) oder Biggelaar (1991) enttarnen diesen von vielen Entwicklungsinstitutionen gepriesenen partizipativen Ansatz als Fortführung konventioneller Projektstrategien nach dem *top-down*-Prinzip, wobei indigenes Wissen eher die Funktion interessanter Zusatzinformationen innehat. Partizipation bleibt letztlich eine leere Hülse, solange die Erhebungstechniken als Maß der Partizipation betrachtet werden und eine selbstkritische Reflektion der zugrunde liegenden hierarchischen Strukturen ausbleibt (vgl. dazu auch Cooke & Kothari 2001: 3–9). So argumentiert Antweiler (1998: 472) folgerichtig, dass die Verfügbarkeit von

---

und Zugang zu Land, Bevölkerungsdichte oder die Integration in die Marktwirtschaft, welche die Anbaupraktiken und –strategien und somit die Nachhaltigkeit des Ressourcenmanagements beeinflussen.

<sup>37</sup> Zur kulturellen Eingebundenheit lokalen Wissens siehe weiterhin Lachenmann 2004: 124; Pottier 2003: 7; Linkenbach 2004: 234f; Antweiler 1998: 469, 472–477; Sillitoe 1998: 228; Schareika 2004: 24f sowie Campbell 2004: 150.

<sup>38</sup> Pottier 2003: 1f, 5–7; Sillitoe 1998: 225f, 230–233, 235; Long & Long 1992; Scoones & Thompson 1994; Mundy & Compton 1995.

<sup>39</sup> Zu Entwicklung dieser Methoden siehe Chambers 1992, 1994 u. 1996; zu methodischem Vorgehen und Kritik siehe Schönhuth & Kievelitz 1993; Schönhuth 2004; Hess et.al. 1998, Ulbert 1995 und Cooke & Kothari 2001.

indigenem Wissen in Händen westlicher Akteure die Gefahr trägt, dass Entwicklungsansätze an externe Experten delegiert werden. Dies trifft insbesondere auf ‚Wissensinhalte‘ zu, die in externen Datenbanken gespeichert werden.

Was letztlich als indigenes Wissen in Projekte gelangt, ist etwas ‚Konstruiertes‘, das die sozialen (hierarchischen) Beziehungen reproduziert, die das Planungssystem mit sich bringt, und ist „shaped both by locally dominant groups and by project interests“ (Mosse 2001: 21). Das für Projektzwecke erhobene ‚indigene Wissen‘ stellt folglich privilegierte Perspektiven einiger lokaler Interessensgruppen in Zusammenhang mit Projektinteressen der Entwicklungsinstitutionen und seiner Mitarbeiter dar (ebd. 22). „Participatory approaches and methods also serve to represent external interests *as* local needs, dominant interests *as* community concerns“ (ebd.), wenn Entwicklungsinstitutionen beispielsweise bestimmten Inhalten indigenen Wissens strategisch den Vorzug geben, um damit ihre Programme zu legitimieren und zu finanzieren.

#### 4. Der positivistische Ansatz

Nicht zuletzt finden sich Entwicklungsprojekte, die dem traditionellen Techniktransfer – ein Konzept, das heute zunehmend durch Wissenstransfer im Zuge des Schlagwortes ‚Wissensgesellschaft‘ ersetzt wird – noch immer anhängen, wie er von Modernisierungstheoretikern<sup>40</sup> seit den 1950er Jahren als eine Methode nachholender Entwicklung propagiert wurde, wenn auch heute eher in impliziter Form. Hierbei spielt indigenes Wissen keine oder bestenfalls eine marginale Rolle als Exotikum, trotz des in den programmatischen Leitlinien vollzogenen Paradigmenwechsels vieler Entwicklungsinstitutionen

---

<sup>40</sup> Die Modernisierungstheorien (im Plural) beinhalten unterschiedliche Erklärungsansätze zu Entwicklung und Unterentwicklung. In ihren Ursprüngen lassen sie sich auf die Evolutionstheorien des 19. Jh. zurückführen, die eine unilineare und universalistische Abfolge von Entwicklungsstadien konzipierten, wobei sich die Industriegesellschaften Europas sowie den USA und Kanada als höchstes bis dahin erreichbares Stadium des Fortschrittes sahen. Die von der Soziologie geprägte Dichotomisierung „modern“ – „traditionell“ bzw. „vormodern“ wurde für die entwicklungspolitische Diskussion übernommen. (Vgl. Götze 1976: 70–79). Einen wichtigen Beitrag zur neoklassischen Theorie erbrachte Rostow (1960) mit der Darstellung der Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Anhänger der neoklassischen Theorien sehen die Ursachen der Unterentwicklung intern bedingt aufgrund der sozioökonomischen, politischen und kulturellen Rückständigkeit. Die Einbindung der sog. ‚Entwicklungsländer‘ in die internationalen Wirtschaftsstrukturen basiert ihnen zufolge auf wechselseitigen, komparativen Vorteilen. Mittels eines gezielten sozioökonomischen und politischen Wandels sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine nachholende Entwicklung nach europäischem Vorbild ermöglichen. Ein hoher Kapitaleinsatz sowie die Übernahme moderner Produktionstechniken sollen den Teufelskreis der Armut durchbrechen [sog. *trickle down effect*] (vgl. dazu Hurtienne 1988/1989: 32).

hin zu verstärkt partizipativen Ansätzen sowie verbesserter politischer Rahmenbedingungen in den so genannten ‚Entwicklungsländern‘ selbst<sup>41</sup>. Diese positivistische Haltung geht in ihren Grundannahmen davon aus, dass das Wissen und die dazugehörigen Praktiken der ‚Zielgruppe‘ defizitär seien oder gar ein Entwicklungshemmnis darstellten. Dies belegen die Anhänger dieser Position beispielsweise mit der beobachteten Armut, fehlenden Schulbildung, Degradierung landwirtschaftlicher Nutzflächen oder irrationalen Glaubensvorstellungen. Abhilfe sollen die im ‚Westen‘ entwickelten und als universal geltenden Wissensbestände (Expertenwissen) sowie darauf basierende Technologien schaffen. Ziel ist die ‚Rettung vor Unterentwicklung‘ sowie ihre Integration in den Nationalstaat und das Marktsystem (vgl. Taylor 2004: 133; Ellen & Harris 2000: 2, 6, 11–12). Den Trägern indigenen Wissens hingegen werden rückständige Praktiken und fehlende Innovationsbereitschaft unterstellt (ebd.). Hier steht indigenes Wissen in einem unüberbrückbaren Gegensatz zum ‚westlichen‘ Wissen, wobei letzteres häufig mit Wissenschaft gleichgesetzt wird, deren universeller Geltungsanspruch unhinterfragt von den Entwicklungsagenten übernommen, ja verteidigt wird. Die Grundannahme einer technisch-analytischen Überlegenheit des (externen oder ‚westlichen‘) Expertenwissens folgt der eurozentristischen Tradition evolutionstheoretischer Ansätze in Forschung und Praxis.

Die Fortführung der gängigen *top-down*-Methoden und der Abwertung indigenen Wissens lässt sich beispielsweise anhand einiger Naturschutzmodelle festmachen, die sich mit der Radikalisierung einiger Umweltgruppen (sowie Staatsinteressen) seit den 1970er Jahren herausgebildet haben. Sie stellen das Ökosystem in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen, was sich unter anderem in der Schaffung reiner Naturschutzparks unter Ausschluss von Menschen zeigt, wobei (Zwangs-)Umsiedlungen der dort ansässigen Bevölkerung eine Konsequenz waren (und sind)<sup>42</sup>. Dazu schreibt Rivas Toledo (2000: 25) in seiner Studie über den Parque Nacional Sangay in Ecuador: „Surge {...} el concepto de áreas nacionales protegidas como espacios destinados a la preservación y conservación de la vida silvestre o salvaje prescindiendo del ser

---

<sup>41</sup> Hier sind v.a. die Demokratisierung politischer Prozesse, Dezentralisierungsmaßnahmen (für Lateinamerika insbesondere Bolivien, siehe dazu die Dissertation von Avilés 2005) sowie Verfassungsänderungen zugunsten indigener Völker gemeint. Zu letzterem zählen die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 durch Ecuador (1998), Mexiko (1990) neben Argentinien, Brasilien, Bolivien, Guatemala, Kolumbien, Peru u.a., Verfassungsänderungen zur Anerkennung eines plurikulturellen, multiethnischen Staates, gewisse Autonomierechte oder das Recht auf bilinguale Bildung (z.B. 1998 in Ecuador; 1994, 1996, 2000 in Bolivien). Für einen umfassenden Überblick über Verfassungsänderungen hinsichtlich der Rechte indigener Völker Lateinamerikas siehe Barié 2003.

<sup>42</sup> Zur Darstellung und Kritik an diesen Naturschutzmodellen sowie Beispiele für Zwangsumsiedlungen siehe Griffiths 2005, Taylor & Griffiths 2007, MacKay & Caruso 2004 und Colchester 2004.

humano. El modelo desarrollado entonces tiene el carácter de ‘excluyente’, {...} se prohíbe expresamente la presencia humana en ellas.”<sup>43</sup>

Indigenes oder lokales Wissen findet in vielen dieser Modelle keinen Platz, da es entweder als unzureichend klassifiziert wird, die komplexen natürlichen Zusammenhänge zu erkennen und somit effektiven Naturschutz zu gewährleisten, oder als zerstörerisches Potential wahrgenommen wird. Letzteres wird häufig mit den gestiegenen Konsuminteressen der in oder bei Naturschutzparks lebenden Bevölkerung begründet. (Vgl. dazu Taylor 2004: 134, Linkenbach 2004: 254, Campbell 2004: 165). Der Diskurs von der Natur als von der lokalen (indigenen) Bevölkerung bedroht ist insbesondere in der Allianz zwischen internationalen Umweltschützern, multilateralen Geberorganisationen wie Weltbank und GEF sowie den Nationalparkbehörden der Empfängerländer von Entwicklungsgeldern zu finden (Campbell 2004: 158).<sup>44</sup>

## **5. Die Instrumentalisierung indigenen Wissens: Umweltdienstleistungen als postkolonialer geistiger Raub in Form von Biopiraterie und Emissionshandel**

Andere Entwicklungsagenten wiederum verfolgen kommerzielle Interessen, die es nützlich erscheinen lassen, sich dem ‚indigenen Wissen‘ verstärkt zuzuwenden. Mit dem gestiegenen Stellenwert der Biodiversität, der Veränderung internationaler Rahmenbedingungen im Bereich der Biotechnologie und Patentierung sowie den aktuellen Entwicklungen zum ‚Emissionshandel‘ hat man das wirtschaftliche (und weniger das emanzipatorische) Potential von indigenem Wissen entdeckt. Bioprospektion<sup>45</sup> als ein wesentlicher Aspekt in vielen Projekten zum Schutz der Biodiversität umfasst die Erhebung, Auflistung und Analyse seltener bzw. endemisch vorkommender Nahrungspflanzen oder natürlicher Heilmittel. Neben rein wissenschaftlichen Erkenntnissen dienen diese Studien vor allem dazu, den Nutzwert der Flora und Fauna zu bestimmen und die Wirkstoffe gegebenenfalls zu patentieren bzw.

---

<sup>43</sup> [Es entsteht das Konzept von Naturschutzgebieten als Räume des Umweltschutzes und der Erhaltung der ursprünglichen bzw. der wild vorkommenden [nicht domestizierten] Pflanzen- und Wildbestände ohne menschliche Eingriffe. Das derart entwickelte Modell besitzt einen ‚exklusiven‘ Charakter, {...}man verbietet die Anwesenheit von Menschen darin.]

<sup>44</sup> Siehe weiterhin die Literaturangaben der Fußnote 42. Rivas (2000: 31f) zeigt auf, dass „las acusaciones y visiones negativas acerca de las actividades antiecológicas de comunidades indígenas y/o locales representan una imagen de un estado moderno que busca expandir sus fronteras”.

<sup>45</sup> Bioprospektion ist die Erkundung und Sammlung biologischen Materials, dessen Aufbereitung mit Hilfe des genetischen Screenings und dessen Archivierung.

im Fall von Saatgut dieses den Sortenschutzrechten zu überführen.<sup>46</sup> Hierbei sind vornehmlich Pharma-, Agrar- oder Lebensmittelkonzerne eine treibende Kraft, sei es als Co-Finanzierer von Entwicklungsmaßnahmen und Forschungsprogrammen, als Käufer von Forschungsergebnissen oder als direkte Partner im Rahmen eines *Public-Private-Partnership*-Projektes. Indigenes Wissen wird hierbei für den in situ Schutz biologischer Ressourcen zur Erhaltung der Biodiversität (als Voraussetzung der Bioprospektion) sowie für die Sammlung und Auflistung der lokal genutzten Flora und Fauna, Verfahrenstechniken und Zubereitungsweisen genutzt (vgl. Kaiser 2002: 36–39, 56f, 81).

Die Vorstellung vom Indigenen als intimen Kenner seiner natürlichen Umwelt kann sich hier in einer gegenteiligen Position im Vergleich zu den Ökorumantikern ausdrücken: der Instrumentalisierung indigenen Wissens zum Zwecke seiner Vermarktung und Privatisierung durch externe Akteure. Wie riesig die zu erzielenden Gewinnmargen aus diesem Geschäft sind, belegen einige, von der FAO vorgelegte Zahlen: Mittlerweile sind etwa 40 Prozent der Medikamente in den USA auf der Basis von natürlichen Produkten entstanden. Der geschätzte wirtschaftliche Wert der aus Pflanzen hergestellten Medikamente lag im vergangenen Jahrzehnt allein in den Vereinigten Staaten bei ca. 68 Milliarden Dollar jährlich (Shand 1997: 13).<sup>47</sup>

Dieser als Biopiraterie kritisierte Umgang mit indigenem Wissen lässt sich anhand vieler Beispiele demonstrieren. Ein Fall, der internationales Aufsehen erregte, betrifft die Patentgewährung für Produkte und Verfahren, die auf der Nutzung des Neembaums (*Azadirachta indica*) basieren. Die Wirkstoffe des Neembaums für Landwirtschaft und Medizin sind seit Jahrhunderten in Indien bekannt. Dennoch wurden seit 1985 von amerikanischen, japanischen und europäischen Firmen etwa 90 Patente auf Wirkeigenschaften und Extraktionsverfahren eingereicht, unter anderem das Gemeinschaftspatent der

---

<sup>46</sup> Der Inhaber des Sortenschutzrechts oder Patents hat ein Anrecht auf das alleinige Nutzungsrecht für einen festgelegten Zeitraum und kann Lizenzzahlungen von den Nutzern fordern. Diese wiederum haben – im Falle von Saatgut – kein Recht, das ‚geschützte‘ Saatgut nach der Ernte wieder auszusäen, was im Fachjargon „Einschränkung des Nachbaus“ heißt. Um dem Nachdruck zu verleihen, betreiben Saatgut- und Biotechnologiekonzerne wie beispielsweise Monsanto massiv Lobbyarbeit, die sog. *Terminator-Technology* einzuführen. Noch hat die Mehrheit der Teilnehmer an der Vertragsstaatenkonferenz der UN-Biodiversitätskonvention in Brasilien im März 2006 diese Technologie abgelehnt. Bei der *Terminator-Technology* wird zumeist gentechnisch verändertes Saatgut derart behandelt, dass es steril wird, d.h. nicht fortpflanzungsfähig. Einen überblicksartigen Einstieg zum Thema gewähren die Dokumente der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie im Internet unter: [www.biopiraterie.de](http://www.biopiraterie.de), darunter das 2005 erschienene Buch „Grüne Beute. Biopiraterie und Widerstand“ sowie Kaiser 2002.

<sup>47</sup> Zur Debatte um Biopiraterie, kollektive Eigentumsrechte versus existierendes Patentsystem oder Vorteilsausgleich für indigene Gemeinden (benefit sharing) an der kommerziellen Vermarktung indigenen Wissens siehe Mgbaoji 2006, Oguamanam 2006, Hansen & Van Fleet 2003, Phillips 1999, Posey 2000; Sillitoe 2002: 5–6, Cleveland & Murray 1997 und Ramos 2006.

US-amerikanischen Firma W.R. Grace und des US-Landwirtschaftsministeriums, das sie 1990 auf ein Verfahren zur Herstellung eines Fungizids aus dem Öl des Neem-Samens beantragten. 1994 gab das Europäische Patentamt (EPA) dem Antrag statt. In der Folgezeit stiegen in Indien die Preise für Neem rasant an, nachdem W.R. Grace eine Fabrik zur Verarbeitung von Neem-Früchten mit einer Kapazität von ca. 20 Tonnen pro Tag gebaut hatte und die Früchte nun in großen Mengen vom Unternehmen aufgekauft wurden. Dadurch wurde die Frucht, die vorher als frei verfügbare Ressource galt, in einen Geldwert überführt und damit für einfache Leute unbezahlbar. Gegen das Patent legten mehrere Organisationen unter Mitwirkung von Vandana Shiva Beschwerde ein. Sie konnten beweisen, dass die patentierten pilztötenden Neem-Wirkstoffe in Indien seit langem allgemein bekannt sind und genutzt werden. Im Jahr 2000 hat das EPA das Patent wegen fehlender Neuheit bzw. fehlender erfinderischer Tätigkeit aufgehoben. Grace legte daraufhin Revision ein, die im Jahr 2005 in zweiter Instanz abgewiesen wurde. Das EPO hat insgesamt 65 Patentanträge zu Neem bearbeitet; davon wurden 22 gewährt bzw. sind in Kraft, 9 werden zur Zeit überprüft.<sup>48</sup> Letztlich ist festzuhalten, dass sich die an Biodiversität reichen Gebiete zumeist in den Ländern des Südens befinden, die Patenteigner und Länder, wo diese Patente gelten, jedoch mehrheitlich Industriestaaten sind bzw. daher stammen.<sup>49</sup> Eine andere Möglichkeit, das (vor allem auf Waldregionen bezogene) indigene Wissen über Biodiversität in Wert zu setzen, besteht in „ecosystem ser-

---

<sup>48</sup> Informationen zum Neem-Patent stammen von Bullard 2005, Kaiser 2002 und der BUKO-Kampagne auf der Internetseite <http://www.biopiraterie.de/index.php?id=272> sowie auf der Homepage des Umweltinstituts München e.V. <http://umweltinstitut.org/gentecnik/patentierung/erfolg-gegen-biopiraterie-europaisches-patentamt-widerruft-endgultig-patent-auf-neem-ol-204.html>.

<sup>49</sup> Die *World Intellectual Property Organization* hat aufgezeigt, dass die Länder der Europäischen Patentkonvention (EPC) die Mehrheit der Anträge auf internationale Patente des PCT-Systems mit 26% stellen, innerhalb dessen ist Deutschland auf Platz 1 mit 9% der Anträge bzw. im Weltvergleich auf Platz 4; nach den EPC-Ländern sind die USA das Land mit der zweithöchsten Rate an PCT-Anträgen (25%), gefolgt von Japan mit 14%; Südkorea liegt auf Platz 7 mit 3% der Anträge, China auf Platz 11 mit 1%. Indien ist mit 0,4% der Anträge Schlusslicht und einziges Land des ‚Südens‘ mit nennbaren Antragszahlen (WIPO 2006: 22). 81% aller im Jahr 2004 gültigen Patente konzentrieren sich auf 6 Patentämter (und Länder): 1. USA, 2. Japan, 3. GB, 4. Deutschland, 5. Südkorea, 6. Frankreich (ebd.: 34) (Hinweis: Die Anmeldung eines Patents in einem Land bedeutet, dass es dort gültig ist, sagt aber nichts über die Herkunft des Antragstellers aus. So kann ein Deutscher z. B. sein Patent in den USA anmelden. Es ist dann nur in den USA, nicht aber in Deutschland gültig, es sei denn, er wählt das PCT-Verfahren, bei dem er sein Patent in mehreren Ländern gleichzeitig anmelden kann, was allerdings teurer ist.) Eine Übersicht über die Herkunft der Patentantragsteller zeigt, dass Japaner die Mehrheit der 2004 gültigen Patente innehaben (dies sagt nichts über die Länder aus, wo die Patente gültig sind), und zwar 1.540.017, gefolgt US-Amerikanern mit 1.170.447; auf dem 3. Platz die Südkoreaner, die Deutschen auf dem 4. Platz mit 232.596 Patenten. Pakistaner (als einziges aufgeführtes Land des Südens) rangieren mit 16.630 Patenten am unteren Ende. (ebd.: 35). Insgesamt lässt sich festhalten, die Mehrheit der Patenteigner aus den Industrienationen kommen; dort ist auch die Mehrheit der Patente gültig. Dies ist insofern von Bedeutung, als dass viele so genannte ‚Entwicklungsländer‘ die Mehrheit ihrer Güter in diese Staaten exportieren und somit das Patentrecht die exportieren Güter einschließt.

vices“ (Caruso 2005: 8), wozu neben Ökotourismus und Umweltstudien heute vor allem der Emissionshandel zu zählen ist. Ziel des Emissionshandels ist es, ein Gebiet mit Primärwaldbewuchs zu schützen bzw. Gebiete aufzuforsten, um es für eventuelle CO<sub>2</sub>-Handelspartner attraktiv zu gestalten.<sup>50</sup> Der Wert eines Waldstücks wird danach bemessen, welche Menge an CO<sub>2</sub> es theoretisch speichern kann, um dann anschließend an der Börse gehandelt zu werden. Dabei kann indigenes Wissen über die lokale Flora und Fauna als Wissen zum nachhaltigen Umgang mit Waldressourcen zum Tragen kommen. Dieser Ansatz geht, ebenso wie der pragmatisch-technizistische, selektiv vor. Nur bestimmte – nämlich ‚traditionelle‘ und ökologische – Wissensbestandteile sind gefragt. Die beschriebenen Grenzziehungen in Form der Definition der Träger indigenen Wissens greifen hier ebenfalls. In diesem Fall wird indigenes Wissen dazu instrumentalisiert, den Wert eines Landstücks zwecks Emissionshandels zu erhalten oder zu erhöhen. Der Marktwert des Emissionshandels lag im Jahr 2006 mittlerweile bei US\$ 21,5 Milliarden; das entspricht einer Verdopplung innerhalb nur eines einzigen Jahres.<sup>51</sup> Die weltweiten Transaktionen sind von 13 Millionen Tonnen im Jahr 2001 auf ca. 70 Millionen Tonnen 2003 an CO<sub>2</sub>-Äquivalenten angestiegen.<sup>52</sup> An diesen Gewinnen sind lokale bzw. indigene Gemeinden, deren Land für den Emissionshandel genutzt wird, nur marginal beteiligt.

Die Durchsicht eines Vertrags von 1997 zwischen einer ecuadorianischen Gemeinde in der Andenprovinz Imbabura und der niederländischen FACE (*Forest Absorbing Carbondioxyde Emissions*) bezüglich des *Programa FACE de Forestación* (FACE-PROFAFOR) belegt vielmehr, dass die Gemeinde finanziell kaum entschädigt wird und die Projektrisiken trägt: Sie ist für jegliche Schäden am Waldbestand sowie für Verzögerungen bei den Aufforstungsarbeiten haftbar und muss bei Nichteinhaltung einer Vertragsklausel US\$ 35.100 Entschädigung an FACE bezahlen. FACE investiert US\$ 165 pro aufgeforsteten Hektar, das sind insgesamt US\$ 21.450 bei 130 ha. Davon entfallen US\$ 75 pro ha auf den Kauf der Baumsetzlinge und US\$ 90 pro ha auf die Gemeinde, das sind bei einer Vertragszeit von 20 Jahren US\$ 4,50 pro ha und Jahr. Für den Verkauf des Waldes erhält die Gemeinde 30% der veranschlagten US\$ 1.000 pro ha. Insgesamt verdient die Gemeinde während

---

<sup>50</sup> Beispiele dazu finden sich beim GEF finanzierten Weltbank-Projekt *Cameroon Forest and Environmental Sector Adjustment Credit* seit 2004 (Caruso 2005: 2) oder die Projekte der niederländischen FACE-Foundation (*Forest Absorbing Carbondioxyde Emissions*) in Uganda mit der *Uganda Wildlife Authority* im Mount Elgon National Park und in Ecuador (FACE-PROFAFOR) (vgl. Lang & Byakola 2006, insbes. 8–10). Zu einer kritischen Übersicht zum Emissionshandel siehe Lohmann 2006.

<sup>51</sup> Der Wert lag 2005 bei US\$ 11 Milliarden (Monbiot 2006, zit. in Lang & Byakola 2006:7)

<sup>52</sup> Zahlen aus PontCarbon, 25.3.2005, zit. in Biederbick 2006: 13.

der 20 Jahre US\$ 19.50 pro ha und Jahr. FACE hingegen handelt mit den CO<sub>2</sub>-Anleihen an der Börse (Biederbick 2006: 18). Während der Vertragszeit von 20 Jahren geben die Gemeinden ihr Nutzungsrecht an dem Land praktisch ab, denn jegliche Aktivitäten außerhalb der Aufforstungsarbeiten ist bei Strafe untersagt, selbst das Sammeln von Feuerholz oder das Grasens von Kleintieren. Neben Landkonflikten resultieren daraus auch starke Einschränkungen traditioneller Gewohnheitsrechte und Produktionsweisen. Die Kontrolle über die Projektaktivitäten, angefangen von der Bezugsquelle der Baumsetzlinge und den zu pflanzenden Baumarten bis hin zum Verkauf der Emissionsrechte obliegt dem Projektverantwortlichen von FACE. Zudem werden FACE und dem Projektverantwortlichen im Vertrag juristische Immunität zugesichert.<sup>53</sup>

Ein weiteres Beispiel für Verträge zu Umweltdienstleistungen betrifft die Shiwiar des Amazonasgebietes in Ecuador, Provinz Pastaza. Ihre Repräsentanten, organisiert in der *Organización de Nacionalidades Shiwiar de Pastaza de la Amazonía Ecuatoriana* (ONSHIPAE), haben mit Marco Alejandro Vélez Palacios 2004 einen diesbezüglichen Vertrag unterzeichnet. Hierbei ist der Vertragspartner kein Unternehmen oder eine Stiftung, sondern eine Privatperson, die jegliche Vollmachten erhält, als Vermittler die Landnutzungsrechte an Dritte gewinnbringend zu veräußern<sup>54</sup>: La ONSHIPAE otorga al Señor Vélez Palacios un poder especial para que este actúe e intervenga directamente en la promoción, gestión y comercialización y en cualquier trámite legal {...} para la conservación de bosque y servicios ambientales en general, en las 89.337 has del territorio de la nacionalidad Shiwiar. El Sr. Vélez Palacios podrá suscribir acuerdos y contratos con terceras personas, naturales o jurídicas, nacionales o extranjeros, con el objeto de gestionar fondos, recibir donaciones, implementar programas de inversión, e intervenir en la planificación, ejecución y supervisión de planes y proyectos de desarrollo, conservación, ecosostenibles o de carácter social, cultural, educativo y humanitario {...} el presente contrato tiene el carácter de exclusivo, a favor del Sr. Marco Alejandro Vélez Palacios, quien será la única persona designada y autorizada para intervenir a su nombre, gestionar y actuar en

---

<sup>53</sup> Contrato de Forestación 1997, tw. auch abgedruckt in Biederbick 2006: 17ff; zur Kritik an FACE-PROFAFOR siehe auch Griffiths 2007: 15 und Lang & Byakola 2006: 9f. Für eine detaillierte Studie über FACE und die Auswirkungen des Emissionshandels auf die indigene Bevölkerung des Mount Elgon National Park in Uganda siehe Lang & Byakola 2006. Für weitere Beispiele aus Ecuador, vornehmlich dem Amazonasgebiet, siehe Biederbick 2006.

<sup>54</sup> Vgl. Biederbick 2006: 21. ‚Dritte‘ können private oder staatliche Akteure sein, die auf dem Territorium Umweltprojekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit durchführen.

todos los actos relacionados con este negocio. (vgl. Biederbick 2006: 20)<sup>55</sup>

Die von der ONSHIPAE vertretenen Shiwiar-Gemeinden werden ihrerseits stark in ihren Landnutzungsrechten eingeschränkt. Darunter fallen Sammel-tätigkeiten im Wald, Jagd und Fischfang; Viehzucht und Landwirtschaft<sup>56</sup> werden – mit Ausnahme des unbedingt Überlebensnotwendigen – verboten. Die Definition dessen sowie die Festlegung der Orte der Subsistenzprodukti-on inklusive der Bestimmung der Jagdzonen sowie Jagd- und Fischfangquo-ten obliegen dem technischen Personal derjenigen Unternehmen oder Orga-nisationen, welche die Nutzungsrechte über den Vermittler erwerben. Wei-terhin soll den durchführenden Organisationen zukünftiger Projekte freier Zugang zum Schutzgebiet zu Kontroll- oder Studienzwecken<sup>57</sup> gewährleistet werden. Diese Vertragsklauseln bedeuten nichts anderes als die Delegation der Souveränität der Shiwiar an externe Akteure, die damit eine beachtliche Handlungs- und Entscheidungsfreiheit über das Territorium und die Shiwiar erringen.<sup>58</sup>

Der finanzielle Aspekt ist ähnlich wie bei FACE zuungunsten der indigenen Landeigner geregelt: Die aus zukünftigen Projekten und Geschäften zu erzie-lenden Gewinne gehen zu 60% an die Vertragspartner, zu 40% an die Shiwiar, wobei letztere alle Kosten für die Erhaltung und den Schutz des Gebietes tragen, wobei das externe technische Personal die Fristen und Bedingungen dafür vorgibt. Weiterhin erhält der Vermittler Vélez Palacios 15% der Ein-nahmen der Shiwiar aus zukünftigen Verträgen über Umweltdienstleistun-gen. Falls die Shiwiar bzw. die ONSHIPAE die Vollmacht des Vermittlers widerrufen, sind erstere verpflichtet, dem Vélez Palacios US\$ 200.000 Scha-densersatz zu zahlen.<sup>59</sup>

Dass Umweltdienstleistungen generell bei Indigenen Fürsprecher finden, al-

---

<sup>55</sup> [Die ONSHIPAE gewährt Herrn Vélez Palacios eine spezielle Vollmacht, die ihm das Recht einräumt, direkt in der Förderung, Administration und Vermarktung von Aktivitäten zur Erhaltung des Waldes sowie in Bezug auf Umweltdienstleistungen im allgemeinen auf dem 89.337 Hektar umfassenden Territorium der Shiwiar-Nationalität tätig zu sein und zu intervenieren sowie jegliche rechtliche Formalitäten diesbezüglich abzuwickeln. Herr Vélez Palacios darf Vereinbarungen und Verträge mit Dritten unterzeichnen, seien diese natürliche oder juristische Personen, Staatsangehörige oder Ausländer, mit dem Ziel der Verwaltung von Geldfonds, der Annahme von Schenkungen, der Durchführung von Investitionsprogrammen und der Intervention in Planung, Durchführung und Supervision die Bildung betreffende bzw. von ökologisch nachhaltigen oder sozial, kulturell und humanitär ausgerichteten Entwicklungsplänen und –projekten oder des Umweltschutzes. Dieser Vertrag übergibt Herrn Marco Alejandro Vélez Palacios die alleinigen Rechte; er ist damit die einzige Person, die beauftragt und berechtigt ist, in seinem Namen in allen Aspekten bezüglich dieser Angelegenheit zu intervenieren, zu verwalten und zu handeln.]

<sup>56</sup> Im Vertrag mit *agricultura* (Landwirtschaft) bezeichnet; die eigentliche Produktionsform ist jedoch Gartenbau.

<sup>57</sup> Im Vertrag heißt es: „realizar investigaciones o labores ambientales educativas“ (vgl. Biederbick 2006: 20) – worunter natürlich auch Bioprospektion fällt.

<sup>58</sup> Entnommen aus dem Vertrag Contrato de Servicios Ambientales, del Notario Chacha Gualoto 2004; Teile davon sind in Biederbick (2006: 20) veröffentlicht.

<sup>59</sup> Contrato de Servicios Ambientales 2004 und Biederbick (2006: 20f).

lerdings zu anderen Bedingungen als die angeführten Beispiele, belegen Initiativen wie die der *Nacionalidad Shuar* in Ecuador. Der Präsident der Shuar-Organisation FICSH<sup>60</sup>, Miguel Tankamash, setzt sich dafür ein, die Provinz Morona Santiago als ökologische Provinz auszurufen und damit die vom Staat erteilten Ölkonzessionen für Null und Nichtig zu erklären. Im Gegenzug erhofft er sich finanzielle Unterstützung für die indigenen Bewohner der Provinz als Gegenleistung für den geleisteten Schutz des Regenwaldes. Die Logik dahinter ist die, dass die indigenen Bewohner für die Nicht- oder eingeschränkte Nutzung der natürlichen Ressourcen (Öl, Bäume, Tiere, Weide- und Ackerbau- bzw. Gartenbauflächen) entschädigt werden, da sie damit einen Beitrag zum Schutz des Weltklimas leisten.<sup>61</sup> Andererseits benötigen sie finanzielle Ressourcen, um ihre Teilhabe an der nationalen Gesellschaft sicherzustellen. Dieser Diskurs ist mittlerweile von der neuen Regierung Ecuadors unter Präsident Rafael Correa salonfähig geworden. Sein erster Energieminister<sup>62</sup> Alberto Acosta unterbreitete der internationalen Gemeinschaft das Angebot, die ausgewiesenen neuen Erdölfördergebiete nicht in Betrieb zu nehmen und im Gegenzug für die Nichtförderung Gelder zu erhalten. Die Forderung beläuft sich auf US\$ 350 Million jährlich; das entspricht etwa der Hälfte des geschätzten Wertes von Ecuadors Ölreserven.<sup>63</sup>

## 6. Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich Diskurse über die Bedeutung indigenen Wissens und seine praktische Umsetzung in Entwicklungsmaßnahmen häufig auf den Umgang mit natürlichen Ressourcen beschränken. Mit den Begriffen wie *Regenwald*, *Nachhaltigkeit* oder *Biodiversität* ist *Wald* ein Schlüssellandschaftsraum in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit geworden. Im Zuge dessen hat indigenes Wissen an Bedeutung gewonnen. Allerdings ist der *Wald* ein Landschaftsraum, über dessen Entwicklung viele Auseinandersetzungen geführt werden (vgl. auch Taylor 2004: 133). Eng damit verbunden sind ambivalente Vorstellungen oder Bilder über seine (indigenen) Bewohner, den Stellenwert ihres Wissens und den

---

<sup>60</sup> *Federación Interprovincial de Centros Shuar* ist eine legal anerkannte Vertretung der Mehrheit der ca. 40.000 Personen umfassenden Shuar-Nationalität.

<sup>61</sup> Persönliche Mitteilung von Miguel Tankamash, Mai 2006 und Februar 2007 in Sucúa, Provinz Morona Santiago, sowie auf einer öffentlichen Ansprache Tankamashes in Sucúa, Mai 2006.

<sup>62</sup> Der Energieminister ist mittlerweile zurückgetreten, um als gewähltes Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung an der Erarbeitung einer Verfassungsreform mitzuwirken.

<sup>63</sup> Siehe dazu den taz-Artikel von Gabbert & Reinecke 2007.

daraus resultierenden Entwicklungsmaßnahmen, wie anhand der Ablehnung und Romantisierung sowie der wirtschaftlichen Instrumentalisierung indigenen Wissens neben dem pragmatisch-technizistischen Ansatz als mittlere Positionen der beiden Extreme aufgezeigt wurde. Diese Ansätze zeichnen sich dadurch aus, dass (Wunsch-) Bilder auf einen konstruierten Anderen, in diesem Fall den Indigenen, projiziert werden. Da die Zuschreibungsprozesse bezüglich der Träger und Inhalte indigenen Wissens macht- und interessenbestimmt sind, ist die Nutzung indigenen Wissens in Entwicklungsmaßnahmen nicht automatisch mit Empowerment und selbstbestimmter Entwicklung gleichzusetzen. Erst eine Analyse der Selbst- und Fremdvorstellungen – also der Bilder in den Köpfen der beteiligten Akteure – sowie der Interessen und Machtverhältnisse auf unterschiedlichen Ebenen anhand konkreter Projekte kann Klarheit über Sinn und Nutzen (und für wen) der Anwendung indigenen Wissens in Entwicklungsmaßnahmen verschaffen. Dabei lässt sich abschließend festhalten, dass das Potential indigenen Wissens für lokale Entwicklungsmaßnahmen, insbesondere das emanzipatorische, bisher selten ausgeschöpft wird.

## Literatur

- Antweiler, Christoph (1998): Local Knowledge and Local Knowing. An Anthropological Analysis of Contested „Cultural Products“ in the Context of Development. *Anthropos* 93: 469–494.
- Antweiler, Christoph (2004): Local Knowledge Theory and Methods: An Urban Model from Indonesia. In: Bicker, Alan / Sillitoe, Paul / Pottier, Johan (Hg.): Investigating Local Knowledge. New Directions, New Approaches. Ashgate, Aldershot: 1–34.
- Avilés Irahola, Denis Lucy (2005): Popular Participation, Decentralisation, and Local Power Relations in Bolivia. Cuvillier, Göttingen.
- Barié, Cletus Gregor (2003): Pueblos indígenas y derechos institucionales en América Latina: un panorama. 2. akt. und überab. Aufl. Instituto Indigenista Interamericano, Mexiko City; Comisión Nacional para el Desarrollo de los Pueblos Indígenas, Mexiko City und Abya Yala, Quito. (auch als pdf-Version einsehbar unter: <http://gregor.padep.org.bo/pdf.htm> (22.7.2007))
- Bartolomé M. & Barabas, A. (Hg.) (1998): Autonomías étnicas y Estados Nacionales. Conaculta, Instituto Nacional de Antropología e Historia, Mexiko City.
- Berlin, Brent (1992): Ethnobiological Classification. Principles of Categorization of Plants and Animals in Traditional Societies. Princeton University Press, Princeton.
- Berlin, B. / Breedlove, D. / Raven, P. (1973): General Principles of Classification and Nomenclature in Folk Biology. *American Anthropologist* 74: 214–242.
- Berlin, B. / Breedlove, D. / Raven, P. (1974): Principles of Tzeltal Plant Classification. Academic Press, New York.
- Bhabha, Homi K. (Hg.) (1990): Nation and Narration. Routledge, London.
- Bhabha, Homi K. (2000): Die Verortung der Kultur. (Stauffenburg Discussion, Bd. 5). Stauffenburg, Tübingen.

- Bhabha, Homi K. & W.J.T. Mitchell (Hg.) (2005): *Edward Said: Continuing the Conversation*. University of Chicago Press, Chicago.
- Bicker, Alan / Sillitoe, Paul / Pottier, Johan (Hg.) (2004): *Investigating Local Knowledge. New Directions, New Approaches*. Ashgate, Aldershot.
- Biederbick, Christian (2006): *La nueva conquista de América. De privatizadores y mercaderes de la naturaleza. ¿La liberalización de servicios como ataque final?* Foro Permanente: Soberanía y Ecología Política – FOSEP, Quito.
- Biggelaar, Christoffel (1991): *Farming Systems Development: Synthesizing Indigenous and Scientific Knowledge Systems. Agriculture and Human Values (Winter-Spring): 25–36*.
- BMZ (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) (1999): *Partizipative Entwicklungszusammenarbeit. Übersektorales Konzept – Partizipationskonzept*. BMZ-Konzept 102. Bonn.
- BMZ (2001): *Ländliche Entwicklung. Ein Referenzrahmen*. BMZ-Konzept 120. Bonn.
- BMZ (2002): *Sektorkonzept Wald und nachhaltige Entwicklung*. BMZ-Konzept 121. Bonn.
- BMZ (2003): *Armutsbekämpfung – eine globale Aufgabe. Aktionsprogramm 2015*. 2. unveränd. Aufl. Bonn.
- BMZ (2006): *Neues Konzept zur Zusammenarbeit mit indigenen Völkern in Lateinamerika und der Karibik*. Bonn. (überarb. Aufl. des Konzepts 073 aus dem Jahr 1999)
- Borowsky, Robert (1994): *On the Knowledge and Knowing of Cultural Activities*. In: Borowsky, Robert (Hg.): *Assessing Cultural Anthropology*. McGraw-Hill, Inc., New York: 331–347.
- Bourdieu, Pierre (1974): *Zur Soziologie der symbolischen Formen*. (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 107). Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (1987): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Brascoupé, Simon & Mann, Howard (2001): *A Community Guide to Protecting Indigenous Knowledge*. Research and Analysis Directorate, Department of Indian Affairs and Northern Development, Ottawa.
- [http://www.ainc-inac.gc.ca/pr/ra/ind/gui\\_e.pdf](http://www.ainc-inac.gc.ca/pr/ra/ind/gui_e.pdf) (19.06.2007)
- Brokensha, David D. / Warren, Dennis M. / Werner, Oswald (Hg.) (1980): *Indigenous Knowledge Systems and Development*. University Press of America, Washington, D.C.
- Bronfen, Elisabeth / Marius, Benjamin / Steffen, Therese (Hg.) (1997): *Hybride Kulturen. Beiträge zur anglo-amerikanischen Multikulturalismusdebatte*. (Stauffenburg Discussion, Bd. 4). Stauffenburg, Tübingen.
- Brownrigg, Leslie Ann (1986): *Al futuro desde la experiencia. Los Pueblos Indígenas y el manejo del medio ambiente*. Abya Yala, Quito.
- BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie (Hg.) (2005): *Grüne Beute. Biopiraterie und Widerstand. Trotzdem*. Verlagsgenossenschaft, Frankfurt.
- [www.gruene-beute.de/gruene-beute.pdf](http://www.gruene-beute.de/gruene-beute.pdf) (19.07.2007)
- Bullard, Linda (2005): *Freeing the Free Tree. A Briefing Paper on the First Legal Defeat of a Biopiracy Patent: The Neem Case*.
- [http://www.ifoam.org/press/press/pdfs/briefing\\_neem.pdf](http://www.ifoam.org/press/press/pdfs/briefing_neem.pdf) (22.7.2007)
- Campbell, Ben (2004): *Indigenous Views on the Terms of Participation in the Development of Biodiversity Conservation in Nepal*. In: Bicker, Alan / Sillitoe, Paul / Pottier, Johan (Hg.): *Investigating Local Knowledge. New Directions, New Approaches*. Ashgate, Aldershot: 149–167.
- Caruso, Emily (2005): *Global Environment Facility in Central Africa. A Desk-based Review of the Treatment of Indigenous Peoples' and Social Issues in a Sample of 14 Biodiversity Projects*. Forest Peoples Programme-Report.
- [http://www.forestpeoples.org/documents/ifi\\_igo/gef/gef\\_caf\\_rev\\_mar05\\_eng.pdf](http://www.forestpeoples.org/documents/ifi_igo/gef/gef_caf_rev_mar05_eng.pdf) (22.7.2007)
- Castro Varela, María do Mar & Dhawan, Nikita (2005): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. (Cultural Studies, Bd. 12). transcript, Bielefeld.

- Cavalcanti, Clóvis (2006): Traditional Resource Use and Ethnoeconomics: Sustainable Characteristics of the Amerindian Lifestyles. In: Posey, Darrell Addison & Balick, Michael J. (Hg.): *Human Impacts on Amazonia. The Role of Traditional Ecological Knowledge in Conservation and Development*. Columbia University Press, New York: 307–327.
- Chambers, Robert (1992): *Rural Appraisal: Rapid, Relaxed, and Participatory*. (Institute of Development Studies Discussion Paper 311). HELP, Sussex.
- Chambers, Robert (1994): *Rural Development. Putting the Last First*. Longman, Harlow.
- Chambers, Robert (1996): Participatory Rural Appraisal and the Reversal of Power. *Cambridge Anthropology* 19 (1): 5–23.
- Cleveland, D. A. & Murray, S. C. (1997): The World's Crop Genetic Resources and the Rights of Indigenous Farmers. *Current Anthropology* 38: 477–515.
- Colchester, Marcus (2004): Conservation Policy and Indigenous Peoples. *Cultural Survival Quarterly* 28 (1).  
<http://209.200.101.189/publications/csq/csq-article.cfm?id=1738> (22.7.2007)
- Conklin, H. (1954): An Ethno-ecological Approach to Shifting Agriculture. *Transactions of the New York Academy of Sciences* 77: 133–142.
- Conklin, H. (1957): *Hanunóo Agriculture*. FAO, Rom.
- Conklin, Beth A. & Graham, Laura R. (1995): The Shifting Middle Ground: Amazonian Indians and Eco-Politics. *American Anthropologist* 97 (4): 695–710.
- Cooke, Bill & Kothari, Uma (2001): The Case for Participation as Tyranny. in: Cooke, Bill & Kothari, Uma (Hg.): *Participation: The New Tyranny?* ZED-Books, London: 1–15.
- Cranach, Mario von (1995): Über das Wissen sozialer Systeme. In: Flick, Uwe (Hg.): *Psychologie des Sozialen: Repräsentation in Wissen und Sprache*. Rowohlt, Hamburg: 22–35.
- Deruyttere, Anne (1994): The Indigenous Peoples' Fund: An Innovative Mechanism in Support of the Ethnodevelopment of the Indigenous People of Latin America and the Caribbean. (Working Paper ENP108). BID (Inter-American Development Bank), Washington, D.C.  
<http://www.iadb.org/sds/doc/ENP108.pdf> (23.04.2007)
- Deruyttere, Anne (2006): Operational Policy on Indigenous Peoples and Strategy for Indigenous Development. (Sustainable Development Department Sector Strategy and Policy Papers Series, IND 111, OP-765, GN-2387-5). BID (Inter-American Development Bank), Washington, D.C.  
<http://www.iadb.org/sds/doc/IND-111E.pdf> (23.04.2007)
- Dümcke, C. (2003): Zur kulturellen Dimension der Entwicklungszusammenarbeit der GTZ. Bericht zur Orientierungsphase der GTZ-Eigenmaßnahme 2002.9128.6 ("Kultur und Entwicklung"). GTZ, Berlin.
- Ellen, Roy & Harris, Holly (2000): Introduction. In: Ellen, Roy / Parkes, Peter / Bicker, Alan (Hg.): *Indigenous Environmental Knowledge and its Transformations. Critical Anthropological Perspectives*. (Studies in Environmental Anthropology, Bd. 5). Harwood Academic Publishers, Amsterdam: 1–33.
- Ellis, David & West, Paige (2004): Local History as 'Indigenous Knowledge': Aeroplanes, Conservation and Development in Haia and Maimafu, Papua New Guinea. In: Bicker, Alan / Sillitoe, Paul / Pottier, Johan (Hg.): *Investigating Lokal Knowledge. New Directions, New Approaches*. Ashgate, Aldershot: 105–127.
- Fairhead, James (1993): Representing Knowledge: The 'New Farmer' in Research Fashions. In: Pottier, Johann (Hg.): *Practising Development: Social Science Perspectives*. (EIDOS – European Inter-University Development Opportunities Study-Groups). Routledge, London: 187–204.
- Flick, Uwe (Hg.) (1995): *Psychologie des Sozialen: Repräsentation in Wissen und Sprache*. Rowohlt, Hamburg.
- Foster, George M. (1967): *Tzintzuntzan: Mexican Peasants in a Changing World*. Little, Brown, Boston.
- Gabbert, Karin & Reinecke, Stefan (2007): Fordern statt fördern. *Die Tageszeitung*, 04.05.2007: 4f.
- Gadgil, M. / Berkes, F. / Folke, C. (1993): Indigenous Knowledge for Biodiversity Conservation. *Ambio* 22 (2–3): 151–156.
- Goetze, Dieter (1976): *Entwicklungssoziologie*. Goldmann, München.
- Greenblatt, Stephen (1994): *Wunderbare Besitztümer. Die Erfindung des Fremden: Reisen und Entde-*

- cker. Wagenbach, Berlin.
- Griffiths, Thomas (2005): Indigenous Peoples and the Global Environment Facility (GEF). Indigenous Peoples' Experiences of GEF-funded Biodiversity Conservation. A Critical Study. Forest Peoples Programme-Report.  
[http://www.forestpeoples.org/documents/ifi\\_igo/gef/gef\\_study\\_jan05\\_eng.pdf](http://www.forestpeoples.org/documents/ifi_igo/gef/gef_study_jan05_eng.pdf) (22.7.2007)
- Griffiths, Thomas (2007): „RED“: ¿Alerta roja? La “deforestación evitada” y los Derechos de los Pueblos Indígenas y las comunidades locales. Forest Peoples Programme-Report.  
[http://www.forestpeoples.org/documents/ifi\\_igo/avoided\\_deforestation\\_red\\_jun07\\_sp.pdf](http://www.forestpeoples.org/documents/ifi_igo/avoided_deforestation_red_jun07_sp.pdf) (22.7.2007)
- GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) (2001): Our knowledge is an island in the infinite ocean of the unknown. *Services for Rural Development*. Newsletter of the emerging platform on services within Division "Rural Development" of GTZ.
- GTZ (2003): Capacity Development für nachhaltige Entwicklung. Eine Kernaufgabe der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). GTZ, Eschborn.
- GTZ (2004): Capacity Development für nachhaltige Entwicklung – die Policy der GTZ und deren Umsetzung (CD-Rom). GTZ, Eschborn.
- GTZ (2005): Sektorvorhaben Mainstreaming Participation. Homepage GTZ.  
<http://www.gtz.de/en/themen/uebergreifende-themen/partizipation/908.htm> (04.12.04)
- Häbig, M. (2001): Knowledge Management at GTZ. *Services for Rural Development*. Newsletter of the emerging platform on services within Division "Rural Development" of GTZ.
- Hamilton, Dominic & Davies, Derek (o.J.): El Oriente. Ecuatorial – The Travel Guide Experts' Ecuador.  
[http://www.ecuatorial.com/ecuador\\_travel\\_amazon\\_jungle.htm](http://www.ecuatorial.com/ecuador_travel_amazon_jungle.htm) (22.7.2007)
- Hansen, Stephen A. & Van Fleet, Justin W. (2003): Traditional Knowledge and Intellectual Property: A Handbook on Issues and Options for Traditional Knowledge Holders in Protecting Their Intellectual Property and Maintaining Biological Diversity. American Association for the Advancement of Science (AAAS), Washington, D.C.
- Hartwig, Elisabeth (2004): “We get our sense and our sense will show us the way to do things” – Wissenskonzepte kamerunischer Landfrauen in ihrer Bedeutung für Prozesse gesellschaftlicher Veränderung. In: Schareika, Nikolaus & Bierschenk, Thomas (Hg.): Lokales Wissen – sozialwissenschaftliche Perspektiven. (Mainzer Beiträge zur Afrika-Forschung, Bd. 11). Lit, Münster: 163–183.
- Hauck, Gerhard & Köbller, Reinhart (2004): Universalität der Vernunft und lokales Wissen – Nicht nur epistemologische Überlegungen. In: Schareika, Nikolaus & Bierschenk, Thomas (Hg.): Lokales Wissen – sozialwissenschaftliche Perspektiven. (Mainzer Beiträge zur Afrika-Forschung, Bd. 11). Lit, Münster: 41–57.
- Hess, Carmen / Schönhuth, Michael / Sodeik, Eva / Vries, Sandra de (1998): Partizipation unter der Lupe: Ethnologische Begegnungen mit partizipativen Methoden im Forschungs- und Aktionszusammenhang. *Entwicklungsethnologie* 7 (2): 11–48.
- Hurtienne, Thomas (1998/99): Die globale Abhängigkeitstheorie in der Sackgasse? Plädoyer für historischstrukturelle Abhängigkeitsanalysen. *blätter des iz3w* 154: 31–35.
- Jackson, Jean E. (1994): Becoming Indians. The Politics of Tukanoan Ethnicity. In: Roosevelt, Anna (Hg.): Amazonian Indians from Prehistory to the Present. Anthropological Perspectives. Tucson: University of Arizona Press: 383–406.
- Kaiser, Gregor (2002): Biodiversitätskonvention und Schutz geistigen Eigentums im Interessenkonflikt. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe II. Köln/Bonn.  
<http://www.biopiraterie.de/fileadmin/pdf/hintergrund/cbd-trips-konflikt.pdf> (19.07.2007)
- Kalland, Arne (2000): Indigenous Knowledge: Prospects and Limitations. In: Ellen, Roy / Parkes, Peter / Bicker, Alan (Hg.): Indigenous Environmental Knowledge and its Transformations. Critical Anthropological Perspectives. (Studies in Environmental Anthropology, Bd. 5). Harwood Academic Publishers, Amsterdam: 319–335
- Kivelitz, U. (1995): Erfahrungen und Vorgehensweisen der GTZ bei der Einbeziehung von lokalem

- Wissen. In: Honerla, Susan / Schröder, Peter (Hg.): Lokales Wissen und Entwicklung. Zur Relevanz kulturspezifischen Wissens für Entwicklungsprozesse. Beiträge der Local-Knowledge-Tagung, Bonn Bad-Godesberg, 7.–9.10.1994. (Entwicklungsethnologie, Sonderband). Verlag für Entwicklungspolitik, Saarbrücken: 53–74.
- Korff, Rüdiger (2002): Local Knowledge Between Thick Description, Ideology and Science. Presentation at the Workshop „Processes of Interaction between expert knowledge and local knowledge“, 29.–30.11.2002. Universität Bayreuth, Bayreuth.  
<http://www.uni-hohenheim.de/entwicklungs-soz/publications/korff2002b.htm> (07.06.2005)
- Krech, Shepard III (1999): The Ecological Indian. Myth and History. Norton & Company, New York.
- Lachenmann, Gudrun (2004): Researching Local Knowledge for Development: Current Issues. In: Schareika, Nikolaus & Bierschenk, Thomas (Hg.): Lokales Wissen – sozialwissenschaftliche Perspektiven. (Mainzer Beiträge zur Afrika-Forschung, Bd. 11). Lit, Münster: 123–148.
- Lang, Chris & Byakola, Timothy (2006): “A Funny Place to Store Carbon”: UWA-FACE Foundation’s Tree Planting Project in Mount Elgon National Park, Uganda. Fonseca, Montevideo und World Rainforest Movement.  
[http://www.forestpeoples.org/documents/africa/uganda\\_carbon\\_proj\\_wrm\\_dec06\\_eng.pdf](http://www.forestpeoples.org/documents/africa/uganda_carbon_proj_wrm_dec06_eng.pdf) (22.7.2007)
- Leonhardt, M. (2001): Konfliktanalyse für die Projektplanung und -steuerung. Eine praktische Handreichung, Draft. GTZ, Eschborn.
- Linkenbach, Antje (2004): Lokales Wissen im Entwicklungsdiskurs: Abwertung, Aneignung oder Anerkennung des Anderen? In: Schareika, Nikolaus & Bierschenk, Thomas (Hg.): Lokales Wissen – sozialwissenschaftliche Perspektiven. (Mainzer Beiträge zur Afrika-Forschung, Bd. 11). Lit, Münster: 233–257.
- Lohmann, Larry (2006): Carbon Trading. A Critical Conversation on Climate Change, Privatization and Power. Dag Hammarskjöld Foundation, Durban Club for Climate Justice and The Corner House, Oktober 2006.  
<http://www.thecornerhouse.org.uk/pdf/document/carbonDDfull.pdf> (22.7.2007)
- Long, Norman (1992): Conclusion. In: Long, Norman & Long, Ann (Hg.): Battlefields of Knowledge: The Interlocking of Theory and Practice in Social Research and Development. Routledge, London: 268–277.
- Long, Norman & Long, Ann (Hg.) (1992): Battlefields of Knowledge: The Interlocking of Theory and Practice in Social Research and Development. Routledge, London.
- MacKay, Fergus & Caruso, Emily (2004): Indigenous Lands or National Parks? *Cultural Survival Quarterly* 28 (1).  
<http://209.200.101.189/publications/csq/csq-article.cfm?id=1737> (22.7.2007)
- Mgbeoji, Ikechi (2006): Global Biopiracy: Patents, Plants and Indigenous Knowledge. UBC Press, Vancouver.
- Miehla, Sabine & Wickl, Frank (2007): Lokales Wissen und Entwicklung. Horlemann, Unkel.
- Milliken, William (2006): Conservation, Economics, Traditional Knowledge, and the Yanomami. Implications and Benefits for Whom? In: Posey, Darrell Addison & Balick, Michael J. (Hg.): Human Impacts on Amazonia. The Role of Traditional Ecological Knowledge in Conservation and Development. Columbia University Press, New York: 238–247.
- Monbiot, George (2006): Heat. How to Stop the Planet Burning. Penguin Books: London.
- Moore, Henrietta (1996): The Changing Nature of Anthropological Knowledge: An Introduction. In: Moore, Henrietta (Hg.): The Future of Anthropological Knowledge. Routledge, London: 1–15.
- Mosse, David (2001): People’s Knowledge, Participation and Patronage: Operations and Representations in Rural Development. In: Cooke, Bill & Kothari, Uma (Hg.): Participation: The New Tyranny? ZED-Books, London: 16–35.
- Müller, Christine (2004): Vom lokalen Wissen zur globalen Wissensarchitektur. In: Schareika, Nikolaus & Bierschenk, Thomas (Hg.): Lokales Wissen – sozialwissenschaftliche Perspektiven. (Mainzer Beiträge zur Afrika-Forschung, Bd. 11). Lit, Münster: 209–232.
- Mundy, Paul A. & Compton, J. Lin (1995): Indigenous Communication and Indigenous Knowledge. In: Warren, D. M. / Sklikkerveer, L. J. / Brokensha, D. (Hg.): The Cultural Dimension of Develop-

- ment. Indigenous Knowledge Systems. Intermediate Technology Publications, London: 112–123.
- Murdoch, Jonathan & Clark, Judy (1994): Sustainable Knowledge. *Geoforum* 25 (2): 115–132.
- Nazarea, Virginia D. (Hg.) (1999): Ethnoecology. Situated Knowledge, Located Lives. University of Arizona Press, Tucson.
- Nugent, Stephen (1993): Amazonian Caboclo Society: An Essay of Invisibility and Peasant Economy. Berg, Oxford.
- Nygren, Anja (1999): Local Knowledge in the Environment-Development Discourse. From Dichotomies to Situated Knowledges. *Critique of Anthropology* 19 (8): 267–288.
- Oguamanam, Chidi (2006): International Law and Indigenous Knowledge: Intellectual Property, Plant Biodiversity, and Traditional Medicine. University of Toronto Press, Toronto.
- Osterhaus, J. (2004): Stärkung der Rechte von Frauen in pluralen Rechtssystemen – ein Praxisbeispiel aus der Arbeit der GTZ. Vortrag auf dem Workshop „Recht als Ressource und Hemmnis von Entwicklung“, Max Planck Institut für ethnologische Forschung, Halle, 30.09.–01.10.2004. GTZ, Eschborn.
- Paul, Benjamin (Hg.) (1955): Health, Culture, and Community. Sage, New York.
- Pearce, Roy Harvey (1993): Rot und Weiß. Die Erfindung des Indianers durch die Zivilisation. Klett-Cotta, Stuttgart.
- Perafán, Carlos C. (2001): Etnoingeniería. Marco conceptual. (Informe de trabajo). BID (Inter-American Development Bank), Washington, D.C.  
<http://www.iadb.org/sds/doc/Ind-c.perafans.pdf> (06.04.2007)
- Phillips, Valerie J. (1999): Terminator and Traitor Technology: The Indigenous Response. 3rd Annual Biotechnology Roundtable: Liability and Labelling of Genetically Modified Organisms. Working Paper. American Bar Association, Section of Natural Resources, Energy and Environmental Law, St. Louis.
- Piland, A. Richard (2000): Agricultura tsimane y su relación con la conservación en la Reserva de la Biosfera Estación Biológica del Beni, Bolivia. In: Herrera-MacBryde, Olga et. al. (Hg.): Biodiversidad, conservación y manejo en la región de la Reserva de la Biosfera Estación Biológica del Beni, Bolivia. (SI/MAB Series 4). Smithsonian Institution & UNESCO: 329–344.
- Posey, Darrell Addison (2000): Ethnobiology and Ethnoecology in the Context of National Laws and International Agreements Affecting Indigenous and Local Knowledge, Traditional Resources and Intellectual Property Rights. In: Ellen, Roy / Parkes, Peter / Bicker, Alan (Hg.): Indigenous Environmental Knowledge and its Transformations. Critical Anthropological Perspectives. (Studies in Environmental Anthropology, Bd. 5). Harwood Academic Publishers, Amsterdam: 35–54.
- Pottier, Johann (Hg.) (1993): Practising Development: Social Science Perspectives. (EIDOS – European Inter-University Development Opportunities Study-Groups). Routledge, London.
- Pottier, Johan (2003): Negotiating Local Knowledge: An Introduction. In: Pottier, Johan / Bicker, Alan / Sillitoe, Paul (Hg.): Negotiating Local Knowledge. Power and Identity in Development. London, Pluto Press: 1–29.
- Rätsch, Christian (1999): Die Regenwaldapotheke: Medizin und Weisheit der Völker des tropischen Regenwaldes. Ullstein, Berlin.
- Rätsch, Christian & Müller-Ebeling, Claudia (2003): Lexikon der Liebesmittel. Pflanzliche, mineralische, tierische und synthetische Aphrodisiaka. AT-Verlag, Aarau.
- Rahman, Aatur (2000): Development of an Integrated Traditional and Scientific Knowledge Base: A Mechanism for Accessing, Benefit-Sharing and Documenting Traditional Knowledge for Sustainable Socio-Economic Development and Poverty Alleviation. (UNCTAD Expert Meeting on Systems and National Experiences for Protecting Traditional Knowledge, Innovations and Practices. 30.10. – 01.10.2000, Geneva). University of Waterloo, Canada.  
[http://r0.unctad.org/trade\\_env/docs/rahman.pdf](http://r0.unctad.org/trade_env/docs/rahman.pdf) (04.05.2007)
- Ramos, Alcida Rita (2006): The Commodification of the Indian. In: Posey, Darrell Addison & Balick, Michael J. (Hg.): Human Impacts on Amazonia. The Role of Traditional Ecological Knowledge in Conservation and Development. Columbia University Press: New York: 248–272.
- Rivas Toledo, Alexis (2000): Cambio y continuidad cultural. Comunidades indígenas ante las Areas

- Protegidas: El caso de los cazadores del Parque Nacional Sangay. Tesis para optar por la Licenciatura en Antropología Social. Puce (Pontificia Universidad Católica del Ecuador), Quito.
- Rostow, Walt W. (1960): *The Stages of Economic Growth*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Rüger, Claudia (2005): *Lokales Wissen und Entwicklungspolitik. Zur Bedeutung von lokalem Wissen in der staatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeit*. Magisterarbeit an der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn. (unveröffentlichtes Manuskript)
- Said, Edward W. (2004): *Orientalismo*. 3. Aufl., Debolsillo, Barcelona.
- Schäfer, C. (2000): *German Technical Development Cooperation: Measures to Promote Implementation of Article 8(j) of the CBD*. GTZ, Eschborn.
- Schareika, Nikolaus (2004): *Lokales Wissen: ethnologische Perspektiven*. In: Schareika, Nikolaus & Bierschenk, Thomas (Hg.): *Lokales Wissen – sozialwissenschaftliche Perspektiven*. (Mainzer Beiträge zur Afrika-Forschung, Bd. 11). Lit, Münster: 9–39.
- Schareika, Nikolaus / Bierschenk, Thomas (Hg.) (2004): *Lokales Wissen – Sozialwissenschaftliche Perspektiven*. (Mainzer Beiträge zur Afrika-Forschung, Bd. 11). Lit, Münster.
- Schönhuth, Michael & Kievelitz, Uwe (1993): *Partizipative Planungs- und Erhebungsmethoden in der Entwicklungszusammenarbeit: Rapid Rural Appraisal, Participatory Appraisal*. Eschborn: GTZ.
- Schönhuth, Michael (2004): *Sektorübergreifender Beratungsfond des BMZ: Beratungsvorhaben "Kulturelle Faktoren in Konzeptionen und Instrumentarium der deutschen EZ im Kontext der aktuellen Diskussion und "best practices" ausgewählter bilateraler Geber"*. Abschlussbericht (vorläufige Fassung, Stand: 01.02.2004).
- Schütz, Alfred (1964): *The Well-informed Citizen. An Essay on the Social Distribution of Knowledge*. In: Brodersen, Arvid (Hg.): *Collected Papers*, Bd. 2. *Studies in Social Theory*. Nijhoff, Den Haag: 120–134.
- Scoones, Ian & Thompson, John (1994): *Knowledge, Power and Agriculture – Towards a Theoretical Understanding*. In: Scoones, Ian & Thompson, John (Hg.): *Beyond Farmer First. Rural People's Knowledge, Agricultural Research and Extension Practice*. Intermediate Technology Publications, London: 16–32.
- Shand, Hope (1997): *Human Nature: Agricultural Biodiversity and Farm-based food security*. Rom, FAO.
- Shankar, D. (1996): *The Epistemology of the Indigenous Medical Knowledge Systems of India*. *Indigenous Knowledge and Development Monitor* 4(3).
- Siebert, Ute (2004): *Welches Wissen? Verständnisweisen von lokalem Wissen in UNESCO-Programmen und Überlegungen zu einem sozialwissenschaftlichen Konzept von lokalem Wissen*. In: Schareika, Nikolaus & Bierschenk, Thomas (Hg.): *Lokales Wissen – sozialwissenschaftliche Perspektiven*. (Mainzer Beiträge zur Afrika-Forschung, Bd. 11). Lit, Münster: 259–273.
- Sillitoe, Paul (1998): *The Development of Indigenous Knowledge. A New Applied Anthropology*. *Current Anthropology* 39 (2): 223–252.
- Sillitoe, Paul (2002): *Participant Observation to Participatory Development. Making Anthropology work*. In: Sillitoe, Paul / Bicker, Alan / Pottier, Johan (Hg.): *Participating in Development. Approaches to Indigenous Knowledge*. (ASA Monographs, Bd. 39). Routledge, London: 1–23.
- Speiser, Ellen & Irvine, Dominique (1989/90): *Runa: Guardians of the Forest*. Dokumentarfilm. (Inhaltsangabe durch die University of California, Berkeley, Extension Media Center). <http://ucmedia1.ucxonline.berkeley.edu/sales/socialsci05/socimain9.html> (22.7.2007)
- Sponsel, Leslie E. (1995): *Relationships Among the World System, Indigenous Peoples, and Ecological Anthropology in the Endangered Amazon*. In: Sponsel, Leslie E. (Hg.): *Indigenous Peoples and the Future of Amazonia. An Ecological Anthropology of an Endangered World*. (Arizona Studies in Human Ecology). The University Press of Arizona Press, Tucson: 263–293.
- Springer-Heinze, A. (2001): *Knowledge and Rural Development – An Overview of Issues*. *Services for Rural Development*. Newsletter of the emerging platform on services within Division "Rural Development" of GTZ: 9–14.
- Stüben, Peter E. (1984): *Die Weisheit der 'Primitiven' – eine ökologische Alternative? Die Grenze zwischen Wildnis und Zivilisation*. In: Maderspacher, F. & Stüben, Peter E. (Hg.): *Bodenschätze contra Menschenrechte. Vernichtung der letzten Stammesvölker und die Zerstörung der Erde im*

- Zeichen des "Fortschritts". Junuis, Hamburg: 279–294.
- Stüben, Peter E. (1985): Einleitung. Traditionelle Lebensweise hat (k)eine Zukunft... oder: Die 3. Welt in der ökologischen Armutsfalle. In: Stüben, Peter E.: Kahlschlag im Paradies. Die Vernichtung der Regenwälder – Das Ende der Stammesvölker. (ÖKOZID, Bd. 1 – Jahrbuch für Ökologie und bedrohte Kulturen). Focus, Gießen: 11–24.
- Taylor, Sebastian (2004): The INGO, the Project, and the Investigation of 'Indigenous Knowledge': The Case of Non-Timber Forest Product (NTFP). In: Bicker, Alan / Sillitoe, Paul / Pottier, Johan (Hg.): Investigating Local Knowledge. New Directions, New Approaches. Ashgate, Aldershot: 129–148.
- Taylor, Liam & Griffiths, Tom (2007): A Desk-based Review of the Treatment of Indigenous Peoples' and Social Issues in Large and Medium-sized GEF-Biodiversity Projects (2005–2006). Forest Peoples Programme-Report.  
[http://www.forestpeoples.org/documents/ifi\\_igo/gef/gef\\_biodiv\\_proj\\_review\\_feb07\\_eng.pdf](http://www.forestpeoples.org/documents/ifi_igo/gef/gef_biodiv_proj_review_feb07_eng.pdf)  
 (22.7.2007)
- Ulbert, Veronika (1995): Erfahrungen mit partizipativen Erhebungsmethoden in der wissenschaftlichen und entwicklungspolitischen Praxis. Fallbeispiel: Umweltprobleme von Frauen im ecuadorianischen Regenwald. *Entwicklungsethnologie* 4 (2): 75–99.
- UNESCO (2002): Universal Declaration on Cultural Diversity.  
[http://www.unesco.org/education/imld\\_2002/universal\\_decla.shtml](http://www.unesco.org/education/imld_2002/universal_decla.shtml) (28.7.2007)
- UNESCO (2004): Best Practices on Indigenous Knowledge. UNESCO-MOST Publikationen zu „Best Practices on Indigenous Knowledge“.  
<http://www.unesco.org/most/bpikpub.htm#ikbestpractices> (20.4.2004)
- Warren, D. M. / Liebenstein, G. W. von / Slikkerveer, L. J. (1993): Networking for indigenous knowledge. *Indigenous Knowledge and Development Monitor 1 (1)*: 2–4. Reproduced with permission in: <http://www.ciesin.columbia.edu/docs/004-205/004-205.html> (24.04.2007)
- Warren, D. M. / Slikkerveer, L. J. / Brokensha, D. (Hg.) (1995): The Cultural Dimension of Development. Indigenous Knowledge Systems. Intermediate Technology Publications, London.
- Weltbank (1998a): World Development Report 1998/1998: Knowledge for Development. Weltbank, Washington, D.C.
- Weltbank (1998b): Indigenous Knowledge for Development. A Framework for Action. Weltbank, Washington, D.C.  
<http://www.worldbank.org/afr/ik/ikrept.pdf> (16.04.05)
- Weltbank (2004): Indigenous Knowledge. Local Pathways to Global Development. Weltbank, Washington, D.C.  
<http://www.worldbank.org/afr/ik/ikcomplete.pdf> (16.04.05)

#### Verträge:

- Contrato de Forestación, zwischen Programa FACE de Forestación (PROFAFOR) und Repräsentanten der Gemeinde Mojandita Avelino Dávila, Cantón Otavalo, Provinz Imbabura. Quito, 1997.
- Contrato de Servicios Ambientales, zwischen ONSHIPAE und Marco Alejandro Vélez Palacios, unterzeichnet vom Notar Dr. Andrés Chacha Gualoto, Puyo (Ecuador), 30.8.2004.

# Untersuchung der Honigproduktion in Deutschland und Kirgisistan

JAMILA SMANALIEVA

Marx entdeckte „... die einfache Tatsache, dass die Menschen vor allem essen, trinken, wohnen und sich kleiden, also arbeiten müssen, ehe sie um die Herrschaft streiten, Politik, Religion, Philosophie usw. treiben können.“

Friedrich Engels über Karl Marx

## 1. Einleitung

Der Honig ist ein uraltes Nahrungsmittel des Menschen. Jungsteinzeitliche Felsmalereien aus Spanien zeigen die ersten Belege für eine Sammlung von Honig durch den Menschen. Im Altertum galt Honig als wirksames Heilmittel und die berühmtesten griechischen Ärzte Hippokrates (5. Jh. v. Chr.) und Aristoteles (384–322 BC) setzten Honig an die Spitze ihrer Heilmedizin. Vor der Einführung von Rohrzucker war Honig praktisch das einzige Süßungsmittel.

Der Honig ist nicht nur ein wertvolles Nahrungs- und Genussmittel, er stellt auch wirtschaftlich ein bedeutendes Handelsprodukt dar. Die Honigproduktion variiert beträchtlich von Jahr zu Jahr. Im Jahr 2005 wird die Welthonigproduktion von der Food Agriculture Organization (FAO) auf etwa 1,38 Mio. t geschätzt, wobei etwa 529 640 t auf Asien (ohne GUS), 217 380 t auf die Europäische Union, 168 000 t auf Afrika, 146 150 t auf die GUS, 122 870 t auf Mittel – und Nordamerika und 89 000 t auf Südamerika entfallen. Australien und Ozeanien teilen sich den Rest (Abbildung 1). Zu den vier größten Honigproduzenten gehören China (298 000 t), Argentinien (80 000 t), USA (79 220 t) und die Ukraine (71 000 t). Die Weltproduktion zeigt eine Tendenz zum leichten Anstieg, z. B. in den Jahren 2004 – 2005 stieg die Honigproduktion von 1 200 000 t auf 1 380 000 t (FAO 2005).

Ca. 300 000 t werden international gehandelt (oft in 300 kg-Fässern), der Weltpreis für den Honig schwankt von 0,50 bis 3,00 Euro/kg. Die Preisgestaltung für Honig richtet sich insbesondere nach der botanischen und regionalen Herkunft. Es gibt 3 große Exportländer: China, Argentinien und Mexiko (FAO 2005).

Deutschland ist der größte Honigimporteure auf der Welt. Die ehemalige sowjetische Republik Kirgisistan war einst berühmt für ihren hoch aromatischen Berghonig. Mit dem Untergang der Sowjetunion wurden die großen Imkereistaatsbetriebe aufgelöst, dadurch sank die Honigproduktion drastisch.

Im folgenden sollen die Ergebnisse einer Untersuchung über aktuelle Situation im Honigsektor in Deutschland und Kirgisistan präsentiert werden. Außerdem werden die Ergebnisse der komplexen Qualitätsprüfung kommerzieller Honige, die vom deutschen und kirgisischen Markt stammen, dargestellt.

## **2. Bundesrepublik Deutschland**

In Deutschland sorgen rund 90.000 Imker mit insgesamt etwa einer Million Bienenvölkern für eine reich gedeckte Honigtafel. Das Sammelgebiet eines Bienenvolkes erstreckt sich auf annähernd 50 km<sup>2</sup>. Jedes Bienenvolk produziert eine durchschnittliche Erntemenge von 15–20 kg Honig. Zusammenge-rechnet ernten die deutschen Imker 20.000–25.000 t Honig pro Jahr – das entspricht etwa 20 % des Verbrauchs in Deutschland (Abbildung 2).

Bedingt durch das ernährungsbewusste Denken steigt der Honigverbrauch in Deutschland um bis zu 1.4 kg/ Jahr (Tabelle 1), wo zur Zeit Deutschland neben Österreich (etwa 1,4) und der Schweiz (etwa 1,3 kg) weltweit die Rangliste anführt.

Industrielle Abfüller verwenden hauptsächlich Importhonig. Damit importiert Deutschland als größter Honigaufkäufer der Welt etwa ein Drittel des gesamten Honigweltmarktes. Argentinien, Mexiko und China stellen die großen Lieferanten dar. Im Jahre 2005 wurde 85 419 t Honig nach Deutschland importiert (Tabelle 2). Allerdings muss man erwähnen, dass der chinesische Honig wegen mangelnder Hygiene, hohem Wassergehalt, Verfälschungen und hohen Rückständen von Arzneimitteln und Pestiziden immer wieder in die Kritik gerät. Daraus resultieren starke Schwankungen in den importierten Mengen aus China nach Deutschland.

7 große Abfüller (Langnese Honig KG GmbH & Co., Walter Lang Honigimport GmbH, Allos Walter Lang GmbH, Apimiel GmbH, Alfred L. WOLF

Honey GmbH, Breitsamer Honig u.a.) sind auf Honigvermarktung spezialisiert. Der Marktführer füllt mehr als 20.000 t /Jahr ab. Im Vergleich dazu vermarktet der größte französische Abfüller ca. 8.000 t / Jahr.

Der deutsche Exporthonig besteht fast nur aus ausländischem Honig und stellt damit re-exportierten Honig dar. 24 230 t Honig wurden 2005 exportiert. Hauptmärkte sind vor allem EU-Länder: Niederlande, Frankreich, Dänemark, Italien, Belgien/Luxemburg, Griechenland, Schweiz, Großbritannien, sowie Jemen, Pakistan, Libanon, USA und Arabische Emirate (FAO 2005).

### **3. Kirgisistan**

In Kirgisistan könnte die Honigproduktion wieder ein wichtiger wirtschaftlicher Sektor werden. Deren Bedeutung wurde lange unterschätzt. Die natürlichen Bedingungen in Kirgisistan sind sehr günstig für die Honigproduktion. 90 % des Territoriums der Republik sind Berge. Die Pflanzenwelt ist vielfältig und reich, sie zählt 3 500 höhere Blütenarten auf. Es gibt mehr als 300 honig- und pollentragende Arten, die von Frühjahr bis Spätherbst blühen, z. B. Berberitze (*Berberis vulgaris*), Salbei (*Salvia*), Johannisbeere (*Ribes*), Minze (*Mentha*), Klee (*Trifolium*), Esparsette (*Onobrychis*), Waldbeere (*Vaccinium myrtillus*), Eremurus (*E. luteus Baker*), Drachenkopf (*Dracocephalum ruyschiana* L) usw. In Kirgisistan produziert man polymorphen Honig, d.h. der Honig wird aus verschiedenen Blumensorten geerntet. Sortenhonig wird nicht produziert, da viele stark honigtragende Blumen in der Honigerntezeit gleichzeitig blühen. Die starke Sonnenstrahlung in hohen Bergen veranlasst die dort wachsende natürliche Wildflora unter anderem zu verstärkter Duftproduktion, die den von ihr geernteten Honigen ein besonderes ausgeprägtes und oft starkes Aroma verleiht.

1975 gab es im staatlichen und privaten Sektor 210 600 Bienenvölker, die für den kirgisischen Export 203 t Honig lieferten. 1987 war die Bienenvölkerzahl auf 305 700 gestiegen und der Export des Honigs machte 12 500 t aus. In dieser Zeit hatte die Honigproduktion in Kirgisistan ihren Höhepunkt erreicht. Mit dem Untergang der Sowjetunion wurden große Imkereistatsbetriebe aufgelöst. Dadurch sank die Honigproduktion im Jahr 1993 auf 370 t (Statistisches Amt KR 2005).

Allerdings arbeiten die Imkereien seit 20 Jahre im wesentlichen ohne Innovationen und ohne Neuinvestitionen. Diese Betriebe nutzen immer noch alte Bearbeitungstechnologien, Geräte und Anlagen. Neue Technologien sind

entweder nicht bekannt oder werden ignoriert. Die Imkern wissen z.B. nicht, wie Gele Royal und Pollen gelagert werden müssen. Der Honig wird meistens in gebrauchten PET-Flaschen abgefüllt. Dadurch verschlechtern sich der Geschmack und der Geruch des Honigs, hygienische und funktionale Anforderungen und Vorschriften werden missachtet. Zudem wird die hohe Wertigkeit des Qualitätsproduktes Honig herabgesetzt. Auch gibt es keinen systematischen Zugang zu Informationen über neue Präparate für die Bekämpfung von Bienenkrankheiten.

Im Jahr 1998 verabschiedete die kirgisische Regierung ein neues Programm: „Entwicklung von Imkereien in Kirgisistan in den Jahren 1998–2005“. Das Programm sah die Steigerung der Bienenvölkerzahl, der Anzahl wissenschaftlicher Arbeiten (Bienenselektion und –Züchtung, Methoden für die Vorbeugung und die Behandlung von Bienenkrankheiten) und des Volumens der Honigproduktion vor. Im Rahmen des Programms wurden Qualifikationskurse für erfahrene Imker und Ausbildungskurse für den Nachwuchs an der Kirgisischen Landwirtschaftlichen Universität in Bischkek organisiert.

Wie in Tabelle 3 dargestellt<sup>1</sup>, stieg ab dem Jahr 2000 der Honigsexport infolge des obengenannten Entwicklungsprogramms. 2003 wurde laut FAO etwa 1181 t Honig aus Kirgisistan exportiert und die Honigproduktion betrug 1450 t. Der größte Teil des Honigs wird nach Russland (etwa 50 %) und in die Türkei (etwa 18 %) exportiert. Die offizielle Exportmenge nach Kasachstan ist seit 2000 gesunken, aufgrund einer Beschränkung der kasachischen Regierung für Importhonig, um die eigenen heimischen Imker zu schützen.

Erstmals wurde 0,1 t kirgisischer Honig im Jahr 2001 nach Deutschland exportiert. Nach 3 Jahren (2004) stieg der Honigexport auf 36,8 t. Der niedrige Exportanteil des kirgisischen Honigs in die Europäischen Ländern wird mit fehlenden Laboratoriumskapazitäten und Kontrollmöglichkeiten (QS-Management) nach EU-Richtlinien in Kirgisistan begründet.

#### **4. Die Qualitätsuntersuchungen**

Im Rahmen der den folgenden Ausführungen zugrunde gelegten Untersuchungen wurden 13 verschiedenen Honige, die von denen 6 Proben vom deutschen und 7 aus dem kirgisischen Markt stammen, ausgewählt und einer

---

<sup>1</sup> In der Tabelle 3 sind die statistischen Daten von der FAO und aus dem statistischen Amt der Kirgisischen Republik zusammengefasst.

Analyse unterzogen. Die Auswahl der zu untersuchenden Honige wurde in Abhängigkeit von Konsistenz bzw. Kristallisationsverhalten und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung getroffen.

## **5. Methoden**

Die Pollenanalyse wurde im LIB Hohen Neuendorf durchgeführt. Die Zusammensetzung des Honigs wurde nach den DIN-Methoden für die Honiguntersuchung im Fachbereich Lebensmittelrheologie der Technischen Universität Berlin untersucht. Zusätzlich wurden die Proben mit Hilfe einer Feuertransformierter Infrarotspektroskopie (FT-IR) -Messung im LIB Hohen Neuendorf untersucht, um sichere Ergebnisse zu erzielen. Die FT-IR Analyse kommt bei der Bestimmung des Zuckerspektrums, des pH-Wertes, des Gehaltes an freien Säuren und der elektrischen Leitfähigkeit zum Einsatz.

## **6. Ergebnisse der Pollenanalyse (PoA)**

### *6.1. Honige vom deutschen Markt*

*Probe 1:* Die Herkunft (Mittelmeerraum, Mittelamerika) wurde bestätigt. Trotz der hohen elektrischen Leitfähigkeit handelt es sich nach der PoA nicht um einen Waldhonig, da im mikroskopischen Bild viel kristalline Masse, aber zu wenig Sporen und Algen, die für einen Waldhonig charakteristisch sind, gefunden wurden. Begleitpollen sind Eukalyptus (43 %) und Edelkastanie (23 %). Der Anteil an Edelkastanie ist für die dunkle Färbung und die hohe Leitfähigkeit verantwortlich.

*Probe 2:* Die Herkunft (Südost-Europa) und Sortenbestimmung kann anhand der PoA bestätigt werden. Es wurden 46 % Scheinakazie, 10 % Raps, 10 % Gleditsiapollen und andere Einzelpollen gefunden. Auch die sensorischen und chemisch-physikalischen Eigenschaften sind für einen Akazienhonig charakteristisch.

*Probe 3:* Die Herkunft (Europa, Mittel- u. Südamerika) und Sortendeklaration „Sommerblüten“ kann bestätigt werden. Dieser Sommerblütenhonig hat einen hohen Anteil an Hornklee (49 %) Myrtengewächse (17 %) und Eukalyptus (15 %).

*Probe 4:* Die Herkunft kann bestätigt werden (Mittelamerika, Europa). Die Sortenbezeichnung „Raps“ ist nicht ganz korrekt. Die Rapspollen sind im Honig unterrepräsentiert (79 %) und sollten einen Anteil von mindestens 80

% ausmachen. Die Bezeichnung „Blütenhonig mit Raps“ ist auch aufgrund der sensorischen Eigenschaften zutreffender.

*Probe 5:* Die Herkunftsbezeichnung (Deutschland) ist korrekt. Es handelt sich aber nicht um einen Lindenhonig, da im Honig der Anteil an Götterbaumpollen mit 40 % und Rapspollen mit 17 % überwiegt. Es wurde nur 15 % Lindenspollen gefunden. Lindenspollen können im Honig unterrepräsentiert sein, jedoch findet man bei Lindenhonigen mehr Honigtauelemente als in dieser Probe. Geruch und Geschmack sind ebenfalls typisch für Götterbaum. Die korrekte Sortenbezeichnung ist „Sommerblüte“ oder „Sommerblüte mit Götterbaum“.

*Probe 6:* Die Herkunftsbezeichnung ist korrekt (Südost-Europa, Mittelamerika). Die Sortenbezeichnung „Berghonig“ ist nicht zu unterstützen. Bei einem Anteil von 30 % stellt die Sonnenblume den Begleitpollen, außerdem wurden 16 % Mimosen-, 15 % Zweizahn-Typ-, 3 % Eukalyptus-, 2 % Zitruspollen gefunden. Daher ist die Deklaration „Sommerblüte mit Sonnenblume“ zu bevorzugen.

## 6.2 Honige vom kirgisischen Markt

Bei den Proben 7-10 wird die Herkunftsbezeichnung „Kirgisistan“ durch die Pollenanalyse bestätigt. Üblicherweise verwendet man in Kirgisistan zur Honigbezeichnung „Berghonig“, da Kirgisistan ein Gebirgsland mit einer mittleren Höhe von 2750 m ist. Etwa 40 % der gesamten Fläche liegt über 3000 m. Bei der Bezeichnung nennt man zusätzlich den Ort, wo der Honig geerntet wurde. Z. B. „Toktogulhonig“ heißt der Honig aus dem Toktogulgebiet und ist ein führendes Markenzeichen für Honig in Kirgisistan.

*Probe 7:* Mit einem Pollenanteil von 66 % Esparsette (und 22 % Natternkopf) handelt es sich nach deutscher Vorgabe nicht um einen Berghonig. Esparsette ist eine landwirtschaftliche Nutzpflanze. Bei einem Berghonig würde man den überwiegenden Teil aus Wildpflanzen erwarten. Nach der PoA ist die Bezeichnung „Esparsettenhonig“ korrekt.

*Probe 8:* Mit einem Pollenanteil von 64 % Esparsette (15 % Kerbel, 12 % Natternkopf) handelt es sich nicht um einen Berghonig. Die korrekte Bezeichnung ist „Esparsettenhonig“, vergleiche Probe 7.

*Probe 9:* Mit einem Pollenanteil von 86 % Esparsette und 10 % Natternkopf handelt es sich nicht um einen KleeHonig. Es wurden keine Pollen vom Klee gefunden. Es handelt sich wahrscheinlich um ein Honiggemisch. Die korrek-

te Bezeichnung ist „Esparsettenhonig“.

*Probe 10, 11, 12:* Mit 37 bis 50 verschiedenen Pollentypen und einem hohen Anteil Kerbel (63 % Kerbel, 11 % Vergissmeinnicht) ist die Bezeichnung Berghonig aufgrund seiner Authentizität möglich.

## **7. Ergebnisse der chemischen Untersuchungen**

In Tabelle 5 sind der Wasser-, freie Säuregehalt und pH-Wert der kommerziellen Honige aufgeführt.

Der ermittelte Wassergehalt der kommerziellen Honige liegt zwischen 17,5 und 18,8 % und entspricht den Werten, die in der Honigverordnung festgelegt wurden. Der Wassergehalt ist das wichtigste Qualitätskriterium für den Honig und er darf nicht über 20 % liegen. Die Ausnahme ist der Heidehonig, dem 23 % Wasser zugestanden wird (HVO 2004). Ein höherer Wassergehalt ist ein Anzeichen für unreif geernteten Honig, der in Gärung übergehen kann. Generell wurde festgestellt, dass der Wassergehalt der Honige im breiten Spektrum von 13 % (White 1978) bis 29 % (Junzheng et al. 1998) variiert. So wurde z. B. in griechischen Honigen ein Wassergehalt von 13,0 bis 18,9 % (Lazaridou et al. 2004), 13,8–17,8 % in spanischen Honigen (Gomez Barez et al., 2000), 15,4–18,1 % in polnischen Honigen (Popek, 1999), 16,8–20,3 % in marokkanischen Honigen (Terrab et al. 2002), 14,0–16,9 % in saudiarabischen Honigen (Al-Khalifa et al. 1999) und 18,7 – 21,8 % in indischen Honigen (Singh et al. 1997) gefunden.

Die Honige besitzen freien Säuregehalt von 1,0 bis 27 meq/kg. In der HVO wurde ein oberer Grenzwert von 40 Milliequivalent freier Säuregehalt pro Kilogramm Honig festgelegt.

Der pH-Wert des Blütenhonigs liegt von Natur aus in saurem pH-Bereich, obwohl dies geschmacklich meistens nicht hervortritt. Die pH-Werte liegen zwischen 3,3 und 4,8. Die Proben Nr. 1, 5 und 10 weisen mit 4,3 bis 4,8 höhere pH-Werte aufgrund des größeren Honigtauanteils auf.

Um die Blütenhonige von den Honigtau-honigen zu unterscheiden berücksichtigt man noch den Gehalt an Mineralstoffen der Honige. Der Aschegehalt und/oder die elektrische Leitfähigkeit geben nähere Auskunft über die Menge der im Honig enthaltenen Mineralstoffe. Die Aschegehalte 0,03 bis 0,6 g/100 g entsprechen den Angaben anderer Autoren (Popek 2003; Presano Oddo et al. 2004). Die Proben Nr. 1, 5 und 10 besitzen einen höheren Aschengehalt entsprechend 0,671; 0,195 und 0,331 mg/100g. Dies bestätigt

zusätzlich den höheren Honigtauanteil in den benannten Proben.

Prolin ist eine dominierende Aminosäure im Honig. Er ist ein Kriterium für die Honigreifung und den Nachweis von Honigverfälschungen (Zuckerfütterung der Bienen, Zusatz von Zucker zum Honig). Es wurden Prolingehalte von 200 bis 800 mg/100 g nachgewiesen. Sogar bei Akazienhonig (bekannt als besonders enzymschwach) liegt der Prolingehalt über der vorgeschriebenen Konzentration von 180 mg/kg. In manchen europäischen Honigsorten wurden sogar Werte von > 800 mg Prolin /100 g ermittelt (PIAZZA et. al. 2004).

## **8. Wärme- und Lagerschädigung der Honige**

Zur Naturbelassenheit des Honigs gehört unter anderem eine möglichst geringe thermische Behandlung, was durch einen geringen HMF-Gehalt zum Ausdruck kommt. Während der Lagerung bildet sich HMF aus Sacchariden (Fructose) unter dem Einfluss der Säuren je nach pH-Wert und Temperatur des Honigs mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Frische, sogleich nach der Tracht geerntete, aus gemäßigttem Klima stammende Honige enthalten kein oder nur Spuren von HMF (meistens unter 3 mg/kg). Z. B Probe Nr. 10 (Shire, kirgisische Honig) hat einen HMF-Gehalt nur 1,86 mg/kg. Auch weitere zwei kirgisische Honige (Proben Nr. 12 und 13) enthalten nur Spuren von HMF.

Bei normaler Lagerung in mitteleuropäischem Klima findet pro Jahr eine HMF - Erhöhung um ca. 5 bis 10 mg/kg statt (Hadorn et al. 1962). 83 % (5 Proben von 6) von aus dem deutschen Markt stammenden Honigen (Honigmischungen aus EG und nicht - EG Ländern), besitzen einen HMF Gehalt < 10 mg/kg, als hochakzeptables Kriterium für herkunftsindifferente Honige, die industriell bearbeitet und abgefüllt worden sind.

Bei der Lagerung in der Wärme und beim Umschmelzen bei höheren Temperaturen (50 bis 70 °C) steigt der HMF-Gehalt rascher an (Hadorn et al. 1962). HMF-Werte über 40 mg/kg sind für Honig qualitätsmindernd (HVO 2004). Der HMF-Gehalt von Honig Nr. 8 (kirgisischer Honig) ist mit 42 mg/kg recht hoch und übersteigt den Grenzwert von 40 mg/kg. Dies deutet auf eine erhebliche Hitzebelastung hin.

Zur Bestimmung einer Wärmeschädigung des Honigs sollte aber nicht nur der HMF-Gehalt herangezogen werden, da zum einen der pH-Wert einen Einfluss auf die Reaktionskinetik aufweist und zum anderen einige Honige aufgrund des Gewinnungsorts und der dort vorherrschenden Temperaturen

bereits in den Waben einen erhöhten HMF-Gehalt aufweisen. Die Bestimmung der Wärmeschädigung erfolgt daher unter anderem mit der Bestimmung der Aktivität der Leitenzyme des Honigs. Als Leitenzyme zur Bestimmung der Hitzeschädigung haben sich Diastase und Invertase durchgesetzt (Bogdanov 1999; Lipp 1994).

In den Leitsätzen für Honig (LMBG § 33, Deutsches Lebensmittelbuch) sind Mindestwerte für die Invertase-Aktivität nicht festgelegt worden. Das Enzym Invertase ist empfindlicher gegen Wärme als die Diastase, wobei die Geschwindigkeit der Zerstörung bei Temperaturen unter 15 °C sehr gering ist. Bei einjähriger Lagerung in Verkaufsräumen ist ein Wirkungsverlust von etwa 20 bis 25 % festzustellen (Hadorn et al. 1962).

Die ermittelte Invertasezahl der Proben Nr. 10, 11 und 13 (kirgisische Honige) ist positiv hoch, entsprechend 153,0, 272,0 und 355,0 Usig. Diese Honige können als einwandfrei und ganz frische Honige bezeichnet werden (ebd.). Im Gegensatz dazu sind in den Proben Nr. 7 und 8 (auch kirgisische Honige) geringere Invertasezahl nachgewiesen worden. Die geringere Invertasezahl und der hohe HMF-Gehalt der Proben Nr. 7 und 8 deuten auf erhebliche Hitzebehandlung der Honige hin. Dieses Phänomen der kirgisischen Honige liegt darin, dass die kirgisischen Imker und die Verkäufer die Vorschriften der Honigverarbeitung nicht einhalten und den Honig längere Zeit oberhalb von 40 °C halten.

## **9. Saccharidenspektrum**

Zur Beschreibung des physikalischen Verhaltens des Honigs und der Vorgänge im Honig werden die chemischen und physikalischen Eigenschaften der Saccharide herangezogen, da Honig überwiegend aus Mono-, Di- und Oligosacchariden besteht. In den Tabellen 6 und 7 ist das Saccharidspektrum, das mittels FT-IR-Messung ermittelt worden ist, aufgelistet.

Für die Strukturierungen und damit das rheologische Verhalten von Honig, der als übersättigtes Zucker-Wasser System angesehen wird, ist die Konzentration der Glucose und Fructose maßgeblicher Parameter. Durch ihr Verhältnis (F/G) wird der Kristallisationsgrad des Honigs bestimmt. Die flüssigen Honigsorten (Proben Nr. 1, 2, 3 und 11) enthalten geringere Mengen an Glucose (26 bis 28,25 %) im Vergleich zu Fructose (36,9 bis 44,8 %), wodurch sie weniger zur Kristallisation neigen. Höhere Mengen an Glucose (38,3 %), wie beim Rapshonig nachgewiesen, führen zu einer relativ schnellen Kristallisation.

Der Saccharosegehalt der Honige liegt im Bereich von 0 bis 14,0 %. In der Honigverordnung und auch nach dem deutschen Honigstandard ist ein Gehalt an Saccharose bis zu 5 % für Blütenhonige zugelassen (HVO 2004). Deswegen steht die Probe Nr. 11 mit 14,0 % Saccharose im Verdacht, ein Zuckerfütterungshonig zu sein. Es ist zu erwähnen, dass ein erhöhter Saccharosegehalt bei einzelnen Trachten (max. 10 %) vorkommen kann, z. B. bei Robinie, Lavendel und bei wenigen australischen Eukalyptusarten (ebd.; Lipp 1994). Die Gehalte an Maltose der untersuchten Honigsorten sind relativ gering von 2,18 bis 3,78 %. Ruoff et al. (2006) haben ebenfalls mittels FT-IR bei 131 Honigsorten geringe Gehalte an Maltose von 0,0 bis 4,6 % nachgewiesen. Zum Vergleich weisen griechische Honige einen Maltosegehalt von 2,2 bis 6,7 % (Lazaridou et al. 2004) und spanische Eukalyptus-, Heide- und Zitrusshonige entsprechend 17,08, 10,2 und 13,59 % auf (De la Fuente et al. 2006).

Die Proben Nr. 1, 5 und 11 besitzen entsprechend 2,0, 1,1 und 1,1 % der Trehalosegehalt. Das nicht reduzierende Disaccharid Trehalose ist ein Pilzzucker. Wie neuere Untersuchungen zeigen, dient Trehalose weniger als Speicherstoff sondern mehr als Schutzstoff. So erhöht sich die Thermotoleranz von Bäckerhefe, indem sie Schutzfaktoren aufbaut, um die Denaturierung hitzestabiler Proteine zu verhindern. Ein zweiter Mechanismus beruht auf Renaturierung hitzgeschädigter Proteine durch Hitzeschockproteine (Kunz 1993).

Der Erlösegehalt ist je nach Honigart unterschiedlich, er schwankt in kirgisischen kommerziellen Honigen von 0,36 bis 2,35 % und deutschen kommerziellen Honigen 0,08 – 1,38 %.

## **10. Zusammenfassung**

Die Pollenanalysen der Proben ergeben, dass im Allgemeinen die Sortenangabe auf dem Etikett in Zweifel zu ziehen ist, z. B. wurden im vermeintlichen Lindenhonig überwiegend Götterbaumpollen gefunden. Die Sortenbezeichnung war bei der Probe Nr. 9 falsch, da er als der Kleehonig bezeichnet wurde. Im Honig wurden überwiegend die Esparsettenpollen gefunden. In weiteren drei kirgisischen Honigen (Proben Nr. 7, 8 und 9) wurden auch die Esparsettenpollen gefunden.

Die ermittelten chemischen Parameter der untersuchten Honige liegen im Bereich der gesetzlichen Vorgaben. Ausnahme ist die Probe Nr. 8 (Toktogulhonig, Juni), die aufgrund des hohen HMF-Gehaltes und der niedrigeren

Invertasaktivität beanstandet wurde. Die höchste Invertaseaktivität wurde mit 355,0 U<sub>Seig</sub> in der Probe Nr. 13 (kirgisischer Turukhonig) und der niedrigste HMF-Gehalt in der Probe Nr. 12 (kirgisischer Suusamyrhonig) nachgewiesen. Allgemein liegen die Prolingehalte der Proben im Bereich von 200 bis 800 mg/100g. Der höchste Prolingehalt wurde mit 776 mg/kg in der Probe Nr. 9 (Esparsettenhonig, Kirgisistan) gefunden und der niedrigste in der Probe Nr. 2 (Akazienhonig) mit 186 mg/kg, was für enzymschwache Honigsorten sehr charakteristisch ist.

Diese Untersuchungen zeigen, dass man in Kirgisistan Honig mit einer hohen Qualität erntet. Aufgrund der Nichteinhaltung der Bearbeitungs- und Lagerungsvorschriften, vermindert sich die Honigqualität drastisch, bis er die Kunden erreicht. Dies zeigt, dass in Kirgisistan das Qualitätssicherungsmanagement, ein wichtiger Aspekt jedes Exportvertrages, noch unzureichend entwickelt ist und unbedingt verbessert werden muss.

Deutsche kommerzielle Honige bestehen fast nur aus Importhonig - Honigmischungen aus EG und nicht-EG Ländern. Alle untersuchten Honige besitzen einen HMF-Gehalt < 15 mg /kg. Dieser Wert ist für herkunftsindifferente Honige, die industriell bearbeitet und abgefüllt wurden, akzeptabel. Die Invertaseaktivität des Wald- und Gebirgsblütenhonigs entspricht sogar den strengen Anforderungen des Deutschen Imkerbunds e.V. und liegt oberhalb des Grenzwerts für Mindestaktivität der Invertase 64 USieg/kg Honig.

## Anhang: Abbildungen und Tabellen

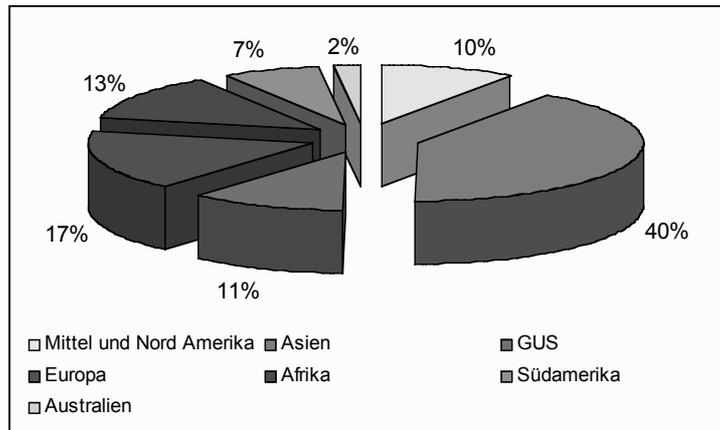


Abbildung 1. Die Verteilung der Honigproduktion auf der Welt

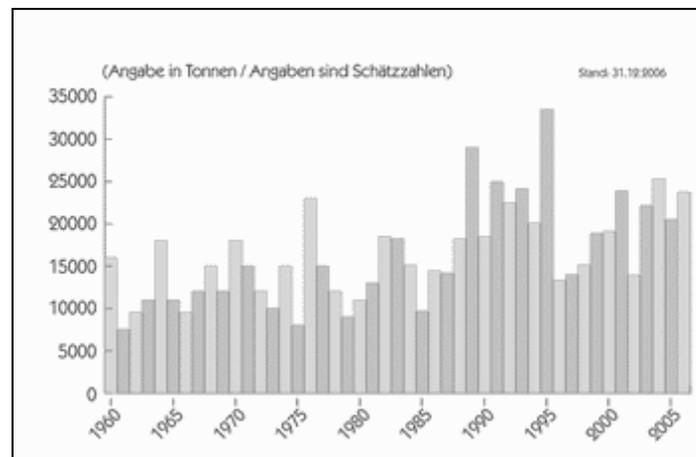


Abbildung 2. Honigproduktion in Deutschland (Angaben in Tonnen) [DIB, <http://www.deutscherimkerbund.de>]

Tabelle 1. Erzeugung und Honigverbrauch pro Kopf im 2005

Land	Honigernte 1000 t	Verbrauch pro Kopf kg
Deutschland	21,2	1,4
Frankreich	15,0	0,5-0,7
China	298,0	0,1
Russische Föderation	52,3	0,3
Argentinien	80,0	0,1

**Tabelle 2. Honigimport (t) nach Deutschland**

Länder	2002	2003	2004	2005
Argentinien	32 724	29 342	22 426	37 158
Mexiko	13 109	9 402	10 853	9 386
EU – gesamt	7 324	3 567	9 424	12 372
Brasilien	3 901	8 017	11 449	6 134
China	7 297	1 432	286	1 432
Andere Länder (gesamt)	31 853	34 751	24 107	18 937
Import netto	88 911	86 511	78 545	85 419

**Tabelle 3. Honigproduktion in Kirgisistan**

Jahr	Produktion t	Import t	Preis 1000 USD	Export t	Preis 1000 USD
1995	1823	2	2	259	362
1996	-	2	2	276	423
1997	-	0	0	199	240
1998	-	0	1	72	85
1999	-	0	0	88	94
2000	1226	0	0	364	238
2001	1372	0	2	37	36
2002	1557	0	0	69	65
2003	1450	0	1	1181	1024
2004	-	0	0	708	479
2005	1300	0	0	350	-

(-) Keine Angaben

**Tabelle 4 Kommerzielle Honige**

No	Name aus dem Etikett	Herkunft	Hersteller	Konsistenz
1.	Waldhonig	EG- und Nicht Ländern	EG-DE-VAU-GE sundkostwerk GMBH	Ge-flüssig
2.	Akazienhonig	EG-und Nicht Ländern	EG-Breitsamer Honig	flüssig

3.	Sommerblütenhonig	Europäischen, mittel -Langnese Honig und südamerikanischen Länder			flüssig
4.	Rapshonig	EG-und Nicht EG-Ländern	Nicht EG-Bienenwirtschaft Meisen		cremig
5.	Lindenhonig	Leipzig, Deutschland	Bienenfarm „Kern“ Wanderimkerei		cremig
6.	Gebirgsblütenhonig	EG-und Nicht EG-Ländern	EG-Breitsamer Honig		cremig
7.	Toktogulhonig (Mai)	Toktogul	Imkerhonig		kristallin
8.	Toktogulhonig (Juni)	Toktogul	Imkerhonig		kristallin
9.	Kleehonig	Ken-Kol, Talas	Imkerhonig		kristallin
10.	Berghonig	Yssyk-Köl	SHIRE		kristallin
11.	Yssyk – Köl	Yssyk-Köl, Tüz	Imkerhonig		flüssig
12.	Suusamyr	Suusamyr	Imkerhonig		flüssig
13.	Turuk	Turuk	Imkerhonig		flüssig

**Tabelle 5. Physische-chemische Kennwerte der kommerziellen Honigen**

Nr.	Wasser %	f. Säure meq/kg	pH	HMF mg/kg	Invertase, U Sieg	EL mS/cm	Asche mg/100g
1	18,8	27,0	4,2	13,9	111,1	1,16	0,671
2	17,0	4,0	3,9	5,6	32,7	0,17	0,076
3	16,9	16,0	3,9	4,0	40,3	0,38	0,172
4	17,4	8,0	4,0	9,2	63,9	0,21	0,085
5	14,4	5,0	4,6	5,2	50,6	0,51	0,195
6	17,8	13,0	4,0	10,5	108,8	0,34	0,113
7	18,2	8,0	4,0	19,8	2,9	0,17	0,034
8	17,4	7,0	4,1	42,0	3,0	0,18	0,046
9	17,4	21,0	3,6	3,9	20,8	0,20	0,052

10	15,9	11,0	4,1	1,9	123,1	0,41	0,311
11	17,0	1,0	4,6		7,1-	0,28	-
12	16,5	11,0	4,0	kein HMF messbar	-	0,46	-
13	18,6	19,0	3,85	0,7	-	0,61	-

**Tabelle 6. Saccharidspektrum deutscher Honige FT-IR-Messung in %**

Honig Nr.	1	2	3	4	5	6
Glucose	26,0	27,6	33,2	38,3	30,0	35,0
Fructose	36,9	44,8	40,7	39,2	39,9	40,3
F/G	1,4	1,6	1,2	1,0	1,3	1,2
Saccharose	0,0	0,2	0,0	0,0	0,8	0,0
Turanose	2,4	2,5	1,7	1,3	2,8	2,0
Maltose	3,3	3,2	2,6	2,2	3,8	2,9
Trehalose	2,0	0,8	0,9	0,4	1,1	0,7
Isomaltose	1,4	0,6	0,5	0,5	1,0	0,7
Erlose	0,7	1,4	0,5	0,0	0,7	0,1
€ Saccharide	73,7	83,1	83,1	85,8	85,0	87,6

**Tabelle 7. Saccharidspektrum der kirgisischen Honige, mittels FT-IR**

Honig Nr.	7	8	9	10	11	12	13
Glucose	34,8	35,1	34,4	30,7	28,3	31,1	32,3
Fructose	38,8	38,9	38,9	42,9	34,7	44,2	40,4
F/G	1,1	1,1	1,1	1,4	1,2	1,4	1,3
Saccharose	3,2	3,0	1,9	0,0	14,0	0,0	0,0
Turanose	1,5	1,6	1,1	2,4	1,2	2,0	0,8
Maltose	2,6	2,9	2,3	3,1	3,1	2,2	2,4
Trehalose	0,6	0,6	0,6	1,1	0,2	0,7	1,0
Isomaltose	0,4	0,5	0,3	0,7	0,3	0,4	0,5
Erlose	1,0	0,9	0,4	0,5	2,3	0,7	0,3
€ Saccharide	89,8	91,4	88,8	81,3	84,06	81,31	77,6

## Literatur

Al-Khalifa, A.; S, Al-Arif, I. A.: Physical characteristics and pollen spectrum of some Saudi honeys. *Food Chem.*, 1999, 67, 21–25

Bogdanov, S.; Internationale Honigkommission: Honey quality, methods of analysis and international regulatory standards: review of the work of the International Honey Commission. *Mitt. Lebensmittelunters. Hyg.*, 1999, 90, 108–125.

DIB: Deutsche Imkerbund, Internetseite <http://www.deutscherimkerbund.de>

De la Fuente, E.; Sanz M. L.; Martínez-Castro, I.; Sanz, J.: Development of a robust method for the quantitative determination of disaccharides in honey by gas chromatography. *J. Chromatogr.*, 2006, A 1135, 212–218.

FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nation): <http://faostat.fao.org/>, 2005

Gómez-Barez, J. A.; García-Villanova, R. J.; Elvira-García, S.; Rivas-Pala, T.; González-Sález-Paramas, A.M.; Sánchez, J.: *Eur. Food Res. Technol.*, 2000, 210, 437–444

Hadorn, H; Züricher, K.; Doevelaar F.H.: Über Wärme- und Lagerschädigungen von Bienenhonig. *Mitteilungen aus dem Gebiet Lebensmittel und Hygiene*, 1962, 58, 191–229

Honigverordnung, 2004

Junzheng, P.; Changying, J.: General rheological model for natural honey in China. *J Food Eng.*, 1998, 36, 165–168

Kunz, B: *Lexikon der Lebensmitteltechnologie*, Springer Verlag, VII, graph. Darst. Berlin, 1993

Lazaridou A; Biliaderis CG; Bacandritsos N; Sabatini A. G.: *J Food Eng.*, 2004, 64, 9–21

Lichtenberg-Kraag, B.; Hedtke, C.; Bienefeld. K.: Infrared spectroscopy in routine analysis of honey, *Apidology*, 2002, 33, 327–337

Lipp J.: *Der Honig.*: Verlag Eugen Ulmer. Stuttgart, 1994

Piazza M.G.; Oddo L. P.: Bibliographical review of the main European unifloral honeys. *Apidologie*; 2004, 35. 94–111

Popek S.: Identification of honey types. *Nahrung. Food.* 2003, 46(1), 39–40

Presano Oddo, L.; Piro R.: Main European unifloral honeys: descriptive sheets. *Apidologie*, 2004, 35, 38–81.

Ruoff, K.; Iglesias, M.T.; Luginbühl, W.; Bosset, J.; Bogdanov, S.; Amadó, R.: Quantitative analysis of physical and chemical measurands in honey by mid-infrared spectrometry. *Eur Food Res Technol.* 2006, 223, 22–29.

Singh, N.; Bath, P. K.: Quality evaluation of different types of Indian honey. *Food Chemistry*, 1997, 58, 129–133

Statistisches Amt der Kirgisischen Republik, 2005.

Terrab A.; Diez M. J.; Heredia F. J.: Characterization of Moroccan unifloral honeys by their physico-chemical characteristics. *Food Chem.*, 2002, 79, 373–379

White J.W.: *Honey Adv Food Res.*, 1978, 24, 288–354

# Jüdische Autonomie. Historische Tradition und innerjüdische Verwandlungen in der Moderne

GRIT JILEK

## 1. Einleitung

Ausgehend von Westeuropa wurde in einem langsamen historischen Prozess im Verlauf des späten 18. und 19. Jahrhunderts der Nationalstaat zunehmend als das tragende Modell der Moderne verstanden. Der Staat wurde zum Paradigma einer strukturbildenden politischen Ordnungs- und Organisationsvorstellung. Ethnische Minderheiten, die in den Vielvölkerreichen Osteuropas – im europäischen Teil des Osmanischen Reiches, im Habsburger Reich und ebenso im Russischen Reich – bis dahin mehr oder weniger stabil in der alten korporativen Ordnung zusammengelebt hatten, entwickelten ein immer stärker werdendes Nationalbewusstsein, welches seine wesentliche Prägung durch die In-Eins-Setzung von Nation, Staat, Sprache und Religion erfuhr. Für die Juden als Diasporavolk *par excellence* drängte sich deswegen am Ende des 19. Jahrhunderts immer stärker die Frage auf, wie sie in Zukunft als Volk ohne Territorium und Staat unter den politisch sich zunehmend ethnizierenden Staaten und Nationen Europas bestehen könnten. Sollten die Juden nun – dieser Logik folgend – einen Staat, ein eigenes Territorium anstreben und sich somit in die politischen Nationen einreihen, wie es die damals aufkommende zionistische Lösung vorschlug? Oder sollten die Juden ihre über Zeit und Raum hinweg bewahrte Besonderheit aufgeben und in den anderen Nationen aufgehen, wie im Assimilations-Modell des westlichen und mittleren Europas bereits geschehen? Wie könnte dann eine jüdische Zukunft in Osteuropa aussehen, wo sich die Rahmenbedingungen grundlegend von denen in West- und Mitteleuropa unterschieden?

Im Spannungsfeld dieser Diskussion antwortete einer der bedeutendsten jüdischen Historiker, Simon Dubnow, (geb. 1860 in Mstislavl/Weißrussland – ermordet 1941 im Ghetto von Riga/Sowjetunion), mit einem dritten Konzept jenseits von Assimilation und Zionismus – der Idee von der jüdischen Autonomie. Dieses spezifisch Dubnow'sche politische Modell stellte eine Synthese aus seiner Analyse der jüdischen Vergangenheit und seinen Beobachtungen zeitgenössischer Entwicklungen in Europa, insbesondere aber in Osteu-

ropa, dar. Dabei knüpfte er als einer der ersten positiv an die besondere Form der mittelalterlichen jüdischen Institution der Selbstverwaltung in Polen und Polen-Litauen an und versuchte, sie säkularisiert in die Moderne zu transformieren.<sup>1</sup> Zugleich verwies er auf die ambivalente und gegenläufige Tatsache, dass – anders als den Juden in West- und Mitteleuropa – dem osteuropäischen Judentum zwar die individuelle Emanzipation versagt blieb, sich dort – auf polnisch-litauischem bzw. russischen Boden – dagegen die Kollektivrechte für die Juden noch bis ins 18. bzw. 19. Jahrhundert in Form der jüdischen Autonomie erhalten hatten, ja die Autonomieinstanzen sich über eine beachtliche Zeit (vom 16. bis zum 18. Jhr.) hinweg sogar noch erheblich ausdifferenzieren konnten.<sup>2</sup> Umgekehrt war für die westeuropäische „Emanzipation des Individuums als Staatsbürger“<sup>3</sup> gerade der Verzicht auf jegliche Form von jüdischen Kollektivrechten und die Distanz zu einem nationalen Selbstverständnis eine der wesentlichen Voraussetzungen zur Akzeptanz in der Mehrheitsgesellschaft. Hier entwickelte sich geradezu eine Scheu, eine nationale jüdische Identität oder gar Autonomie zu thematisieren, um den antisemitischen Insinuationen, Juden bildeten einen „Staat im Staate“, keine Nahrung zu geben. Die Juden Mittel- und Westeuropas waren zur bloßen Konfessionsgemeinschaft geworden. Eine vergleichbare Aufspaltung in „Religion und Nationalität“ fand im Osten Europas nicht statt.<sup>4</sup> Vielmehr verstärkte sich dort das kollektive jüdische Bewusstsein, eine Nationalität unter vielen zu sein. Für Dubnow stand vor diesem Hintergrund außer Frage, dass neben der Einforderung individueller Rechte auch eine kollektive jüdische Identität des Schutzes bedurfte. Er forderte zur Sicherung dieser Kollektividentität für die Juden die Anerkennung und Gewährung der national-kulturellen Autonomie. Indem er die reale Existenzbedingung der Juden – die diasporische Lebensform – zum Ausgangspunkt seiner Idee machte, grenzte sich Dubnow von jenen beiden im innerjüdischen Diskurs dominierenden Emanzipationsmodelle seiner Zeit – der Assimilation sowie dem Zionismus – ab. Er argumentierte dabei aus einer die jüdische Geschichte

---

<sup>1</sup> Dubnow war keineswegs der einzige Historiker, für den diese Aussage Geltung hat, vgl. z.B. Michael G. Müller, Majer Balaban (1877–1942) und das Konzept einer polnisch-jüdischen Geschichte, in: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts 2 (2003), 387–406.

<sup>2</sup> Vgl. Weiss, Yfaat, „Wir Westjuden haben juedisches Stammesbewusstsein, die Ostjuden juedisches Volksbewusstsein“. Der deutsch-jüdische Blick auf das polnische Judentum in den beiden ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, in: Archiv für Sozialgeschichte, 37 (1997), 157–178.

<sup>3</sup> Diner, Dan, Zweierlei Emanzipation. Westliche Juden und Ostjuden gegenübergestellt, in: Ders., Gedächtniszeiten. Über Jüdische und andere Geschichten, München 2003 [Erstveröffentlichung 1995], 125–134, 127.

<sup>4</sup> Ebd., vgl. auch Weiss, Yfaat, Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933–1940. Aus dem Hebräischen von Matthias Schmidt (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Bd. 81), München 2000.

zugleich reflektierend-historisierenden wie die Gegenwart praktisch-analysierenden Position heraus: Als „geistig-historische Nation“<sup>5</sup> unterscheidet sich das jüdische Volk, so Dubnow, insofern von den politischen, d.h. staatsbildenden Nationen, als sich der jüdische nationale Charakter aufgrund der lang dauernden Diaspora gerade durch Nichtterritorialität und durch die Absenz eines Staates auszeichne. Der Nationalcharakter der Juden band sich nicht an *ein* konkretes, permanentes Territorium, vielmehr habe es, so Dubnows Argumentation, nach dem Ende des jüdischen Staates und dem Beginn der Diaspora mit dem Babylonischen Exil (587 v. d. Z.), eine Reihe *territorialer, jedoch episodischer Diasporazentren*, teilweise parallel nebeneinander, gegeben. Somit schwebte der jüdische nationale Charakter gleichsam über Territorien, überwinde Grenzen mit Leichtigkeit, denn sie seien nicht sein vordergründiger Bezugsrahmen – und dies war in der Perspektive Dubnows kein zu beklagender Makel, sondern ein markantes und positives nationales Charakteristikum.

“Der Rat [der führenden Gemeinden in Litauen – G.J.] ist ein Glied in der Kette der Autonomie – die essentielle Quelle der Macht der Jüdischen Gemeinden in allen Ländern. Wenn es dieses Glied nicht gegeben hätte, das alle Teile der Diaspora umfasste, hätten nicht all diese Generationen Israels nach der Zerstörung ihres Staates und ihres Landes überlebt. Das Geheimnis des nationalen Überlebens ist abhängig von der positiven Weisung der alten Propheten: ‘Das Zepter soll Judah nicht verlassen.’ Es ist tatsächlich möglich zu sagen, der Königsstaat hat Israel niemals verlassen. Es legte eine Form ab um eine andere anzunehmen.[...] Der Staat ist zerstört und der nationale Körper zerfällt in seine Teile – die Gemeinden. So bauten sie sich selbst an jedem Ort so etwas wie einen Königsstaat in Miniatur.“<sup>6</sup>

Dieses Zitat Simon Dubnows präsentiert jene historische Tradition jüdischer Autonomie in der Diaspora, die den Unterbau für sein modernes Autonomiekonzept Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts darstellte. Die Internalisierung der äußeren Staatsstruktur durch die in der Diaspora atomisierten Gemeinden sicherte auf der Basis der talmudischen Gesetze den Fortbestand der exterritorialisierten Nation. So war jede Gemeinde „ein Königsstaat in

---

<sup>5</sup> Dubnow, Simon, Die Grundlagen des Nationaljudentums, Berlin 1905, 40.

<sup>6</sup> Dubnow, Simon, Pinkas ha-Medinah, Berlin 1925, xi, zitiert nach Pinson, Koppel S., Pinson, Koppel S., The National Theories of Simon Dubnow, in: Jewish Social Studies 10 (1948), 335–358, 347f., (Übersetzung – G. J.).

Miniatur“. Eines der unverzichtbaren Glieder in der Traditionskette, war – so Dubnow – die intermediäre Institution des *waad* (hebr.: Rat). Auf der Grundlage des *kahal*, des jüdischen Gemeinderates, konnte sich in der Doppelmonarchie Polen-Litauen des 16. bis 18. Jahrhunderts eine übergemeindliche Rätestruktur auf Regional- und auf Landesebene ausbilden, deren höchstes Organ der transnationale *waad arba arzot* (hebr.: *Rat der vier Länder* oder *Vierländersynode*) war.<sup>7</sup> Die im Autonomiekonzept immer wieder auftauchenden Rückgriffe auf die Institution des *kahal* im imperialen Polen-Litauen jener Zeit, die in diesem Rahmen zunächst wie eingestreut erscheinen, sind keineswegs nur illustrierenden Charakters. Vielmehr sind sie in der Argumentation von zentraler, ja struktureller Bedeutung. Sie eröffnen den Blick in den Bezugsraum der lange währenden jüdischen Diaspora: Durch die besonderen politischen Bedingungen im Vielvölkerreich Polen Litauen brachte jene Judenheit in der Epoche, die in der Periodisierung der jüdischen Geschichtsschreibung das jüdische Mittelalter darstellt, ein differenziertes Autonomiesystem „einzigartige[n] Charakter[s]“ hervor und entwickelte sich so zu einem „Hegemoniezentrum“ der jüdischen Diaspora.<sup>8</sup>

## 2. Vormoderne Formen jüdischer Selbstorganisation im imperialen Kontext

Juden hatten sich durch die mittelalterlichen Vertreibungen aus Spanien, Frankreich und Deutschland im wirtschaftlich expandierenden Polen bzw. Litauen angesiedelt und bildeten bereits im 16. Jahrhundert das größte aschenasische Zentrum außerhalb Deutschlands.<sup>9</sup> Sie machten dort eine sehr große kompakte, dicht siedelnde Bevölkerungsgruppe aus. Die polnisch-litauische Judenheit bildete seit der Union von Lublin im 16. Jahrhundert die

---

<sup>7</sup> Zu der oft verwirrenden Begriffsvielfalt vgl.: Leszczyński, Anatol, The Terminology of the Bodies of Jewish Self-government, in: Antony Polonsky/ Jakub Basista/ Andrzej Link-Lenczowski (Hg.), *The Jews in Old Poland, 1000–1795*, New York 1993, 132–146. Zum Terminus *waad* bei Dubnow hier eine Auswahl: Ders., „Avtonomia“, (russ.: Autonomie), in: *Evreiskaja Enziklopedia*, 16 Bde., Bd. 1: A–Almemar, St. Petersburg 18xx, 33–35; Ders., *Pinkas ha-Medinah*, Berlin 1925. Ebenso: Ders., Autonomie. I. In der Geschichte, in: *Encyclopaedia Judaica*. Das Judentum in Geschichte und Gegenwart, 15 Bde., 3. Bd.: *Apostel–Beerajim*, Berlin 1929, 749–758.

<sup>8</sup> Ettinger, Shmul, The Council of the Four Lands, in: Antony Polonsky/ Jakub Basista/ Andrzej Link-Lenczowski (Hg.), *The Jews in Old Poland*, 93–109; ebenso: Dubnow, Simon, Die Blütezeit des jüdischen autonomen Zentrums in Polen, in: Ders., *Weltgeschichte des jüdischen Volkes*, [im Folgenden abgekürzt als: WG] 10 Bde., Berlin 1929, Bd. 6, 287–385, Baron, Salo W., The Supercommunity, in: Ders., *The Jewish Community*, 3 Bde., Philadelphia 1945, Bd. 1, 283–347. Vgl. für das west- und mitteleuropäische Judentum: Finkelstein, Louis, *Jewish Self-Government in the Middle Ages*, New York 1924.

<sup>9</sup> Dubnow, Simon, Autonomie. I. In der Geschichte, in: *Encyclopaedia Judaica*, 749–758, 756.

größte jüdische Ansiedlung in Europa, sie wurde zur „größten jüdischen Gemeinde der Welt“.<sup>10</sup> Doch bis zu diesem Zeitpunkt war ihr Siedlungsschwerpunkt in der östlichen Hälfte Polen-Litauens gelegen. Die Judenheit bestand mehrheitlich aus einer urbanen Bevölkerung. Die Entwicklung der jüdischen Kultur in Osteuropa sowie der Beziehungen zum Staat und zu den nichtjüdischen Nachbarn waren einerseits durch das enorme Anwachsen der polnisch-litauischen Judenheit bestimmt, andererseits durch die spezifischen politischen Strukturen des Imperiums.

Polen, das mit Litauen seit dem 16. Jahrhundert dynastisch verbunden war, gehörte in diesem Jahrhundert zu den mächtigsten und größten Staaten Europas und wurde am Ende des 18. Jahrhunderts durch die Teilungen Polens aufgelöst und schließlich unter den angrenzenden Imperien Russland, Österreich und Preußen aufgeteilt.<sup>11</sup> Während andere einflussreiche Länder Europas wie Frankreich, England, Preußen und auch das Zarenreich zu dieser Zeit ihre Macht durch die Einführung eines neuen Verwaltungssystems, das auf der Grundlage der Zentralisierung und Bürokratisierung der politischen Autorität funktionierte, bündelten, war Polen-Litauen diesbezüglich eine Ausnahme.<sup>12</sup> Dort verfestigte sich im Gegenteil das mittelalterliche Ständesystem. Die ständische Gesellschaft Polen-Litauens war – typisch für die europäischen Staaten in der Vormoderne – durch eine Vielzahl von Loyalitäten und Gruppenzugehörigkeiten gekennzeichnet.<sup>13</sup> Sie bestand vielmehr aus einer Vielzahl korporativ verfasster Gruppen, die mit je eigenen Rechten und Pflichten ausgestattet waren. Insbesondere konnte der polnische Adel, die sogenannte *Szlachta*, durch ein umfangreiches Privilegiensystem zu einem prägenden gesellschaftlichen Machtfaktor werden, der sich auch auf das Leben der polnisch-litauischen Judenheit auswirken und schließlich den Niedergang des traditionellen korporativ verfassten Autonomiesystems mitauslösen sollte.<sup>14</sup> Diese Entwicklung trug insgesamt zur Schwächung der soge-

---

<sup>10</sup> Hundert, Gershon David, *Jews in Poland-Lithuania in the 18.<sup>th</sup> Century*, Berkeley, L.A. 2004, 21; vgl. auch Atamuk, Solomon, *Juden in Litauen. Ein geschichtlicher Überblick vom 14. bis 20. Jahrhundert*, hg. von Erhard Roy Wiehn, Konstanz 2000.

<sup>11</sup> Vgl. Baron, Salo, *Poland and Lithuania*, in: Ders., *The Jewish Community*, 3 Bde., Philadelphia 1945, Bd. 1, 283–347; ebenso: Jaworski, Rudolf et al, *Eine kleine Geschichte Polens*. Aber auch: Atamuk, *Juden in Litauen. Ein geschichtlicher Überblick vom 14. bis 20. Jahrhundert*, hg. von Erhard Roy Wiehn, Konstanz 2000, ebenso: Müller, Michael G., *Die alte Republik: Polen-Litauen in der Frühneuzeit (1569–1795)*, in: Rudolf Jaworski/Christian Lübke/ Michael G. Müller, *Eine kleine Geschichte Polens*, Frankfurt a.M. 2000, 151–245.

<sup>12</sup> Vgl. Federowicz, Jan K. (Hg.), *A Republic of Nobles: Studies in Polish History to 1864*, Cambridge 1982.

<sup>13</sup> Vgl. Hundert, Gershon David, *Jews in Poland-Lithuania in the 18.<sup>th</sup> Century*, Berkeley, L.A. 2004.

<sup>14</sup> Vgl. Dubnow, Simon, *Blütezeit des jüdischen autonomen Zentrums in Polen*, in: Ders., *Die Geschichte des jüdischen Volkes in der Neuzeit. Das XVI. und die erste Hälfte des XVII. Jahrhunderts*, Bd. 6, Berlin 1929, 287–385, aber auch: Goldberg, Jakob (Jacob), *Jüdische Stadtbevölkerung im frühneuzeitlichen Ostmitteleuropa*, in: *Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte* 1 (1996), 133–145.

nannten „Adelsrepublik“ bei. Das frühneuzeitliche Polen-Litauen war eine Nation und ein multinationaler und multireligiöser Staat zugleich: Sie war Nation im frühneuzeitlichen, d.h. nicht ethnisch gefassten Verständnis. Demnach war sie „das *corpus politicum* der Republik“, also die „Gemeinschaft der vollberechtigten Staatsbürger bzw. der sie repräsentierenden Stände.“<sup>15</sup> Innerhalb der Staatsgrenzen lebten neben Polen auch Weißrussen, Deutsche, Litauer, Ukrainer, Juden, Armenier und andere ethnische und religiöse Gruppen.<sup>16</sup> Jene Tolerierung resultierte zum einen aus der Schwäche der Zentralgewalt und aus den politischen Werten der *Szlachta*, welche die Bedeutung von politischer Freiheit betonte.

Zwar basierte die ständische Gesellschaft nicht auf der abstrakten Gleichheit ihrer Mitglieder, wie die bürgerliche Gesellschaft in der Epoche der Emanzipation, jedoch gewährte sie in besonderer Weise Gruppenrechte: Jeder war demzufolge Mitglied „eine[r] rechtlich anerkannte[n] Gruppe von Menschen, die bestimmten mit jeweils besonderen Rechten und Pflichten ausgestatteten ständischen Organisationen angehörten.“<sup>17</sup> Dieses Privilegiensystem wirkte sich besonders förderlich auf die jüdische Autonomie aus: Wie die christlichen Stände genoss auch die jüdische Gemeinschaft vollkommene innere Autonomie, doch darüber hinaus tastete der Staat sie weniger an, erschienen sie doch als eine kulturell fremde, in sich geschlossene, isolierte Einheit. Die rechtliche Stellung der Juden war also keineswegs schlechter als die der anderen, sondern – ganz im Sinne des korporativen Systems – wie die jeder anderen Gruppe *besonders*. Die Autonomie in Polen und Litauen ging auf die Judenordnung von 1244 zurück, die Friedrich der Streitbare für die Juden in Österreich erlassen hatte. Zwar war jene für die österreichischen Juden damals von keinerlei praktischer Relevanz, jedoch diente sie wenig später als Modell für die Gesetzgebung für die jüdische Selbstorganisation in Polen und Litauen. Boleslaw der Fromme erließ 1264 das Statut für Polen, ähnlich wie Witold im Jahr 1388 für Litauen. Das polnische Statut wurde zur Grundlage der jüdischen Autonomie.<sup>18</sup> Der polnische König Sigismund II. erweiterte und garantierte diese schließlich im Jahre 1551.<sup>19</sup> Ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts übergab der Monarch die Steuererhebung für die jüdi-

---

<sup>15</sup> Jaworski, Rudolf, Eine kleine Geschichte Polens, Frankfurt am Main 2000, 229.

<sup>16</sup> Vgl. Polonsky, Antony/ Basista, Jakub/ Link-Lenczowski, Andrzej (Hrsg.), The Jews in Old Poland, 1000–1795, New York 1993.

<sup>17</sup> Baron, Salo, Ghetto und Emanzipation, in: Michael Brenner/ Gideon Reuveni et al (Hg.), Jüdische Geschichte lesen. Texte der jüdischen Geschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert, München 2003, 229–241, 231.

<sup>18</sup> Vgl. Landauer, Georg, Die Geschichte der jüdischen Autonomie, in: Ders., Das geltende jüdische Minderheitenrecht, 18–23.

<sup>19</sup> Levitats, Issac, Autonomy, in: Encyclopaedia Judaica, 18 Bde., Bd.3: Anh–Az, Jerusalem 1971, 921–928, 924.

sche Bevölkerung den jüdischen Institutionen. Auf der Grundlage dieser expliziten Anerkennung durch die Krone konnte sich die jüdische Autonomie bis ins 18. Jahrhundert hinein erstaunlich entfalten. Es entwickelte sich das ausdifferenzierteste System jüdischer Selbstorganisation seit der talmudischen Epoche der jüdischen Diaspora. Eine komplexe Gemeindeverwaltung verwob sich mit einem Netz an vielfältigen Hilfsorganisationen, sowie zwischen- und übergemeindlichen Organisationen.<sup>20</sup> Angesichts dieser garantier- ten innerjüdischen Freiheit und kollektiven Vorteile war die Isolation von der nichtjüdischen Welt „kaum eine Katastrophe“<sup>21</sup> – wie Salo W. Baron einschätzte.

Die Basisform jüdischer Selbstorganisation war in der Diaspora die jüdische Gemeinde, die *kehilla*, die alle Bewohner eines Ortes miteinander verband.<sup>22</sup> Mit dem Begriff *kahal* wurde in Polen und Litauen des 16. bis 18. Jahrhunderts die institutionelle Führung der Gemeinde, aber auch die gesamte Gemeinde bezeichnet.<sup>23</sup> Aus dieser begrifflichen Unschärfe ergibt sich ein nicht zu unterschätzendes Problem für die Quelleninterpretation, denn es macht einen Unterschied, ob die Gemeindeführung oder die gesamte Gemeinde mit dem Begriff gemeint ist.<sup>24</sup> Diese Formen von Gemeindeorganisation sind bis in das Altertum zurück verfolgbar, für Deutschland – dem frühen aschkenasischen Zentrum – sind sie im 14. Jahrhundert, für Polen und Litauen im 16. Jahrhundert nachweisbar.<sup>25</sup> Der *kahal* hatte mehr als nur administrative Aufgaben inne: Er verkörperte die kollektiven Werte einer jüdischen Gemeinde auf der Basis der talmudischen Gesetze und stellte so die ethische Autorität auf lokaler Ebene dar. Seit dem Mittelalter waren die Gemeindeinstitutionen in die aschkenasische *halacha*, den talmudischen Verhaltensvorschriften und Lebensregeln seit der nachbiblischen Zeit, integriert. Kamen die talmudischen Gesetze an ihre Grenze, so griff der *minhag* (hebr.: herkömmlicher Brauch). Ebenso unterstand dem *kahal* Kultus, Unterricht und Gerichtsbarkeit. Der Gemeinderat gab alle Regelungen als *takanot* (hebr.: Satzungen, Anweisungen) heraus. Die polnisch-litauische Gemeinde unterschied sich in manchen Aspekten von der anderer Judenheiten: Im Vergleich zu den For-

---

<sup>20</sup> Vgl. Dubnow, Simon, Autonomie. I. In der Geschichte, in: Encyclopaedia Judaica, 749–758 und ebenso: Ders., Das autonome Zentrum der polnischen Judenheit bis zu seinem Verfall, in: Ders., WG 7, 84–226.

<sup>21</sup> Baron, Salo, Ghetto und Emanzipation, 238.

<sup>22</sup> Vgl. Katz, Jacob, Tradition und Krise. Der Weg der jüdischen Gesellschaft in die Moderne, München 2002 [1961], insbesondere Teil 2: Gemeindeinstitutionen und Gemeindestruktur, 84–210.

<sup>23</sup> Vgl. Hundert, Gershon David, Jews in Poland-Lithuania in the 18.<sup>th</sup> Century, Berkeley, L.A. 2004.

<sup>24</sup> Vgl. zu diesem Problem Leszczyński, The Terminology of the Bodies of Jewish Self-government, 132–146.

<sup>25</sup> Balaban, Meir, Kahal, in: Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in 4 Bänden, begründet von Dr. Georg Herlitz und Dr. Bruno Kirschner, Bd. 3: Ib–Ma, Frankfurt am Main 1987<sup>1927</sup>, 525–530, 526.

men der jüdischen Gemeinde der Vergangenheit oder anderer Regionen war die polnisch-litauische *kehilla* aufgrund der wesentlich höheren Zahl ihrer Mitglieder als auch der Heterogenität der Gemeinde hinsichtlich sozialer Gesichtspunkte wie Wohlstand, Beruf und Bildung, gezwungen, ihre Struktur stärker auszudifferenzieren. Die Größe der Gemeinden machte eine Rationalisierung und Hierarchisierung der Struktur erforderlich, an deren Spitze der *kahal*, eine kleinere Gruppe von Repräsentanten, Entscheidungen fällen und auch Sanktionen verhängen konnte.<sup>26</sup>

Der *kahal* war dreistufig organisiert: Es gab Ehrenämter und bezahlte Beamte. Alle Kahal-Würden, d.h. Ehrenpositionen, waren nach einer festgelegten Wahlordnung wählbar, obwohl sich eine Oligarchie herausbilden konnte. Der Differenzierungsgrad der Kahal-Struktur war enorm. An der Spitze standen drei bis sechs *roschim* oder *parnassim* (hebr.: Vorsitzende, Älteste), von denen nach dem Rotationsprinzip einer monatlich als *parnas ha-Chodesch* (hebr.: Vorsteher des Monats) den Vorsitz einnahm. Zu den Ehrenämtern wurden die *boni viri* oder *tovim* (hebr.: die sieben Guten) – denen die Buchhaltung und das Kassenwesen unterstand – und ebenso die *alufim* (hebr.: Kahal-Räte) berufen. Zu den *alufim* zählte man die Spitalväter, die Marktältesten, die Gemeindeältesten sowie die Vorsteher verschiedener Zünfte und ein Reihe besonderer Ehrenämter. In größeren Gemeinden wurden größere Kommissionen gebildet. An der Spitze der bezahlten Beamtschaft stand der *Rabbiner*, der den Titel *morenu* (hebr.: unser Lehrer) trug und somit eine der angesehensten Autoritäten der Gemeinde darstellte. Beamte waren ebenso das Jeschiva-Oberhaupt, der Gemeinderichter, der Stadtschreiber, niedrige Beamte wie etwa das Friedhofspersonal und die Steuerexekutoren, aber auch Spitalsärzte, Hebammen und Apotheker.<sup>27</sup> Deutlich wird an dieser Auflistung, dass der *kahal* den Grundbaustein einer komplexen sozio-politischen Struktur bildete, die alle innerjüdischen Belange auf Gemeindeebene und alle wesentlichen Kontakte zur nichtjüdischen Umwelt und zum Staat für seine Gemeindemitglieder regelte.<sup>28</sup> Eine Ausnahme bildete der *stadlan* (hebr.: Fürsprecher), der in den großen Gemeinden und später auch in den sich herausbildenden regionalen und landesweiten Repräsentationsinstanzen die Aufgabe hatte, einen ständigen Kontakt zur nichtjüdischen Außenwelt zu pflegen. Da er als Ansprechpartner für die weit entfernten staatlichen Behör-

---

<sup>26</sup> Vgl. Katz, Jacob, Tradition und Krise. Der Weg der jüdischen Gesellschaft in die Moderne, München 2002<sup>[1961]</sup>.

<sup>27</sup> Balaban, Meir, Kahal, in: Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden, begründet von Dr. Georg Herlitz und Dr. Bruno Kirschner, Bd. 3: Ib–Ma, Frankfurt a.M. 1987/1927, 525–530.

<sup>28</sup> Levitats, Isaac, Autonomy, in: Encyclopaedia Judaica, 18 Bde., Bd.3: Anh–Az, Jerusalem 1971, 921–928. Autonomy, EJ 3, 921–928, 925.

den fungierte, waren besondere Fähigkeiten für dieses Amt notwendig, die unter der jüdischen Bevölkerung meist nicht weitverbreitet waren: Er musste die Landessprache beherrschen, mit juristischen Begriffen umgehen können sowie Kenntnisse über die rechtliche und politische Staatsstruktur haben und diplomatisches Geschick in die Verhandlungen mitbringen. Da diesem Amt durch die Gemeinde große Bedeutung beigemessen wurde, wurde der *stadlan* von der Gemeinde bezahlt. Darüber hinaus gab es in der Gemeinde auch noch weitere Vereinigungen. Die sogenannten *Bruderschaften* (hebr.: *chevrot*) waren für die Organisierung der Wohlfahrt, Bildung und Kultur zuständig, aber auch zu aktuellen Anlässen entstanden temporär begrenzte Bruderschaften. Sie bildeten „die kleinste Zelle des jüdischen Gemeindelebens“<sup>29</sup> auf lokaler Ebene. Dem *kahal* oblag die Steuererhebung, die ihm der Staat übertragen hatte. Dadurch hatte der *kahal* nicht nur seine Legitimation nach außen erhalten, sondern er wurde vom Staat ausdrücklich für diese Aufgabe gefördert. Dies trug wesentlich und direkt zur Ausbildung der *waadim* bei, der intermediären Strukturen auf Provinzebene und schließlich auf Länderebene.<sup>30</sup> Die Gemeinden waren auf unterster administrativer Ebene zu Kreisverbänden zusammengeschlossen, die im Judenkreistag (hebr.: *waad ha-galil*) repräsentiert wurden. Bereits seit dem 16. Jahrhundert vollzog sich eine übergemeindliche Organisierung. Um den Steuerinteressen der Krone als auch der Landesfürsten gerecht zu werden, die Zugeständnisse in Form von Privilegien an die Juden mit Steuern belegten, hatten sich die Gemeinden in einer Provinz zu sogenannten Judenlandsmanschaften zusammengeschlossen. Um den aufwendigen fiskalischen Kontakt mit den einzelnen Gemeinden staatlicherseits zu reduzieren, wurde die Bildung übergemeindlicher Organisationen auch von der Krone ausdrücklich gefördert. Die 1549 eingeführte landesweite Kopfsteuer für die jüdische Bevölkerung machte eine intensivere Kooperation zwischen den jüdischen Bevölkerungen der einzelnen Provinzen erforderlich und so kam es schließlich 1550 zur „höchsten Ausbildung in der Institution des Judenreichstages“ für Polen und parallel für Litauen.<sup>31</sup> Im *waad arba arzot*, dem Vier-Länderrat<sup>32</sup> hatten sich – zumindest zeitweise – die Repräsentanten der Juden der vier Provinzen Großpolen, Ma-

---

<sup>29</sup> Levitats, *Autonomy*, 928.

<sup>30</sup> Vgl. Baron, Salo *The Jewish Community*, 3 Bde., Philadelphia 1945, Bd. 1, 283–347; ebenso: Landauer, Georg, *Das geltende jüdische Minderheitenrecht. Mit besonderer Berücksichtigung Osteuropas*, Leipzig und Berlin 1924, 19–22.

<sup>31</sup> Vgl. ebd., aber auch: Biale, David, *Corporate Power in the Middle Ages*, in: Ders., *Power and Powerlessness in Jewish History*, New York 1986, 58–86, 71.

<sup>32</sup> Vgl. Dubnows Lexikoneintrag zum Vierländerrat: Ders., *Council of Four Lands*, in: *Jewish Encyclopedia*, 12 Bde., Bd. 4: *Chazars–Dreyfus Case*, New York und London 1903, 304–308.

sowien, Kleinpolen und Reussen zusammengeschlossen. Zu den Delegierten des Rates, welche die führenden Gemeinden und die regionalen Räte repräsentierten, kamen noch delegierte Rabbiner hinzu, die ein Oberstes jüdisches Gericht für Belange der *halacha* auf Reichsebene bildeten.<sup>33</sup> Die besondere Bedeutung dieser Einrichtung besteht in der Tatsache, dass damit fast 200 Jahre lang eine permanente zentrale Repräsentativorganisation der Juden existierte.<sup>34</sup> Die Delegierten der Kreistage und der freien Städte wählten ein Vollzugsorgan, bestehend aus dem Reichsjudenmarschall, dem Sekretär und dem Schatzmeister. Die Aufgaben der *Vierländersynode* umfassten neben der Einsetzung des Obersten Jüdischen Gerichtshofes, die Gesetzgebung, die Regelung sämtlicher wirtschaftlicher Angelegenheiten und die Verteilung der Staatsabgaben.

Die Forschung ist sich darüber einig, dass es im 18. Jahrhundert zu einer allgemeinen Krise des Kahal-Systems kam.<sup>35</sup> In Westeuropa wurde diese Krise durch die *Haskalah*-Bewegung, im Osten Europas durch die chassidische Volksbewegung ausgelöst. Beide stellen „Wendepunkte“ für die traditionelle jüdische Gesellschaft dar und kündigen einen „radikal neuen Prozess“ an.<sup>36</sup> Zwar wandte sich der Chassidismus, anders als die *Haskalah*-Bewegung, nicht prinzipiell gegen die Tradition und deren religiöse Formen, jedoch veränderte er deren Grundlage, indem er alternative Werte, Emotionen und Vorstellungen anbot und dadurch die bis dahin geltende Autorität und somit das Kahal-System und seine Repräsentanten in Frage stellte. Durch diesen innerjüdischen Konflikt wurde die Durchsetzungsmacht der Gemeinden nach innen und außen wesentlich geschwächt. Die Gemeinden konnten die einsetzende wirtschaftliche Krise, in welche die polnische Judenheit in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts geriet, mit den bis dahin üblichen Mitteln nicht mehr regulieren. Darüber hinaus führte der Konflikt zwischen Krone und *Szlachta* innerhalb des polnisch-litauischen Staates zu einer Dezentralisierung, aber nicht zu einer tatsächlich dauerhaften Neuordnung der Macht. Die intermediären Strukturen der jüdischen Selbstverwaltung wurden geschwächt, weil sie sich nun lokalen Autoritäten unterordnen mussten.<sup>37</sup> Diese

---

<sup>33</sup> Ebd.

<sup>34</sup> Ettinger, Shmul, The Council of the Four Lands, in: Antony Polonsky/ Jakub Basista/ Andrzej Link-Lenczowski (Hg.), *The Jews in Old Poland, 1000–1795*, New York 1993, 93–109.

<sup>35</sup> Vgl. Levitats, Isaac, *The Jewish Community in Russia, 1772–1844*, New York 1943; Hundert, *Jews in Poland-Lithuania in the 18.<sup>th</sup> Century*, besonders das Kapitel: Was there a Communal “Crisis” in the Eighteenth Century?, 99–119; Lederhendler, Eli, *The Decline of the Polish-Lithuanian Kahal*, in: Anthony Polonsky (Hrsg.), *Polin* 2 (1987), 140–162.

<sup>36</sup> Katz, Jacob, *Tradition und Krise. Der Weg der jüdischen Gesellschaft in die Moderne*, München 2002 [1961], 225.

<sup>37</sup> Ebd, besonders das Kapitel: Geschichtliche Wendepunkte, 225–232.

Entwicklung begann etwa mit dem 17. Jahrhundert, ab diesem Zeitpunkt ist eine wachsende Einflussnahme der regionalen Autoritäten in die Angelegenheiten der Gemeinden festzuhalten. So mussten nun etwa Urteile des rabbinischen Gerichtes vom Stadtherrn bestätigt, und Rabbiner konnten nur noch mit der Bestätigung des Stadtherrn berufen werden. Auch die Beschlüsse des *kahal* mussten dem Stadtherrn von nun an zur Kenntnis und Bestätigung vorgelegt werden. Zwar brachte das Reich durch seine dezentralisierte Macht eine Schwächung der jüdischen autonomen Institutionen, da sie auf jede politische Veränderung im äußeren staatspolitischen Machtgefüge anfällig reagierten. Schließlich hatten sie ihre wesentliche Legitimitätsgrundlage und Daseinsberechtigung durch die nichtjüdischen Autoritäten erhalten, d.h. die Sicherheit der Gemeindeinstitutionen lag *nicht innerhalb* der Gemeinde. Jedoch brachte das Fehlen einer ordnenden Zentralgewalt mit sich, dass sich vielfältige Wechselbeziehungen zwischen Juden und den einzelnen ethnischen Gruppen der multiethnisch zusammengesetzten Bevölkerung Polen-Litauens entwickeln konnten.<sup>38</sup>

Der Staat zog mehr und mehr Aufgaben der Stände an sich und höhlte das korporative System so stetig aus. Autonome Korporationen, wie die jüdische, konnten von nun an nicht mehr geduldet werden. Er übernahm die Steuereintreibung wieder direkt. Damit war das fiskalische Interesse des Staates an den übergemeindlichen Institutionen der jüdischen Gemeinden – einst Anlass und Legitimation für das Entstehen dieser ausdifferenzierten Selbstverwaltung und das Lebenselement der Autonomie – erloschen. Der einsetzende Niedergangsprozess der alten jüdischen Autonomie ist an zwei historische Daten gebunden: Es ist die offizielle Abschaffung der *Vierländersynode* 1764 in Polen und Litauen und schließlich die Abschaffung des *kahal* 1844 in Russland durch den Staat. Nichtsdestotrotz konnten sich die Gemeindestrukturen in Polen und Litauen noch eine gewisse Zeit erhalten, da ihnen der Staat die Aufgabe der Schuldenverwaltung überließ. Mit den Teilungen Polens am Ende des 18. Jahrhunderts erhielt das Zarenreich nicht nur neue Gebiete, sondern auch die Einheit bildende, kompakt siedelnde polnisch-litauische Judenheit. Der *kahal* blieb in jenem Gebiet, das den so genannten Ansiedlungsrayon<sup>39</sup> formte, auch über diese Zeit noch länger bestehen, denn

---

<sup>38</sup> Vgl. Goldberg, Jacob, Juden in Polen und Litauen. Warum und auf welche Weise geht man ihrer Geschichte nach?, in: Annäherungen. Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur in Mittel- und Osteuropa, hg. von Stefi Jersch-Wenzel, Günther Wartenberg im Auftrag des Simon-Dubnow-Instituts Leipzig, Leipzig 2002, 15–30.

<sup>39</sup> Dies waren Weißrussland, die Provinzen Minsk, Podolien, Kiev, Vilna und Grodno, Chernigov, Poltavien, Ekaterinoslav, die Region Tavrda sowie zu verschiedenen Zeiten hinzugekommen die Provinzen Kurland, Livland, Astrachan, Bessarabien und die Region Belostok, vgl. Levitats, Isaac, *The Jewish Community in Russia, 1772–1844*, New York 1943.

der Staat übernahm zunächst auch aus pragmatischen Gründen in unveränderter Form die dort gewachsene korporative Struktur und erkannte sie zunächst an, da Russland bis dahin keine wesentliche jüdische Bevölkerung beherbergt hatte. Der *kahal* wurde jedoch auch in Russland 1844 offiziell abgeschafft.<sup>40</sup>

Simon Dubnow plädierte für eine moderne jüdische Autonomie durch die bewusste Wiederbelebung der in der Diaspora gewachsenen und nun zu reformierenden Autonomiestruktur. Aufgrund des Grades an Ausdifferenzierung der Autonomieinstitutionen griff er in besonderer Weise auf die Strukturen in Polen und Litauen zurück. Für ihn fungierte die Figur des *kahal* als das zentrale Grundelement traditionell-jüdischer Autonomie, pars pro toto als Sinnbild für das System national-kollektiver Repräsentanz. Auch die vormoderne 'Superinstitution' des transnationalen Rates, der *Vierländersynode*, fand Ausdruck in seinen Vorschlägen für die Etablierung moderner Repräsentationsorgane der jüdischen Nation.

### 3. Die Kahal-Rhetorik im Autonomiekonzept

Israel Bartal ist es zu verdanken, dass der Aspekt der spezifischen Funktion und Bedeutung, welche die traditionellen Institutionen jüdischer Autonomie – *kahal* und *waad* – innerhalb des Dubnow'schen Denkmodells ausfüllten, Eingang in die fachliche Diskussion fanden.<sup>41</sup> Das Kahal-System repräsentierte für Dubnow das Sinnbild jüdischer Autonomie, und dies – wie ich im Verlauf der Arbeit noch zeigen werde – überzeitlich, überregional. Bei Dubnow hatte der *kahal*, neben seinen *konkreten* jeweils historischen Gestalten, die Funktion einer *abstrakten* Figur, die als Konstante für die aktive autonome Gestaltung der jüdischen Lebensverhältnisse und des Verhältnisses zur nichtjüdischen Umgebung durch die Gemeindeorganisation in der Diaspora stand. Seine Argumentation in der Frage, wie eine nationale Zukunft der Juden aussehen möge, ist geradezu durchdrungen von einer Kahal-Rhetorik. Simon Dubnows Rückgriff auf den *kahal* veränderte sich im Laufe der Jahre von einer expliziten Kahal-Rhetorik in eine Rhetorik, die mehr und mehr auf den direkten Verweis auf den *kahal* verzichtete, ihn aber keineswegs inhaltlich aufgab. Vielmehr explizierte Dubnow stärker die Funktionen und die

---

<sup>40</sup> Vgl. Lederhendler, Eli, The Decline of the Polish-Lithuanian Kahal, in: Anthony Polonsky (Hg.), *Polin* 2 (1987), 140–162.

<sup>41</sup> Bartal, Israel, Dubnow's Image of Medieval Autonomy in: Greenbaum, A.; Groberg, K., *A Missionary for History. Essays in Honor of Simon Dubnov*, Minneapolis 1998, 11–18.

Struktur des *kahal* der Vormoderne und rettete die Idee der Autonomie so in die moderne Welt. Diese Veränderung in der Rhetorik und Argumentationsweise lässt sich am Beispiel zweier Varianten des „Briefes“ zum *Autonomismus* aufzeigen. Es handelt sich um die von ihm überarbeitete Fassung des Briefes „*Autonomismus*“, die 1907 in einem Sammelband in russisch erschien, sowie um die englische Fassung im Sammelband von Koppel S. Pinson, die sich an der spätesten, 1937 in Hebräisch erschienenen und von Dubnow noch einmal überarbeiteten Fassung orientierte.<sup>42</sup> Neben wesentlichen Kürzungen, dem Entfernen des unmittelbaren Bezugs auf Ereignisse und Diskussionen der Entstehungszeit des Konzeptes, muss auch die Verwandlung in eine fast ausschließlich implizite und abstrakt gehaltene *Kahal*-Rhetorik festgehalten werden. In jener spätesten Fassung erscheint der *kahal* nur ein einziges Mal und zwar bar jeder konkreten räumlichen Einordnung. Dubnow betonte damit eine Kontinuität und Formstabilität jenseits geographischer Räume:

„Up to the nineteenth century the community (kehilla) was the basis of Jewish autonomy in the lands of the Diaspora. [...] The *kahal* took care of matters of communal welfare, supervised economic life, education, and tax collection for the government, while the rabbinic tribunals adjudicated cases involving family and financial matters.“<sup>43</sup>

Generell lässt sich feststellen, dass seine Argumentation in dieser spätesten Fassung des „*Autonomismus*“-Briefes auf einer wesentlich abstrakteren Ebene stattfand. In jener Fassung legte Dubnow zwar die Inhalte und Funktionen des *kahal* weiterhin zugrunde, jedoch ohne diese Institution so hervorgehoben zu benennen. Im Text der wesentlich früher entstandenen russischen Fassung des *Autonomismus*-Briefes von 1907 dagegen ist die Figur des *kahal* noch deutlich präsenter. Dies lässt sich an drei exponierten Stellen zeigen: 1. Dubnows Ausführungen zu den Errungenschaften der Phase der Isolation am Beispiel Polens, 2. in seiner Beschreibung der Bedingungen zur Erlangung der Autonomie für die russische Judenheit, insbesondere in seiner Auseinan-

---

<sup>42</sup> Es sind die Texte: Pisma o starom i novom evreistve. Pisma 4-oe. Awtonomism, kak osnowa nazionalnoi programmy [Briefe über das alte und neue Judentum. 4. Brief. Autonomismus als Grundlage des nationalen Programms], in: DERS., Pisma o starom i novom jevreistve (1897–1907), [Briefe vom alten und neuen Judentum (1897–1907)], St. Petersburg 1907 (in der Arbeit wird die unveröffentlichte Übersetzung von Alexej Dörre verwandt, 1–32). Aber auch: Ders., Autonomism, The Basis of the National Program, in: Ders., Nationalism and History, 131–142.

<sup>43</sup> Dubnow, Simon, Autonomism, The Basis of the National Program, in: Ders., Nationalism and History, 131–142, 138.

dersetzung mit dem Einwand der *Kahalnost* (russ.: Kahalverfasstheit) gegen den *Autonomismus* und schließlich 3. in seiner Beschreibung eines zu konstituierenden gesamtjüdischen Kongresses:<sup>44</sup> Für Dubnows Argumentation erfüllte der *kahal* aus polnisch-litauischer Zeit mehrfache Funktionen. Auch hier offenbart sich die dialektische Vermittlung von Partikularität und Universalität: Abstrakt symbolisiert der *kahal* in seiner Grundform die Kontinuität von jüdischer Selbstbestimmung, konkret aber steht er zugleich auch für die außerordentlich weitgefächerte und feingliedrige Gesamtorganisation der Juden in Polen-Litauen, die sich auf seiner Basis ausbilden konnte und in der jüdischen Geschichte als Blütezeit nationaler Autonomie betrachtet werden muss, denn lange Zeit nach der Aufhebung des Patriarchats in Palästina und des Exilarchats in Babylonien entstand „zum ersten Mal wieder eine zentrale Körperschaft in Form der zwei *waadim*: des ‘*Vierländerwaad*’ in Polen und des ‘*Waad der Hauptgemeinden*’ in Litauen“, wie Dubnow in einem enzyklopädischen Eintrag in der *EJ* hinwies.<sup>45</sup> Er ging davon aus, dass nach dem Niedergang dieser institutionellen Autonomie dieses Erbe langsam an Leben verlor, nahm nicht wahr, dass die nichtinstitutionalisierte Volksbewegung des Chassidismus wesentliche Elemente der verlorenen Institutionen aufnahm und bewahrte. Als Ursache für Dubnows Übersehen der Fortexistenz von autonomen Elementen in religiösen Organisationen führte Israel Bartal dessen ausgeprägte säkulare Einstellung an.<sup>46</sup> Die Leerstelle, die durch den Niedergang der alten Autonomieformen entstand, wurde, so Bartal weiter, durch unterschiedliche kollektive Formen ausgefüllt: z.B. Nationalismus, Historiografie, neue religiös geprägte Organisationsformen – den Bruderschaften, den Talmudschulen und den chassidischen Gerichten –, aber auch durch soziale Phänomene, wie der *Haskala*. Die *Maskilim* in Österreich-Ungarn und im Russländischen Imperium könnten, dieser Argumentation folgend, vergleichbar mit anderen Nationalbewegungen in Mittel- und Osteuropa, als frühe Stufe des Nationalismus gelten. Es handele sich dabei um einen Nationalismus einer ethnischen Gruppe, die den Übergang von einer korporativen, kollektiven Identität zur Staatsangehörigkeit in einem zentralisierten Staat macht, ein Nationalismus, der seinen Platz eher innerhalb der Imperien findet, anstatt gegen jene zu rebellieren.<sup>47</sup>

---

<sup>44</sup> Ebd., 26.

<sup>45</sup> Ders., Autonomie, in: *Encyclopedia Judaica*, 3. Bd.: Apostel–Beerajim, Berlin 1929, 749–758, 756.

<sup>46</sup> Bartal, Israel, *From Corporation to Nation. Jewish Autonomy in Eastern Europe, 1772–1881*, Unveröffentlichtes Manuskript, 10. Darüber hinaus: Seltzer, Robert M., *The Secular Appropriation of Hassidism by an East European Jewish Intellectual*, Dubnow, Renan and the Besht, in: *Polin* 1 (1986), 151–162.

<sup>47</sup> Bartal, *From Corporation to Nation. Jewish Autonomy in Eastern Europe, 1772–1881*, 10f.

In seiner vergleichenden Perspektive hob Dubnow bei der Analyse der Ausgangsbedingungen der Judenheiten in den Hauptdiasporaländern den Aspekt hervor, dass zwar „seit der Zerschlagung des *kahal* unter Nikolai I. [den Gemeinden] offiziell nicht einmal der Status juristischer Personen zugesprochen“ wurde, jedoch hätten sich durch eine isolationistische Staatspolitik gegenüber den Juden „die Reste einer alten Selbstbestimmung erhalten“.<sup>48</sup> Dies hat zum einen damit zu tun, dass im russländischen Kontext der *kahal* zu dieser Zeit zwar seit 1844 als Realinstitution formell nicht mehr bestand, indes aber zu einem Hauptmotiv der judeophoben Stimmung in der russländischen Gesellschaft wurde. Der zum Christentum konvertierte Jude Jacob Brafmann hatte bereits 1869 mit seinem *Buch vom Kahal*<sup>49</sup> den Juden vorgeworfen, den *kahal* insgeheim weiterzuführen, sich so „abzuseparieren“, die Masse der Juden gegen die russische Regierung aufzustacheln und einen internationalen „Welt-Kahal“ zu organisieren.<sup>50</sup> Das *Buch vom Kahal* wurde nicht nur auf Staatskosten gedruckt und an alle amtlichen Stellen in Russland verschickt, sondern auch zur Grundlage für die „Kommission zur Umgestaltung des jüdischen Lebens“, die der „Absonderung der Juden“ entgegenwirken sollte. Insofern hatte es verschärfenden Einfluss auf die zaristische Politik gegenüber den Juden und heizte die antisemitische Stimmung in der Bevölkerung weiter an. Ausführlich ging Dubnow auf den Einwand der ‚Kahalnost‘, das Rekurrenzen auf die traditionelle Autonomie, gegen das Autonomiekonzept ein, dem alten Vorwurf gegen die Juden, einen ‚Staat im Staate‘ zu bilden. Diese Anfeindung schürte die Angst in der russländischen Judenheit, dem virulenten Vorwurf des geheimen Fortbestehens der alten Autonomie in Form eines separatistischen, auf Isolation bedachten *kahal*<sup>51</sup> allein mit der Thematisierung Material zu liefern. Dubnow stand mit seinem überaus positiven Rückgriff auf den *kahal* in der innerjüdischen Diskussion einer skeptischen Mehrheit gegenüber. In den 70-iger Jahren des 19. Jahrhunderts eröffnete ein Teil der russischen Presse – wie Dubnow es nannte – „eine Hetzkampagne“ gegen den „Welt-Kahal“ „mit dem Segen des Sykophanten

<sup>48</sup> Dubnow, *Autonomismus*, 1907, 13f. (Hervorhebung durch mich – G. J.).

<sup>49</sup> Katz, Jacob, *A State within a State. The History of an Anti-Semitic Slogan*, Jerusalem 1969, 26; aber auch: Friedlaender, *The Jews of Russia and Poland*, 153; ebenso Levitaz, J., *The Authenticity of Brafman[n]’s “Book of the Kahal”* in: *Zion* 3 (1938), 170–178, (in hebr.).

<sup>50</sup> Bei Brafmann direkt: Brafmann, Jacob, *Das Buch vom Kahal, Das Buch von der Verwaltung der jüdischen Gemeinde*, 2 Bde., Leipzig 1928, 2. Bd., V. Siehe auch: Dubnow, *History of the Jews in Russia and Poland*, Philadelphia 1920, Bd. 2., 188.

<sup>51</sup> Dubnow, Simon, *Buch des Lebens. Erinnerungen und Gedanken. Materialien zur Geschichte meiner Zeit*, hg. von Verena Dohrn (Hg.), 3 Bde., Bd. I, 184, (Hervorhebung durch mich – G.J. ). Weiterführend dazu: Brafman, *Kniga Kagala. Materialy dlja izučenija evrejskago byta* (Buch des Kahals. Materialien zum Studium der jüdischen Lebensweise), Wilna 1869, bzw. die deutsche Ausgabe: Ders., *Das Buch vom Kahal*, 2 Bde., Leipzig 1928.

Brafmann“.<sup>52</sup> Entgegen der allgemeinen jüdischen Meinung, die zumindest gegenüber der staatlichen Obrigkeit den *kahal* genauso verdammt wie jene selbst, vertrat Dubnow seine isolierte Position wie folgt: „Was soll die *Kahalnost* sein? Es ist die bekannte Form, in der sich die Solidarität jüdischer Interessen auf religiöser, gemeinschaftlicher und nationaler Ebene ausdrückte.“<sup>53</sup> Viel später schrieb Dubnow, das antisemitische Stereotyp positiv wendend: „Aber die Versammlung Israels geht seinen historischen Weg weiter und sagt: ‚Wirklich, ein ‚Staat im Staate‘‘, eine nach innen autonome Gruppe in einer nach außen politischen Gruppe und die Natur der Dinge billigt es.“<sup>54</sup> Doch repressive Staatspolitik, wachsender Antisemitismus und die Pogromstimmung der Bevölkerung brachten die jüdischen Autoritäten und viele der assimilierten russländischen Juden dazu, die Reste der alten Autonomie zu verleugnen bzw. sie selbst zu zerstören. Dubnow dagegen bezog sich positiv auf die „Reste einer alten Selbstbestimmung“.<sup>55</sup> Während die jüdischen Autoritäten versuchten, die – *pinkasim* – (hebr.: Aufzeichnungen des *kahal* und des *waad*) vor der nichtjüdischen Öffentlichkeit zu schützen, aus Sorge, es könne den antisemitischen Positionen in die Hände spielen, hatte Dubnow vor, die *pinkas ha-Medinah* zu veröffentlichen, um den Wert dieser alten Autonomieinstitution zu würdigen und daran anzuknüpfen. Wie stark jene Furcht war, lässt sich an der Tatsache ablesen, dass die von Dubnow geplante und bereits druckfertige Publikation der *pinkas ha-Medinah* durch jüdische Autoritäten aus diesem Grunde in Russland unterbunden wurde und erst viele Jahre später in Berlin publiziert werden konnte.<sup>56</sup>

Die Kahal-Figur taucht schließlich in seiner Idee von einer künftigen „Gesamtorganisation“<sup>57</sup> der Juden auf. Darin verbindet sich die „alte Autonomie“ der Vergangenheit mit der „neuen Autonomie“ der Gegenwart und Zukunft. Auf der Grundlage der „Idee der jüdischen Solidarität“ forderte er „eine andere, vollkommener und den Lebensbedingungen angepasstere Organisation, die unsere nationalen Interessen bewahrt. Und wenn man diese neue Organisation mit dem jüdischen Wort ‚*kahal*‘ bezeichnen will, so haben wir

---

<sup>52</sup> Dubnow, Simon, Weltgeschichte des jüdischen Volkes. Von seinen Uranfängen bis zur Gegenwart. In 10 Bänden, Berlin 1929, Bd. 10, 460.

<sup>53</sup> Ders., Autonomismus, 1907, 26.

<sup>54</sup> Ders., *Pinkas ha-Medinah*, xi, zitiert nach Pinson, Koppel S., The National Theories of Simon Dubnow, in: Jewish Social Studies 10 (1948), 335–358, 347f., (Übersetzung – G. J.).

<sup>55</sup> Ebd., 14. Zur Staatspolitik in Russland vgl. auch: Löwe, Heinz-Dietrich, Antisemitismus und reaktionäre Utopie. Russischer Konservatismus im Kampf gegen den Wandel von Staat und Gesellschaft, 1890–1917, Hamburg 1978.

<sup>56</sup> Vgl. Dubnow, *Pinkas ha-Medinah*, Berlin 1925.

<sup>57</sup> Ders., Autonomismus, 1907, 26.

nichts dagegen einzuwenden.“<sup>58</sup> Auf diesen Aspekt der Verwendung wird später näher einzugehen sein, wenn die Zukunftsvorstellungen Dubnows beleuchtet werden.

Simon Dubnows historiografische ‘Erfindung’ des *kahal* in der jüdischen Historiografie kann beispielhaft für die Historiografie des 19. Jahrhunderts stehen. Sie wies eben jene typische Paradoxie auf, sich einerseits mit wissenschaftlichen Methoden in eine professionalisierende Wissenschaft zu verwandeln, andererseits hatte sie die Erschaffung von Mythen und die Erfindung von Tradition zum Inhalt.<sup>59</sup> Die Neuartigkeit der Dubnow’schen Idee der Autonomie liegt nicht nur in der Vermittlung zweier sich scheinbar ausschließender Emanzipationskonzepte – der individuellen und der kollektiven Emanzipation. Dubnow benutzte die autonomen Institutionen im Sinne der Betonung des kollektiven Charakters zur Schaffung einer nationalen Identität – nämlich Quelle der politisch-nationalen Erneuerung für das jüdische Volk zu sein. Schon Israel Bartal relativierte Dubnows *kahal*- und *waad*-Begeisterung allerdings insofern, dass diese Institutionen nie jene Macht und Unabhängigkeit von imperialen Autoritäten inne hatte die Dubnow ihnen in seinem idealisierten Bild nachsagte.<sup>60</sup>

#### 4. Die säkularisierte Nation

Dubnows Begriff von der *säkularisierten Nation* könnte als Motto seiner Zukunftsvision gelten. Demnach könne die jüdische Nation nicht mehr von der religiösen Klammer zusammengehalten werden, sondern müsse auf eine zeitgemäße, d.h. säkulare Basis gestellt werden. Für ihn stand außer Frage, dass eine nationale Zukunft der Juden weiterhin wesentlich in der Diaspora liegen würde. Im Rahmen der Massenauswanderungen hielt er zwar die Etablierung eines jüdischen Zentrums in Palästina für wahrscheinlich und wünschenswert. Davon erhoffte er sich wichtige national-kulturelle Impulse für das gesamte Judentum – etwa die „Wiederherstellung eines verlorene[n] Merkmal[s], z.B. der Wiederbelebung des Hebräischen als Umgangssprache“.<sup>61</sup> Die zionistische Idee jedoch, einen jüdischen Staat in Palästina zu

---

<sup>58</sup> Ebd., (Hervorhebung durch mich – G. J.).

<sup>59</sup> Vgl. Hilbrenner, Anke, *Re-invented?* [unveröffentlichtes Manuskript], ebenso über einen jüdischen Historiker Polens: Müller, Michael G., Majer Balaban (1877–1942) und das Konzept einer polnisch-jüdischen Geschichte, in: Dan Diner, (Hg.), *Jahrbuch des Simon Dubnow Instituts* 2 (2003), 387–406.

<sup>60</sup> Vgl. Bartal, *Dubnov’s Image of Medieval Autonomy*, 15.

<sup>61</sup> Dubnow, Simon, *Autonomismus*, 1907, 23.

gründen, betrachtete er mit großer Skepsis. Zum einen glaubte er nicht an die „Errichtung eines ‘vom internationalen Völkerrecht garantierten’ jüdischen Staates“<sup>62</sup> in naher Zukunft, denn er sah keine entsprechenden Anzeichen in der Politik des Osmanischen Reiches noch der „großen Königreiche“, welche dies hoffen lassen würden. Zum anderen warnte er davor, das Streben nach einem jüdischen Staat gegen das Streben nach Autonomie in den Diasporaländern auszuspielen und „mit diesem fernen *partikularen* Ideal [eines jüdischen Staates – G.J.] nicht das Schicksal des *gesamten* Judentums [zu] verbinden oder es gar davon abhängig [zu] machen, denn es wird insgesamt dadurch bestimmt, inwieweit unser Volk in allen Ländern der Diaspora direkt agiert, um nationale Selbsterhaltung und autonome Entwicklung zu erreichen.“<sup>63</sup> Sein Autonomiekonzept sah Dubnow ganz und gar in der Gegenwart verwurzelt. Er setzte auf die erneuernde Kraft durch die Emigration – „unserer jahrhundertelangen Wanderung“<sup>64</sup> – die den nationalen Charakter des jüdischen Volkes im Laufe der Geschichte so geprägt hatte. Der Traum von einem jüdischen Staat konnte in seinen Augen zu dieser Zeit lediglich ein Fernziel sein. Das nationale Hegemoniezentrum der Zukunft sah er somit nicht in Palästina, sondern in Amerika. Die begonnene massenhafte Auswanderung von Juden aus Russland nach Amerika sei „mehr als die teilweise Verlagerung eines geografischen Zentrums: es ist womöglich die Verlagerung des nationalen Zentrums, eine neue Aufteilung der kulturellen Hegemonie im Judentum.“<sup>65</sup> Für Dubnow hieß jüdisches Leben vornehmlich Diaspora, und Diaspora Autonomie. Die Säkularisierung, die er für die Erneuerung der jüdischen Diaspora forderte, war keineswegs eine Abkehr von Tradition und Religion. Vielmehr müssten auch die Juden mit ihren Institutionen einen Schritt vollziehen, welche die Moderne einforderte – die Trennung von Religion und Staat. Die Religion aber von der jüdischen Nation zu trennen, hätte für Dubnow bedeutet, die „integrale Grundlage der nationalen Kultur“<sup>66</sup> zu zerstören, denn er verstand das Judentum als ein „Kultursystem“.<sup>67</sup> So vertrat er die Ansicht, es sei unmöglich für einen Juden, eine andere Religion anzunehmen und sich gleichzeitig auf seine jüdische Nationalität zu beziehen und 1926/27 insistierte er auf seiner Forderung nach Säkularisierung der jüdischen Nation: „Indem wir die *Verweltlichung der Nationalidee* und ihre Trennung von der Religion anstreben, wollen wir nur, dass die Religion nicht

---

<sup>62</sup> Ebd., 22, (Hervorhebung im Original – G. J.).

<sup>63</sup> Ebd., 23, (Hervorhebungen im Original – G. J.).

<sup>64</sup> Ebd., 22.

<sup>65</sup> Ebd., 22.

<sup>66</sup> Ders., Mikhtabim, (hebr.: Briefe), Tel Aviv, 1937, 18.

<sup>67</sup> Pinson, *The National Theories of Simon Dubnow*, in: *Jewish Social Studies* 10 (1948), 335–358, 344.

vorherrschen, nicht aber, dass sie aus dem geistigen Besitzstand der Nation ganz und gar ausgeschaltet werden soll“.<sup>68</sup> Für das nicht-staatsförmige jüdische Volk hieß das, die Institutionen des jüdischen Lebens vom religiösen Mantel zu befreien. „Harmonie zwischen Humanismus und Nationalismus, zwischen den Forderungen des modernen Juden und den Forderungen des nationalen Kollektivs. Der *Autonomismus* entspringt der Vorstellung vom Judentum nicht als religiöser Nation, sondern als kulturhistorischer Nation an sich“.<sup>69</sup> War früher die religiös durchdrungene Gemeinde die Einheit der Selbstverwaltung, so müsse nun „die nationale Gemeinde diese Einheit bilden, die sowohl Gläubige und Nichtgläubige eint. Eine *säkularisierte Gemeinde* kann heute zu einem wirksameren Werkzeug der nationalen Vereinigung werden, als die bisherige religiöse Gemeinde, die automatisch die gesamte freidenkerische Intelligenzija ausschließt. Ein Verband derartiger Gemeinden in jedem Land und ein alljüdischer Verband der gesamten Diaspora könnten höchste repräsentative Organe unserer *internationalen* Nation werden.“<sup>70</sup> Dieser Offenheit war Simon Dubnow selbst verpflichtet. Koppel S. Pinson betonte zu Recht Dubnows hohes Maß an Integrationswillen gegenüber unterschiedlichen jüdischen Positionen in seiner Konzeptualisierung eines jüdischen Nationalismus. Sein *Autonomismus* war im Vergleich zu anderen zeitgenössischen jüdischen Nationalismustheorien offener, allgemeiner, allumfassender angelegt, das machte seine enorme Integrationskraft aus, die es ermöglichte, von verschiedensten Strömungen innerhalb des Judentums anerkannt zu werden, sofern sie der jüdischen Diasporaexistenz nicht völlig ablehnend gegenüberstanden, denn sie bildete schließlich das Fundament für seine Theorie.<sup>71</sup> Durch Säkularisierung sah er die alte auf dem *kahal* beruhende traditionelle Autonomieform, in eine moderne Organisationsform modernisierungsfähig. Das Diasporavolk der Juden, oder in den Worten Dubnows – die „internationale Nation“ – würde auf der Basis der traditionellen Autonomie in eine *säkulare Nation* transformiert werden.

---

<sup>68</sup> Dubnow, Simon, Das alte und das neue Judentum, in: Der Jude. Sonderheft Judentum und Deutschtum, Berlin 1926–1927, 32–57, 48 (Hervorhebung durch mich – G.J.).

<sup>69</sup> Ders., Buch des Lebens. Erinnerungen und Gedanken. Materialien zur Geschichte meiner Zeit, hg. von Verena Dohrn (Hg.), 3 Bde., Bd. I, 387f.

<sup>70</sup> Ebd., 388.

<sup>71</sup> The National Theories of Simon Dubnow, in: Jewish Social Studies 10 (1948), 335–358, 349, ebenso: Janowsky, Oscar, The Jews and Minority Rights, 1898–1919, New York 1933, 62.

## 5. Die Verwandlung der traditionellen Autonomie in moderne Politikformen

Die Modifizierung der traditionellen Autonomie in politische Formen der Moderne kann ganz im Zeichen des von Simon Dubnow in der jüdischen Geschichte ausgemachten Motivs der Zerstörung und der Rekonstruktion betrachtet werden. Die Transformation vormoderner Formen von Autonomie in moderne Formen wird durch terminologische Übertragungen augenscheinlich. Zunächst erfuhren die traditionellen Autonomie-Institutionen mit der Aufnahme in die Historiografie durch Dubnow nach und nach eine gewisse Neutralisierung vom negativen Prestige. Durch Dubnows vielfältige publizistische und politische Arbeit wurde Autonomie mehr und mehr zu einem Thema seiner Gegenwart transformiert und erfuhr eine breite Popularisierung. Die Moderne erfordere eine „vollkommenere und den Lebensbedingungen angepasstere Organisierung, die unsere nationalen Interessen bewahrt. Und wenn man diese neue Organisation mit dem jüdischen Wort ‘*kahal*’ bezeichnen will, so haben wir nichts dagegen einzuwenden.“<sup>72</sup> Jabotinsky knüpfte an diese Überführung der alten Autonomietradition in Anlehnung an Dubnows *kahal*-Rhetorik an, in der paradoxen Positivwendung des Brafmannschen antisemitischen Vorwurfs der *Kahalnost* und sprach gar selbstbewusst vom „Welt-Kahal“.<sup>73</sup> Darüber hinaus lassen sich einige Beispiele der Vorschläge Dubnows zur Bildung einer autonomen Organisationsstruktur aufzählen, die den Ratscharakter der übergemeindlichen *waadim* fortführen sollten, die er als Äquivalent zu den zeitgenössischen Staatsstrukturen verstand:<sup>74</sup> „Hätte es diese nicht gegeben, hätte Israel nicht überlebt nach der Zerstörung seines Staates und seines Landes.“<sup>75</sup>

Anhand der Zionistenkongresse entfaltet Dubnow seinen Standpunkt bezüglich einer jüdischen Gesamtrepräsentanz. Zwar könne man diesen Kongressen zu gute halten, dass sie die nationale Idee neu belebten, allerdings müssten „gesamtjüdische[n] Kongresse [...] alle grundlegenden Fragen unseres

---

<sup>72</sup> Ders., *Autonomismus*, 1907, 26. (Hervorhebung durch mich – G. J.), Vgl. auch: Nathans, Benjamin, *On Russian-Jewish Historiography*, in: Thomas Sanders (Hg.), *Historiography of Imperial Russia. The Profession and Writing of History in a Multinational State*, New York 1999, 397–432, 415f.

<sup>73</sup> Frankel, Jonathan, *Prophecy and Politics, Socialism, Nationalism and the Russian Jews, 1862–1917*, Cambridge, London, New York u.a. 1981, 165.

<sup>74</sup> Vgl. The Jacob Rader Marcus Center of the American Jewish Archives Cincinnati, Ohio, World Jewish Congress Collection: Series A, Box 3, File 1: Simon Dubnow: Eine internationale Liga zur Abwehr der Angriffe gegen das jüdische Volk, Brief aus dem Jahre 1939. Im Palästina der britischen Mandatszeit findet sich ein Beispiel einer modernen jüdischen politischen Kollektivrepräsentation. Der *waad Le’umi*, der Nationalrat der Juden Palästinas, der im Namen die enge Verbindung von historischen vormodernen Formen jüdischer Selbstorganisation und modernen politischen Repräsentationsformen symbolisiert. Vgl. Gurion, Ben, *Der Staatsgründer erinnert sich*, Frankfurt am Main 1998, 232.

<sup>75</sup> Dubnow., *Pinkas ha-Medinah*, Berlin 1925, xi.

politischen, gesellschaftlichen und geistigen Lebens diskutieren und Formen einer nationalen Organisation des Judentums schaffen, die der Situation des jeweiligen Landes entsprechen“.<sup>76</sup> Dubnows Grundidee einer jüdischen Gesamtorganisation blieb über die Zeit hinweg recht konstant, wenngleich sich die Vorbedingungen mit dem 20. Jahrhundert doch wesentlich geändert hatten: Die großen multiethnischen, multireligiösen Imperien waren zusammengebrochen und auf deren Trümmern entstand eine neue Landschaft von Nationalstaaten. Der Antisemitismus nahm in ganz Europa immer stärker zu, und fand seinen strukturellen Ausdruck schließlich später in der Realität des Massenmordes an den Juden.<sup>77</sup> Dubnow versuchte, sich den neuen Bedingungen anzupassen, aus dem transnationalen wurde ein internationales Konzept, wie etwa sein Vorschlag, eine internationale Organisation zu schaffen, die das jüdische Volk vor der nationalsozialistischen Verfolgung durch die Deutschen schützen sollte. Angesichts der Gründung der „Anti-Angriffs-Liga“ zum Schutz der Länder im Jahre 1939 in Europa und der Unmöglichkeit für das jüdische Volk, sich diesem Bund anzuschließen, plädierte er *parallel zu diesem Staatenbund* für die Schaffung einer „*internationalen* Liga zum Schutze des jüdischen Volkes“.<sup>78</sup> Denn da die jüdische Nation weder einen eigenen Staat hätte, der beitreten könnte, noch eine anerkannte Vertretung, welche die Rechte der Juden *innerhalb* der faschistischen Staaten schützen könne, stellte Dubnow die Frage: „Was wird mit dem Volke geschehen, das in den aggressiven Ländern, in Deutschland und Italien, verfolgt und gepeinigt wird und in manchen anderen Ländern bedroht ist? [...] Ist denn der permanente Angriff von Innen, der zur Ausrottung eines schutzlosen Volkes führt, nicht genau so verbrecherisch, wie die gewaltsame Annektion eines fremden Landes durch einen Angriff von Außen?“<sup>79</sup>

Mit seinem Appell, den Dubnow parallel an das Exekutivkomitee des Jüdischen Weltkongresses in Paris und Genf, als auch an den American Jewish Congress in New York richtete, sprach er also jene „beiden Kongresse in Europa und Amerika“<sup>80</sup> an, die nicht nur für die beiden großen Diasporazentren standen – das alte in Europa, das neue in Amerika – sondern auch Repräsentativorgane der neuen, säkularen jüdischen Autonomie darstellten, die auf

---

<sup>76</sup> Ders, *Autonomismus*, 1907, 22.

<sup>77</sup> Vgl. Weiss, John, *Der lange Weg zum Holocaust*, Berlin 1998; genauso wie Diner, Dan, *Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung*. München 1999 und Mazower, Mark, *Reiche, Völker, Minderheiten*, in: Ders., *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 2002, 69–116.

<sup>78</sup> World Jewish Congress Collection: Series A, Box 3, File 1: Simon Dubnow: Eine internationale Liga zur Abwehr der Angriffe gegen das jüdische Volk, The Jacob Rader Marcus Center of the American Jewish Archives Cincinnati, Ohio.

<sup>79</sup> Ebd. (Fehler so im Original – G. J.).

<sup>80</sup> Ebd.

nationaler und internationaler Ebene parallel zu den Staaten operieren sollte. Bereits zuvor hatte der Historiker Anstrengungen hinsichtlich der Schaffung von gesamtjüdischen Repräsentativorganen unternommen: In der Zwischenkriegszeit engagierte sich er für die Sicherung der gewährten jüdischen Minderheitenrechte. Er vermittelte im Streit zwischen den Vertretern der osteuropäischen und der mittel- und westeuropäischen Juden hinsichtlich der Schaffung einer gesamtjüdischen Organisation, indem er klar machte, wie wichtig zur Vereinheitlichung und Abstimmung der Aktionen zum Schutz der Minderheitenrechte in den verschiedenen Ländern eine Gesamtorganisation sei. Seiner Meinung nach sollte der 1927 in Zürich gegründete „Rat für die Rechte der jüdischen Minderheit“ diese Aufgabe erfüllen. In einem Brief an den Präsidenten des American Jewish Comitee hatte er eindringlich für die Bildung einer solchen „*interterritoriale[n] jüdische[n] Organisation*“ plädiert, denn es sei „taktisch richtiger, wenn im Namen des jüdischen Volkes eine einzige bevollmächtigte *alljüdische Organisation* hervorträte, statt dass fünf oder sechs Allianzen und Komitees, die sich oft miteinander nicht verständigen können, Aktionen unternehmen“.<sup>81</sup> In Personen wie Jakob Robinson, der 1927 jüdischer Abgeordneter im litauischen Sejm war, 1929 gemeinsam mit Simon Dubnow in der *Encyclopaedia Judaica* einen Artikel zur Autonomie, aber selbst auch einen Artikel zu dem „altjüdische[n] Autonomiebegriff“ verfasst hatte, findet sich eine Verbindung von Simon Dubnow und seiner Autonomieidee zu den späteren jüdischen Bemühungen für einen Minderheitenschutz. Robinson leitete 1939 in New York das neu eingerichtete Institut, das mit dem World Jewish Congress assoziiert war. Dubnow sah sein Autonomiekonzept durch die Friedensverträge von Versailles 1920 akzeptiert und in den Minderheitenschutzverträgen, die den osteuropäischen Folgestaaten auferlegt wurden, zumindest zeitweise realisiert.<sup>82</sup> Simon Dubnow stand an seinem Lebensabend angesichts des neuen Antisemitismus der Nationalsozialisten der Idee eines jüdischen Staates weitaus sympathisierender gegenüber als noch Jahre zuvor. Doch auch weiterhin, wenngleich spürbar pessimistischer, verortete er das *am olam* [hebr.: Welt-Volk], wie er die Juden bezeichnete, *auch* in der Diaspora. Die Erfahrung des Nationalsozialismus beschleunigte die Gründung einer diplomatischen Vertretung des jüdischen Volkes in Form des World Jewish Congress, den der politische Historiker und historische Politiker Dubnow konsequenterweise aktiv mitunterstützte und sogar erste Konzeptionen auf dem Reißbrett dazu entworfen hatte.

---

<sup>81</sup> Ebd.(Hervorhebung durch mich – G. J.).

<sup>82</sup> Dubnow, Mikhtabim, Tel Aviv, 1937, 18.

# **Antirassismus als Selbstermächtigung?**

## **Rassismus und Anti-Bias-Training aus Kritisch-psychologischer Sicht**

JANNE MENDE

Pädagogische Konzepte, die die Problematik von Rassismus und Diskriminierung angehen wollen, müssen sich zwangsläufig – wollen sie erfolgreich sein – mit den Gründen für rassistisches bzw. diskriminierendes Verhalten beschäftigen. Theoretische Ansätze, die sich mit dieser Begründung auseinandersetzen, lassen sich grob in zwei allgemeine Richtungen klassifizieren: Auf der einen Seite stehen die psychologischen und psychologisierenden Erklärungen, die das Problem auf frühkindliche, familiäre oder „natürlich“ existierende (xenophobe) Muster zurückführen und somit pathologisieren und irrationalisieren. Die zweite Richtung, die soziologische, greift zu allgemeingesellschaftlich gehaltenen sozialisationsbedingten oder milieutheoretischen Erklärungsansätzen. Die Frage, wer in welcher Situation tatsächlich auf diskriminierende Handlungsmuster zurückgreift und aus welchen Gründen, ist damit noch nicht beantwortet, da die Vermittlung zwischen der gesellschaftlichen und der individuellen Ebene nicht in den Blick gerät. Die Kritische Psychologie leistet die unabdingbare Erarbeitung dieser Vermittlung und trägt somit zu einem pädagogischen antirassistischen Anspruch bei. Da das Anti-Bias-Konzept ebenfalls für sich in Anspruch nimmt, die gesellschaftliche Ebene und deren Bezug zu individuellem Verhalten hinreichend zu thematisieren, soll im Folgenden eine mögliche Vermittlung der beiden Ansätze kritisch überprüft werden. Dafür ist es zunächst notwendig, einige Grundbegrifflichkeiten der Kritischen Psychologie zu erarbeiten, die daraufhin anhand der Problematik von Rassismus und Antirassismus konkretisiert werden.

### **Zum Mensch-Welt-Zusammenhang in der Kritischen Psychologie**

Der Kritischen Psychologie liegt die zentrale marxistische Erkenntnis zugrunde, dass der Mensch als Teil von gesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet werden muss. Die Gesellschaft wird weder nur als gegebene Umwelt gefasst,

die auf die Menschen determinierend einwirkt (wie in der traditionellen Psychologie), noch als bloßes Erwartungsgeflecht, in welches man sich hinein entwickeln muss (wie es in einigen soziologischen Rollentheorien vertreten wird). Vielmehr wird dem Umstand Rechnung getragen, dass der Mensch *auch* Produzent seiner Lebensbedingungen ist, also „sowohl unter gesellschaftlichen Bedingungen steht wie auch selbst diese Bedingungen schafft“ (Holzkamp 1987: 13). Die Komplexität dieses wechselseitigen Doppelprozesses muss eingehend analysiert werden. Als Wissenschaft vom Menschen leistet die Kritische Psychologie diese Aufgabe vom Standpunkt des Subjekts.

Dies setzt die Annahme voraus, dass grundsätzlich jedes Handeln subjektiv begründet und daher auch nachvollziehbar ist. Das heißt, niemand handelt bewusst gegen ihre oder seine eigenen Interessen. Dieser Ansatz ist nicht zu verwechseln mit rationalen Handlungstheorien, die menschliches Handeln an einer von außen gesetzten Vernunft messen und Irrationalität (in Form von Emotionen, Ängsten etc.) als Gegenpol dieser Vernunft aufmachen. Begründetes Handeln bezieht sich zwar auf die Umweltgegebenheiten, aber auf eine spezifisch vermittelte Art und Weise. Der jeweils zugängliche Ausschnitt der real gegebenen objektiven<sup>83</sup> gesellschaftlichen Bedingungen beinhaltet ökonomische, kulturelle und symbolische Bedeutungen. Zu diesen sowie zu sich und seinen Mitmenschen muss man sich irgendwie verhalten. Bestimmte Bedeutungen determinieren das Handeln nicht, sondern werden als Handlungsmöglichkeiten aufgefasst. Das Individuum entwickelt aus der von ihm erfahrbaren Konstellation von Bedingungen und nach seiner jeweiligen Bedürfnis- und Interessenlage heraus Handlungsprämissen. Daraus ergibt sich eine prinzipielle Handlungsverstehbarkeit. Der Zusammenhang zwischen *je mir* und *meiner* Umwelt ist also nicht auf ein bloßes Reiz-Reaktionssystem oder Bedingungs-Ereignisschema beschränkt, sondern es wird von einem Begründungsdiskurs ausgegangen, einer Diskursform, in der Menschen ihr Handeln vor sich selbst rechtfertigen. Intentionales Handeln ist, ob reflektiert oder spontan, ob überlegt oder emotional, subjektiv begründet, und dieser Zusammenhang von Prämissen und Gründen ist prinzipiell nachvollziehbar. Der Begründungsdiskurs ist, da es um *je meine* Gründe geht, „notwendig immer ‚erster Person‘, impliziert also den ‚Subjektstandpunkt‘. [Dieser] ist entsprechend nicht einfach mein Standpunkt, sondern ‚je mein‘ Standpunkt, also als „verallgemeinerter Subjektstandpunkt“ eine spezielle Modalität des

---

<sup>83</sup> „Die Gesellschaftsform geht mithin, obgleich stets subjektiv vermittelt, und deshalb immer nur in dialektischer Angewandtheit ‚durch‘ das Subjekt ‚hindurch‘ erfahrbar, nicht im Subjektiven auf und wird in diesem Sinne ‚objektiv‘ genannt.“ (Holzkamp 1972: 115)

sozialen und sachlichen Wirklichkeitsaufschlusses. [Es geht demnach] um die Formulierung von ‚Prämissen-Gründe-Zusammenhängen innerhalb von bestimmten Bedeutungskonstellationen als Inbegriff der jeweiligen ‚Prämissenlage‘, wie sie von je mir erfahren wird.“ (Holzkamp 1996: 118)

Damit ist eine wissenschaftliche Psychologie vom verallgemeinerten Standpunkt des Subjekts möglich. Hierfür müssen sowohl die objektiven, historischen, gesellschaftlichen Bedingungen als auch der subjektive Möglichkeitsraum und biographische Dimensionen betrachtet werden.

Hervorzuheben sind hier mehrere Punkte: Es geht nicht darum, menschliches Handeln als rational oder irrational einzustufen, sondern die Prämissen für ein jeweiliges Verhalten zu erörtern. Somit wird das Subjekt nicht zum bloßen Objekt der Verhältnisse oder zur irrational, unbegründet Handelnden degradiert und als potenzielle VerständigungspartnerIn und Verantwortliche für ihr Handeln ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund ist jederzeit die Möglichkeit eröffnet, sich zu den Verhältnissen, mit denen man konfrontiert ist, bewusst zu verhalten, d.h. es gibt immer Handlungsalternativen. Gleichzeitig findet Handeln in einem bestimmten Kontext statt, einige Handlungsoptionen sind näher gelegt als andere, da sie (zumindest mittelfristig) konflikt- oder risikofreier sind. Dies führt zu der Frage der Art der Handlungsoptionen.

Die Grundkategorie der Kritischen Psychologie für die Herstellung des Zusammenhangs zwischen individueller und gesellschaftlicher Lebenstätigkeit ist das Konzept der Handlungsfähigkeit. Personale Handlungsfähigkeit wird als „gesamtgesellschaftlich vermittelte Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen“ (Holzkamp 1985: 239) gesehen. Da menschliche Existenz gesellschaftlich ist, bedeutet sie die Überschreitung von unmittelbaren Lebenszusammenhängen hin zur Teilhabe an der Verfügung über den gesellschaftlichen Gesamtprozess (Markard 2002: 1174f). Es geht also um die Möglichkeit der Einflussnahme auf die für eine Person relevanten Lebensbedingungen, was generell nur im Zusammenschluss mit anderen möglich ist, soll es nicht auf Kosten anderer geschehen. Persönliche Lebensqualität ist in dem Moment beeinträchtigt, in welchem man den Verhältnissen oder Situationen ausgeliefert ist. Beispielsweise leidet man bei Hunger nicht nur an dem sinnlich-vitalen Mangel, sondern ebenso sehr an der an spezifische Handlungsbehinderungen geknüpften Ohnmacht, sich nicht aus der Hunger-Situation befreien zu können (Holzkamp 1987: 14). Somit kann Handlungsfähigkeit als Versuch der Überwindung dieser Ausgeliefertheit als ein primäres menschliches Lebensbedürfnis gefasst werden. Ob es als Bedürfnis subjektiv zur Geltung kommt, ist damit allerdings noch nicht gesagt: „Wir können den

Menschen nicht vorschreiben, welche Bedürfnisse sie haben sollen. Wenn jemand tatsächlich glaubt, unter diesen oder jenen Bedingungen in der bürgerlichen Gesellschaft zurechtzukommen oder leben zu können, dann ist es ja in Ordnung. Aber wir glauben, daß dieses Zurückstecken und Sicheinrichten für die meisten Betroffenen selbst widersprüchlich und auf Dauer auch unerträglich ist. Im Grunde merken die Menschen, daß dies ‚nicht alles gewesen sein kann‘. Dieses erfahrene Ungenügen muß zur Artikulation gebracht werden. Aber wo kein Ungenügen erfahren wird, kann auch nichts artikuliert werden.“ (Holzkamp 1984: 30)

An dieser Stelle wird deutlich, dass subjektive Befindlichkeit nicht einfach nur innerlich oder psychisch bedingt, sondern Ausdruck konkreter Lebensbedingungen und des Grads der eigenen Einflussnahme auf diese ist (Holzkamp 1987: 15).

Die historisch konkrete gesellschaftliche Bezugsebene erfordert, Handlungsmöglichkeiten immer in ihrem Verhältnis zu Handlungsbehinderungen zu betrachten. In der bürgerlichen Gesellschaft gerät man mit seinem Bestreben, seine Verfügungsgewalt über die Verhältnisse, in denen man lebt, auszudehnen, in Widerspruch zum herrschenden System. Es existiert zwar ein historisch neuer Freiheits- und Handlungsspielraum, allerdings zielt der Liberalismus nicht tatsächlich darauf ab, die individuelle Handlungsfreiheit zu erweitern.<sup>84</sup> Die bürgerliche Freiheit existiert in unterschiedlichem Maße für unterschiedliche Gruppierungen und nur innerhalb fester Grenzen. So lange diese nicht angetastet werden, kann man sich frei fühlen. Es besteht daher einerseits die Möglichkeit, die Grenzen zu überschreiten und dabei vermutlich Risiken einzugehen; andererseits kann versucht werden, sich innerhalb der gegebenen Grenzen so frei wie möglich zu entfalten. Diese zwei Möglichkeiten werden als *verallgemeinerte* und als *restriktive Handlungsfähigkeit* kategorisiert. Bei der letzteren werden bloß zugestandene Möglichkeiten genutzt und nahe gelegte Denkformen reproduziert. Sie ist nicht selten die einfachere Handlungsoption, zumindest kurzfristig mehr Freiheiten gewährend und sicherer, insofern also subjektiv funktional. Jedoch ist sie letztendlich der Versuch eines Arrangements mit den herrschenden Instanzen und bedeutet die

---

<sup>84</sup> Freiheit ist „weder eine anthropologische Konstante noch eine historische Universalie, die von unterschiedlichen gesellschaftlichen Ordnungen eingeschränkt oder respektiert wird; sie läßt sich nicht in quantitativen Begriffen messen, sondern bezeichnet ein gesellschaftliches Verhältnis. [...] Die Eigenart liberaler Regierungsformen sieht Foucault darin, daß diese eine äußere Regulation durch ein inneres Produktionsverhältnis ersetzen. Der Liberalismus beschränke sich nicht auf eine einfache Garantie von Freiheiten (Marktfreiheit, Privateigentum, Meinungsfreiheit etc.), die unabhängig von der Regierungspraxis bestehen; vielmehr organisiere er die Bedingungen, unter denen Individuen von diesen Freiheiten Gebrauch machen können. In diesem Sinn steht die Freiheit der Subjekte einer liberalen Regierung nicht entgegen, sondern bildet deren notwendige Grundlage, sie ist keine natürliche Ressource, sondern ein künstliches Produkt der Regierungspraxis [...].“ (Lemke 2004: 89f)

Verfestigung der eigenen Eingebundenheit in die freiheitsbeschneidenden Verhältnisse. In der restriktiven Handlungsfähigkeit ist daher stets ein Moment der Selbstschädigung enthalten. Diese Momente müssen verdrängt werden und gehen in das Unbewusste ein. Die bewusste Reflexion dieser Momente ist die Voraussetzung für eine verallgemeinerte Handlungsfähigkeit. Mit der Perspektive auf Verhältnisse, in denen „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller“ (Marx) ist, wird versucht, die Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen zu erweitern. Die Verwirklichung dieser Perspektive muss antizipiert werden können, damit die erweiterte Handlungsfähigkeit subjektiv funktional wird und Ausichten auf Risiken wie Unsicherheit und Bestrafung nicht überwiegen. Ermöglicht werden kann dies durch kollektive Zusammenschlüsse, in welchen man eine überindividuelle Gegenmacht gewinnt, die die Gefährdetheit der je individuellen Existenz aufhebt.

Mit dem Begriffspaar restriktive/ verallgemeinerte Handlungsfähigkeit sollen weder bestimmte Menschen, noch soziale Kategorien oder historische Epochen der einen oder anderen Kategorie zugeordnet werden. Vielmehr handelt es sich um ein analytisches Konzept, mit dessen Hilfe bestimmte Begründungsmuster in konkreten aktuellen Situationen, mit denen sich prinzipiell jedeR konfrontiert sehen kann (*je meine Situation*), aufgeschlüsselt werden können (Holzkamp 1990: 38; 1985: 370).

## **Rassismus**

Eine in den Sozialwissenschaften weit verbreitete psychologisierende Sichtweise auf Rassismus, die diesen auf Triebe, „Fremdheit“ der Opfer oder persönliche Schicksale zurückführt, blendet gesellschaftliche Ursachen aus ihrer Analyse aus. Soziologische Ansätze, welche die soziale Lage und/ oder Ideologie bestimmter Gruppen als Erklärung heranziehen, vernachlässigen die Verknüpfung zwischen gesellschaftlichem und individuellem Rassismus. Eine adäquate Rassismusanalyse sollte aber erklären können, warum bspw. Menschen aus ähnlichen Milieus zu unterschiedlichen politischen Einstellungen kommen. Die gesellschaftlichen, alltäglichen Strukturen sowie das Denken und Handeln der Menschen, vor allem aber die Art der Vermittlung zwischen beiden müssen sowohl in die Theorie als auch in die Forschung eingehen. Dies kann nicht auf eine einfache eklektizistische Weise geschehen, die sich wahlweise bei den Sozial- und Subjektwissenschaften bedient, sondern es bedarf eines kategorialen Rahmens, der die besondere Wechselseitigkeit des Mensch-Welt-Verhältnisses reflektiert und das Bewusstsein da-

für schafft, dass sich die Menschen zu ihren Bedingungen auf die eine oder andere Art und Weise verhalten können (Fried 2002: 120). Konkret heißt dies für eine psychologische Untersuchung des Rassismus, dass an erster Stelle die Erforschung gesellschaftlicher objektiver Strukturen stehen muss, um die in ihnen geformten objektiven Gedanken, historisch spezifischen Ideologien und Bedeutungsmöglichkeiten zu erfassen, da eine Bedingungs-Bedeutungs-Begründungs-Analyse die Kenntnis der Bedingungen voraussetzt.<sup>85</sup> Um aber individuelle Probleme nicht als bloße Konkretisierung allgemeiner Verhältnisse stehen zu lassen, verläuft der Forschungsgang sodann umgekehrt: von der Problematik persönlichen Handelns und Denkens zur schrittweisen Vermittlung mit gesellschaftlichen Bedingungen, um die spezifischen Aspekte der Realität zu erarbeiten, die für das jeweilige Handeln bedeutsam sind. In einem zweiten Schritt werden also die Handlungsprämissen, die eine Person aus ihren Lebensbedingungen zieht, herausgestellt, um so die Widersprüchlichkeiten von Handlungsmöglichkeiten und Handlungsbehinderungen zu verdeutlichen (ebd.: 130f).

Zur Klärung der gesellschaftlichen Bedingungen für Rassismus beziehen sich Osterkamp und Holzkamp vornehmlich auf Miles' Konzept des institutionellen Rassismus. „Dieser [Begriff] läßt sich in zwei Fällen anwenden: erstens in solchen, in denen Ausschließungspraxen aus einem rassistischen Diskurs entstanden sind und ihn daher voraussetzen, aber nicht mehr ausdrücklich mit ihm gerechtfertigt werden. Zweitens in Fällen, in denen ein explizit rassistischer Diskurs modifiziert wird, so daß der offen rassistische Inhalt eliminiert ist, andere Worte, aber die ursprüngliche Bedeutung transportieren. [...] Der Begriff ‚institutioneller Rassismus‘ bezieht sich also nicht auf Ausschließungspraxen per se, sondern nur auf solche, die durch einen nun abwesenden rassistischen Diskurs gerechtfertigt oder in Gang gesetzt wurden, der mithin durch diese Praxen institutionalisiert worden ist.“ (Miles 2000: 27)

Allerdings stellt Barbara Fried heraus, dass der Begriff des institutionellen Rassismus mit zwei verschiedenen Implikationen verwendet wird: Einerseits bezeichnet er die gesellschaftliche, strukturelle Seite des Phänomens, andererseits wird darunter auch die individuelle, durch ‚normales‘ Verhalten vor sich gehende, unbewusste Reproduktion rassistischer Strukturen gefasst (Fried 2002: 134f).

---

<sup>85</sup> Der Kritischen Psychologie als Subjektwissenschaft vom Mensch-Welt-Verhältnis gehen grundsätzlich Gesellschaftsanalysen voraus, die von anderen wissenschaftlichen Disziplinen geleistet werden müssen.

Durch ausschlussproduzierende Politik wird, mittels politischer Statements, der Gesetzgebung, öffentlichen Sprachgebrauchs und medialer Aufbereitung, die so genannte „Ausländerfeindlichkeit“ oder „Fremdenfeindlichkeit“ produziert und reproduziert (Osterkamp 1996a: 9f). Diese in den öffentlichen Diskursen benutzten Begrifflichkeiten sind selbst funktional in dem Sinne, als dass sie als Grund für den Rassismus „das Fremde“ postulieren und Rassismus als strukturelles Problem dethematisieren – einen Rassismus, der sich üblicherweise nicht an der Staatsbürgerschaft eines Menschen festmacht, sondern an zugeschriebenen biologischen oder kulturellen, als unveränderlich angenommenen Merkmalen. Während Holzkamp alle Arten von ‚Minderheiten‘ (Nicht-Weiße, Frauen, Nicht-Heterosexuelle usw.) durch diesen Mechanismus ausgegrenzt sieht und für einen weiten Rassismus-Begriff plädiert, um deren Gemeinsamkeiten zu betonen (Holzkamp 1995: 25), halte ich es für wichtig, einerseits im Sinne von Stuart Hall Rassismus immer in seinem historisch konkreten Zusammenhang zu untersuchen. Es gibt zwar Grundmerkmale, die allen rassistisch strukturierten Gesellschaften gemein sind, aber diese sind so allgemein und abstrakt, dass sie bei einer Analyse nicht behilflich sind. Nur in ihrer historischen Spezifik können verschiedene Formen von Rassismus als Produkte ihrer historischen Verhältnisse erkannt werden (Hall 1994: 127). Andererseits ist eine begriffliche Trennschärfe zwischen den verschiedenen Ausgrenzungsmechanismen aufgrund von zugeschriebener Ethnie, Geschlecht, etc. unabdingbar. Diese Ausdifferenzierung soll nicht dazu dienen, eine allgemeine Analysierbarkeit zu erschweren oder gar politische Bewegungen zu spalten, sondern die jeweiligen Spezifika verschiedener Ausgrenzungsmechanismen, ihre möglichen Überschneidungsformen und ihre Bedeutungen für individuelles Handeln überhaupt erfassen zu können. Das steht noch nicht in direktem Widerspruch zu Holzkamp, da dieser betont, die Verhältnisse in ihrer historischen Spezifik zu untersuchen. Aber ein zu weit gefasster Rassismus-Begriff beinhaltet die Gefahr, eben jene Spezifika nicht mehr benennen zu können. Allein Rassismus und Sexismus sind in Entstehungsgeschichte, Funktion und Auswirkungen zu heterogen, als dass sie legitimerweise unter einen Begriff subsumiert werden könnten (was nicht heißt, dass sie sich nicht gegenseitig beeinflussen).

Der institutionelle oder Staatsrassismus dient der Fragmentierung der Bevölkerung in sich gegenüberstehende, hierarchisch angeordnete Gruppen, in Mehr- und Minderheiten, wobei jede Gruppe bestimmten Ein- und Ausschließungsmechanismen unterworfen ist. Diese Strategie – auf staatlicher Ebene betrachtet – besteht nicht unbedingt in bewusst-geplantem Handeln, sondern beinhaltet „eher ein staatliches Gewährenlassen, Aufgreifen, Zent-

rieren verschiedener lokaler Strategien“ und hat zur Folge, dass das Bewusstsein über die allgemeine Ausbeutung, Abwertung und Unterdrückung sowie der Widerstand dagegen geschwächt werden (Holzkamp 1995: 24f).

Rassismus ist jedoch nur ein Mechanismus für die Ein- und Ausgrenzung bestimmter Menschengruppen im modernen Staat. Soziale Exklusion beruht auf verschiedenen Konstellationen, von denen man auf unterschiedliche Art betroffen sein kann. Dabei ist Ausgrenzung nicht als absolute, als ein dem Innen entgegengesetztes Außen zu verstehen. Vielmehr impliziert Ausschluss den Einschluss in bestimmte Formen *innerhalb* der Gesellschaft. „Denn die Vorstellung von einem „Innen“ und einem „Außen“ der Gesellschaft, die im Exklusionsbegriff ebenso mitschwingt wie im deutschen Begriff „Ausgrenzung“, lässt sich nur allzu leicht gegen die Ausgeschlossenen einsetzen. Diese gelten dann als außerhalb der Gesellschaft lebend, als asozial, und unter der Hand verschiebt sich die Schuldzuweisung auf ihr moralisches Anderssein. [...] Denn die Ausgegrenzten sind *Teil* der Gesellschaft, auch wenn sie nicht an ihren Möglichkeiten *teilhaben*.“ (Kronauer 2007: 2f)

Exklusion kennzeichnet demnach einen Prozess des Ausschlusses aus der Partizipation an der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft und aus den wechselseitigen Abhängigkeiten der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Sie benennt soziale Ungleichheiten, die die Klassenstrukturen ergänzen, aber nicht außer Kraft setzen (ebd.: 3f). Ausgrenzung *in* der Gesellschaft setzt einen Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe voraus, was einen wichtigen Unterschied zu rassistischer Ausgrenzung markiert, da MigrantInnen oft dieser Anspruch selbst schon vorenthalten wird. Trotzdem bleibt auch ihre ‚Integration‘ in spezielle Gesetzgebungen, in AsylbewerberInnen- und Abschiebelager, eine Form von einschließendem Ausschluss.

Der institutionelle oder Staatsrassismus in den gegenwärtigen westlichen Gesellschaften zeichnet sich dadurch aus, dass er nicht durch Manipulation oder Machtausübung durchgesetzt wird, sondern auf der Akzeptanz der breiten Mehrheit beruht. Die eigene Aufwertung als Teil der anerkannten Mehrheit ist die „Belohnung“ für die Loyalität und das Tragen der Verhältnisse, welche eine bestimmte markierte Minderheit abwerten. Gleichzeitig besteht die Gefahr, selbst in die Minderheit abzurutschen, woraus die subjektive Notwendigkeit erwächst, sich besonders loyal, angepasst, angemessen usw. zu verhalten und andere, die das – scheinbar – nicht tun, anzuprangern oder aktiv auszugrenzen. Der institutionelle Rassismus ist den Menschen also nicht äußerlich entgegengesetzt, sondern „die Subjekte selbst [sind] bereits in den staatlichen Machtstrategien vorgesehen und gemeint“ (Holzkamp 1995: 26).

In dem gegebenen subjektwissenschaftlichen Rahmen gilt es, die subjektiven Gründe für individuelles rassistisches Verhalten herauszuarbeiten und einzuordnen. Auf diese Art wird vermieden, rassistisches Verhalten als krankhaft, abnormal, unvernünftig o.ä. zu deuten. Vielmehr bleibt das rassistische Subjekt potentielle GesprächspartnerIn als subjektiv begründet handelnde, für ihre Taten voll verantwortliche bzw. verantwortlich zu machende Person.

Die staatliche oder strukturelle Anrufung des Subjekts (Althusser) ist durchaus widersprüchlich: Ihm wird abverlangt, ein System zu unterstützen, dessen potentielles Opfer es selbst werden kann, wenn es nämlich aus der Mehrheitsgesellschaft heraus fällt. Diese Gefahr vergrößert sich auch für die Teile der Bevölkerung, die im Fordismus die Ausweitung sozialer Rechte und Wohlstand für sich in Anspruch nehmen konnten. Auch wenn die Risiken sozialstrukturell ungleich verteilt sind, so sind verschärfte Prekarität, Arbeitsplatz- und Anerkennungsverlust keine Randerscheinungen mehr und betreffen in zunehmendem Maße ebenfalls diejenigen, die überhaupt ein Zutrittsrecht zur Mehrheitsgesellschaft haben. Die Hoffnung auf soziale Rechte, bspw. die Hoffnung einer Leiharbeiterin, doch noch einen festen Arbeitsplatz zu erhalten, ist mit einem Integrationsverständnis (Fleiß etc.) verknüpft, welches gemäß neoliberaler Theorien<sup>86</sup> als Voraussetzung für soziale Teilhabe gewertet und von Weißen Deutschen dann umso vehementer von MigrantInnen eingeklagt wird, ohne Berücksichtigung derer spezifischer Lebensumstände (vgl. Kramer/ Speidel 2004: 149ff). Denn die Betroffenheit ersterer steht natürlich in keinem Verhältnis zu den Umständen derjenigen, die traditionell am stärksten unter Umstrukturierungsmaßnahmen zu leiden haben – MigrantInnen, Frauen und andere Marginalisierte. Wer sich die Rechte auf Teilhabe erst erkämpfen muss, wird unter Umständen die subjektive Notwendigkeit für sich sehen, umso kräftiger daran festzuhalten und die Regeln zu befolgen.

Die subjektive Funktionalität rassistischen Verhaltens anzuerkennen bedeutet, dass man den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht hilflos ausgeliefert ist. Die widersprüchlichen Ansprüche beinhalten eben auch widersprüchliche Prämissenlagen. Es besteht ein Konflikt zwischen der „subjektiven Begründetheit von Handlungen, mit welchen ich mich zur unmittelbaren Absicherung meiner Existenz auf Kosten anderer mit den Herrschenden arrangiere, und dem darin liegenden Verzicht auf eine Erweiterung meiner Lebens- und Verfügungsmöglichkeiten“ (Holzkamp 1995: 29), was mit der restriktiven Handlungsfähigkeit benannt ist. Demgegenüber gibt es aber *auch* die Mög-

---

<sup>86</sup> Vgl. ausführlich Candeias 2004.

lichkeit, die Lebensverhältnisse zu reflektieren und zu erkennen, dass es für die eigenen Lebensinteressen langfristig besser sein kann, in Gesellschaft mit anderen zu versuchen, die ausbeutenden und ausgrenzenden Verhältnisse zu überwinden, im Sinne verallgemeinerter Handlungsfähigkeit.

## **Antirassismus**

Durch die Einnahme des Standpunkts des Subjekts (nicht zu verwechseln mit der Entschuldigung/ Entlastung von TäterInnen), welches seine Handlungsprämissen aus den objektiven Strukturen zieht, gelingt die Vermittlung zwischen der gesellschaftlichen und der individuellen Ebene, die für pädagogische antirassistische Konzepte so bedeutend ist. Von diesem Ausgangspunkt aus kann gefragt werden, warum scheinbar so viele Menschen die rassistischen Strukturen reproduzieren und mittragen. Es kann die Frage gestellt werden nach den realen Ursachen für (bewusstes oder unbewusstes) rassistisches Verhalten. In eine Entwicklung adäquater antirassistischer Konzepte muss die Erkenntnis eingehen, dass „die wesentliche Ursache der sogenannten ‚Ausländerfeindlichkeit‘ weder primär in der Vergangenheit der Individuen oder der menschlichen Gattung noch in lediglich individuell-zufälligen Umweltbedingungen liegt, sondern daß ihre Grundlage die durch die jeweils gegenwärtigen gesellschaftlichen Lebensverhältnisse bedingte Ohnmacht, Fremdbestimmtheit, Ausgeliefertheit und die daraus erwachsende Angst ist, durch die gesellschaftliche Entwicklung überrollt, übergangen, an die Wand, ins Abseits gedrängt zu werden etc.“ (Osterkamp 1996a: 12)

Diese Existenzängste, die Angst, selbst zur „Fremden“ zu werden und der Wunsch, bedrohlichen Konflikten mit herrschenden Instanzen aus dem Weg zu gehen, finden innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Diskurse statt und werden wiederum aufgegriffen, um staatlichen Rassismus zu legitimieren oder auszubauen. Zentral für diese Mechanismen ist die Gleichgültigkeit gegenüber anderen und die gewünschte Schonung für sich selbst, wofür noch kein persönlich motivierter Hass notwendig ist. Gleichzeitig wird das eigene Handeln entlastet, da es (in gewissem Rahmen) gesellschaftlich akzeptiert oder gar forciert ist. So entsteht eine gewisse Distanz zum eigenen Handeln, andere Handlungsmöglichkeiten werden ausgeschlossen und undenkbar. Erst die reflektierte Einsicht in die eigene Eingebundenheit in die Machtverhältnisse, die Erkenntnis, dass man selbst (auch nicht als AntirassistIn oder ForscherIn) mit dem eigenen Verhalten nicht über den Dingen steht, ist die Voraussetzung zur Überwindung dieser Verhältnisse. Mit der Erkenntnis der Option des gemeinsamen Kampfes gegen jene Verhältnisse, in denen andere

(und als Drohung immer auch potentiell man selbst) ausgegrenzt werden, ist das Problem des Rassismus natürlich noch nicht gelöst. Aber so ist es auf eine Weise formuliert, in der es adäquat angegangen werden kann (ebd.: 17). Diese abstrakte Analyseebene muss in der Forschung konkretisiert werden, will sie kein Allgemeinplatz werden. Mit der Beschreibung der „allgemeinen Lage der meisten Menschen im Kapitalismus“ (Fried 2002: 140) lässt sich zunächst noch keine Unterscheidung treffen zwischen Opfern und TäterInnen rassistischer Ausgrenzung: alle erscheinen als Opfer; realer Machtgewinn, der aus Rassismus resultieren kann, bleibt ausgeblendet. Nur eine konkrete Prämissenanalyse, also die spezifisch-konkrete Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse und wie sie sich für die Einzelne darstellen, kann der Falle entgehen, die Strukturen als Determinanten für restriktive Handlungsfähigkeit darzustellen (ebd.: 138f).

Mit einer Konkretisierung geht außerdem die Aufgabe einher, die Grenzen zu verstehenden Ansätzen zu verdeutlichen. Nachvollziehbarkeit ist nicht gleichzusetzen mit Toleranz. Der Fokus hier liegt auf institutionellem und mehr oder weniger bewusst reproduziertem Ausschluss, auf Diskursen und Strukturen der gesellschaftlichen ‚Mitte‘. Gewalttätige, menschenverachtende Verhaltensweisen als nicht immer leicht davon zu trennende Fortsetzung dessen bedürfen spezifischer Untersuchungen. Um dem Dilemma zwischen nachvollziehbarer Subjektivität und der Unakzeptierbarkeit von Verhalten, welches die Gleichwertigkeit menschlicher Lebensrechte negiert, zu entkommen, schlägt Krauss eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen ‚verstehendem Nachvollziehen‘ und ‚moralischem Akzeptieren‘ vor, die es erlaubt, den prinzipiellen Subjektstandpunkt mit einer subjektkritischen, hinterfragenden Perspektive zu verbinden (Krauss 1998).

### **Pädagogisches Antirassismus-Training**

Bewusstes Verhalten zu rassistischen Verhältnissen ist sicherlich nicht für jede Person gleich zugänglich. Die notwendige Reflektion des eigenen spontanen Handelns erfordert Zugang zu Wissen und zu einem erweiterten Horizont, zu einer Art Gegenwissen zum gesellschaftlichen Mainstream. Dieses kann durch kritische Wissenschaften, von denen die Kritische Psychologie nur eine ist, durch politische Gesellschaftsanalysen und nicht zuletzt durch pädagogische Konzepte bereitgestellt werden. Das theoretische Konzept, das dem Antirassismus-Training zugrunde liegt und die Art, wie man die eigene Einbezogenheit thematisiert, ist entscheidend: „Davon hängt es nämlich ab, ob es vom Standpunkt der Schülerinnen / Schüler in ihrem Lebensinteresse

liegt, die pädagogische Lernanforderung als ihre eigene Lernproblematik engagiert zu übernehmen, oder ob sie dieser Anforderung bestenfalls gezwungenermaßen nachkommen können, d.h. ihr – wo immer die Möglichkeit dazu besteht – ausweichen oder gar Widerstand entgegensetzen werden: Eine ‚Lernstörung‘, die, weil sie eben bereits im Lerngegenstand begründet ist, durch keinerlei Didaktik oder Unterrichtsmethodik mehr geheilt werden kann.“ (Holzkamp 1994: 8)

Es ist also auch die eigene Bereitschaft, die eine Rolle spielt. Bei den Formen von Antirassismus-Training, die auf freiwilliger Teilnahme beruhen, kann diese zwar vorausgesetzt werden. Andererseits ist es auch hier von Bedeutung, ob die Vermittlung autoritär oder auf Partizipation beruhend geschieht. Außerdem wäre es durchaus wünschenswert, Personen zu erreichen, die normalerweise nicht freiwillig an solch einem Training teilnehmen würden.

Versteht man also Lernen<sup>87</sup> i.w.S. als eine Form verallgemeinerter Handlungsfähigkeit, um „ein höheres Niveau an Erkenntnis über die individuellen Beziehungen zur Welt zu erreichen, die Behinderungen zur Sprache zu bringen, die einem Handeln gemäß eigenen Interessen und Einsichten im Wege stehen, dadurch Verständigungsmöglichkeiten zu schaffen und die Perspektive zu eröffnen, restriktive Verhältnisse zu überwinden“ (Huck 2005: 21), so ist klar, dass eigenes Interesse an der Klärung und Durchdringung des Lernstoffes eine Voraussetzung jener Art von Lernen ist. Dafür ist es notwendig, den oben erarbeiteten Subjektstandpunkt in den Mittelpunkt des pädagogischen Ansatzes zu stellen, damit einerseits die Lernende selbst und ihre Einstellungen nicht zum passiven Gegenstand des Lernprozesses gemacht werden, sondern sie als Subjekt des Lernprozesses entscheidet, wie sie sich einbringen möchte und die Thematik als subjektive Lernproblematik übernehmen kann. So kann sie gegebenenfalls erkennen, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, rassistische oder unterdrückende Verhältnisse nicht zu unterstützen. Im Zuge dessen ist es des weiteren nötig, das hierarchische Verhältnis zwischen einer allwissenden lehrenden und einer unmündigen lernenden Person aufzuheben, damit die „SchülerInnen zu Subjekten ihres eigenen Lernprozesses und zu Bündnispartnern der Erziehungspersonen werden können“ (Holzkamp 1994: 15). Es ist also wichtig zu verdeutlichen, indem „die institutionell-rassistischen Diskurse als Lerngegenstand in Richtung auf Mehrheits-Minderheits-Diskurse in der gegenwärtigen gesellschaftlich-historischen Situation hin kontextualisiert und konkretisiert werden“ (ebd.:

---

<sup>87</sup> Vgl. die sehr differenzierte Ausarbeitung zum Lernen-Konzept von Holzkamp 1993, besonders Kap. 3 und 4.

24), aus welchen subjektiven Gründen rassistische Muster übernommen werden, dass man selbst immer auch angesprochen ist durch den institutionellen Rassismus – und Ignoranz oder scheinbare Neutralität kommen einer Unterstützung gleich – und man selbst immer auch potentiell bedroht sein kann beziehungsweise in die Gruppe der Ausgegrenzten geraten kann. Daraus folgt, dass das Ziel antirassistischer Erziehung nicht weniger als „die gemeinsame – kognitive und (wo möglich) praktische – Destruktion der institutionell-rassistischen Diskurse (i.w.S.), also Überwindung selbstschädigender Verhaftetheiten des eigenen Denkens und Handelns in solchen Diskursen“ (ebd.: 25) beinhalten sollte – eine gemeinsame Selbstermächtigung.

### **Anti-Bias-Training**

Das Anti-Bias-Training wurde Anfang der 1980er Jahre in den USA von Louise Derman-Sparks und Carol Brunson Phillipps (1997) für den Bereich der Kleinkind- und Grundschulpädagogik entwickelt. Aufgenommen und weiterentwickelt wurde es zunächst von politischen BildnerInnen in Südafrika nach dem Ende der Apartheid, um dem zwar gesetzlich nicht mehr verankerten, aber dennoch in der Bevölkerung virulenten Rassismus etwas entgegenzusetzen (vgl. die Zusammenfassung der südafrikanischen Ansätze in *Early Learning Resource Unit: 1997*). Schließlich fand das Training Anfang der 90er Jahre Eingang in Deutschland. Maßgeblich initiiert wurde diese Übernahme vom Inkota Netzwerk, welches sich seit über 30 Jahren in unabhängiger Nord-Süd-Arbeit engagiert. In dem Projekt „Vom Süden lernen“ sollte das Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Probleme in den sog. Ländern des Südens globale Thematiken sind, die auch in den sog. Ländern des Nordens angegangen werden können und müssen. Um das übliche Vorgehen der Entwicklungshilfe zu kritisieren, wurde ein Austausch angeregt, in welchem EntwicklungshelferInnen aus dem Süden in die Länder des Nordens eingeladen wurden. Dahinter steht die Annahme, dass die letzteren entgegen der unreflektierten Meinung nicht in allen Bereichen per se fortschrittlicher und entwickelter sind, sondern dass Probleme durch eine andere Sichtweise oder bereits im Süden entwickelte Konzepte fruchtbarer angegangen werden können. Im Zuge dieses Programms wurden südafrikanische Anti-Bias-TrainerInnen eingeladen, Workshops in Deutschland, Holland und England mit vornehmlich Weißen<sup>88</sup> TeilnehmerInnen durchzuführen (Reddy

---

<sup>88</sup> „Weiß-Sein [ist] eine soziopolitisch geprägte und im globalen und deutschen Machtgefüge konnotierte Identität. Unabhängig davon, ob den Weißen dies bewusst ist oder nicht, verlangt dies ebenso nach einer sprachlichen

2002). Das Konzept fand Anklang und wurde, im Austausch zwischen den TrainerInnen der teilnehmenden Länder, weiterentwickelt. In diesem Rahmen wurden Kritiken an den mitunter kulturalistischen Homogenisierungen und an der Vernachlässigung von Gender-Aspekten (Frey 2002) in verbesserte Konzeptionierungen aufgenommen. In den Konzeptionierungen für unterschiedliche Bereiche lassen sich verschiedene Schwerpunkte ausmachen. Insofern sowie aufgrund der ständigen offenen Weiterentwicklungen der Konzepte und Methoden ist es schwierig, von einem einheitlichen Anti-Bias-Konzept zu sprechen. Im Folgenden wird sich daher auf das Projekt „Vom Süden lernen“ bezogen sowie auf die Konzepte der Anti-Bias-Werkstatt<sup>89</sup>, die in ihren theoretischen und praktischen Arbeiten Ansätze liefert, welche einige Unzulänglichkeiten und Mängel des Trainings erfolgreich zu überwinden versprechen.

Der Begriff Bias bedeutet Vorurteil oder Schiefelage. Jede Art von Diskriminierung und ihre Verknüpfung mit Machtverhältnissen, neben Rassismus und Sexismus z.B. auch die Diskriminierung von Alten oder Disabled, soll hier Beachtung finden. Trotzdem soll die historische oder strukturelle Relevanz von bestimmten Formen nicht ignoriert werden.

„Um einen Bias in individuelle oder gesellschaftliche Praxen umzusetzen (und damit wirksam zu machen), bedarf es einer (Durchsetzungs-)Macht. Der Begriff der Macht bezieht sich auf Privilegien, Fähigkeiten und Ressourcen auf individueller und struktureller Ebene. Darunter fallen alle Formen politischer, sozialer, rechtlicher oder ökonomischer Macht, die entweder als ideologisch-diskursive Definitionsmacht oder aber als situative oder strukturelle Handlungsmacht der Durchsetzung von Diskriminierung und Unterdrückung dienen.“ (Schmidt/ Dietrich/ Herdel 2007)

Eine ebenso wichtige Rolle spielen die vielfältigen Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Diskriminierungsformen. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass jedeR schon diskriminiert wurde und auch schon diskriminiert hat. In den erfahrungs- und prozessorientierten Trainings soll die Situation beider Seiten nachvollziehbar gemacht werden, und zwar auf persönlicher, auf zwischenmenschlicher sowie auf gesellschaftlicher Ebene. Durch entsprechende Methoden wird ein persönlicher Bezug zum Thema hergestellt, indem auf eigene Erfahrungen rekuriert wird. In einem nächsten Schritt, der meist nur bei längeren Trainingseinheiten möglich ist (empfohlen

---

Manifestation. Dies realisiert sich in einer grundsätzlichen Großschreibung von ‚Weiß‘, sobald es um die Weiße Sozialisation geht.“ (Arndt 2001: 33)

<sup>89</sup> Die Anti-Bias-Werkstatt gründete sich 2002 in Oldenburg und ist mittlerweile auch in Berlin ansässig. Sie bietet Anti-Bias-Seminare für SchülerInnen, Studierende, MultiplikatorInnen u.a. Interessierte an.

werden drei Module über je mehrere Tage hinweg, über einen Zeitraum von mehreren Monaten verteilt, um das Gelernte zu reflektieren und anzuwenden), wird auf den institutionellen Rahmen eingegangen, der bestimmte Ausschließungsmechanismen unterstützt oder forciert. Dabei soll auch die eigene Positionierung innerhalb der Gesellschaft analysiert werden. Das unmittelbare Ziel ist es, Bewusstsein für Machtverhältnisse zu schärfen und Handlungsalternativen zu entwickeln. Es wird beim Selbst begonnen, indem Verantwortung für das eigene Handeln übernommen wird. Idealerweise bilden die TeilnehmerInnen schließlich Netzwerke, um auch im gesellschaftlichen Bereich bzw. in ihrem jeweiligen Umfeld Änderungen zu erreichen und Diskriminierung abzubauen.

Der pädagogische Ansatz, wie er von der Anti-Bias-Werkstatt und dem Projekt „Vom Süden lernen“ vertreten wird, zeigt Ähnlichkeiten zu Holzkamps Vorstellungen über Lernen i.w.S. Nicht hierarchisch sollen die Seminare sein, indem vorgefertigtes Wissen bloß vermittelt wird, sondern gleichberechtigt. Das heißt, dass alle TeilnehmerInnen ernst genommen werden, ihnen Raum für ihre Gefühle und Erfahrungen gegeben wird, und dass der Seminarablauf sich an den Bedürfnissen der TeilnehmerInnen ausrichtet. Es wird i.d.R. zu Seminarbeginn deutlich gemacht, dass das Konzept mit ihnen zusammen weiterentwickelt wird und sie eigene Vorschläge einbringen können. Dies wird u.a. dadurch ermöglicht, dass sie Protokolle und Erlebnisberichte anfertigen können (Kübler/ Reddy 2002). Der Subjektstandpunkt der Teilnehmenden wird also grundsätzlich berücksichtigt. Auch wenn es so nicht formuliert wird, ist erkennbar, dass die Grundlage für das Training die bewusste und freiwillige Übernahme der Problematik als eigene Lernproblematik ist. Dies ist für Holzkamp eine Grundlage für die pädagogische Problembearbeitung. Nur, wenn die Übernahme des Lerngegenstandes als im eigenen Interesse liegend erkannt wird und freiwillig erfolgt, ist expansives, also auf Erkenntnisfortschritt und Handlungsmöglichkeiten gerichtetes Lernen möglich. Damit ist in den Anti-Bias-Trainings die Möglichkeit gegeben, sich gemeinsam reelle Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Auch zu anderen von Holzkamp formulierten Anregungen für die antirassistische Bildungsarbeit (Holzkamp 1994) sind deutliche Parallelen erkennbar. Der theoretische Bezug, der zum Thema hergestellt wird, berücksichtigt eigene Interessen. Statt Schuldzuweisung soll das Seminar Handlungsorientierungen bieten. Dies geht mit Osterkamps Forderung einher, dass Solidarität mit den Ausgegrenzten das Ziel antirassistischer Bildungsarbeit sein sollte. Solidarität und engagiertes Eingreifen zugunsten der Opfer sind erklärte Ziele des Anti-Bias-Ansatzes, was deutlich über einen bloß schuldzuweisenden An-

spruch hinausgeht. Auch der Versuch, einen Bezug zum institutionellen Rahmen herzustellen, wird gemacht mit der Betonung, Diskriminierung auf allen Ebenen zu thematisieren. Interviews mit Teilnehmenden der Seminare im Rahmen des Projekts „Vom Süden lernen“ (Gespräche mit S. Makowski und S. Schubart in INKOTA 2002) lassen allerdings Zweifel an der Wirksamkeit dieses Versuchs aufkommen. Hier wird von Erkenntnissen berichtet, die man bei PädagogInnen eigentlich als selbstverständlich voraussetzen sollte, bspw. dass man stotternde Kinder nicht auslache (ebd.: S. 47) oder dass man sich jetzt traue, nicht-weiße ArbeitskollegInnen ‚normal‘ anzusprechen (ebd.: S. 42). Hier stellt sich die Frage, ob das Anti-Bias-Training nicht nur ein günstiger Ersatz ist für demokratische, systemimmanente Aufklärungsarbeit, die eigentlich bereits die schulische, erst recht die pädagogische Ausbildung liefern sollte. Dieses Problem scheint schon insofern im Anti-Bias-Ansatz angelegt, als dass zwar der Bezug auf eine gesellschaftliche Ebene eingefordert wird, dies aber im Projekt „Vom Süden Lernen“ trotzdem im interpersonellen Rahmen verbleibt, Strukturen also kaum thematisiert werden – genauso wenig wie die Vermittlung zwischen ihnen und individuellem Handeln. Im Endeffekt verbleibt das Seminarziel beim Aufzeigen individueller Handlungsmöglichkeiten. Dies ist zwar ein wichtiger Schritt, er wird aber immer wieder an strukturelle Grenzen stoßen. Solange diese dann nicht kritisch thematisiert werden, lassen sich auch kaum weitergehende Handlungsmöglichkeiten finden.

Es ist häufig die Rede von erlernten, ansozialisierten Vorurteilen, die auch wieder verlernt werden könnten. Die Betonung liegt auf dem Mitfühlen, sowohl der TäterInnen- als auch der Opferseite. Empathie ist das Zauberwort, das diskriminierendes Verhalten einschränken soll. Nun ist die Forderung nach Empathie sicher nicht verkehrt, aber letztlich doch nicht ausreichend. Holzkamp bezeichnet die Annahme von simpel übernommenen Diskriminierungsmustern als ideologisch konstruierten Determinationszusammenhang (Holzkamp 1994: 11). Rassistisches Verhalten (um weiterhin am Beispiel einer bestimmten und weit verbreiteten Diskriminierungsform zu arbeiten) ist nicht nur „abgeguckt“, sondern in vielerlei Hinsicht funktional. Für die Ausübenden kann es um die bloße eigene Besserstellung, verbunden mit Gleichgültigkeit gegenüber anderen, gehen, wie den weißen Eltern, die Bildungshindernisse befürchten, ginge ihr Kind in eine Klasse mit hohem Migrationanteil. Gewalttätige können ihr Handeln als begründete Konsequenz verbreiteter Diskurse begreifen, wie jener platten Parolen, die um die Arbeitsplätze fürchten oder eine „Asylantenschwemme“ herbeifabulieren. Auf einer anderen Ebene ist die Rede über individualpsychologisch motivierten oder

sozialisationsbedingt ‚gelernten‘ Rassismus insofern funktional, als dass sie strukturelle und gesellschaftliche Ursachen dethematisiert.

Da im Anti-Bias-Ansatz davon ausgegangen wird, dass diskriminierendes Verhalten durch Reflektion wieder verlernt werden könne, lässt sich, auch hier zunächst implizit, die Annahme eines begründet handelnden Subjekts finden. Wird diese Annahme kritisch-psychologisch fundiert und fließen diese Erkenntnisse wieder in das Konzept des Anti-Bias-Trainings ein, kann das zu seinem Erfolg beitragen. Dazu muss unbedingt auf die Frage eingegangen werden, wie gesellschaftlich gegebene Bedingungen zu Handlungsprämissen werden. Daran schließt sich die Frage an, welches Interesse die Teilnehmenden an der Bekämpfung von Diskriminierung haben können. Die MitarbeiterInnen der Anti-Bias-Werkstatt nehmen diese Fragen ernst, indem sie die Funktionalität von Rassismus in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellen und den relativ offenen Möglichkeitsraum menschlichen Handelns betonen (Schmidt/ Dietrich/ Herdel 2007 sowie Winkelmann/ Trisch 2007).

Einen ersten konkreten Schritt vollführt das Training, indem das Leiden unter Ausgrenzung nachvollzogen wird und man auch sich selbst als potentielles Opfer von Ausgrenzung sieht. Letzteres kann aber nur begründet werden, indem ein Bezug zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, zur Überkreuzung verschiedener Ausgrenzungsformen und deren Funktionalität für die existierenden Verhältnisse hergestellt wird. Dieser explizite Anspruch führt die Anti-Bias-Werkstatt über ähnliche Konzepte hinaus.

Im Zuge der Inklusions- und Exklusionsmechanismen im modernen Staat wird die eigene Zugehörigkeit sich erkaufte durch Verhalten, das die Exklusion Anderer aus der gesellschaftlichen Teilhabe unterstützt. Werden diese Mechanismen aufgedeckt, so können mehrere Punkte klar werden: Zunächst, dass ausgrenzendes Verhalten kein individueller (oder familiärer) Fehler ist. Weiterhin, dass man selbst ständig potentiell von dem ausgrenzenden System bedroht ist, und dass man es durch sein Verhalten unterstützt, also potentiell sich selbst schadet. Daraus kann die zunächst abstrakte Handlungsmöglichkeit erwachsen, nicht (mehr) gegen die Ausgegrenzten zu kämpfen, sondern sich stattdessen gemeinsam für bessere Lebensbedingungen für alle einzusetzen. Dieser Kampf muss sich langfristig gegen die Strukturen richten, die jene Mechanismen unterstützen. Denn eine wirksame Selbstveränderung hat zur Voraussetzung, dass man die Funktionalität des eigenen ausgrenzenden Verhaltens für die herrschenden Verhältnisse erkennt, und sie ist ab einem bestimmten Punkt nur möglich in Konflikt mit diesen.

Diesen Anspruch teilt die Anti-Bias-Werkstatt mit der Kritischen Psychologie. Vielfältige Überschneidungen existieren außerdem im pädagogischen

Ansatz und im Anspruch, beim Alltagsleben der Menschen anzusetzen, was für eine fruchtbare Kombination der beiden Konzepte spricht. Die Kritische Psychologie kann einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie die grundsätzlichen theoretischen Rahmenbedingungen liefert sowie die wissenschaftlichen Möglichkeiten, strukturelle Probleme und Handlungsgründe zu analysieren. Insbesondere stellt sie mit dem Modell der grundsätzlichen Handlungsbeurkundetheit das Scharnier zwischen der gesellschaftlich-strukturellen und der individuellen Handlungsebene bereit. Das Anti-Bias-Training teilt diese Grundannahmen bzw. widerspricht ihnen nicht, wo sie noch fehlen, und ergänzt die Arbeiten durch einen bereits existierenden Methodenkoffer, bezieht sich in kleinen Runden konkret auf die alltäglichen Probleme der Teilnehmenden und bietet mit dem Anregen von Mit-Gefühl eine der wichtigen Grundlagen für gesellschaftliches Engagement. Insbesondere die theoretische Richtung der Anti-Bias-Werkstatt, die über jene individuell-emotionale Ebene hinausgehen möchte und sich um den Bezug zu gegebenen Strukturen bemüht, lässt sich mit der Kritischen Psychologie verknüpfen und zu einem besonders wirkungsvollen pädagogischen Konzept gegen Diskriminierung und Ungleichheit entwickeln.

Arndt, Susan: Impressionen. Rassismus und der deutsche Afrikadiskurs, in: dies. (Hg.): AfrikaBilder. Studien zu Rassismus in Deutschland, Münster, 2001, 11-70.

Behrens, Ulrike: Empirische Fragen beim Lösen des ‚Rätsels Lernen‘, in: Forum Kritische Psychologie 48: Lernverhältnisse, Hamburg, 2005, S. 5-13.

Candeias, Mario: Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik, Hamburg, 2004.

Derman-Sparks, Louise/ Brunson Phillips, Carol: Teaching / Learning Anti Racism. A Developmental Approach, New York, 1997.

Early Learning Resource Unit: Shifting Paradigms. Using an anti-bias strategy to challenge oppression and assist transformation in the South African context, Lansdowne, South Afrika, 1997.

Frey, Regina: Von Gender und anderen Ausgrenzungskategorien. Über das Verhältnis von Gender und Anti-Bias, in: INKOTA-Netzwerk e.V. (Hg.): Vom Süden lernen. Erfahrungen mit einem Antidiskriminierungsprojekt und Anti-Bias-Arbeit, Berlin, 2002, S. 76-81.

Fried, Barbara: Zur Relevanz gesellschaftstheoretischer Analysen für die aktualempirische Forschung der Kritischen Psychologie – am Beispiel Rassismus, in: Forum Kritische Psychologie 44, Hamburg, 2002, S. 118-151.

Hall, Stuart: ‚Rasse‘, Artikulation und Gesellschaften mit struktureller Dominante, in: ders.: Ausgewählte Schriften 2, Hamburg 1994, S. 89-136.

Holzkamp, Klaus: Die kritisch-emanzipatorische Wendung des Konstruktivismus, in: ders.: Kritische Psychologie. Vorbereitende Arbeiten, Frankfurt / Main, 1972, S. 99-146.

Ders.: Die Menschen sitzen nicht im Kapitalismus wie in einem Käfig, Interview in PSYCHOLOGIE HEUTE, November 1984, S. 29-37.

Ders.: Grundlegung der Psychologie, Frankfurt am Main / New York, 1985.

Ders.: Grundkonzepte der Kritischen Psychologie, in: AG Gewerkschaftliche Schulung und Lehrerfortbildung (Hg.): Wi(e)der die Anpassung. Texte der Kritischen Psychologie zu Schule und Erziehung, Soltau, 1987, S. 13-19.

Ders.: Worauf bezieht sich das Begriffspaar ‚restriktive / verallgemeinerte Handlungsfähigkeit‘? Zu Maratzkys vorstehenden Anmerkungen, in: Forum Kritische Psychologie 26, Hamburg, 1990, S. 35-45.

Ders.: Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung. Frankfurt am Main / New York, 1993.

Ders.: Antirassistische Erziehung als Änderung rassistischer Einstellungen? – Funktionskritik und subjektwissenschaftliche Analyse, in: Jäger S. (Hg.): Aus der Werkstatt: Antirassistische Praxen. Konzepte – Erfahrungen – Forschung, Duisburg, 1994, S. 8 – 29.

Ders.: Rassismus und das Unbewußte in psychoanalytischem und kritisch-psychologischem Verständnis, in: Forum Kritische Psychologie 35: Konstruktionen von Fremdheit, Hamburg, 1995, S. 4-41.

Ders.: Zur Rezeption der Monographie ‚Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung‘, in: Forum Kritische Psychologie 36: Klaus Holzkamp – Texte aus dem Nachlass, Hamburg, 1996, S. 113-131.

Huck, Lorenz: Möglichkeiten und Behinderungen kooperativen Lernens. Anmerkungen zu Frigga Haugs ‚Lernverhältnissen‘, in: Forum Kritische Psychologie 48: Lernverhältnisse, Hamburg, 2005, S. 14-25.

INKOTA-Netzwerk e.V. (Hg.): Vom Süden lernen. Erfahrungen mit einem Antidiskriminierungsprojekt und Anti-Bias-Arbeit, Berlin, 2002, S. 76-81.

Kaindl, Christina: Lernverhältnisse im Neoliberalismus. Teil I: Eine Auseinandersetzung mit Frigga Haugs Kritik an Holzkamp's Theorie zu Lernen – symptomal gelesen, in: Forum Kritische Psychologie 48: Lernverhältnisse, Hamburg, 2005, S. 26-40.

Kraemer, Klaus/ Speidel, Frederic: Prekäre Leiharbeit. Zur Integrationsproblematik einer atypischen Beschäftigungsform, in: Vogel, Berthold (Hg.): Leiharbeit. Neue sozialwissenschaftliche Befunde zu einer prekären Beschäftigungsform, Hamburg, 2004, S. 119-153.

Krauss, Hartmut: ‚Bedingtheitsdiskurs‘ versus ‚Begründungsdiskurs‘. Zum konzeptionellem Kern des Widerstreits zwischen traditioneller und Kritischer Psychologie, 1998. Online auf <http://www.glasnost.de/autoren/krauss/holzcamp.html>. Zugriff am 26.09.2007

Kronauer, Martin: Die Bedeutung der Exklusion für die neue soziale Frage. Anmerkungen zu Robert Castel. Vortrag auf der Tagung „Die neue Soziale Frage“, Universität Jena, 4. Mai 2007. Online auf [http://www.uni-jena.de/data/unijena\\_/faculties/fsv/institut\\_soz/KronauerMartinBE.pdf](http://www.uni-jena.de/data/unijena_/faculties/fsv/institut_soz/KronauerMartinBE.pdf). Zugriff am 24.09.2007.

Kübler, Annette/ Reddy, Anita: Anti-Bias-Trainingsmaterial, in: INKOTA-Netzwerk e.V. (Hg.): Vom Süden lernen. Erfahrungen mit einem Antidiskriminierungsprojekt und Anti-Bias-Arbeit, Berlin, 2002, S. 89-113.

Lang, Susanne/ Leiprecht, Rudolf: Autoritarismus als antirassistisches Lernziel? Eine kritische Betrachtung des Blue Eyed / Brown Eyed Trainings (Jane Elliot), in: Forum Kritische Psychologie 43, Hamburg, 2001, S. 136-162.

Lemke, Thomas: Dispositive der Unsicherheit im Neoliberalismus, in: Widerspruch, 2004, 24. Jg., Nr. 46, S. 89-98. Online auf <http://www.thomaslemkeweb.de/publikationen/EineKulturderGefahr.pdf>

Markard, Morus: Handlungsfähigkeit, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus Band 5, Hamburg, 2002, S. 1169-1181.

Osterkamp, Ute: ‚Ausländerfeindlichkeit‘ – zur Funktion ihrer Psychologisierung, in: dies.: Rassismus als Selbstentmächtigung. Texte aus dem Arbeitszusammenhang des Projekts Rassismus/ Diskriminierung, Hamburg, 1996a, S. 9-18.

Dies.: ‚Rassismus/ Antirassismus‘ – Politische Widersprüche in theoretischen Konzepten, in: dies.: Rassismus als Selbstentmächtigung. Texte aus dem Arbeitszusammenhang des Projekts Rassismus/ Diskriminierung, Hamburg, 1996b, S. 100-128.

Dies. et al: Subjektwissenschaft vom Außenstandpunkt? Antwort auf Barbara Fried, in: Forum Kritische Psychologie 44, Hamburg, 2002, S. 152-176.

Reddy, Anita: Das Projekt „Vom Süden lernen“. Die Arbeit an einem Dreh- und Angelpunkt, in: INKOTA-Netzwerk e.V. (Hg.): Vom Süden lernen. Erfahrungen mit einem Antidiskriminierungsprojekt und Anti-Bias-Arbeit, Berlin, 2002, S. 9-18.

Schmidt, Bettina/ Dietrich, Katharina/ Herdel, Shantala: Anti-Bias-Arbeit in Theorie und Praxis – kritische Betrachtung eines Anti-Diskriminierungsansatzes, in: Leiprecht, Rudolf/ Scharathow, Wiebke (Hg.): Rassismuskritik Bd. 2: Rassismuskritische Bildungsarbeit, 2007. Noch nicht erschienen.

Stellmach, Claudia: Rassismus als Wissenschaftsgegenstand, in: Forum Kritische Psychologie 42, Hamburg, 2000, S. 108-118.

Winkelmann, Anne/ Trisch, Oliver: unveröffentlichtes Interview, durchgeführt von Dörte Döring und Janne Mende, 2007.

# Die (mindestens) acht Probleme der Dialektik

STEFAN MÜLLER

„Dialektisches Denken ist der Versuch, den Zwangscharakter der Logik mit deren eigenen Mitteln zu durchbrechen. Aber indem es dieser Mittel sich bedienen muß, steht es in jedem Augenblick in Gefahr, dem Zwangscharakter selber zu verfallen: Die List der Vernunft möchte noch gegen die Dialektik sich durchsetzen. Nicht anders läßt das Bestehende sich überschreiten als vermöge des Allgemeinen, das dem Bestehenden selbst entlehnt ist.“ (Adorno 1951, 171f)

Sofern Probleme der Dialektik in den Sozialwissenschaften überhaupt noch diskutiert werden, finden sich zumeist recht schnell Verweise auf die Differenz zwischen idealistischer und materialistischer Dialektik. Oft genug wird diese Unterscheidung heruntergebrochen auf den dürren Hinweis, dass die einen auf die Weltkonstitution aus dem Geiste heraus, die anderen hingegen auf das Sein, als Basis, beharren. Bescheidet man sich mit diesen Aussagen, dann treten die im Folgenden diskutierten Probleme einer sozialwissenschaftlich relevanten Theorie der Dialektik nicht auf. In der Proklamation eines Primats des Seins bzw. des Bewusstseins werden entscheidende sozialwissenschaftliche Fragen kurzerhand erledigt.

Eine andere, weit verbreitete Sichtweise findet sich vor allem auf der Seite der KritikerInnen einer dialektischen Verfahrensweise: „Die Dialektik entspricht (...) nicht den Anforderungen an strenge Wissenschaft, wie sie etwa von Popper kodifiziert wurden. (...) Auch noch in anderen Hinsichten verstößt die Dialektik gegen die Regeln guten wissenschaftlichen Benehmens: Sie kann mit einer strikten Subjekt/Objekt-Trennung nichts anfangen; sie formuliert keine Hypothesen, die empirisch verifiziert oder falsifiziert werden könnten; sie hält sich nicht an das Gebot der Widerspruchsfreiheit; sie gibt nicht an, wie ihre zentralen Kategorien zu operationalisieren seien; und sie operiert überhaupt in jeder Hinsicht auf einem hoffnungslos vorwissenschaftlichen Niveau.“ (Kuchler, 18)<sup>1</sup> Das kürzlich erschienene Buch von Kuchler schließt an eine Interpretation an, die im Kern ihrer Kritik vor allem

---

<sup>1</sup> Barbara Kuchler: Was ist in der Soziologie aus der Dialektik geworden? Münster 2005.

auf den kritischen Rationalismus Karl R. Poppers verweist.<sup>2</sup> Poppers eindringlicher und nachvollziehbarer Hinweis darauf, dass ein bloßer Verstoß gegen das Aristotelische Widerspruchsverbot jede Theorie ad absurdum führt, zumal dadurch keine (Gesellschafts-) Kritik mehr möglich sei, bildet den Hintergrund einer fundamentalen Dialektik-Kritik. Bis heute bildet dieser Einwand gegen eine dialektisch verfahrenende Theorie eine kaum zu unterschätzende sachhaltige Kritik, die nicht ohne weiteres übergangen werden kann – sofern der Dialektik eine sozialwissenschaftliche Relevanz zugesprochen wird.

Sicherlich bildet das Problem des Widerspruchs, der letztlich eine dialektische von einer nicht-dialektischen Argumentation unterscheidet, das Hauptproblem jeder dialektischen Theorie. Doch es gibt eine ganze Reihe weiterer Probleme, die nicht unerhebliche Schwierigkeiten darstellen. Diese werde ich im Folgenden kurz betrachten, indem ich das jeweils zugrunde liegende Problem herausstelle und, sofern es möglich ist, sowohl eine subsumtions- als auch eine emanzipationslogische Lösungsmöglichkeit aufzeige. Die Grundthese dabei ist, dass trotz aller Differenz der idealistischen und materialistischen Dialektik gemeinsame Grundprobleme auftreten, die nicht standpunkthaft-proklamatorisch gelöst werden können. Dennoch soll auch insbesondere die Differenz zwischen einer idealistischen und einer materialistischen Herangehensweise genauer betrachtet werden, die nach dem kursorischen Einblick in die (mindestens) acht Grundprobleme der Dialektik ersichtlich werden wird.

## 1. Das Problem des Anfangs

Das Problem des Anfangs bildet kein Spezifikum einer dialektischen Theorie. Jede sozialwissenschaftliche Theorie enthält implizit oder explizit Annahmen über ihren (erkenntnistheoretischen) Startpunkt.<sup>3</sup> Das heute gängige und herrschende *Sprachparadigma* löst das Problem des Anfangs beispielsweise mit einem Verweis auf die soziale Konstitution in und durch Sprache. Eine dialektische Theorie bewegt sich im sog. *Bewusstseinsparadigma*, das um die Frage zentriert ist, in welchem Verhältnis sich das Bewusstsein zur An-sich-seienden Welt befindet. Wird auf der einen Seite das Bewusstsein als in letzter Instanz konstituierend angeführt, so zeigt sich auf der entgegen-

---

<sup>2</sup> Karl R. Popper: Was ist Dialektik? In: Ernst Topitsch (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften, Köln, Berlin 1965.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Jürgen Ritsert: Positionen und Probleme der Erkenntnistheorie, Frankfurt am Main 2004.

gesetzten Seite analog ein umgekehrtes Vorgehen. In letzter Instanz sei das Sein, also die An-sich-seiende Welt ausschlaggebend. Ohne in aller gebotenen Ausführlichkeit auf die Verkürzung, die diesen schematischen Vorstellungen unterliegen, einzugehen, wird der standpunkthaft-proklamatorische Charakter einer solchen Herangehensweise deutlich. Der erkenntnistheoretische Startpunkt einer auf sozialwissenschaftliche Relevanz abzielenden Dialektik muss demnach woanders verborgen liegen. Es handelt sich dabei um die Frage, wie wir mit den Mitteln der Erkenntnis Bezug auf Sachverhalte nehmen können, die (zunächst) außerhalb unseres Bewusstseins liegen. Wie lässt sich mit den Mitteln der Sprache auf nicht-linguistische Sachverhalte referieren? Wie können Aussagen, die zudem noch einen Anspruch auf Allgemeinverbindlichkeit erheben, über die Welt außerhalb unseres Bewusstseins getroffen werden? Nichts Geringeres bildet den (erkenntnistheoretischen) Anspruch Johann Gottlieb Fichtes, der das Problem des Anfangs besonders eindrücklich herausgestellt hat: „Dies, daß der endliche Geist notwendig etwas Absolutes außer sich setzen muß (ein Ding an sich) und dennoch von der andern Seite anerkennen muß, daß dasselbe nur *für ihn* da sei (...) ist ein Zirkel, den er in das Unendliche erweitern, aus welchem er aber nie herausgehen kann. Ein System, das auf diesen Zirkel gar nicht Rücksicht nimmt, ist ein dogmatischer Idealismus; denn eigentlich ist es nur der angezeigte Zirkel, der uns begrenzt und zu endlichen Wesen macht; ein System, das aus demselben herausgegangen zu sein wähnt, ist ein transzendentaler realistischer Dogmatismus.“ (Fichte 1794, 198, Hervorhebung im Orig.)

Damit fasst Fichte das Grundproblem, indem er erkenntnistheoretisch die Konstellation zwischen Erkenntnis und Zu-Erkennendem vermittlungslogisch und nicht statisch-ontologisch begreift. Er hält fest, dass sehr wohl Aussagen zwischen Subjekt und Objekt (Wesen und Erscheinung, Sprache und Bezugsobjekt) gemacht werden können. Allerdings bewegen diese sich stets im erkenntnistheoretischen Zirkel, der zwar „ins unendliche erweitert, aus welchem aber nie herausgegangen werden kann“ (Fichte). So arbeitet bereits Fichte die Gleichzeitigkeit eines inneren Vermittlungsverhältnisses im widersprüchlichen Subjekt-Objekt-Verhältnis heraus. Für den Erzidealisten eine erstaunliche und weitreichende Lösungsmöglichkeit. Fichte erschafft in der Wissenschaftslehre einen vermittlungslogischen, nicht standpunkt-proklamatorischen Startpunkt mithilfe seines erkenntnistheoretischen Zirkels und bietet damit die Möglichkeit, Aussagen über das innere Vermittlungsverhältnis von Subjekt und Objekt zu treffen.

Friedrich Engels, der nicht im Verdacht steht, ein Anhänger Fichtes zu sein und eher als Vertreter einer abgeschlossenen und teleologisch gedachten

Dialektik rezipiert wird, formuliert im Einklang (!) mit Fichtes Zirkel: „Wir haben [einen] Widerspruch (...) zwischen dem notwendig als absolut vorgestellten Charakter des menschlichen Denkens, und seiner Realität in lauter beschränkt denkenden Einzelmenschen, ein Widerspruch, der sich nur im unendlichen Progreß, in der für uns wenigstens praktisch endlosen Aufeinanderfolge der Menschengeschlechter lösen kann. In diesem Sinn ist das menschliche Denken ebenso sehr souverän wie nicht souverän und seine Erkenntnisfähigkeit ebenso sehr unbeschränkt wie beschränkt.“ (MEW 20, 80) An dieser Stelle befindet man sich am erkenntnistheoretischen Springpunkt der Dialektik. Fichte zeigt auf, dass ein Rückfall auf die eine oder andere Seite das Verhältnis nicht adäquat erfassen kann. Engels charakterisiert die Erkenntnisfähigkeiten als *gleichzeitig* beschränkt und unbeschränkt. Er geht ebenso von einer Beschränkung wie auch von der Unbeschränktheit menschlicher Erkenntnisfähigkeit aus. Er geht sogar noch darüber hinaus: In gewisser Hinsicht zeichnet er eine Gleichzeitigkeit beider Möglichkeiten nach. Diese Gleichzeitigkeit ist für das sog. Bewusstseinsparadigma charakteristisch. Wäre man auf der Suche nach der Unhintergebarkeit des Subjekt-Objekt-Verhältnisses in den Sozialwissenschaften, könnte man sie an dieser Stelle nachzeichnen. Sowohl in der absolut idealistischen Version Fichtes als auch im materialistischen Anspruch Engels zeichnet sich erkenntnistheoretisch eine vermittlungslogische Figur ab, die das Problem des Anfangs nicht statisch-ontologisch löst und sich damit von einem proklamierten dialektischen erkenntnistheoretischen Startpunkt deutlich abhebt.

## **2. Das Problem des Endes: ‚offene‘ oder ‚abgeschlossene‘ Dialektik?**

Ebenso wie das Problem des Anfangs bildet die Frage nach einem möglichen Abschluss noch kein spezifisches Kriterium, um eine dialektische von einer nicht-dialektischen Argumentation unterscheiden zu können. Oft finden sich in den verschiedenen sozialwissenschaftlichen Ansätzen Annahmen über die Reichweite der Theorie und damit auch Angaben darüber, wie sich das Ende der entsprechenden Theorie vorzustellen sei. Eine dialektische Theorie hat es, jenseits der Diskussion um eine idealistische oder materialistische Dialektik, zumeist mit zwei Antwortmöglichkeiten zu tun: ‚offene‘ oder ‚abgeschlossene‘ Dialektik? In der letzteren wird postuliert, dass ab einem bestimmten positiven (oder negativen) Ereignis der dialektische Prozess am Ende angekommen und erfüllt sei. Diese ‚Alles-wird-gut-und-vor-allem-richtig‘-Haltung projiziert nicht selten eine Art heilsgeschichtliche Erwar-

tung an eine dialektische Theorie. Um nicht falsch verstanden zu werden: Selbstverständlich kann es durchaus Prozesse mit höchst entscheidenden gesellschaftlichen Auswirkungen, die sogar ins ökonomische Getriebe nachhaltig und radikal eingreifen, geben und sich die berühmte dreifache Bedeutung des Hegelschen Aufhebungsbegriffes auf basaler gesellschaftlicher Ebene durchsetzen, nur: Dialektik ist danach nicht stillgestellt. Das wäre der Gegenpol zu einer abgeschlossenen Dialektikkonzeption. Eine offene, nicht-abschlusshafte dialektische Konzeption könnte vielmehr die produktiven Widersprüche, die auf eine subjektgerechte Einrichtung der Gesellschaft abzielen und die repressiven Widersprüche, die die Subjekte in ihren Entfaltungsmöglichkeiten nachhaltig behindern und einschränken, bewusst in die Reflexion aufnehmen. Damit ist das Zentralthema einer dialektischen Theorie benannt: Wie kann man sich einen solchen Widerspruchsbegriff vorstellen? Was ist ein dialektischer Widerspruch?

### 3. Das Problem des Widerspruchs

Auch diese äußerst umstrittene und zentrale Frage stellt sich jenseits des Dualismus von Idealismus und Materialismus. VertreterInnen beider Richtungen geben unterschiedliche Antworten auf die Frage, was einen dialektischen Widerspruch als solchen auszeichne. Nimmt man die KritikerInnen einer dialektischen Herangehensweise ernst, muss man zudem auf das schwierige Verhältnis einer dialektischen zur klassischen Aristotelischen Logik genauer eingehen. Genau dieser Versuch wird sich als äußerst fruchtbar erweisen und nicht zuletzt kann so (a) eine dialektische von einer nicht-dialektischen Argumentation unterschieden werden, um (b) damit auch die (formalen) Minimalanforderungen an eine dialektische Theorie genauer bestimmen zu können.

Charakteristisch für eine dialektische Herangehensweise ist demnach die Abgrenzung zur klassischen Aristotelischen Logik. Die Axiomatisierung der klassischen Logik, die auf Aristoteles zurückzuführen ist, findet sich in den sogenannten drei Denkgesetzen: (1) den Satz der Identität ( $A = A$ ), der Satz des Widerspruchs [Nicht ( $A$  und Nicht- $A$ )] und dem Satz vom ausgeschlossenen Dritten ( $A$  oder Nicht- $A$ ). Die Wirkmächtigkeit der Aristotelischen Logik, auf die wir bis heute und aus allen vernünftigen Gründen zurückgreifen, wird schnell an einem Beispiel deutlich. Der klassische Lehrbuchsatz ‚Die Rose ist rot‘ zeigt die Stärke und Bedeutung der Aristotelischen Logik auf: (1) Die Rose *ist* rot und kein Pferd (Forderung nach Identität der Aussa-

ge), (2) Es geht *nicht*, dass eine Rose zugleich und in derselben Hinsicht rot und Nicht-Rot ist, beides zusammen geht nicht (Forderung des ausgeschlossenen Widerspruchs) und (3) entweder eine rote Rose *oder* eine Nicht-rote Rose (Forderung des ausgeschlossenen Dritten. Es gibt kein Drittes. Tertium non datur.). Sobald gegen eines der drei Denkgesetze verstoßen wird, haben die anderen ebenfalls keine Gültigkeit mehr. Popper – und im Anschluss daran Kuchler – weisen mit aller Nachdrücklichkeit auf diesen Umstand hin. Das bildet den Hintergrund einer fundamentalen Kritik der Dialektik, wie sie in besonders nachdrücklicher Art und Weise von Popper ausgearbeitet wurde. Der Standardvorwurf lautet somit: DialektikerInnen verstoßen permanent gegen das Aristotelische Prinzip der Widerspruchsfreiheit und können deswegen weder eine konsistente Theorie vorlegen noch einen Anspruch auf (Gesellschafts-) Kritik erheben!

Selbstverständlich erhebt eine dialektische Theorie den Anspruch, über die Aristotelischen Denkgesetze hinauszugehen. Beispielsweise kritisiert Hegel den Anspruch der Aristotelischen Logik fundamental. Dass Hegel in seiner scharfen und deutlichen Kritik formaler Logik zeitgebunden argumentierte, versteht sich von selbst.<sup>4</sup> In der modernen Mathematik ist das Überschreiten der Aristotelischen Logik mit der Entdeckung drei- oder mehrwertige Systeme längst keine Überraschung mehr.<sup>5</sup> Die disjunkte zweiwertige Logik, um die in den Sozialwissenschaften heftig gerungen wird, bildet für LogikerInnen längst einen Teilbereich, dessen Kritik vor allem im Umgang mit Paradoxien sehr vielfältige und aufschlussreiche Lösungsmöglichkeiten hervor gebracht hat. In der Untersuchung der Lügnerantinomie<sup>6</sup> oder auch in der Analyse des Anfangs der Hegelschen Logik zeichnen sich für die Sozialwissenschaften produktive Lösungsmöglichkeiten ab. Der problematische An-

---

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Arbeit von Michael Wolff: Der Begriff des Widerspruchs. Eine Studie zur Dialektik Kants und Hegels. Königstein im Taunus 1981, die den Stand formaler Logik zu Hegels Zeit und seine Kritik daran ausführlich analysiert.

<sup>5</sup> *Theorien der Vagheit* oder der *fuzzy logic* gehen konstitutiv von einer generellen Mehrwertigkeit aus – die klassische aristotelische Entscheidung zwischen ‚wahr‘ und ‚falsch‘, ‚positiv‘ und ‚negativ‘ ist hier längst überwunden. Vgl. R.M. Sainsbury: Paradoxien. Stuttgart 2001. Dennoch sind mit diesen Problemlösungen, obwohl sie in eindeutiger Weise über das aristotelische Widerspruchsverbot hinausgehen, nicht die Lösungskapazitäten verbunden, die sich für das Problem der Dialektik als entscheidend erweisen werden. In einer dialektischen Theorie, wie sie im Folgenden aus guten Gründen favorisiert wird, spielt der Gedanke an Emanzipation in der versöhnten Gesellschaft eine zentrale Rolle. Neben dem formallogischen Umgang mit dem aristotelischen Widerspruchsverbot ist damit eine semantische Ebene, die bei Adorno auf die ‚versöhnte Gesellschaft‘ abzielt, unabdingbar. In der *fuzzy logic* oder in den *Theorien der Vagheit* gibt es nur ‚Bruchteile der Wahrheit‘, die mit dem emphatischen Wahrheitsbegriff Adornos schlicht unvereinbar sind.

<sup>6</sup> Die Lügnerantinomie in der strikten Fassung lautet: ‚Dieser Satz ist gelogen.‘. Was ist von dieser Aussage zu halten? Wahr oder falsch? Mit der aristotelischen Logik ist hier keine Lösungsmöglichkeit verbunden. Vgl. dazu vor allem Heiko Knoll/Jürgen Ristert: Das Prinzip der Dialektik. Studien über strikte Antinomie und kritische Theorie, Münster 2006.

fang der Hegelschen Logik, in dem die Kategorie ‚Sein‘ in die Kategorie ‚Nichts‘ übergeht und schließlich im ‚Werden‘ zusammengezogen wird, läßt sich vor dem Hintergrund einer strikten Antinomie, wie sie u.a. Dieter Wandschneider<sup>7</sup> rekonstruiert, nachvollziehen. Wandschneider zeigt auf, wie der Hegelsche Dialektikbegriff nur scheinbar gegen die Aristotelischen Denkgesetze verstößt. Im Weiteren führt ihn die Untersuchung des Anfangs der Hegelschen Logik auf eine konstitutive Gleichzeitigkeit von Äquivalenz und Widerspruch in der Hegelschen Dialektik. Nach der klassischen Logik ist ‚Etwas‘ entweder Sein oder Nicht-Sein, beides zusammen geht nicht. Wandschneider arbeitet heraus, dass Hegel in der Idee des absoluten Seins ebenso sehr das absolute Nichts meint und damit auf eine (semantische) Gleichzeitigkeit abzielt, in der in dieser Hinsicht die Kategorien Sein und Nicht-Sein bei Hegel identisch werden – obwohl sie nach wie vor in einem Widerspruch zueinander stehen. „Man beachte, daß die Synthese nach der hier entwickelten Argumentation nicht in der Verknüpfung entgegengesetzter *Begriffe*, etwa ‚Sein‘ und ‚Nichtsein‘, besteht, wie es dem Vulgärverständnis dialektischer Synthese entspräche, sondern in der Verbindung von *Gegensatz* und *Äquivalenz* solcher Begriffe, d.h. von *Begriffsverhältnissen* in der Form (formal) kontradiktorischer Aussagen.“ (Wandschneider 1997, 136; Hervor. im Orig.)<sup>8</sup>

Mit der Herausarbeitung der Struktur einer strikten Antinomie<sup>9</sup> ist die Möglichkeit geschaffen, (a) das Verhältnis der Aristotelischen zu einer dialektischen Logik exakter zu bestimmen, um damit (b) formallogisch einwandfrei nachweisen zu können, dass DialektikerInnen eben nicht (ausschließlich) auf den aristotelischen Widerspruchsbegriff zurückgreifen. Poppers und Kuchlers zentraler Einwand kann somit auf dem Boden der formalen Logik entgegnet werden. Zudem ermöglicht die Herausarbeitung strikter Antinomien

<sup>7</sup> Dieter Wandschneider: Wandschneider, Dieter: Zur Struktur dialektischer Begriffsentwicklung, In: Wandschneider, Dieter (Hrsg.): Das Problem der Dialektik, Bonn 1997.

<sup>8</sup> Dies führt ihn „...zu der Forderung, beide Kategorien *ebensowohl* als entgegengesetzt wie als äquivalent zu denken – eine nicht länger absurd erscheinende Konsequenz der ursprünglichen Entgegensetzung beider Kategorien. Die Einseitigkeit ihrer strikten Entgegensetzung ist in der Weise zu korrigieren, daß sie *auch* als bedeutungsäquivalent zu fassen sind.“ (Wandschneider 1997, 138; Hervor. im Orig.)

<sup>9</sup> Vgl. zur Diskussion um eine strikte Antinomie auch Thomas Kesselring: Die Produktivität der Antinomie. Hegels Dialektik im Lichte der genetischen Erkenntnistheorie und der formalen Logik. Frankfurt am Main 1984 und Thomas Kesselring: Rationale Rekonstruktion der Dialektik im Sinne Hegels, In: Angehrn, Emil (Hrsg.): Dialektischer Negativismus. Frankfurt am Main 1992. Kesselring charakterisiert strikte Antinomien folgendermaßen: „Eine strikte Antinomie weist also immer zwei sich gegenseitig negierende und zugleich implizierende Seiten (bzw. Bedeutungen) auf. Aufgrund der wechselseitigen Implikation dieser Seiten (bzw. Bedeutungen) entspricht einer Antinomie die ‚Äquivalenz zweier Aussagen, deren eine die Negation der anderen ist‘, und nicht nur – wie bei einem einfachen Widerspruch – die Konjunktion entgegengesetzter Aussagen. Strikte Antinomien weisen also Merkmale von Tautologien (logischen Äquivalenzen) und zugleich von Widersprüchen auf.“ (Kesselring 1984, 98f)

die Unterscheidung zwischen dem Aristotelischen und einem dialektischen Widerspruchsbegriff, den ich noch kurz etwas genauer betrachten werde. Wenn Hegel vom Widerspruch als Quelle aller Dialektik ausgeht, meint er damit offensichtlich nicht die Disjunktion, die der klassischen Aristotelischen Logik zugrunde liegt. Hegel gibt beispielsweise in den sog. Nürnberger Schriften,<sup>10</sup> in denen er den Schülern am Nürnberger Ägidiengymnasium das spekulative Denken näher zu bringen versuchte, einen entscheidenden Hinweis auf das Verhältnis zwischen dem ‚gewöhnlichen‘ Widerspruchsbegriff und dem spekulativ-dialektischen: „Gewöhnlich erscheint das Dialektische so, daß von einem Subjekt zwei entgegengesetzte Prädikate behauptet werden. Das reinere Dialektische besteht darin, daß von einem Prädikat eine Verstandesbestimmung aufgezeigt wird, wie sie *an ihr selbst* ebenso sehr das *Entgegengesetzte ihrer selbst* ist, sie sich also in sich aufhebt.“ (Hegel 1808, WW 4, 56, § 170, Hervorhebung im Orig.) Die Rose, die gleichzeitig rot und nicht-rot ist, bildet für Hegel demnach die Grundlage eines ‚gewöhnlichen‘ Begriffs des Widerspruchs, vom dem sich sein eigener spekulativer, die ‚reineren Dialektik‘, grundlegend unterscheidet. Das ‚reineren dialektische‘ besteht in der Einführung einer inneren Vermittlung (‚in sich aufhebt‘), wie sie in der Struktur einer strikten Antinomie konstitutiv verankert ist.<sup>11</sup>

Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass sich das Grundproblem jeder dialektischen Theorie um die Frage nach dem zugrunde liegenden Widerspruchsbegriff handelt – jenseits des idealistischen oder materialistischen Anspruchs. Erledigt man dieses Problem vorschnell mit dem Hinweis darauf, dass die Aristotelische in einer dialektischen Logik ‚aufgehoben‘ sei, entgeht der komplexe Widerspruchsbegriff, wie ihn beispielsweise Wandschneider am Anfang der Hegelschen Logik rekonstruiert. Im bloßen Verstoß gegen die Aristotelischen Denkgesetze wird die Produktivität des Widerspruchs zu-nichte gemacht. Kritik (und auf diesen Punkt zielt auch Popper ab) wird damit nicht mehr ermöglicht. Dass Poppers Kritik ernstgenommen werden muss, aber gleichzeitig in einer Theorie der Dialektik darüber hinausgegangen werden kann, zeigt der Unterschied zwischen Aristotelischen und strikt antinomischen, d.h. dialektischen Widerspruchsbegriff.

<sup>10</sup> Vgl. Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Werke in zwanzig Bänden. Band 4: Nürnberger und Heidelberger Schriften 1808 – 1817 (WW 4), Frankfurt am Main 1970.

<sup>11</sup> Formallogisch führt eine strikte Antinomie über die aristotelische Logik hinaus:  $(A \rightarrow \text{Nicht-A})$  und  $(\text{Nicht-A} \rightarrow A)$ . Diese widersprüchliche formallogische Struktur findet sich in der Lügnerantinomie. Wenn A gilt, dann gilt Nicht-A. Zudem kommt noch dazu: Wenn Nicht-A, dann A. Damit werden A und Nicht-A äquivalent. In der aristotelischen Logik ist dies schlicht undenkbar. „Man muss ständig von A auf Nicht-A und von Nicht-A auf A schließen. Das verwirrt die gewohnte Logik. Anders ausgedrückt: Zwei Aussagen stehen in einem strengen Gegensatzverhältnis zueinander, aber ihr Wahrheitswert bleibt vom gleichwohl gegensätzlichen (negierenden) Wahrheitswert der anderen logisch abhängig.“ (Knoll/Ritsert, 28)

#### 4. Das Problem des ‚subjektiven Faktors‘: Reflex oder Reflexion?

Die Rolle, Position, Funktion oder zuweilen auch die Potentiale des Subjekts stehen im Blickpunkt der meisten sozialwissenschaftlichen Theorien. Das Problem des ‚subjektiven Faktors‘ verweist wiederum weder auf ein Spezifikum dialektischer Theoriebildung noch auf die Differenz zwischen Idealismus und Materialismus. Grob kehrt hier die weithin geläufige Interpretation wieder, in der der Idealismus aus dem Bewusstsein heraus, der Materialismus dagegen aus dem Sein heraus, argumentiert. Im Extremfall fällt die eine oder andere Seite auf eine Darstellung zurück, die das entgegengesetzte Moment negiert. Sogar innerhalb der hegelmарxistischen Rezeption lassen sich die beiden Extrempole, die als Reflex auf der einen und Reflexion auf der anderen Seite beschrieben werden können, aufzeigen.

Alexandre Kojève, dessen Vorlesungen über Hegel an der ‚Ecole des Hautes-Etudes‘ von 1933–1939 immer noch einen zentralen Bezugspunkt hegelmарxistischer Theoriebildung darstellen,<sup>12</sup> stützt sich auf eine weitverbreitete Interpretation der Phänomenologie des Geistes, in der die Subjekte zu reflexhaften Marionetten degradiert werden: „Die Struktur des Denkens wird also bestimmt durch die Struktur des von ihm offenbarten Seins. (...) Das Denken ist nur insoweit dialektisch, als es die Dialektik des Seins, das ist, und der Wirklichkeit, die existiert, korrekt offenbart.“ (Kojève, 135, Hervor. im Orig.)<sup>13</sup> Diese Interpretation zeigt eine deutliche Analogie zur klassischen Lesart, die in der hegelschen Theorie ein ‚gottgleiches Übersubjekt‘ entdeckt. Bietet die Hegelsche Theorie tatsächlich nicht mehr, wie in letzter Instanz einen Verweis auf das übergeordnete Subjekt-Objekt, dem Hegelschen (protestantischen) Gott, verbleibt nicht viel mehr, wie in der verkürzten marxischen Interpretation, die sich mit der Weltkonstitution aus dem Sein bescheidet. Zudem zeigt sich bei Kojève jenes Verständnis einer dialektischen Verfahrensweise, das eingangs als ontologisch-proklamatorisch beschrieben wurde.<sup>14</sup> Da das Sein (was immer das auch sein soll...) schließlich dialek-

---

<sup>12</sup> „Mit diesen Vorlesungen hat er vor allem in den letzten Jahren vor dem Kriege durch eine Reihe bedeutender Hörer wie Merleau-Ponty, Raymond Queneau, Pater Fessard einen nachdrücklichen Einfluß auf das französische Geistesleben ausgeübt, dem man – neben den Arbeiten von Jean Hyppolite – in erster Linie den Durchbruch des französischen Denkens zur Dialektik zuschreiben kann.“ (Iring Fetscher, In: Kojève, Alexandre: Hegel. Eine Vergegenwärtigung seines Denkens. Frankfurt am Main 1975, 7f.)

<sup>13</sup> Vgl. auch: Hegels „...Denken reflektiert einfach das Wirkliche. Doch das kann er nur tun, weil das Wirkliche dialektisch ist, (...) Kurz, Hegel braucht keine dialektische Methode, weil die Wahrheit, die er verkörpert, das letzte Ergebnis der realen oder aktiven Dialektik der Weltgeschichte ist, die sein Denken durch seine Rede zu reproduzieren sich begnügt.“ (Kojève, 150)

<sup>14</sup> „Der drohende Rückfall der Reflexion ins Unreflektierte verrät sich in der Überlegenheit, die mit dem dialektischen Verfahren schaltet und redet, als wäre sie selber jenes unmittelbare Wissen vom Ganzen, das vom Prinzip der Dialektik gerade ausgeschlossen wird.“ (Adorno 1951, 282)

tisch strukturiert sei, müsse es auch im Kopfe der Menschen (man müsste hinzufügen: wenn sie ihre subjektive Zutat negieren) dementsprechend auftauchen. Doch „[d]er Gedanke ist kein Abbild der Sache – dazu macht ihn einzig materialistische Mythologie Epikurischen Stils, die erfindet, die Materie sende Bildchen aus –, sondern geht auf die Sache selbst.“ (Adorno 1966, 205) Selbst in einer Hegelschen Lesart, in der aus dem absoluten und identischen Subjekt-Objekt auf die Weltbeschaffenheit geschlossen wird, findet sich kaum ein derartiger Kurzschluss. So lässt sich gleichzeitig im Hegelschen Werk eine Anzahl von Motiven nachweisen, die die Reflexionsmöglichkeiten der Subjekte noch einmal reflektiert und in die Theoriebildung konstitutiv mit aufnimmt. Beispielweise in der Vorrede der Phänomenologie des Geistes verweist Hegel auf das Gebot *mindestens* ebenso sehr das Wahre als Subjekt und nicht nur als Substanz zu begreifen: „Es kommt meiner Ansicht, welche sich nur durch die Darstellung des Systems selbst rechtfertigen muß, alles darauf an, das wahre nicht als *Substanz*, sondern eben so sehr als *Subjekt* aufzufassen und auszudrücken.“ (Hegel 1807, 19, Hervor. im Orig.) Die Rücknahme der Reflexionsmöglichkeiten der Subjekte verweist – im Hegelschen Maßstab – allenfalls auf die erste Stellung des Gedankens zur Objektivität (vgl. ‚Das Problem der Objektivität‘). Gegen ein reflexhaftes Aufnehmen des Seins wären demgegenüber die Reflexionsmöglichkeiten ebenso zu stärken wie der Verweis auf die Einschränkung dieser unter repressiven Bedingungen. Oder, in den Worten Adornos: „Daß im Bereich der sogenannten Gesellschaftswissenschaften, überall dort, wo das Objekt selber durch den ‚Geist‘ vermittelt ist, die Fruchtbarkeit der Erkenntnis nicht durch die Ausschaltung des Subjekts sondern vielmehr kraft dessen höchster Anstrengung, durch all seine Innervationen und Erfahrungen hindurch gerät – diese Einsicht, die heute erst den widerstrebenden Sozialwissenschaften durch die Selbstbesinnung abgezwungen wird, stammt aus dem Systemzusammenhang Hegels.“ (Adorno 1963, 256)

## **5. Das Problem: statisch-ontologisch vs. Prozesshaft-vermittlungslogisch**

Das Problem ‚Statik vs. Dynamik‘ möchte ich nur kurz umreißen, weil die Fallstricke einer statisch-ontologischen Herangehensweise bereits deutlich gemacht wurden. Auch bei diesem Problem handelt es sich nicht um ein Spezifikum einer dialektischen Theorie, wengleich dialektische Konzeptionen zumeist Aussagen zum Verhältnis ‚Statik vs. Dynamik‘ treffen. Auch in

den meisten sozialwissenschaftlichen Theorien läßt sich die Problematik, die zwischen Statik und Dynamik besteht, aufzeigen. Der Kern dieses Problems besteht darin, dass in den Sozialwissenschaften selten statische Momente vorherrschen, aber nicht nur aufgrund der zweiwertigen Aristotelischen Logik Ergebnisse produziert werden, die statischen Charakter haben. In einer genaueren Betrachtung könnte man sogar davon ausgehen, dass Statik in den Sozialwissenschaften eine kaum handhabbare Kategorie darstellt. Verweise auf Änderungen in Zeit und Raum, die berühmten historisch-spezifischen Bedingungen treffen nahezu immer zu. Mit dem Hinweis auf Tendenzen, ‚Gesetzen‘ mit *ceteris paribus* Klauseln oder Entwicklungsmöglichkeiten sind Versuche möglich, dem Problem der Statik zu entgehen. Gleichwohl gibt es Konstellationen, denen durchaus eine Art statischen Charakters zuzusprechen wäre – man denke an nicht ohne weiteres abzuschaffende Dinge wie der Zwang zur Lohnarbeit bei Strafe des Untergangs. Eine dialektische Theorie steht damit vor dem Problem, wie sowohl diejenigen Momente, die einen statischen Charakter zeigen als auch die Verhältnisse, die ausschließlich prozesshaft-dynamisch zu verstehen sind, erfasst werden können. An dieser Stelle werden (spätestens) die nächsten Probleme ersichtlich: Vor welchem Hintergrund wird diese Unterscheidung getroffen? Das Problem der Wahrheit und der Objektivität tritt auf.

## **6. Das Problem der Wahrheit**

Ohne in die weitreichende und komplexe Diskussion philosophischer Wahrheitskonzeptionen und vor allem an die daran anschließenden Probleme einzusteigen, möchte ich nur kurz zwei der gängigen Wahrheits-Begriffe, die für die Diskussion um die Differenz einer materialistischen oder idealistischen Verfahrensweise Bedeutung erlangen, andeuten.

In der klassischen Logik ist ‚wahr‘ was den Aristotelischen Denkgesetzen gehorcht. Das richtige Schlussfolgern von gegebenen Prämissen bildet die Grundlage dieses Wahrheitsbegriffs. Eine dialektische Verfahrensweise erhebt den Anspruch, über die Aristotelischen Axiome hinauszugehen und eine *Vermittlung der Gegensätze in sich* bei gleichzeitiger Beachtung des widersprüchlichen Verhältnisses, das zudem in gewisser Hinsicht auch noch äquivalent ist, unter dem Anspruch auf ‚Wahrheit‘ darstellen zu können. Ein solcher Wahrheitsbegriff muss sich noch auf etwas anderes wie ausschließlich auf das schlüssige Schlussfolgern beziehen. Dafür steht in der sozial- und moralphilosophischen Tradition der Kantische Imperativ, der das weit bis in

die Antike zurückreichende Motiv formuliert, den anderen immer zugleich auch als Zweck, nie ausschließlich als Mittel anzuerkennen. Darin liegt ein Anspruch auf ‚Wahrheit‘ in einem emphatischen Sinne verborgen. Marx geht darüber hinaus: In seinem Imperativ steckt die explizite Forderung, die Verhältnisse so einzurichten, dass es keine geknechteten, erniedrigten Menschen mehr geben muss, also die ‚wahrhaftig-richtige‘ Einrichtung der intersubjektiven und objektiven Verhältnisse. Ein solch verstandener Wahrheitsbegriff ist nicht mehr ‚nur‘ mit Schlussfolgerungen beschäftigt. Hier treten Probleme in den Wahrheitsbegriff ein, der die subjektgerechte Einrichtung der Verhältnisse als nicht-repressive Vergesellschaftung fordert.

Für eine Diskussion um die Differenz idealistischer und materialistischer Dialektikkonzeptionen wären zumindest diese zwei Wahrheitsbegriffe auseinanderzuhalten: Einer, der auf die richtigen und wahren Schlussfolgerungen unter gegebenen Prämissen abzielt und ein sozial- und moralphilosophisch gesättigter, der den marxischen Imperativ ernst nimmt. Übrigens schließen sich beide nicht aus – ganz im Gegenteil!

## 7. Das Problem der Objektivität

Mit dem Wahrheitsbegriff ist das Problem der Objektivität eng verbunden. Es handelt sich dabei um die Frage, was ‚Gesellschaft eigentlich zu einem Gesellschaftlichem macht‘ (Adorno). Der Begriff der Objektivität<sup>15</sup> ist sicherlich ebenso vielschichtig wie der Wahrheitsbegriff. Für eine Diskussion um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede idealistischer und materialistischer Dialektik ist ein Blick auf die Lehre Hegels zum Begriff der Objektivität hilfreich. Hegel beschäftigt sich in der Enzyklopädie mit den ‚Drei Stellungen des Gedankens zur Objektivität‘.<sup>16</sup> Darin erörtert Hegel die Bedingung der Möglichkeit der Frage nach der (philosophischen) Erkenntnis der ansichseienden Welt, also der Objektivität. Die erste, vorkantische Stellung zeichnet sich durch eine Herangehensweise aus, die unmittelbar aus den Gegebenheiten ihr Bewusstsein bezieht. In dieser Perspektive meint ‚objektiv‘, das ‚was der Fall ist‘. Als zweite Stellung führt Hegel sowohl Kant als auch den englischen Empirismus (Hume) an: hier stehen sich Subjekt und Objekt gegenüber. Für Hegel ist dieses dualistische Modell nicht genug. Er führt die

---

<sup>15</sup> Vgl. dazu Jürgen Ritsert: Was ist wissenschaftliche Objektivität? in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 2/1998.

<sup>16</sup> Vgl. zu den ‚Drei Stellungen des Gedankens zur Objektivität‘: G.W.F. Hegel (1830): Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften. Hamburg 1956, 59–102.

dritte Stellung des Gedankens ein, die sowohl die subjektive Konstituierung des Objekts als auch die objektive Konstitution des Subjekts vollständig durchdringen, zur Darstellung und letztlich zur Wirklichkeit bringen soll. ‚Dingheit ist Denken und Denken ist Dingheit‘, so die Formulierung am Ende der Phänomenologie des Geistes, die diese dritte Stellung des Gedankens zur Objektivität beschreibt. Das Subjekt-Objekt-Verhältnis ist an diesem Punkt *aufgehoben*, allerdings im Denken des Subjekts selbst. Dies bildet den Kern der klassischen Kritik am identitätstheoretischen absoluten Idealismus Hegels. Die zentrale Frage für eine sozialwissenschaftlich relevante Theorie der Dialektik schließt hier an: Gibt es eine dritte Stellung des Gedankens zur Objektivität, die sich nicht in die Fallstricke der subsumtionslogischen Lesart Hegels verfängt?<sup>17</sup>

Knoll/Ritsert arbeiten im Anschluss an Adornos programmatischen Aufsatz ‚Zu Subjekt und Objekt‘ Bedingungen einer dritten Stellung heraus: „Die Syntax dieser dritten Stellung entspricht der Struktur der strikten Antinomie. Inhaltlich (semantisch) geht es um die Bedingungen der Möglichkeit des Inneseins von Referenten (...) Denn ein Objekt als ‚ein dem Subjekt abstrakt Gegenüberstehendes‘ (Adorno) gibt es nicht. Das Ansich kann immer nur für uns ein Ansich sein. Aber daraus folgt überhaupt nicht, daß alles Ansich von uns produziert oder durch uns konstruiert wäre. (...) Gegen diesen idealistischen Fehlschluss richtet sich die These vom Vorrang des Objekts. Dieser Primat macht sich nachdrücklich in der Widerständigkeit der Sache selbst bemerkbar.“ (Knoll/Ritsert, 76)

Zusammengefasst arbeitet Hegel drei Bedeutungsebenen des Begriffs der Objektivität heraus. In den althergebrachten philosophischen Termini wäre die erste Stellung als *intentio recta*, die zweite als die *intentio obliqua* und die dritte als eine Art *intentio obliqua* der *intentio recta* und der *intentio obliqua*

---

<sup>17</sup> Einen hegelmарxistischen Interpretationsvorschlag zur dritten Stellung des Gedankens zur Objektivität legt Adorno vor: „Vorrang des Objekts heißt vielmehr, daß Subjekt in einem qualitativ anderen, radikaleren Sinn seinerseits Objekt sei als Objekt, weil es nun einmal anders nicht denn durch Bewußtsein gewusst wird, auch Subjekt ist. Daß durch Bewußtsein Gewusste muß ein Etwas sein, Vermittlung geht auf Vermitteltes. Subjekt aber, Inbegriff der Vermittlung, ist das Wie, niemals, als dem Objekt Kontrastiertes, das Was, das durch jegliche fassbare Vorstellung vom Subjektbegriff postuliert wird. Von Objektivität kann Subjekt potentiell, wenngleich nicht aktuell weggedacht werden; nicht ebenso Subjektivität von Objekt. Aus Subjekt, gleichgültig, wie es bestimmt werde, läßt ein Seiendes nicht sich eskamotieren. (...) Vermittelt ist auch Objekt, nur nicht dem eigenen Begriff nach so durchaus auf Subjekt verwiesen wie Subjekt auf Objektivität. Solche Differenz hat der Idealismus ignoriert und damit eine Vergeistigung vergrößert, in welcher Abstraktion sich tarnt. Das aber veranlasst zur Revision der Stellung zum Subjekt, die in der traditionellen Theorie vorwaltet. (...) Will man indessen das Objekt erlangen, so sind seine subjektiven Bestimmungen oder Qualitäten nicht zu eliminieren: eben das wäre dem Vorrang von Objekt entgegen. Hat Subjekt einen Kern von Objekt, so sind die subjektiven Qualitäten am Objekt erst recht ein Moment des Objektiven.“ (Adorno 1969, 746f)

zu beschreiben. Sowohl im Idealismus Hegels als auch im Kritischen Materialismus Adornos wird dieser Anspruch erhoben.

## **8. Das Problem: Form- und Inhalt**

Auch wenn mit der Herausarbeitung strikter Antinomien die *Form*, die syntaktische Minimalanforderung an eine dialektische Argumentation beschrieben werden kann, bleibt die nicht minder schwierige Frage nach dem *Inhalt* noch unbeantwortet. Selbst wenn die Form einer dialektischen Argumentation auf die strikte Antinomie zurückzuführen ist, wird die Vermutung, dass es sich in einer idealistischen Konzeption (im Gegensatz zu einer materialistischen) doch um einen anderen Inhalt handelt, keine Verwunderung hervorrufen. DialektikerInnen gehen davon aus, dass Form und Inhalt nicht voneinander zu trennen sind. Die Stärke dialektischer Argumentation besteht gerade darin, dass Form und Inhalt nie gänzlich unabhängig voneinander auftreten und damit auch nicht vermittlungslos zu denken sind. Folgerichtig beschreibt Kesselring die Hegelsche Methode demnach als groß angelegten Versuch, den Form-Inhalt Dualismus zu überwinden, indem die innere Verbundenheit von Form und Inhalt aufgezeigt wird. Beispielsweise vollzieht sich die Entwicklung des Bewusstseins bei Hegel in der ‚Phänomenologie des Geistes‘ in einer Stufenfolge, die durch die Reflexion auf immer höheren Ebenen fortschreitet und damit prozesshaft Form und Inhalt in immer wieder neuen Anläufen zusammengebracht werden. So kann man bei Hegel „...den Unterschied zwischen zwei gegebenen kognitiven Stufen damit beschreiben, daß die ‚*Formen*‘ der früheren Stufe auf der späteren als ‚*Inhalte*‘ reflektiert werden.“ (Kesselring 1984, 94, Hervor. im Orig.) Wie die Form einer früheren Stufe auf einer späteren, höheren als Inhalt auftaucht, stellt sicherlich keine allzu eingängige Anforderung dar.

## **9. Die (mindestens) acht Probleme und die Sozialwissenschaften**

Zieht man die (mindestens) acht Probleme der Dialektik zusammen, um vor allem der Frage nach den Unterschieden und Gemeinsamkeiten einer idealistisch und einer materialistisch verfahrenen Herangehensweise näher zu kommen, zeigt sich, dass die sozialwissenschaftliche Stärke der Dialektik durch einen prozesshaften vermittlungslogischen Anspruch charakterisiert werden kann – im Versuch der Einbeziehung der dritten Stellung des Gedan-

kens zur Objektivität! Erst der scharfe Widerspruchsbegriff der strikten Antinomien zugrunde liegt, kann die Differenz zwischen dem ‚gewöhnlichen‘ und dem ‚reineren‘ (Hegel) Dialektikbegriff erfassen. Damit ist nicht nur die formallogische Möglichkeit verbunden, Implikationsverhältnisse darstellen zu können; zudem ist auch ein Vermittlungsmodell geschaffen, das eine dritte Stellung des Gedanken erlaubt. Diese besteht unter den gegebenen Bedingungen in nicht weniger als im Bewusstsein der (zunächst) dem Bewusstsein entzogenen Momente. Marx führt diese Überlegung konsequent in seiner Fetischtheorie durch, in der er auf die gesellschaftliche Verkehrung von Wesen und Erscheinung, von Subjekt und Objekt abzielt. Damit ist aus der Perspektive der dritten Stellung die Möglichkeit verbunden, Prozesse, die sich hinter dem Rücken der Beteiligten abspielen, zu erfassen. Im Rückgriff auf einen solchen verstandenen Begriff der Objektivität ist der sozial- und moralphilosophische Anspruch des Marxschen Imperativs erklärbar: Im Aufzeigen nicht-subjektgerechter Verhältnisse können selbst die repressiven Momente, die dem Bewusstsein entzogen sind, beschrieben und damit denunziert werden. Die sozialwissenschaftliche Relevanz einer dritten Stellung des Gedanken besteht demnach in der Möglichkeit, nicht nur dem empirisch vorhandenen An-sich-Seins des Gegebenen die Möglichkeit einer subjektgerechteren Gesellschaft entgegenzuhalten, sondern auch den dem Bewusstsein entzogenen Momenten näher zu kommen.

Das sozialwissenschaftlich relevante Moment besteht darin, dass erst nach einiger gedanklicher Anstrengung die Gesamtheit eines solchen Prozesses deutlich wird – und durch bloße Vergegenwärtigung oder Analyse nicht zu ändern ist! Hier treten ganz handfeste vergegenständlichte und verdinglichte Verhältnisse dem Subjekt entgegen, die nicht durch bloßes und geduldiges Nachdenken, durch Reflexion nachhaltig geändert werden können. Eine erstaunliche Parallele zeigt sich im objektiven Prozess, im Kapitalverhältnis und im intrapsychischen Prozess, wie ihn Sigmund Freud herausarbeitet: Beide sind zunächst dem Bewusstsein entzogen, können aber durch mühselige Arbeit ins Bewusstsein gehoben werden, sind aber damit noch nicht verändert. Die Bedingungen der Möglichkeit einer nachhaltigen Veränderung sind aber geschaffen. Nicht im bloßen geduldigen gedanklichen Nachvollzug, sondern nur durch einen Eingriff in die Praxis kann eine nachhaltige Veränderung ermöglicht werden. Selbst wenn wir wissen, wie die Wertvergesellschaftung funktioniert, wie das Kapitalverhältnis strukturiert ist – und nach der Marxschen Analyse wissen wir es – können wir es (zunächst) nicht verändern; zumindest nicht durch bloße Reflexion. Wir können Strukturen, Mechanismen und Bewegungsgesetze aufdecken (auch eine Parallele zur

Freudschen Psychoanalyse), aber eine nachhaltige (radikale) Veränderung der Wertvergesellschaftung ist nicht alleine durch Reflexion auf die basalen gesellschaftlichen Mechanismen (im Marxschen Fall) oder durch die Analyse des Individuums (im Freudschen Fall) möglich. Es bedarf, neben der theoretischen Einsicht, des ‚eingreifenden Denkens‘.

Spätestens an dieser Stelle zeigt sich, dass die Standardinterpretation idealistischer und materialistischer Dialektik quer zu diesen Überlegungen steht. Die subjektgerechte Einrichtung der Verhältnisse ist kein Standpunkt, den Idealisten oder Materialisten qua theoretischer Vorentscheidung ein für allemal abschusshaft bestimmen könnten. In einer offenen vermittlungslogischen Dialektikkonzeption, die bereit ist, den Marxschen Imperativ ernst zu nehmen, den Vorrang des Objekts mitzudenken, wie ihn Adorno einfordert, wird die Differenz idealistischer und materialistischer Anstrengung überführt in Überlegungen, die einer ‚versöhnten Gesellschaft‘ nahe kommen. Max Horkheimer hat diesen Anspruch einprägsam in einer Notiz zusammengefasst: „Wenn man Hegels Lehre, daß der Begriff das Innere der Sache selbst ist, genau nachdenkt, wird ihre Durchführung, die idealistische Dialektik, von selbst zur materialistischen. Es ist wie bei gewissen Vexierbildern: wenn man sie lange genug ansieht, schlagen sie in eine andere Gestalt um, die ebenso wohl das Bild ist, wie die vorhergehende. Hegel vom Kopf auf die Füße zu stellen, war nur deshalb so zwingend, weil er schon auf ihnen stand.“ (Horkheimer, 286)

## **Literatur:**

Adorno, Theodor W. (1951): *Minima Moralia*. Frankfurt am Main 1997.

Adorno, Theodor W. (1961): Über Statik und Dynamik als soziologische Kategorien, In: *Soziologische Schriften I*. Frankfurt am Main 1997.

Adorno, Theodor W. (1963): *Drei Studien zu Hegel*. Frankfurt am Main 1997.

Adorno, Theodor W. (1966): *Negative Dialektik*. Frankfurt am Main 1997.

Adorno, Theodor W. (1969): Zu Subjekt und Objekt, In: *Kulturkritik und Gesellschaft II*. Frankfurt am Main 1997.

Engels, Friedrich (MEW 20): *Anti-Dühring*. In: *Marx Engels Werke*. Band 20. Berlin 1968.

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1807): *Phänomenologie des Geistes*. Leipzig 1937.

- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1812): Wissenschaft der Logik. Erster Teil. Hamburg 1963.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1830): Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften. Hamburg 1956.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1808): Nürnberger und Heidelberger Schriften 1808 – 1817. Werke in zwanzig Bänden. Band 4. Frankfurt am Main 1970.
- Horkheimer, Max: Umschlag der idealistischen Dialektik. In: Gesammelte Schriften Band 12. Nachgelassene Schriften 1931 – 1949. Hrsg. Schmidt Noerr, Gunzelin. Frankfurt am Main 1985.
- Kesselring, Thomas: Die Produktivität der Antinomie. Hegels Dialektik im Lichte der genetischen Erkenntnistheorie und der formalen Logik. Frankfurt am Main 1984.
- Kesselring, Thomas: Rationale Rekonstruktion der Dialektik im Sinne Hegels, In: Angehrn, Emil (Hrsg.): Dialektischer Negativismus. Frankfurt am Main 1992.
- Knoll, Heiko/Ritsert, Jürgen: Das Prinzip der Dialektik. Studien über strikte Antinomie und kritische Theorie. Münster 2006.
- Kojève, Alexandre: Hegel. Eine Vergegenwärtigung seines Denkens. Kommentar zur Phänomenologie des Geistes. Hrsg. Fetscher, Iring. Frankfurt am Main 1975.
- Kuchler, Barbara: Was ist in der Soziologie aus der Dialektik geworden? Münster 2005.
- Marx, Karl (MEW 23): Das Kapital. Erster Band.
- Popper, Karl R.: Was ist Dialektik? In: Ernst Topitsch (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften. Köln, Berlin. 1965.
- Ritsert, Jürgen: Positionen und Probleme der Erkenntnistheorie. Frankfurt am Main 2004.
- Sainsbury, Richard Mark: Paradoxien. Stuttgart 2001.
- Wandschneider, Dieter (Hrsg.): Das Problem der Dialektik. Bonn 1997.
- Wolff, Michael: Der Begriff des Widerspruchs. Eine Studie zur Dialektik Kants und Hegels. Königstein im Taunus 1981.

# **Anschlussmöglichkeiten an Marx?**

## **Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer produktiven Beschäftigung mit einem sozialphilosophischen Klassiker**

STEFAN KALMRING

### **1. Auch bei Beerdigungen gibt es ein erstes Mal**

Ein zufälliger Besucher des Londoner Friedhofs Highgate hätte am 17. März 1883 auf eine kleine, versprengte Trauergemeinde stoßen können. Nur eine Handvoll sind da gekommen, um einen gewissen Karl Marx, ihre Ehrerbietung zu bekunden. Es handelt sich um ein paar Freunde, einige politische Weggefährten und einige wenige Familienmitglieder. Irritiert wäre unser Besucher stehen geblieben, hätte er einige Worte der Reden und Gespräche aufgeschnappt, um die Szene weiter zu beobachten. Verloren wirkt die Gruppe auf dem großen Friedhof, man hält aber Reden, die gerade zu überschwänglich sind und in ihrem Pathos beinahe an ein Staatsbegräbnis erinnern. Besonders emphatisch ist ein gewisser Friedrich Engels, der die Trauerrede hält und den Namen des Toten gar in einem Atemzug mit dem großen Naturforscher Charles Darwin nennen zu können glaubt (vgl. MEW 19, 335ff.). In immer wieder neuen Formulierungen preist er die Verdienste des Verstorbenen und erntet dafür ein beipflichtendes Nicken aus den Reihen der Trauergäste. Er versichert, dass die Zeit des Karl Marx unaufhaltsam noch kommen werde. Nur zu bald werde man merken, welche Lücke sein Tod gerissen habe. Die Bedeutsamkeit des Verblichenen liege darin, so hätte unser Besucher vernommen, dass Marx eine sozialwissenschaftliche Theorie geschaffen habe, deren Erklärungskapazität für das Verständnis von Kapitalismus und auch der Geschichte im allgemeinen bahnbrechend sei. Aber mehr noch. Nicht nur theoretische Stichhaltigkeit und eine hohe Übereinstimmung mit dem erklärten gesellschaftlichen Gegenstand weise die theoretische Arbeit des Toten aus, sie greife in ihrem Selbstverständnis und ihrer Kapazität über traditionelle, akademische Theorien hinaus, biete Kategorien und Erkenntnisse an, die zu einer praktischen Veränderung der sozialen Welt wesentlich beitragen könnten. Das Denken des Verstorbenen habe die Fähigkeit zur praktischen, zur „materiellen Gewalt“ zu werden, sobald es die nach

Veränderung drängenden Massen ergreife (MEW 1, 385). Es besitze „eine geschichtlich bewegende, eine revolutionäre Kraft“ (MEW 19, 336), sei eine „Kritik im Handgemenge“ (MEW 1, 381). Das aufkommende Proletariat werde sich Marxens Erkenntnissen bedienen und lasse die Theorie des Toten in Folge zur praktischen Gewalt werden. Es werde die gesamte bestehende Welt umzuwälzen und damit die sozialen und ökonomischen Verwerfungen, die mit der bürgerlichen Warenproduktion von Anfang an verbunden waren, überwinden, aber auch die latenten Potentiale, die die kapitalistische Ordnung herangebildet habe, in einer neuen Ordnung „frei“-setzen.

Bei diesen schier unglaublichen und phantastischen Aussagen dürfte sich unser Zuhörer spätestens kopfschüttelnd abwenden. Offensichtlich handelt es sich um eine kleine Gruppe politisch Radikaler, alles Intellektuelle natürlich. Die großspurigen Reden, die weitreichende Prognose kontrastiert einfach zu frappierend mit der kümmerlichen Gruppengröße. Der allzu kärgliche Anblick der versprengten, kleinen Gemeinde demonstriert ihre Isolation nur zu deutlich. Mit ihren Allmachtsphantasien wollen sie sich offensichtlich über ihren Schmerz und ihre politische Bedeutungslosigkeit hinwegtrösten. Wenn der Verstorbene wirklich so bedeutsam war, wo sind denn all die Vertreter/innen der Proletarier aller Länder, um seiner zu gedenken? Wenn sein Werk wirklich so ein wissenschaftlicher Quantensprung ist, wo sind denn die Fachgelehrten, die seine Verdienste würdigen? Alles Phantasien, die hier die hinterbliebenen Freunde und Gefährten spinnen, da braucht man sich gar nichts vorzumachen.

Wie verwundert wäre der Zuhörer wohl gewesen, wenn er gewusst hätte, wie geschichtsmächtig die Marxsche Theorie wirklich noch werden sollte? Dass es sich beileibe nicht um die letzte Beerdigung des Karl Marx handeln sollte, hätte er ebenfalls kaum erahnen können. Marx wird in den folgenden Jahren wieder und wieder beerdigt werden – und anschließend wiederauferstehen. Etwa 110 Jahre später werden die Kritiker/innen des Verstorbenen jedoch frohlocken. Aus ihrer Sicht scheint mit dem Zusammenbruch der Regime des Ostblocks der Kreislauf von Beerdigungen und Wiederauferstehungen endlich durchbrochen. Marx sei nun endgültig tot und vergraben. In den folgenden Ausführungen soll eine optimistischere Sicht eingenommen werden. Wir werden uns zunächst mit der widersprüchlichen Entwicklung der Marxismen im 20. Jahrhundert beschäftigen, dann die eigensinnige Bewegungsform marxistischer Ansätze unter die Lupe nehmen, die offenbar durch eine regelmäßige Wiederkehr von Krisen marxistischer Theorie und Praxis gekennzeichnet ist. Zuletzt werden wir die gegenwärtige Existenzkrise der Marxis-

men genauer in Augenschein nehmen und in diesem Zusammenhang einige Punkte auszumachen, an denen erneute Wiederbelebungsversuche anzusetzen haben.

## **2. Ein Blick zurück ins 20. Jahrhundert**

Was für unseren Zuhörer noch nicht abzusehen war, ist uns heute nur allzu bekannt. Die Marxsche Theorie *hat* im letzten Jahrhundert wirklich eine erstaunliche Karriere durchlaufen, sie hat nicht nur intellektuell beispiellosen Einfluss gewonnen, sie ist wirklich zur materiellen Gewalt geworden – wenn auch meist nicht in einer Weise, die im Sinne Marxens selbst gelegen haben dürfte. Als eine Revolution *gegen* das Marxsche *Kapital* hat denn auch Gramsci die russische Revolution bezeichnet (Gramsci 1991), um anzuzeigen, dass die Marxsche Theorie ursprünglich nicht für eine revolutionäre Umgestaltung von Gesellschaften gedacht war, in denen die kapitalistische Produktionsweise noch nicht zur dominierenden geworden ist. Wenn Marx von Sozialismus sprach, hat er keineswegs an autoritärstaatliche Konzepte einer nachholenden Entwicklung gedacht, geschweige denn sich vorstellen können, dass diese in Folge eines Ausbleibens einer Revolution im Westen jahrzehntelang zum Maßstab für Sozialismus werden könnten (Müller-Plantenberg 1990). Produktivkraftentwicklung, Weltmarktintegration, aber auch die mit dem Liberalkapitalismus einhergehende Ausbreitung der Grund- und Freiheitsrechte galten Marx schließlich als unbedingte Vorbedingung einer sozialistischen Transformationsperspektive, die überwindend in neuer Form bewahrt werden sollten (Wellmer 1969, 128ff; Blanke 1983).

Die weltweite Ausbreitung marxistischen Gedankenguts im 20. Jahrhundert ist atemberaubend gewesen. Auf theoretischem und politischem Gebiet hat die Marxsche Theorie Themen, Orientierungen und Deutungen geliefert, die aus der geistigen und politischen Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht wegzudenken sind. Dass die „Denkgeschichte dieser Epoche aus Fußnoten zu Marx“ (Negt 1998, 46) bestehe, ist deshalb pointiert vermutet worden. Der naheliegende Hinweis, dass beispielsweise auch Freud, Wittgenstein oder Nietzsche in der Welt des 20. Jahrhunderts eine ganze Kultur der Fußnoten angeregt haben, differenziert die Beobachtung, widerlegt aber ihren richtigen Gehalt nicht. Der Verweis ist schon insofern kraftlos, da das marxistische Denken in einer eigentümlichen Weise auch politisch-praktisch wirksam geworden ist, also in einer einmaligen Weise über akademische Schulbildungen

und kulturelle Einflüsse hinausgegriffen hat (Negt 1984). Soziale Bewegungen, Politiker und Intellektuelle, die immerhin ein Spektrum von Rosa Luxemburg bis Pol Pot umfassen, repressive Systeme ebenso einschließen wie Freiheits- und Protestbewegungen – sie alle haben sich auf ihre Art im „kurzen“ 20. Jahrhundert (Hobsbawn 1998) auf Marx berufen. Marx lieferte Stichworte für Revolten, Revolutionen und Reformprojekte und wurde erstaunlicherweise ebenso zur Legitimation von sozialer Herrschaft und diktatorischen Regimen herangezogen (Euchner 1983, 7). Nicht selten schlugen von Marx inspirierte Revolten im 20. Jahrhundert wieder in Herrschaft um, nur um dann erneut eine marxistische Kritik und Gegnerschaft hervorzubringen. Der Widerspruch in den marxistischen Bilanzen findet sich in allen Bereichen. Man denke nur an die kulturelle Spießigkeit des sogenannten Sozialistischen Realismus auf der einen Seite und an eine rebellische, experimentelle und avantgardistische Kulturproduktion in den Nischen realsozialistischer und spätkapitalistischer Gesellschaften auf der anderen. Eine ästhetische und kulturelle Legitimation von Herrschaft wurde von den einen betrieben, die anderen wollten subversiv sein, Bestehendes zersetzen und gleichzeitig Neues erahnen und künstlerisch vorwegnehmen. Mit anderen Worten: Vielfalt in der Artikulation wo man hinschaut, aber gleichzeitig auch der Drang der selbsternannten „großen Parteien der Solidarität“ zu einer zwangsförmigen Vereinheitlichung von Politik und Ideologie und zur Verdrängung der rebellischen Unterströmungen in der eigenen Tradition. Eine verworrene und widersprüchliche Geschichte, zweifellos.

Die Geschichte der Marxismen war und ist plural und vielfältig, das darf nicht vergessen werden (Haug 1985). Der oberflächliche Blick reicht eigentlich schon aus, um dies zu erkennen. Orthodoxien haben sich gebildet wie Heterodoxien, Strömungen und Unterströmungen wurden aus der Taufe gehoben, theoretische und politische Aktualisierungen der Marxschen Theorie wurden vorgenommen, Synthesversuche mit anderen Ansätzen angestrebt oder regionale Spezifizierungen erarbeitet. Die inzwischen üblichen homogenisierenden Pauschalbetrachtungen, die durchs Feuilleton geistern, sind deshalb so unergiebig.<sup>1</sup> Je grobkörniger ein Bild ist, je weniger Pixel es hat,

---

<sup>1</sup> Neben der unmittelbaren Vielfalt marxistischer Theoriebildungen und einer an sich auf Marx berufenden sozialen und politischen Praxis, sollte aber der mittelbare Einfluss der Marxschen Theorie nicht vergessen werden. Gerade für den konservativen und liberalen akademischen Mainstream war die marxistische Herausforderung ein zwar ungeliebter, aber produktiv wirkender Impuls – auch wenn man dies lieber vergessen möchte. Die Marxismen verlangten auf dem wissenschaftlichen Feld nach einer kämpferischen Reaktionen, nach einer Antikritik, nach Immunisierungsversuchen gegenüber den Angriffen, nach einer Fortentwicklung oder Neukonzeption eigener Ansätze und nach einer umformenden Aufnahme von Themen, Motiven und Argumentationsweisen. Marxist/innen war diese Rolle immer klar. Man denke nur an Korschs spöttische Bemerkungen über die moder-

umso weniger lässt sich erkennen. Natürlich umfasst der Marxismus eine Reihe von legitimationswissenschaftlichen Varianten, das ist gar nicht zu bestreiten; er geht aber nicht darin auf (Haug 2005). Zur Geschichte der Marxismen gehört ebenso ein subversiver und vielfältiger „Untergrund-Marxismus“ (Labica 1986, 113), in dessen Namen gegen Unterdrückung, Ausgrenzung und soziale Ungleichheit weltweit rebelliert wurde und der auch auf beeindruckende kulturelle und intellektuelle Leistungen verweisen kann (vgl. Haug 2005). Marxist/innen haben an den düsteren Kapiteln des 20. Jahrhunderts tatkräftig mitgeschrieben, Schauprozesse ausgerichtet, das Lagersystem des Gulag errichtet und Entwicklungsdiktaturen zum Durchbruch verholfen. Aber auch an den wenigen Lichtmomenten des 20. Jahrhunderts haben Marxist/innen energiegeladen mitgearbeitet, so unbegreiflich das einer neokonservativen und neoliberalen Öffentlichkeit ohne Differenzierungsvermögen auch sein mag. Wer mit den Regimen des Ostblocks und dem offiziösen und dogmatischen Marxismus-Leninismus auch gleich den gesamten heterodoxen Rest des vielgliedrigen marxistischen Spektrums mit abwickeln will, muss damit leben, dass er oder sie sich dem Verdacht aussetzt, dass bei ihm oder ihr ein antiemanzipatorisches Interesse waltet. Linke haben diesen Zusammenhang immer wieder aufzuweisen. Bewusst oder unbewusst wird denjenigen, die das Opponieren in dieser angeblich so alternativlosen neoliberalen Welt noch nicht ganz verlernt haben, eine Reihe möglicher Anknüpfungspunkte ihrer Gesellschaftskritik verweigert. Die Einseitigkeit der Darstellung sucht die neoliberale Dominanz zu festigen, indem sie aktuellen Kritiken eine Geschichte nimmt, in der sie sich verorten könnten. Und zwar positiv wie negativ. Eine kritische Bezugnahme auf ältere Ansätze und Bewegungen verpufft in Geschichtslosigkeit.

Die umgekehrte Neigung vieler Linker, die Schattenseiten der Geschichte der Marxismen einfach abzuspalten, sie auf ein peinliches Missgeschick zu reduzieren, mit dem man sich nicht zu intensiv beschäftigen müsse – schließlich habe der vermeintlich „antisozialistische“ Charakter der Regime des Ostblocks mit den eigenen Zielen und Auffassungen wenig bis gar nichts zu tun –, hieße aber die Hypothek zu missachten, die die Geschichte des 20. Jahrhunderts für Linke darstellt und die Aufgaben zu ignorieren, die aus ihre resultieren (Haug 2007). Die Aufarbeitung der Verwerfungen ist ein notwen-

---

ne Soziologie, die aus einem Gegensatz „gegen den modernen Sozialismus“ (Korsch 1969, 3) begriffen werden könne. Die Langeweile und Einfallslosigkeit, die die offizielle sozialwissenschaftliche Landschaft heutzutage kennzeichnet, weist u.a. auf die wichtige Rolle hin, die u.a. die marxistische Gesellschaftskritik für den sozialwissenschaftlichen Betrieb gespielt hat. Der alte Gegner ist abhanden gekommen, ein gleichwertiger noch nicht gefunden, ein geistiges Koma macht sich in Folge breit.

diger Bestandteil eines Erneuerungsprozesses, der künftigen Fehlentwicklungen vorbeugen und Glaubwürdigkeit wiederherstellen will. Am Prozess der geschichtlichen Selbstkritik müssen sich alle beteiligen; jene die in sie verstrickt waren, aber auch diejenigen, die sich immer in einer bewussten Gegnerschaft zu den Verbrechen befunden haben, die im Namen der Marxisten begangen wurden. Die Aufgabe geht uns alle an und setzt eine Art moralische Entscheidung voraus, die zur Übernahme von Verantwortung zwingt (Negt 1998, 52). Der Neuanfang beginnt nicht mit intellektueller Originalität, sondern mit der Einnahme einer bestimmten Haltung (ebd.), die vergangene Irrwege verriegelt und Lernprozesse anstößt.

### **3. Krisen und sich regelmäßig wiederholende Beerdigungsrituale**

Eine Eigenheit der Geschichte der Marxisten erfordert hier aber unsere besondere Aufmerksamkeit. Ein Blick zurück zeigt, dass die marxistische Tradition offenbar eine eigentümliche Verlaufsform aufweist. Aus der Perspektive derer, die sich der Marxschen Theorie verpflichtet fühlen, stellt sie sich in der Regel als eine Bewegung dar, die über „Krisen“ vermittelt ist. Es lohnt sich, einmal einen Augenblick innezuhalten und nachzuzählen. Beginnend mit dem Revisionismusstreit bis zum heutigen Tag, sind es immerhin schon fünf Krisen, die den Boden erschüttert haben, auf denen Marxist/innen fest zu stehen geglaubt hatten (Krätke 1996, 73). Wie wir noch diskutieren werden, verlangt der Eintritt der Krisen, dass sich Marxist/innen zu ihr verhalten, dass sie ihr Verständnis von Marxismus erneuern, ihn zukunftsfähig gestalten, indem sie die Grenzen der jeweiligen Formen von Marxismus, die sich in der Krise auftun, überwinden (Haug 1985). Wird die Krise ignoriert, wird sie als solche gar nicht wahrgenommen oder wird ein Automatismus im Krisenlösungsprozess unterstellt, so droht der Ansatz politisch und theoretisch in die Stagnation zu fallen. Chancen und Risiken liegen eng beieinander.

Das Phänomen der Krise stellt sich aus der Perspektive der Kritiker/innen jedoch meist ganz anders dar. Was sich aus dem Blickwinkel der einen als ein prinzipiell lösbares Ungleichgewicht darbietet, wird von den anderen als Auflösungsprozess, meist gar als Endpunkt einer fortschreitenden und linear verlaufenden „Verfallsgeschichte“ des Marxismus interpretiert (vgl. Sève 1980). Legen Marxist/innen großen Wert darauf, dass der Krisenprozess des

eigenen Ansatzes von der Möglichkeit seines „Erlöschens“ zu scheiden ist,<sup>2</sup> so dominiert auf der Seite der Widersacher/innen des Marxismus die Hoffnung, den lästigen Rivalen endlich loszuwerden. Die krisenhafte Desintegration der bisher dominierenden Formen des Marxismus wird dementsprechend nicht als eine Auflösung bestimmter Ansätze im marxistischen Spektrum, sondern als Agonie marxistischer Ansätze überhaupt gedeutet. Das zufriedene Gefühl, dass das vermeintliche Ableben des Karl Marx endlich und nun doch nach mehrmaligen Vorhersagen eingetreten ist, verschafft sich in diesen Augenblicken Geltung. Es lässt aber den neurotischen Zwang zu einer fortwährenden Widerlegung Marxens merklich unberührt. Wahrscheinlich kann es einfach nicht schaden, Marx immer wieder von neuem zu widerlegen, um eine etwaige Rückkehr des Ansatzes von vorneherein auszuschließen.

Die Unterschiede zwischen den sich wiederholenden Bestattungsversuchen und der ursprünglichen Beisetzung Marxens sollte uns ein paar knappe Bemerkungen wert sein. Fand die erste Beerdingung von Marx im Stillen und in kleinem Kreise statt, so ist nun jedes Mal die Öffentlichkeit zugegen. Nicht von den Freund/innen und Mitstreiter/innen werden die Nachrufe verfasst, sondern von den politischen und theoretischen Gegner/innen. Dies liegt in der Natur der Sache. Würdigungen, die eine fortdauernde Bedeutung des Marxschen Werkes hervorheben, sind im Unterschied zu Marx eigentlicher Beerdigung eher selten; diejenigen, die sich weiter in der Tradition Marxens sehen, halten sich schließlich eher befremdet fern. Wenn sie dennoch erfolgen, dann wird in der Regel der sozialwissenschaftliche Erklärungsgehalt sorgsam von seiner kritischen Ausrichtung und vor allem vom Ziel einer praktischen Umwälzung der Verhältnisse abgetrennt. Man denke nur an die Globalisierungsdebatte der 1990er Jahre, in der gelegentlich geradezu beispielhaft in dieser Weise vorgegangen wurde. Selbst die größten Neokonservativen entdeckten das „Kommunistische Manifest“ für sich, lasen es auf ihre Weise und behandelten es als angeblichen Beleg dafür, dass eine neoliberal betriebene Globalisierung unausweichlich sei. Die in der Schrift enthaltene Kritik an einen versachlichten Weltmarktzusammenhang und die damit zusammenhängende Revolutionsperspektive ließ man schlicht unter den Tisch fallen und erhielt in der Folge einen Theoretiker einer weltmarktvermittelten Modernisierung. So schnell ist ein Kritiker vereinnahmt.

---

<sup>2</sup> So z.B.: Sartre 1999

Was aber, wenn es sich ein/e Verfasser/in eines Nachrufs nicht so leicht macht, wenn er oder sie sich nicht dazu durchringen kann, die enge Verbindung der Marxsche Theorie der bestehenden Verhältnisse mit zu ihr gehörigen Theorie einer gesellschaftlichen Veränderung zu ignorieren oder zu leugnen? Dann ist schon die Geschicklichkeit von Taschenspielern erforderlich. Ein effektvoller Trick besteht darin, die Geltung der Marxschen Gesellschaftskritik auf eine inzwischen abgeschlossene Vergangenheit zu beschränken (Demirovic 2006a, 3). Man stilisiert Marx zu einem Klassiker, zu einem Vorläufer heutiger Sozialwissenschaften mit gewissen analytischen Verdiensten. Dessen Gesellschaftskritik jedoch sei zwar im 19. Jahrhundert durchaus verständlich gewesen, wirke heute aber nur noch befremdlich. Die Kritik sei inzwischen überholt, entbehre mittlerweile einer Grundlage. In manchesterkapitalistischen Zeiten war eine fundamentale Sozialkritik natürlich gerechtfertigt – aber das gilt doch nicht mehr heute! Gönnerhaft entledigt man sich des Gegners, indem man ihn als nicht auf der Höhe der Zeit kennzeichnet, gleichzeitig aber als unzulänglichen Vorgänger der akademischen Sozialwissenschaft vereinnahmt.

Kurzatmig sind solche Argumente, die die marxistische Gesellschaftskritik an eine vergangene Phase der kapitalistischen Produktionsweise ketten möchten, um ihr die potentielle Stoßkraft für aktuelle Auseinandersetzungen zu nehmen. Marx hat nicht den Liberalkapitalismus des 19. Jahrhunderts zu untersuchen versucht, sondern auf einer weit abstrakteren Ebene die Bewegungsformen der kapitalistischen Produktionsweise selbst (vgl. Herkommer 2004). Diese machen sich aber nicht unmittelbar geltend, auch nicht im Manchesterkapitalismus, sondern immer nur vermittelt. Die verschiedenen Phasen der kapitalistischen Entwicklung unterscheiden sich durch ihre unterschiedliche institutionelle und klassenförmige Vermittlung der grundlegenden Tendenzen einer kapitalistischen Vergesellschaftung. Kritiker können es sich also nicht so leicht machen. Betrifft der analytische Geltungsanspruch Marxens nicht nur eine bestimmte Phase des Kapitalismus, sondern bemüht er sich um die *jeder* ihrer Phase unterliegenden abstrakten Bewegungsformen, so kann man sich nicht mit einem Verweis auf die Überwindung einer bestimmten Phase bescheiden, um sich Marxens zu entledigen. Eine Kritik muss sich schon auf dieselbe Abstraktionsebene begeben, auf der der kritisierte analytische Ansatz angesiedelt ist. Etwas größere Anstrengungen als einen lapidaren Hinweis darauf, dass frühkapitalistische Verhältnisse der Vergangenheit angehören, muss man von Kritiker/innen schon erwarten, soll wissenschaftliche Argumentation nicht durch Effekthascherei ersetzt werden.

Natürlich ist ein Punkt dennoch unbestreitbar richtig: Jede Theorie, auch die Marxsche, besitzt einen „Zeitkern“ (Horkheimer/Adorno 1992, ix), der sie an ihren historischen Kontext bindet. Obwohl der Bezugsrahmen der Marxschen Theorie nicht ein bestimmter Kapitalismus ist, sondern der Kapitalismus insgesamt, erfordert nicht zuletzt der stete und dynamische Wandel des Kapitalismus, dass sich eine marxistische Kritik immer wieder erneuert und die aktuellen Konstellationen und Veränderungen des Kapitalismus reflektiert. Ein verändertes Gesicht des Kapitalismus, veränderte Problemlagen und veränderte Akteure erfordern, dass sich eine marxistische Gesellschaftskritik immer wieder neu erfindet, sich den neuen Vermittlungsformen der allgemeinen Bewegungsgesetzlichkeiten anpasst. Der „schmerzhafteste Prozess der Anpassung an eine von Grund auf umgewälzte Welt“ (Bauer 1980, 50) ist für Otto Bauer deshalb auch das wesentliche Merkmal marxistischer Krisenprozesse gewesen. Ein explizit historischer Ansatz, wie der Marxsche, kann seine Argumentationsmuster nicht schlicht konservieren, würde er doch damit seine eigene Geschichtlichkeit verleugnen.

Die bereits erwähnten Kritiker handeln nun aber recht eigenwillig, wenn ausgerechnet sie Marxist/innen vorwerfen, sie würden unhistorisch verfahren, wenn sie an Marxschen Theorieelementen unter veränderten Bedingungen festhalten. Man kann nicht wie beispielsweise in der Neoklassik den Zeitkern der eigenen Theorie leugnen, Gesellschaft selbst vollkommen ungeschichtlich auffassen und anderen vorwerfen, ihre Theorie sei historisch veraltet. Wem geschichtliche Prozesse fremd sind, wer über die historische Verortung theoretischer Produktionen nichts zu sagen hat, der sollte über die historische Gebundenheit anderer Ansätze schweigen.

#### **4. Zurück zu Marx?**

Die augenblickliche Krise der Marxismen hebt sich von den vorhergehenden ab, indem sie einen außergewöhnlich existentiellen Charakter besitzt. Die Situation ist immer noch lebensbedrohlich, ungeachtet dessen, dass einzelne Optimisten bereits wieder eine Renaissance des Marxismus am Horizont ausmachen zu können glauben. Wie sehr hat man sich schon an die eigene Isolation gewöhnt, wenn eine Handvoll Neuerscheinungen auf der Frankfurter Büchermesse ausreichen, um von einem theoretischen und politischen Comeback zu träumen? Wenig reicht inzwischen schon aus, um neue Hoffnung zu wecken.

Die Problematik der gegenwärtigen Krise der Marxismen lässt sich durch einen Hinweis knapp umreißen. Offenbar haben mehrere Kampfzyklen unterschiedlicher sozialer Bewegungen und Akteure, die sich allesamt in der ein oder anderen Weise auf Marx bezogen haben, überlagernd ein Ende gefunden, ohne dass sich neue Akteure Marx wieder annehmen würden. Neuere, ermutigende Regungen in der politischen Landschaft – man denke an die Antiglobalisierungsbewegung oder die aktuellen Parteineubildungsprozesse, aber auch solche im wissenschaftlich-universitären Feld – glauben weitgehend ohne einen substantiellen Rückgriff auf Marx auszukommen. Den Platz der Marxismen haben inzwischen andere eingenommen: Verschiedene Versionen des Postkeynesianismus, der Poststrukturalismus, der Postmarxismus, der Ansatz des Cornelius Castoriadis und viele andere. Ein Problem ist dies dann, wenn das kritische Potential der Marxismen noch nicht erschöpft ist, wenn soziale Akteure, die von einer Rezeption marxistischer Denkmittel weiterhin wissenschaftlich und/oder politisch profitieren könnten, auf scharfe theoretische und politische Werkzeuge verzichten, obwohl sie in ihrem Streben nach Selbstemanzipation effektiv eingesetzt werden könnten.

Die Krisendiagnose erfordert natürlich Differenzierungsvermögen. Materialistisch-dialektische Argumentationsmuster sind keineswegs verschwunden (vgl. Therborn 2007). Sie sind in unterschiedlichen Disziplinen, in unterschiedlichen Feldern und Regionen noch verschieden stark präsent. Was beispielsweise für die von der Neoklassik so eindrücklich dominierte akademische Volkswirtschaftslehre in Deutschland längst unvorstellbar geworden ist, gilt wenigstens in Ansätzen noch für die Sozialgeographie, in der marxistische Argumentationsweisen durchaus noch debattiert werden. Axel Honneth sprach unlängst von „Ungleichzeitigkeiten“ in der Marx-Rezeption (Honneth 1999), um darauf zu verweisen, dass es um den universitären Marxismus im angloamerikanischen Sprachraum weit weniger prekär bestellt sei, als um den deutschsprachigen. Natürlich muss man auch darauf hinweisen, dass neben den theoretischen, auch die politischen Artikulationsmöglichkeiten von Marxismen in anderen Weltregionen manchmal besser sind als hier. Schließlich liegen mittlerweile die Zentren intensiver sozialer Kämpfe inzwischen eher außerhalb Europas (vgl. Roth 2005). Erwähnt seien nur die augenblicklichen Linksentwicklungen in Lateinamerika, die natürlich auch ein Feld eröffnen, auf denen sich auch Marxist/innen wieder tummeln können (vgl. Gerlach u.a. 2008).

Die grundlegende, strukturelle Problematik wirkt jedoch in allen Bereichen. Marxistische Ansätze haben weitgehend ihre einstige Interventionsfähigkeit

sowohl im wissenschaftlich-theoretischen, als auch im politischen Feld weitgehend verloren und wurden in eine Art Nischenexistenz abgedrängt. Eine praxisphilosophische Interpretation wird die Krise der Marxismen daran festmachen, dass diese für die soziale Praxis der gegenwärtigen Generation kaum noch eine Rolle spielen, gleichzeitig aber sinnvoll wieder in eben diese eingefügt werden könnten (Larrain 1986). Der Maßstab ist somit die potentielle Energie, die kinetisch freigesetzt werden könnte. Zum einen besitzt die Marxsche Theorie die wichtige die Qualität, zentrale Fragestellungen auf die Tagesordnung zu setzen, die unbedingt bearbeitet werden müssen (Hall 2000, 37/8), zum anderen kann sie auf den entsprechenden Feldern auch bereits auf wichtige Erkenntnisse verweisen. Es ist die Marxsche Theorie, die immer wieder auf die entscheidenden Fragen der Ausbeutung und Ungleichverteilung von Reichtum, der Existenz von Klassen und Herrschaft, der Wirkkraft des Kapitals, des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft oder der Reproduktionsschwierigkeiten kapitalistischer Warenproduktionen verweist und die zu ihrer Bearbeitung wichtige Kategorien anbietet. Selbst die vergesellschaftende Rolle sozialer Arbeit ist der etablierten Sozialwissenschaft inzwischen aus dem Blickfeld geraten, ein Mangel, der schon alleinverdeutlicht, wie erkenntnisfördernd eine Wiederbeschäftigung mit dem Marxschen Paradigma sein könnte (Köbller/Wienold 2001). Dabei ist nicht zu bestreiten, dass der marxistische Ansatz auch bisher noch weitgehend unausgeräumte Schwächen besitzt. Man denke an die fortdauernde Geschlechtsblindheit der meisten Marxismen, an den ökonomischen Reduktionismus, die Unfähigkeit, kulturelle Phänomene adäquat zu begreifen, an Ungereimtheiten in der Wert- und Preisproblematik und anderes (vgl. Hall 2000, 37f.; Krätke 2007). Die Fähigkeiten von Marxist/innen, den eigenen Ansatz in diesen Punkten weiterzuentwickeln, wird folglich nicht unwesentlich über die Zukunftsfähigkeit marxistischer Analysen entscheiden.

Für soziale Bewegungen jedoch liegt die unverbrauchte Attraktivität einer möglichen Wiederaneignung marxistischer Ansätze in einer einmaligen Verschränkung einer aktualisierbaren Theorie des Kapitalismus mit einer Kritik der ideologischen Selbstbeschreibungen bürgerlicher Gesellschaften und in einer praktisch-politischen Ausrichtung, die auch die Klärung strategisch-politischer Fragen erlaubt. Verstanden als theoretische Selbstverständigung sozialer Bewegungen könnte die Marxsche Theorie nicht nur wieder eine hohe Anziehungskraft entfalten, sondern auch ihr (selbst)emanzipatorisches Potential neu entfalten. Marxistische Theorien sollen helfen, das konfliktgeformte Feld, in dem soziale Bewegungen wirken, zu verstehen, sie sollen

helfen, dass die Bewegungen sich über die latenten Möglichkeiten ihres Agierens, über ihre eigenen Zielsetzungen und die Hindernisse auf dem Weg der Verwirklichung reflektierend bewusst werden (vgl. Markus 1980). Einem solcherart verstandenen Marxismus ist natürlich der alte orthodox-marxistische Hang ins Ontologische und Kosmologische ebenso fremd, wie die unterschiedlichen Vorstellungen eines elitären politischen Avantgardismus. Es geht um Prozesse einer radikaldemokratischen Selbstverständigung, die aus den Bewegungen selbst heraus zu entwickeln ist und deren Selbstverständnis sich auch in Organisations- und Aktionsformen zu spiegeln. Formfragen sind von den emanzipatorischen Zielsetzungen nicht zu trennen (vgl. Narr 1980).

Natürlich wird eine breitenwirksame Wiederaneignung des Marxschen Ansatzes so wenig von selbst erfolgen, wie sich eine brauchbare gegenhegemoniale Strategie von allein entwickeln wird (Haug 1985). Ihre Vorbedingung ist eine Weiterentwicklung, eine partielle Transformation und natürlich auch eine thematische Ausdehnung des Ansatzes. Unbehandelte Felder sind zu erschließen und alte neu zu bearbeiten. Es kann nicht nur darum gehen, Marx immer wieder verschieden zu interpretieren, sondern seine Theorie ist zu verändern (Blanke 1983, 237). Neue Rahmenbedingungen, neue Problemkomplexe und veränderte Bedürfnisse der Akteure müssen reflektiert werden, Erfahrungen vergangener Fehler und Leistungen sind in einen aktiven Lernprozess umzusetzen (Haug 1985). Sind die bisher vorherrschenden Versionen der Marxismen an ihre Grenzen gestoßen, sind diese Grenzen in der Krise einigermaßen kenntlich geworden, kann es so wenig um eine einfache Fortführung dieser Ansätze gehen, wie um ein simples „Zurück zu Marx“. In der Krise muss etwas neues, „etwas lebendiges befreit werden“ (Althusser 1978, 58). Ein aktualisierter Bezug Marxs zu den heutigen, veränderten Bedingungen ist herzustellen. Nur Protestanten finden die reine Wahrheit im Text. Nicht was Marx angeblich „wirklich“ meinte oder sagte ist jedoch entscheidend, sondern was er *uns heute* in einem veränderten Kontext zu sagen hat.

## **5. Determinanten der gegenwärtigen Krise der Marxismen**

Das Fundament einer anstehenden Erneuerung einer von Marx inspirierten Theorie und Politik in subversiver Absicht ist zweifellos eine detaillierte Analyse der gegenwärtigen Krise der Marxismen, ihrer einzelnen Momente

und ihres Zusammenspiels. Ungeachtet ihrer Relevanz, steht eine solche Untersuchung noch aus und sollte möglichst bald in einer systematischen Weise angegangen werden. Die Ursachen für die augenblickliche Existenzkrise der Marxismen sind unzweifelhaft vielfältig und unterscheiden sich in ihrer Wirkungsweise, in ihrer Reichweite und in ihrer gemeinsamen Artikulation. Nehmen wir eine Taschenlampe zur Hand und leuchten die wichtigen Dimensionen des Prozesses an.

### *5. 1 Der Zusammenbruch des Ostblocks*

Der Zusammenbruch des Ostblocks hat natürlich für die heutige Krise des Marxismus und der sozialistischen Linken insgesamt eine außergewöhnliche Rolle gespielt. Hatten die Schrecken des Stalinismus den Marxismus bereits in den Augen vieler diskreditiert, die prinzipiell von einer marxistischen Theorie und Politik hätten profitieren können (Eagleton 2002, 3), so potenzierte die schließliche Implosion der realsozialistischen Gesellschaften gemeinsam mit dem antidemokratischen Charakter der Staatssozialismen noch bestimmte ideologische Tendenzen in der Selbstbeschreibung bürgerlicher Gesellschaften, die einer breitenwirksamen Entfaltung eines gesellschaftsverändernden Bewusstseins immer wieder kraftvoll entgegenstehen. Der Zusammenhang zwischen dem Zusammenbruch des Sowjetsozialismus und dem undurchdringlicher werdenden Schild der ideologischen Selbstbeschreibung kann hier nur knapp angedeutet werden.

Worum handelt es sich? Über dem versachlichten gesellschaftlichen Beziehungsgeflecht kapitalistischer Warenproduktionen liegt nach marxistischer Auffassung ein ideologischer Schleier, der die historischen Verhältnisse des Kapitalismus als natürlich und damit alternativlos verklärt (Herkommer 2004). Gleichzeitig lässt er den fortdauernden Herrschaftscharakter des Kapitalismus verschwinden, indem er Freiheit und Gleichheit als bereits verwirklicht erscheinen und die Ausbeutung hinter der Vorstellung einer Leistungsgerechtigkeit entschwinden lässt (ebd.). Die durch Konservative und Anhänger/innen des Marxismus-Leninismus jahrzehntelang betriebene Gleichsetzung des sogenannten „real existierenden“ Sozialismus mit sozialistischen Visionen überhaupt, lassen nun zum einem den „stummen Zwang“ (MEW 23, 765) des kapitalistischen Marktes und die rechtsstaatliche Einhegung des staatlichen Gewaltapparates als eine zivilisatorische Alternative verwirklichter Freiheit und Gleichheit gegenüber einer staatlich-zwangsförmigen Organisation gesellschaftlicher Arbeit und den autoritär-

staatlichen Tendenzen der Zentralverwaltungswirtschaften erscheinen. Zum anderen scheint der Niedergang des Staatssozialismus den naturhaften Schein der bürgerlichen Gesellschaften eindrücklich zu bestätigen. Die Geschwindigkeit des Zusammenbruchs, die historisch äußerst kurze Existenz des Staatssozialismus, die Tatsache, dass diese Gesellschaften von innen heraus gescheitert sind und dass wenig bis nichts ihren Niedergang überlebt hat, bedingt den nachhaltigen Eindruck, dass Modelle jenseits des Kapitalismus nicht beständig sind (Godelier 2000, 152). Hilflos stehen auch die ehemaligen Vertreter/innen des sogenannten Westlichen Marxismus der neuen postkommunistischen Situation gegenüber. Hatten sie sich meist bloß darauf beschränkt, sich negativ von den Sozialismuskonzepten des Ostblocks abzugrenzen, müssten sie spätestens jetzt sagen, was sie eigentlich wollen (Negt 2003, 70/1). Die Frage der Lebensfähigkeit einer solchen Perspektive müsste in diesem Zusammenhang souverän diskutiert und mit berechtigten Ängsten umgegangen werden. Wer will es ihnen verdenken, dass viele befürchten, dass ein anderer Weg zum Sozialismus doch nur wieder zum gleichen Ort und damit zur stalinistischen Barbarei führe (Althusser 1978), wenn klare, überprüfbare Konzepte Mangelware sind?

### *5.2 Die Desintegration der bisher dominierenden Formen der Marxismen*

Ist die gegenwärtige Krise des Marxismen ein Ausdruck der Desintegration der bisher dominierenden Formen des Marxismus, so betrifft dies nicht nur den Marxismus-Leninismus, sondern auch den Westlichen Marxismus – das sollte hier noch explizit angefügt werden. Beide waren auf ihre Weise Ausdruck eines strukturellen Mangels, einer deformierten Praxis von Marxist/innen, die sich ihrer jeweiligen sozialen und geschichtlichen Situation verdankte. Die herrschaftslegitimierende Wissenschaft des Marxismus-Leninismus (ML) bildete sich in Folge einer Entwicklung heraus, die die Emanzipationsversprechen der Russischen Revolution uneingelöst ließ (Negt 1974). Der ML rechtfertigte eine Politik des Zwangs, indem sie die zu verwirklichende Freiheit geschichtsdeterministisch in die Zukunft verlegte und Geschichte und Natur ontologisch im Begriff der Materie verband (ebd.). Der Westliche Marxismus, seine intellektuelle Abgehobenheit und seine begrenzte universitäre Verortung, ist wiederum materialistisch durch die Isolation der Marxist/innen in den westlichen kapitalistischen Zentren von den realen sozialen Kämpfen und Auseinandersetzungen zu erklären (Anderson 1978). Der Praxisbezug des Westlichen Marxismus war lediglich indirekt

(Larrain 1986), war negativ-abgrenzend, was seinen Bezug auf die Praxis der Ostblockländer anging, oftmals positiv, was die *angenommene* Praxis der nationalen Befreiungsbewegungen betraf.

Inzwischen hat sich aber nicht nur das historische Feld des Marxismus-Leninismus, sondern auch das des Westlichen Marxismus aufgelöst. Wer, wenn auch in sympathieerheischender Weise, den alten Westlichen Marxismus in seinem Gestus, seinen Arbeitsformen und seinen Themen unter veränderten Bedingungen schlicht zu bewahren versucht, verpasst die Aufgabe der Erneuerung. Der Westliche Marxismus gehörte zum Zeitalter des „golden age“ des Kapitalismus, spiegelt den spezifisch fordistischen Klassenkompromiss, die inzwischen aufgelöste relative Autonomie der Universitäten, gehört in die Welt des Kalten Krieges und aufbegehrender Befreiungsbewegungen. Diese Welt ist untergegangen. Die theoretischen Bedürfnisse müssen nach Marxscher Auffassung den praktischen Bedürfnissen entsprechen (MEW 1, 386), sonst laufen sie ins Leere. Ein theoretischer und politischer Neuansatz muss her. Darauf wird nochmals zurückzukommen sein.

### *5.3 Der Alldruck enttäuschter Hoffnungen*

Ein verengter Fokus auf den Zusammenbruch des Ostblocks verkürzt die Krisendiagnose. Berücksichtigt werden müssen auch andere, den gegenwärtigen Krisenzustand der Linken bedingende historische Ereignisse und Prozesse. Schließlich setzt die Krise der marxistischen Linken schon Jahre vor der Implosion der Zentralverwaltungswirtschaften ein (Eagleton 2002, 3). Der Niedergang des Sowjetmarxismus ist nur ein weiteres, wenn auch ungeheuer potenzierendes Glied in einer längeren Kette.

Ohne das bleierne Gewicht einer Reihe historischer Ereignisse, ohne die nachhaltige Enttäuschung von Hoffnungen ist nicht zu verstehen, warum sich so viele von ihren einstigen Idealen entfernt und ein ganzes Spektrum von Bewegungen mit sich von der politischen Bühne gezerrt haben (vgl. Mili-band 1985). Nahezu verschwunden sind der Reformsozialismus, der Ökosozialismus, der sozialistische Feminismus, der Seminar marxismus, die klassische Solidaritätsbewegung und viele andere. Hielten sich viele ihrer Parteigänger einst für unaufhaltsam, besaß ihr überschäumender Optimismus nur wenig Bodenhaftung, so wirkten bestimmte historische Entwicklungen umso traumatischer. An desillusionierenden Ereignissen hat es in den letzten Jahrzehnten nicht gefehlt. „Wir sind umgeben von zerschlagenen Mythen, gescheiterten Experimenten, unerfüllt gebliebenen Voraussagen, von theoretischen und praktischen Enttäuschungen“ (Claudin 1979, 219), schrieb Fer-

nando Claudin bereits in den 1970ern, um anschließend zu einer reformkommunistischen Erneuerung aufzurufen – die ebenfalls mit einer Enttäuschung endete. Die Liste ist lang, umfasst z.B. das Trauma des Prager Frühlings, Afghanistan, das Scheitern der Revolutionsversuche in Lateinamerika, die Integration des Protestbewegungen der 1960er Jahre und der neuen sozialen Bewegungen. Da sind zudem die zerplatzten Träume des Maoismus, die zerstobene Illusion eines angeblich erfolgsversprechenden Marschs durch die Institutionen, der Druck einer fortwährenden Isolation der libertären Linken und manchmal auch einfach der Zerfall eines alternativen Wohnprojekts oder der Bankrott des selbstverwalteten Betriebs. Enttäuschungen, die nicht verarbeitet werden, können nicht in einer von der Erfahrung belehrten Hoffnung münden, die sich weiter subversiv geltend machen kann. Sie enden meist in einer Abkehr von einstigen Idealen. Dies lässt sich schon bei Ernst Bloch nachlesen (vgl. Bloch 1959). Umso wichtiger ist, dass eine schwierige Geschichte aufgearbeitet wird.

#### *5.4 Das unheilvolle Wirken eines historischen Kurzzeitgedächtnisses*

Vor dem Hintergrund der langen Kette enttäuschter Hoffnungen verschwinden oftmals die positiven Leistungen auf die eine sozialistische Linke im allgemeinen und die marxistische Linke im besonderen verweisen könnte. Aber schlimmer noch. Beispielhafte historische Anknüpfungspunkte sind besonders Jüngeren schlicht unbekannt. Von wem, außer ein paar graubärtigen Spezialisten, würde man erwarten, sich noch mit der Spanischen Revolution der 1930er Jahre, der Revolution in Bolivien der 1950er Jahre, der Wirtschaftsdemokratiedebatte, der Kibbuzbewegung oder der radikalen Kommunalpolitik der SPÖ im roten Wien auszukennen? Sowohl in der breiten Öffentlichkeit, als auch in den Sozialwissenschaften macht sich eine Tendenz zu einem geschichtsfremden Denken bemerkbar, dass sich durch eine Unfähigkeit auszeichnet, Ereignisse in einen Kontext von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft einzuordnen. Ich will mich hier darauf bescheiden, auf die augenblickliche Rolle der Postmoderne oder der inzwischen alles dominierenden Neoklassik im wissenschaftlichen Feld zu verweisen. Für andere Felder gilt dasselbe.

Die grundlegende Tendenz ist dabei nicht neu. Sie wurde bereits vor Jahren von Theodor W. Adorno und Alfred Schmidt analysiert und mit den Bewegungsformen der kapitalistischen Produktionsweise verbunden (vgl. Adorno 1963; Schmidt 1978). Der zeitlose Äquivalententausch und die kurzatmige Anpassung an das Gegenwärtige lassen in ihren Augen aufgespeicherte Er-

fahrungen überflüssig werden (ebd.). Durchdringt der Markt dank einer neoliberalen Politik inzwischen jede Pore der sozialen Beziehungen, so vervielfacht sich die allgemeine Tendenz und ist kaum noch abzuschütteln. Für die Marxisten ist diese Tendenz gleich mehrfach prekär. Als geschichtstheoretische Ansätze scheinen sie schon in ihrer Anlage veraltet. Nicht nur attraktive Anknüpfungspunkte aus der Vergangenheit gehen verschütt, sondern mehr noch: Nach dem Niedergang des Ostblocks und der Auflösung der sozialdemokratischen Milieus müssen Ansätze, die sich weiterhin „in Hörweite des Marxismus“ (Hall 2000, 38) verorten, einer Denkart, deren Geschichtskreis linienartig in der Gegenwart liegt, als hoffnungslos anachronistisch gelten. Denn wie könnte etwas, das nach einer abgeschlossenen Epoche schmeckt und heute keine wirkliche Bedeutung hat, in der Zukunft wieder eine größere Rolle spielen? Diese Möglichkeit überhaupt nur zu denken, setzt ein Denkvermögen voraus, dem eine statische Vorstellungswelt fremd ist und dynamische Prozesse verarbeiten kann.

### *5.5 Nach dem „golden age“: Eine veränderte Wirklichkeit kritisiert die alten Ansätze*

Der Kapitalismus erfindet sich in seinen Krisen neu, restrukturiert sich und verändert sein Gesicht. Ansätze, die sich nicht mit ihm verändern, geraten unweigerlich in Bedrängnis. Holen wir kurz aus. Seine konjunkturell aufgebauten Widersprüche löst der kapitalistische Akkumulationsprozess regelmäßig über das Moment der Krise, das die temporär auseinandergerissenen, aber zusammengehörigen Momente der Warenproduktion wieder zeitweise vereinigt (Berger 1979). Wie sieht es aber mit den überzyklischen, aus dem Fall der Profitrate resultierenden Stagnations- und Krisenphasen aus? Diese Phasen einer strukturellen Überakkumulation unterscheiden sich in mancher Hinsicht von der konjunkturellen Krise (vgl. Kisker 2007). Ursachen und Natur dieser längerfristigen Phasen der Stagnation müssen uns hier im Detail nicht interessieren, deshalb nur dieser eine Punkt (Bischoff/Krüger 1983). Ein Automatismus in der Überwindung der längerfristig aufgebauten Widersprüche, die über den Profitratenfall zu einem krisenauslösenden Fall der gesamtgesellschaftlichen Profitmassen führen, ist im Unterschied zum Zyklus nicht vorhanden. Vielmehr ist ein grundlegender Umbau der gesamten kapitalistischen Produktionsweise erforderlich. Nur so kann sich der Kapitalismus aus einer strukturellen Krise wieder befreien, indem er Profitraten und Profitmassen erneut anhebt. Patentrezepte für den „richtigen“ Umbau existieren jedoch nicht, so dass Lösungen ertastet werden müssen. Es handelt sich

um umkämpfte Prozesse für die keine Vorablösungen existieren. In Folge sind die Umbauphasen nicht nur extrem dynamisch, sondern in ihrer Richtung und Ergebnissen offen. Es sind Weggabelungen, in denen die weitere kapitalistische Entwicklung auf Jahre bestimmt wird.

Die Dynamik der Umbauversuche des Kapitalismus, die mit der Mitte der 1970er Jahre einsetzenden Phase einer strukturellen Überakkumulation beginnt, hat zu Veränderungen geführt, die geschichtlich ihresgleichen suchen und deshalb auch schon mit einem „Erdrutsch“ (Hobsbawn 1998) verglichen worden sind. Die kapitalistische Produktionsweise nimmt eine neue konkrete Form an, die der alten nur in ihren Grundstrukturen gleicht. Ist das Fundament dasselbe, bleibt ansonsten kein Stein auf dem anderen. Die Wertschöpfungsketten bauen sich um, die Klassen- und Geschlechterverhältnisse verändern sich, die Rolle des Staates wird neu definiert, das Verhältnis von kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Produktionsformen wird neu bestimmt, neue Formen der Konkurrenz und der Akkumulation entwickeln sich. Derart grundlegende Veränderungen ziehen fast automatisch fundamentale Krisen in sozialwissenschaftlichen Ansätzen nach sich, stellen aber auch traditionelle politische Praxen in Frage. Man denke nur an die sozialistische und kommunistische Arbeiter/innenbewegung in den Metropolen, die Intellektuellen- und Künstlerkritik der 1960er Jahre oder an die Befreiungsbewegungen an der kapitalistischen Peripherie (Deppe 2006, 21). Eine gewandelte soziale Wirklichkeit kritisiert die alten Ansätze, lässt die Anziehungskraft alter Analysen und ehemaliger Organisations- und Widerstandsformen schwinden. Die Auflösung der alten Klassenmilieus stellt dabei für die alten Marxismen ein besonders großes Problem dar. Nicht nur, dass alte Argumentationsraster aufgrund veränderter Bedingungen nicht mehr so greifen wie früher, die einst umworbenen Subjekte der Emanzipation, vor allem die industrielle Arbeiter/innenklasse, haben sich in ihrer *alten* Form aufgelöst. Damit geht den traditionellen Marxismen leicht der politisch-praktische Bezug verloren. „Zutiefst erschüttert wurde der Bezug zum einen auf das Subjekt der Emanzipation (die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen wurden zeitweise ebenfalls dazugerechnet) und zum anderen der Bezug auf das Projekt der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Alternative, das sich mit dem Programm des Sozialismus verbunden hatte“ (Deppe 2006, 22).

Ein weiteres erschwerendes Moment kommt hinzu: Die Restrukturierungsprozesse der kapitalistischen Produktionsweise sind auch nach 30 Jahren offenbar immer noch nicht abgeschlossen. Dies erschwert die Aufgabe einer

theoretischen und praktisch-politischen Erneuerung der Marxismen, da eine relativ stabile soziale Konstellation fehlt, an die man sich leicht anschmiegen könnte, um dann einmal gefundene Formen in Theorie und Politik weiterzuentwickeln.

### *5.6 Neoliberalismus und der Verlust der eigenen Sprache*

Diskutiert man die gegenwärtigen Umstrukturierungsprozesse der kapitalistischen Produktionsweise und ihre Folgen für eine von Marx inspirierte Gesellschaftskritik, so ist die Problematik der neoliberalen Dominanz in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft nicht weit. Aus einer klassisch Gramscianischen Perspektive ist es zu vermeiden, von einer Hegemonie der Neoliberalen zu sprechen, lässt doch die neoliberale Dominanz der Diskurse zentrale Merkmale von Hegemonie vermissen (vgl. Demirovic 2006b). Der gegenwärtige Marktradikalismus hat es weder geschafft eine neue Prosperitätskonstellation anzustoßen, noch ist er darauf bedacht, die Subalternen über materielle Kompromisse einzubinden. Wie sollte er auch, ist er doch wesentlich um eine Stabilisierung der Profitraten auf Kosten breiter Bevölkerungsschichten bemüht. Zur Durchsetzung seiner gesellschaftspolitischen Ziele, die wesentlich aus einer Umverteilung von unten nach oben und einer Aneignung bisher nicht-marktförmig produzierter Güter bestehen, ist er auf eine permanente Politik der Angst, teilweise auf offene Gewalt, angewiesen (ebd.). Die verallgemeinerte Unsicherheit in den Lebensbedingungen, die mit dem Neoliberalismus einhergeht, erschwert jedoch die Artikulation subalternen Interessen (vgl. Bourdieu 1998). Aber auch seine Fähigkeit sich als eine alternativlose Politik darzustellen, institutionelle Fakten zu schaffen, die nicht so ohne weiteres wieder revidiert werden können oder große Teile der Mittelklassen mittels Angst einerseits und über seine Wohlfahrts- und Freiheitsversprechen andererseits einzubinden, begründen die nachhaltige Stabilität des Neoliberalismus. Besondere Bedeutung erlangt aber die Tatsache, dass „er die Währung verändert [hat – St.K.], in der politisch gedacht und argumentiert wird“ (Hall 1989, 180). Es kann gar nicht ausreichend genug betont werden, welchen negativen Einfluss diese Tatsache für eine sich erneuernde Linke besitzt. Ihre alten Begriffe gelten als antiquiert, werden teilweise gar nicht mehr verstanden oder wurden neu besetzt. Ein neues Vokabular entfaltet nun eine hohe Attraktionskraft. Solidarität wird nun mit dem Standort oder mit dem Krieg gegen den Terrorismus geübt, Freiheit ist nur noch die des Marktes, soziale Gerechtigkeit wurde durch Flexibilität und Eigenverantwortung ersetzt usw. Wir werden uns erst wieder eine eigene Sprache,

eigene Begriffe erkämpfen müssen. Vorher ist an einen gestaltenden Einfluss kaum zu denken.

### *5.7 Der stumme Zwang der Verhältnisse und eine widerstandsfähige Zivilgesellschaft*

Obwohl man nicht von einer neoliberalen Hegemonie im strengen Sinne sprechen kann, hat gerade der Neoliberalismus seine besondere Fähigkeit unter Beweis gestellt, im Sinne eines Umbaus der Zivilgesellschaft zu wirken, Diskurse zu verschieben und thematische Felder in einem Kampf um die Köpfe neu zu besetzen (Hall 1989). Wer sich der Aufgabe verpflichtet fühlt, nach sicheren Pfaden aus der bestehenden Gesellschaft hinaus, in Richtung einer Assoziation der Freien und Gleichen Ausschau zu halten, kann leider auf dem unwegsamen Gelände einer neoliberal dominierten Zivilgesellschaft nur zu leicht ins Straucheln geraten. Hinzu kommt noch ein strukturell bedingter, alltäglich wirkender Anpassungsdruck, der sich zwar im Kapitalismus immer schon machtvoll geltend macht, durch die verallgemeinerte existenzielle Unsicherheit des Neoliberalismus aber noch weiteres Gewicht erhält. Ein sachlich vermittelter Herrschaftszusammenhang besitzt seine eigene Stabilität, integriert gesellschaftskritische Elemente oder scheidet sie aus sich aus und erlaubt auf diese Weise, dass eine Panzerung der Verhältnisse durch unmittelbare Gewaltanwendung nur am Rande notwendig ist. Eine feinmaschige und widerstandsfähige Zivilgesellschaft, der resistenzstarke Sachzusammenhang des Marktes und die Zwänge bürokratischer Organisationen sorgen dafür, dass eine politisch *wirksame* Äußerung grundlegender Gesellschaftskritik, zwar nicht unmöglich wird, aber doch kompliziert ist. Nicht die unmittelbare und direkte Unterdrückung oppositioneller Geister stabilisiert den bürgerlichen Kosmos so kraftvoll, obwohl sie gelegentlich zur Reproduktion der Verhältnisse „notwendig“ sein kann. Es ist vielmehr ein sachlicher Druck zur Anpassung und Selbstverleugnung (vgl. Osterkamp 1993), eine ideologische Selbstbeschreibung bürgerlicher Gesellschaften, die glauben macht, dass Freiheit und Gleichheit in ihrer kapitalistischen Form bereits erschöpfend realisiert worden wären (vgl. Herkommer 2004) und die immer wieder neue hegemoniale Einbindung der Subalternen in sich historisch wandelnde Projekte bürgerlicher Eliten und Klassen, die dies bewirken – wie erwähnt, versagt der Neoliberalismus jedoch im letzten Punkt. Der stumme, sachlich wirkende integrative Zwang wird in der Regel noch verstärkt durch das oftmalige Fehlen der sachlichen Mittel einer wirkungsvollen Artikulation von Kritik, wie auch die ständige, nicht zu unterschätzende und kapitalis-

mustypische Neubildung und Neuzusammensetzung der Klassen- und Geschlechterverhältnisse, die die Spaltungen unter den Subalternen immer wieder erneuert und verändert. Organisationsversuche sind deshalb oft so schwierig, die Einigung auf gemeinsame Interessen fällt schwer (Werlhof 1991).

### *5.8 Die Auflösung des inneren Zusammenhangs des Marxismus*

Die Attraktivität der Marxismen lag lange Zeit im „universellen Anspruch“ des Marxismus (Berger 1983, 475), in ihrer „Respektlosigkeit gegenüber den disziplinären Grenzen“ (Ganßmann 1995, 77). Gerade in den 1960er Jahren wollte man dem an den Universitäten vorherrschenden Fachidiotentum entkommen und darüber hinaus Wissenschaft und radikale Gesellschaftskritik verbinden. Selbstbewusstsein vermochte der orthodoxe Marxismus zudem lange Zeit jenen vermitteln, die sich in ihrem Emanzipationskampf nach einer wissenschaftlich angeblich bewiesenen Siegesgewissheit sehnten (Steil 1993) – und das waren nicht wenige.

Die einst so anziehende Einheit all dieser Momente der Marxismen hat sich inzwischen aufgelöst (Wright 1993). Bildeten Klassentheorie, Ökonomiekritik, Geschichtstheorie und Ideologietheorie früher zumindest vom Anspruch her eine Einheit, so driften sie nun mehr und mehr auseinander. Disziplinäre Grenzen haben auch bei Marxist/innen Einzug erhalten. Die marxistischen Ökonom/innen unterscheiden sich inzwischen von den marxistischen Psycholog/innen und diese von den marxistischen Geograph/innen usw. Einzelne Debatten sind nur noch von Spezialist/innen zu durchschauen. Wer sich jahrelang mit der Fundierung einer marxistischen Klassentheorie beschäftigt hat, weiß noch lange nicht was er oder sie vom Fall der Profitrate oder von den verschiedenen Versuchen, Marx mit Keynes zu verbinden, zu halten hat. Vertreter/innen des strukturalen Marxismus, des Hegelmarxismus oder des analytischen Marxismus sprechen darüber hinaus kaum noch eine gemeinsame Sprache. Vergessen werden darf auch nicht, dass sich die einst so wichtige Verbindung von Wissenschaft und Kritik in den akademischen Debatten über Feinheiten und Abschattierungen der Theorie oftmals gelockert hat. Wird die Einheit von Kritik und Analyse durch eine bloße Geste derjenigen Wissenschaftler/in ersetzt, so verliert sich ein wesentliches Moment des Marxschen Ansatzes und dadurch auch dessen gewinnende Wirkkraft.

Witzelte Brecht einst, dass man für ein Verständnis des Marxismus Tausende von Reichsmark und 10 Jahre Lebenszeit benötigte, so reicht dies schon lange nicht mehr aus. Aufwand und Nutzen der Aneignung, scheinen für viele

nicht mehr in einem akzeptablen Verhältnis zu stehen. Die vorab nur schwer abzuschätzende Gültigkeit diverser Fundamentalkritiken am Marxschen Theoriegebäude – z.B. an der Werttheorie – lassen es gelegentlich auch grundsätzlich Interessierten zweifelhaft erscheinen, ob sich ein mehrjähriges Studium marxistischer Theorien lohnen wird. Dass äußere Restriktionen einer intensiven Marxbeschäftigung z.B. durch den gegenwärtigen Umbau des Universitätswesens hinzukommen, macht die Problematik noch vertrackter. In einem Punkt scheint jedoch die Auflösung alter Strukturmomente der Marxismen positiv mit der Zeit zu gehen: In der zunehmenden Abspaltung der alten, geschichtlichen Optimismus generierenden motivationalen Momente marxistischer Analysen durch differenziertere und wirklichkeitsnähere Untersuchungen (vgl. Steil 1993) entspricht die Entwicklung der Marxismen in ihren Ergebnissen dem Ende der alten Fortschrittsgläubigkeit. Die Hindernisse des enormen Aufwandes einer heutigen Marxaneignung und des Verlust wichtiger Aspekte der inneren Einheit neuerer marxistischer Theoriebildungen bleibt jedoch als Problem für eine erneute Ausbreitung marxistischen Gedankenguts. Man wird einen Umgang damit finden müssen.

## **6. Provokationen sind erwünscht!**

Vor mittlerweile 30 Jahren hat Louis Althusser die heterogene Gemeinschaft der Marxist/innen provoziert, indem er die damalige Krise der Marxismen lautstark begrüßte (Althusser 1978). Endlich sei die Krise ausgebrochen und offenbare Problemstrukturen der bisherigen Marxismen. Man müsse sie aktiv nutzen, dann könne man durch sie etwas Lebenswichtiges für die Zukunft befreien. Leider hat die Provokation nicht in dem Ausmaße Früchte getragen, wie es notwendig gewesen wäre. So manche Last, die heute noch zu tragen ist, rührt daher, dass der Empfehlung nur zögerlich, unbeherzt oder gar nicht nachgekommen wurde.

Umso wichtiger wäre es, wenn man der Aufgabe heute, im Kontext der gegenwärtigen Existenzkrise der Marxismen, umso entschiedener eine Aufmerksamkeit spenden würde. Es gilt erneut ein gesellschaftskritisches Potential zu entfalten, das angesichts der fortdauernden Dialektik von Reichtumsproduktion und gleichzeitiger Erzeugung von Armut und Abhängigkeit, einer fortschreitenden Naturzerstörung und der verheerenden Wirkung des immer wieder eigentümlich partikularen Charakters des bürgerlichen Universalismus unbedingt neu freizusetzen wäre. An Argumenten für eine Rückbesin-

nung auf das Marxsche Erbe mangelt es nicht. Dennoch nehmen sich der Herausforderung – zumindest in systematischer Weise – bisher nur wenige an. Neue Provokationen wären vielleicht hilfreich, um aufzurütteln.

## Literatur

Adorno, Theodor W.: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: ders.: Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt/Main, 1963, 125–146

Adorno, Theodor W.; Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt/Main, 1992

Althusser, Louis: Die Krise des Marxismus, Hamburg, 1978

Anderson, Perry: Über westlichen Marxismus, Frankfurt/Main, 1987

Bauer, Otto: Marx als Mahnung. Zu Marxens vierzigsten Todestag, in: ders.: Werkausgabe, Bd. 9, Wien, 1980, 45–51

Berger, Johannes: Der Grundgedanke der Marxschen Krisentheorie, in: Ernst-Poersken, Michael u.a. (Hg.): Alternative Wirtschaftspolitik. Methodische Grundlagen – Analysen und Diskussion, Argument-Sonderband 35, Berlin, 1979, 120–134

Berger, Johannes: Das Ende der Gewissheit – Zum analytischen Potential der Marxschen Theorie, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 11, Heft 4, 1983, 474–491

Bischoff, Joachim; Krüger, Stephan: Überakkumulation und industrieller Zyklus, in: Hoffmann, J. (Hg.): Unterkonsumtion, Überproduktion, Depression, Hamburg, 1983, 133–166

Blanke, Bernhard: Die Marxsche Kritik und die „Krise des Marxismus“, in: Leviatan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 11, Heft 2, 1983, 233–242

Bloch, Ernst: Das Prinzip Hoffnung, 3 Bde., Frankfurt/Main, 1959

Bourdieu, Pierre: Prekarität ist überall, in: ders.: Gegenfeuer, Konstanz, 1998, 107–113

Claudin, Fernando: Eurokommunismus und “antagonistische Gesellschaften eines neuen Typs”, in: Betelheim, Charles u.a. (Hg.): Zurückforderung der Zukunft. Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften, Frankfurt/Main, 1979, 219–224

Deppe, Frank: Kapitalismus Reloaded. Widerstand und Perspektiven jenseits des Kapitalismus, in: Sozialismus, Heft 1, 2006, 20–27

Demirovic, Alex (a): Kritische Gesellschaftstheorie und ihre Bildungsbedingungen im fordistischen und postfordistischen Kapitalismus, in: Demirovic, Alex/Bischoff, Joachim/Lieber, Christoph; Intellektuelle zwischen Fordismus und Postfordismus, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7–8, 2006, 1–22

Demirovic, Alex (b): Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften, in: Widerspruch – Beiträge zu sozialistischer Politik, Nr. 50, 2006, 79–86

- Eagleton, Terry: Marxismus und Kultur. Eine Einführung, in: Sozialistische Hefte, Heft 2, 2002, 3–12
- Euchner, Walter: Karl Marx, München, 1983
- Ganßmann, Heiner: Karl Marx und die Soziologie in der Bundesrepublik nach 1968, in: Schäfers, Bernhard (Hg.): Soziologie in Deutschland, Opladen, 1995, 77–90
- Gerlach, Olaf; Hahn, Marco; Kalmring, Stefan; Kumitz, Daniel; Nowak, Andreas (Hg.): Transnationale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika, Berlin, 2008 (im Erscheinen)
- Godelier, Maurice: The Disappearance of the ‚Socialist System‘: Failure or Confirmation of Marx’s Views on the Transition from one Form of Production and Society to Another, in: Bonefeld, Werner/Pschopedis, Kosmas (ed.): The Politics of Change. Globalisation, Ideology and Critique, New York, 2000, 149–172
- Gramsci, Antonio: Die Revolution gegen das Kapital, in: Neubert, Harald (Hg.): Antonio Gramsci – Ein vergessener Humanist?, Berlin, 1991, 31–35
- Hall, Stuart: Der Thatcherismus und die Theoretiker, in: ders.: Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften 1, hg. von Nora Rätschel, Hamburg, 1989, 172–206
- Hall, Stuart: Das theoretische Vermächtnis der Cultural Studies, in: ders.: Cultural Studies. Ein politisches Theorieprojekt – Ausgewählte Schriften 3, Hamburg, 2000, 34–51
- Haug, Wolfgang Fritz: Pluraler Marxismus. Beiträge zur politischen Kultur, Bd. 1, West-Berlin, 1985
- Haug, Wolfgang Fritz: Dreizehn Versuche Marxistisches Denken zu erneuern. Gefolgt von Sondierungen zu Marx/Lenin/Luxemburg, Hamburg, 2005
- Haug, Wolfgang Fritz: Zur Dialektik des Antikapitalismus, in: Das Argument, Nr. 269, 49. Jg., Heft 1, 2007, 11–34
- Herkommer, Sebastian: Metamorphosen der Ideologie. Zur Analyse des Neoliberalismus durch Pierre Bourdieu und aus marxistischer Perspektive, Hamburg, 2004
- Hobsbawn, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München, 1998
- Honneth, Axel: Ungleichzeitigkeiten der Marx-Rezeption, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Heft 7, 53. Jg., 1999, 643–650
- Kisker, Klaus Peter: Plädoyer für eine gesellschaftliche Profitorientierung. Interview mit Stefan Kalmring und Andreas Nowak, in: UTOPIE kreativ, Heft 198, 2007, 335–343
- Korsch, Karl: Karl Marx, Frankfurt; Wien, 1969
- Kößler, Reinhart; Wienold, Hanns: Gesellschaft bei Marx, Münster, 2001
- Krätke, Michael: Marxismus als Sozialwissenschaft, in: Haug, Frigga/Krätke, Michael (Hg.): Materialien zum historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus, Hamburg, 1996, 69–122
- Krätke, Michael: Erneuerung der Politischen Ökonomie – Wo Marx unersetzlich bleibt, in: Z – Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 70, 2007, 123–137

- Labica, George: Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik, West-Berlin, 1986
- Larrain, Jorge: A Reconstruction of Historical Materialism, London, Boston, Sydney, 1986
- Markus, George: Four Forms of Critical Theory – Some Theses on Marx's Development, in: Thesis Eleven, Nr.1, 1980, 78–93
- Marx, Karl; Engels, Friedrich: Werke, Berlin 1956ff. (zit. als MEW)
- Miliband, Ralph: The New Revisionism in Britain, in: New left review, Nr. 160, 1985, 5–28
- Müller-Plantenberg, Urs: Was heute Sozialismus sein könnte, in: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 198, Jg. 18, Heft 11, 1990, 19–23
- Narr, Wolf-Dieter: Zum Politikum der Form, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg.8, Heft 2, 1980, 143–161
- Narr, Wolf-Dieter: Das nicht so neue Tandem: Gewalt und Globalisierung, in: Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 125, 31. Jg., Nr.4, 2001, 491–510
- Negt, Oskar: Marxismus als Legitimationswissenschaft. Zur Genese des stalinistischen Philosophie, in: Bucharin, Nikolai/Deborin, Abram: Kontroversen über dialektischen und mechanischen Materialismus, Frankfurt/Main, 1974, 7–50
- Negt, Oskar: Was ist und zu welchem Zweck benötigen wir heute eine Erneuerung des Marxismus?, in Prokla – Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik, Nr. 55, 1984, 106–130
- Negt, Oskar: Über Marx. Einleitung, in: Marx – Ausgewählt und vorgestellt von Oskar Negt, Philosophie jetzt!, hg. von Peter Sloterdijk, München, 1998, 17–63
- Negt, Oskar: Marx und Kant. Ein Epochengespräch, Göttingen, 2003
- Osterkamp Ute: Hat der Marxismus die Natur des Menschen verkannt oder: Sind die Menschen für den Sozialismus nicht geschaffen?, in: Kumpf, Richard/Kapluck (Hg.): Marxistisches Menschenbild – eine Utopie?, Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung, Bd. 20, Wuppertal, 1993, 7–28
- Roth, Karl Heinz: Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven, Hamburg, 2006
- Sartre, Jean Paul: Fragen der Methode, Reinbeck bei Hamburg, 1999
- Schmidt, Alfred: Geschichte und Struktur. Fragen einer marxistischen Historik, München, 1978
- Steil, Armin: Krisensemantik. Wissenssoziologische Untersuchungen, Opladen, 1993
- Therborn, Göran: After Dialectics. Radical Social Theory in a Post-Communist World, in: New Left Review, Nr. 43, 2007, 63–114
- Wellmer, Albrecht: Kritische Gesellschaftstheorie und Positivismus, 2. Auflage, Frankfurt/Main, 1969

Werlhoff, Claudia von: Teile und herrsche. Warum Bauern und Hausfrauen im kapitalistischen Weltsystem nicht verschwinden, in: dies.: Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun? Frauen und Ökonomie, München, 1991, 83–113

Wright, Eric Ohlin: Class Analysis, History and Emancipation, in: New left review, Nr. 202, 1993, 15–36

# Zur politischen Theorie der Frankfurter Schule

ERSIN YILDIZ

## 1. Einleitung

Die folgenden Ausführungen beabsichtigen, einen Beitrag zur Erfassung der politischen Dimension der kritischen Theorie der Frankfurter Schule zu leisten.<sup>3</sup> Die Diskussion wird zuerst zeitlich eingegrenzt auf den Zeitrahmen der Entwicklung der kritischen Theorie in Form einer materialistischen Gesellschaftstheorie, die von Max Horkheimer mit seinem Antritt als Direktor des Instituts für Sozialforschung 1930 formuliert und unter seiner Leitung am Institut für Sozialforschung bis zu seiner Auflösung im New Yorker Exil zu Beginn der 40er Jahre weiterentwickelt worden ist.<sup>4</sup> Unter dem thematischen Gesichtspunkt werden sich die Ausführungen auf die im Rahmen der Entwicklung der kritischen Theorie entstandenen rechts- und politiktheoretischen Beiträgen von Otto Kirchheimer und Franz L. Neumann konzentrieren.

In einem ersten Schritt wird das Selbstverständnis der Kritischen Theorie vor dem Hintergrund ihrer historisch-gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen erläutert werden. Dabei teile ich die Kritische Theorie anhand ihrer personellen Besetzung und damit auch hinsichtlich der in ihr enthaltenen Fachwissenschaften in einen inneren und äußeren Kreis ein.<sup>5</sup> Im Anschluss daran werde ich die von Otto Kirchheimer und Franz Neumann entwickelte materialistische Rechtstheorie darstellen. Ich werde sie dahingehend diskutieren, welchen Stellenwert ihre materialistische Rechtstheorie in der Entwicklungsdynamik der philosophisch orientierten Kritischen Theorie gehabt hat.

---

<sup>3</sup> Zum theoriegeschichtlichen Überblick zur Frankfurter Schule siehe: Jay 1976; Wiggershaus, 1986. Unter theorie-systematischen Gesichtspunkten: Dubiel 1978; Schmidt 1980; Held 1980. Zur Phase in der Nachkriegszeit: Demirovic 1999.

<sup>4</sup> Horkheimer (1931) 1988.

<sup>5</sup> Diese Unterscheidung zwischen den das Theorieprojekt des Instituts für Sozialforschung tragenden inneren Kreis (neben Max Horkheimer: Marcuse, Pollock, Adorno und Löwenthal) und einen äußeren Kreis von Wissenschaftlern (Benjamin, Fromm, Kirchheimer und Neumann), der in die Entwicklung der Kritischen Theorie vorübergehend involviert war, geht zurück auf Habermas 1981: 558. Eine weitere Präzisierung unter theorie-systematischen Gesichtspunkten unternimmt Honneth 1999.

## **2. Das politische Selbstverständnis und der Entstehungskontext der Kritischen Theorie**

Der Entstehungskontext der Kritischen Theorie ist der tiefgreifende Krisenprozess der bürgerlichen Gesellschaft, der durch die Krise der kapitalistischen Reproduktion am Beginn des 20. Jahrhunderts (eingeleitet insbesondere durch die Konzentration des Kapitals verursachte Monopolbildung) und die Ausweitung der bürgerlichen Demokratie auf die Massen hervorgerufen wurde. Diese beiden Prozesse, die zwar nicht in einem Kausalverhältnis stehen, stürzen jedoch die bürgerliche Gesellschaft in eine tiefgreifende Krise, da sie ihre Grundprinzipien in Frage stellen.

An dieser Stelle kann keine hinreichende Erörterung der gesellschaftlichen Krise im ersten des vorigen Jahrhunderts erfolgen. Es soll lediglich darauf hingewiesen werden, dass vor allem infolge der zunehmenden staatlichen Eingriffe in den kapitalistischen Krisenprozess deutlich wurde, dass individuelle Rechte ihren Stellenwert, die Grundlage der institutionellen Ordnung zu bilden, eingebüsst hatten. Gleichzeitig wurde innerhalb des Bürgertums die Einbindung der Massen in den staatlichen Entscheidungsfindungsprozess durch das parlamentarische System als ein schwerer Einschnitt in die Konstitutionsbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft interpretiert und als ein katastrophischer Prozess wahrgenommen. Angesichts der Veränderungen in der Organisationsform der Gesellschaft entzündet sich die Krise des Liberalismus, der als tragende Werteordnung der bürgerlichen Gesellschaft zunehmend in Frage gestellt wird. Dieser Krisenprozess der bürgerlichen Gesellschaft entsprach nicht einem Erstarren der sozialistischen Bewegung, wie dies von ihr bis dahin als zwangsläufig einzutretende Tendenz angesehen wurde; vielmehr erwies sich die kapitalistische Gesellschaftsorganisation als wesentlich stabiler angesichts der Krise als angenommen; sie schien in der Lage zu sein, ihre Legitimation in Form autoritärer Tendenzen – d.h. durch Eliminierung ihrer zentralen Prinzipien wie Freiheit und rechtliche Gleichheit – auf eine neue Grundlage stellen zu können. Schwerwiegender als der Strukturwandel in den Legitimationsgrundlagen erwies sich für die marxistische Theorie die sich abzeichnende Integration der Arbeiterklasse in die kapitalistische Gesellschaftsorganisation. Das Scheitern des Weimarer Reformismus war ein Ausdruck für die Niederlage des europäischen Sozialismus; das Ziel, die Krise des Kapitalismus durch den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsorganisation zu überwinden, realisierte sich nicht.

Innerhalb des Marxismus führte dieser historisch-gesellschaftliche Prozess zu einer Krise der Revolutionstheorie. Die Fragwürdigkeit der politischen

Revolution rief eine Reihe von marxistischen Philosophen (Antonio Gramsci, Karl Korsch, Georg Lukács) auf den Plan, die die bürgerliche Transformation und die Bedingungen revolutionärer Subjektivität und Politik zu erfassen beabsichtigten. Rückblickend wird dieser Diskussionszusammenhang als kritischer bzw. „westlicher Marxismus“ (Merleau-Ponty) benannt.<sup>6</sup> Die von Horkheimer und seinen Mitarbeitern zunächst in Frankfurt und dann im Exil in New York formulierte Kritische Theorie<sup>7</sup> zielte darauf ab, den vom „kritischen bzw. westlichen Marxismus“ aufgezeigten Herausforderungen zu begegnen und die sozialistische/marxistische Theoriebildung angesichts der neuen historisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit zu erneuern.<sup>8</sup> Obwohl die Kritische Theorie sich stark an Lukács orientierte, ging ihre Zielsetzung hinsichtlich der wissenschaftlichen Neuformulierung des Marxismus und des damit verbundenen allgemeinen Bezugsrahmens ihrer Fragestellungen über die von diesem philosophisch-theoretisch thematisierte Problematik von Entfremdung und Verdinglichung hinaus.<sup>9</sup> Sie will eine Analyse der historischen Epoche leisten. Die Kritische Theorie stellt sich die Aufgabe, zur Erfassung und Überwindung dieser Krise der bürgerlichen Gesellschaft (Moderne) den „begrifflichen Apparat“<sup>10</sup> bereit zu stellen und zugleich aktiv an der Errichtung der vernünftigen Gesellschaftsordnung teilzuhaben. Vor diesem Hintergrund unternahm Horkheimers Theorieprojekt die Öffnung des Marxismus hin zu den bürgerlich–universitären Wissenschaften, um die für die Fortentwicklung der materialistischen Gesellschaftstheorie relevanten Teile nutzen zu können. Durch eine konstruktive Kritik an den Wissenschaften (einschließlich der Philosophie), die daran gescheitert seien, die gesellschaftliche Krise angemessen zu erfassen, verknüpft Horkheimer marxistisch-philosophische und fachwissenschaftliche Fragestellungen zu einer neuartigen Theorie. Wobei damit nicht eine einfache interdisziplinäre Zusammenarbeit konzipiert wird, sondern eine Art supradisziplinäre Theorie.<sup>11</sup> Diese von Horkheimer entwickelte Vereinigung von Philosophie und Sozialforschung zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass für sie die Erkenntnis des

---

<sup>6</sup> Merleau-Ponty 1978. Vgl. weiter: Cerutti 1970. Zum Stellenwert der Kritischen Theorie im theoriegeschichtlichen Entwicklungszusammenhang des westlichen Marxismus siehe Breuer 1985; Anderson 1978: 54ff.; Jay 1984: 196ff. und Kellner 2005.

<sup>7</sup> Bevor Horkheimer mit Marcuse 1937 die Bezeichnung „kritische Theorie“ für das von ihm formulierten und geleiteten Theorieprogramm am Institut für Sozialforschung einführt, verwendete er Anfangs die Begriffe materialistische Sozialphilosophie und materialistische Gesellschaftstheorie. Siehe Horkheimer (1931) 1988, (1937) 1988; Marcuse (1937) 1979. Vgl. zu diesem Punkt weiter Dubiel 1978: 47f., 74f.

<sup>8</sup> Vgl. Geuss 2004.

<sup>9</sup> Vgl. Lukács 1968 (1923): 161ff. und 257ff. Zur neuerlichen Aktualisierung von Lukács' Verdinglichungskritik: Honneth 2005.

<sup>10</sup> Cerutti 1986: 248.

<sup>11</sup> Kellner 1989: 7.

historisch-gesellschaftlichen Prozesses *konstitutiv* ist. D.h. die Kritische Theorie konzipiert ihre Kategorien und Begriffe als dynamische, die angesichts der historischen Veränderungen modifiziert werden.

Angesichts der vom westlichen Marxismus akzentuierten Problematik entwickelt Horkheimer das Selbstverständnis der Kritischen Theorie. Es geht darum, eine Gesellschaftstheorie zu entwickeln, die eine „Theorie des historischen Verlaufs der gegenwärtigen Epoche“ ist.<sup>12</sup> Dass die Kritische Theorie schließlich die vom „westlichen Marxismus“ aufgeworfenen Fragen gründlicher behandeln konnte, ist in dem Umstand begründet, dass sie zur Bearbeitung ihres wissenschaftlichen Projekts der Analyse der soziopolitischen Prozesse besser ausgerüstet war: neben einer materialistischen Sozialpsychologie, in der die Formen der Intersubjektivität erforscht werden, wurden eine auf der marxistischen Kapitalismustheorie basierende Kulturtheorie und Politik- und Rechtstheorie ausgearbeitet.<sup>13</sup>

Der die Frankfurter Schule kennzeichnende historische Kontext ist die Entwicklung der autoritären Gesellschaftsform des Nationalsozialismus in Deutschland gewesen. Daher hat nicht nur die nationalsozialistische Erfahrung für die Entwicklung eine entscheidende Rolle gespielt (insbesondere in ihrer späteren Phase), sondern auch die besonderen Umstände in der Weimarer Republik, die den Übergang in die autoritäre Ordnung einleiteten. Gleichwohl wurden diese nicht als speziell deutsche Probleme angesehen, sondern als Ausdruck einer kapitalistischen Entwicklung, in der die auf die Marktmechanismen beruhende liberale Phase, infolge der Konzentration des Kapitals, in eine postliberale eingetreten sei. Dass dieser Übergang in eine neue Periode des Kapitalismus politisch-institutionelle Veränderungen mit sich brachte, bedeutet zugleich auch, dass die bisherigen Konzepte und Strategien emanzipatorischer Praxis als nicht mehr zeitgemäß erschienen. Die sich abzeichnende Unklarheit über die Form der politischen Praxis ist also zurückzuführen auf die durch die Transformation der bürgerlichen Gesellschaft ausgelösten Prozesse. Dabei sind hinsichtlich der politischen Perspektive vor allem zwei Umstände für die Fortentwicklung der Theorie folgenreich: Die Forderung nach einer Planökonomie, die von Horkheimer und Pollock zum früheren Zeitpunkt als der entscheidende Schritt zur vernünftigen Reorganisation der Gesellschaft angenommen wurde, wird vorerst obsolet, weil die autoritäre Gesellschaftsform sich dieses ursprünglich emanzipatorische, vernünftige Prinzip als ihr Strukturelement zu eigen gemacht und

---

<sup>12</sup> Horkheimer (1931) 1988.

<sup>13</sup> Vgl. Söllner, 1979, 25ff.; Cerruti 1986; Arato/Gebhardt 1977.

damit pervertiert hat. Ferner ist die Arbeiterklasse, die bis dahin als Träger einer Ersetzung der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation durch eine sozialistische angenommen worden war, offenbar nicht in der Lage, den geschichtlichen Wandel herbeizuführen.

Angesichts der veränderten historischen Lage erfolgt die Neuformulierung des Theorieprogramms, das ursprünglich selbst als Neuformulierung des Marxismus konzipiert worden war. Unter dem historischen Erfahrungsdruck sehen sich Horkheimer und seine Mitarbeiter gezwungen, ihre Theoriebildung als Weiterentwicklung des Marxismus fortzuführen. In dem von Horkheimer verfassten programmatischen Aufsatz *Traditionelle und kritische Theorie* wird die Vermittlung von Theorie und Praxis angesichts des Scheiterns der Revolution thematisiert.<sup>14</sup> Im Zentrum steht dabei die für die Fortentwicklung der Kritischen Theorie entscheidende These, dass die ausgebliebene Revolution den Wahrheitsgehalt der Theorie nicht tangiert: „Die Niederlagen einer großen Sache, die der Hoffnung auf ihren nahen Sieg zuwiderlaufen, beruhen häufig auf Fehlern, die den theoretischen Inhalt der Gesamtauffassung nicht zerstören, mögen sie noch weittragende Folgen haben. (...) Die Wahrheit ist ein Moment der richtigen Praxis; wer sie jedoch unmittelbar mit dem Erfolg identifiziert, überspringt die Geschichte und macht sich zum Apologeten der je herrschenden Wirklichkeit.“<sup>15</sup> Ferner bleibt die Veränderung der bürgerlichen Gesellschaft als politisches Ziel weiterhin bestehen, ohne dass jedoch die Akteure dieser gesellschaftsverändernden Praxis weiter konkretisiert werden. Horkheimer sieht minoritäre intellektuelle Gruppen als Akteure einer der emanzipatorischen politischen Praxis an. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass damit die politische Perspektive der Kritischen Theorie unbestimmt wird.<sup>16</sup> Die ursprünglich konzipierte Autonomie des Theorieprogramms gegenüber der Parteipolitik der Arbeiterbewegung steigert sich zu einer skeptischen Haltung gegenüber der Möglichkeit emanzipatorischen politischen Handelns in der bürgerlichen Gesellschaft.<sup>17</sup> Die damit verbundene Unbestimmtheit der politischen Perspektive führt nicht zum Zweifel über die Grundlagen des Theorieprogramms. In dem als Ergänzungsbeitrag zum Horkheimers Programmaufsatz verfassten Aufsatz *Philosophie und kritische Theorie* hebt Marcuse hervor,

---

<sup>14</sup> Horkheimer 1988 (1937).

<sup>15</sup> Horkheimer 1988 (1935): 304f.

<sup>16</sup> Honneth 1985: 12ff.

<sup>17</sup> Dabei ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass Horkheimer in seiner Antrittsrede, also bereits bei seiner ersten Formulierung des Theorieprogramms die Theorie von der Praxis als getrennt konzipiert. Die Trennung von Theorie und Praxis ist also nicht eine unmittelbare Reaktion auf die Erfahrung der Niederlage der Arbeiterbewegung, sondern stellt ein wichtiges Grundmerkmal der Kritischen Theorie dar.

dass in der veränderten historischen Situation, die durch die Transformation der bürgerlichen Gesellschaft charakterisiert ist, die Entwicklung der kritischen Theorie vorangetrieben werden muss; und zwar indem Sinne, dass ihre Kategorien und Konzepte erneuert und ihr Profil weiter präzisiert werden muss.<sup>18</sup>

In diesem Kontext der Neukonstruierung der Kritischen Theorie muss die Einbindung von Rechtstheorie und politischer Wissenschaft in ihr Forschungsprogramm betrachtet werden. Mit Kirchheimer und Neumann wird der Untersuchungsrahmen von Herrschaft auf die politisch-insitutionelle Ebene erweitert.<sup>19</sup> Franz Neumann und Otto Kirchheimer übernehmen die Aufgabe, das Forschungsprogramm des Instituts mit staats- und rechtstheoretischen Analysen zu unterstützen. Um dies aufzeigen zu können, ist es vorab nötig, kurz auf die Hauptthese der Kritischen Theorie über den Strukturwandel der bürgerlichen Gesellschaft hinzuweisen. In der weiteren Fortentwicklung der Kritischen Theorie ist die von Horkheimer thematisierte Theorie einer durch die Integration charakterisierte Gesellschaft bestimmend gewesen.<sup>20</sup> Unter Anknüpfung an Marx' Prognose zur Konzentration des Kapitals hob Horkheimer den historischen Zentralisationsprozess des Kapitalismus hervor; davon ausgehend zeichnete er das Bild von einer autoritären Gesellschaftsform, die sich durch den Zentralisierungsprozess zu einer ‚monolithischen Einheit‘ entwickelt hat. Gleichzeitig wies Horkheimer auf die Brüchigkeit der neuen Gesellschaftsform hin, indem er feststellte, dass es vom subjektiven Willen abhängt, die fatale Entwicklung aufzuhalten. Die Gesellschaftslehre der Kritischen Theorie blieb jedoch unvollständig in dem Sinne, dass ihre Ausarbeitung mit der Auflösung des Instituts im New Yorker Exil unterbrochen wurde. Der Aufstieg des Nationalsozialismus, aber auch die Erfahrung der wohlfahrtsstaatlichen Massengesellschaft in den USA haben zweifelsohne erhebliche Unsicherheit bei der Entwicklung der Gesellschaftstheorie verursacht.<sup>21</sup> Trotz erheblicher Differenzen in Einzelheiten der Analyse, haben die Institutsmitglieder für die damalige Epoche der westlichen Gesellschaft – für die sie im Grunde genommen keine einheitliche Bezeichnung finden konnten (Staatskapitalismus, integraler Etatismus) – die vollständige Integration der Individuen in die (spät)kapitalistische Gesellschaftsorganisation als Grundtendenz der Epoche betrachtet. Es ist gerade diese

---

<sup>18</sup> Marcuse (1937) 1979.

<sup>19</sup> Vgl. Söllner 1979.

<sup>20</sup> Siehe: Horkheimer 1987 (1942): 293ff. Vgl. weiter Habermas 1981: 555.

<sup>21</sup> Antonio Gramsci (1991) hat die Transformation des Kapitalismus in den 1930er Jahren als amerikanischen Fordismus bezeichnet.

Grundannahme über die künftige Entwicklung der Gesellschaftsform gewesen – worunter sowohl die kapitalistische Massengesellschaft als auch die sowjetische Gesellschaftsordnung verstanden wurde –, die zur politischen Orientierungslosigkeit der Kritische Theorie führte.

### **3. Neumann und Kirchheimer: rechts- und politiktheoretische Arbeiten im Rahmen der Kritischen Theorie**

Wie bereits eingangs betont, übernehmen am Institut für Sozialforschung (während der Exilzeit) Franz Neumann und Otto Kirchheimer die Aufgabe, das materialistische Forschungsprogramm des Horkheimer-Kreises durch rechts- und staatsrechtliche Analyse zu ergänzen. Ihre Beiträge in der *Zeitschrift für Sozialforschung* versuchen, die Gesellschaftsanalyse der Kritischen Theorie auf das Gebiet der Rechts- und Staatstheorie anzuwenden. Die Grundpfeiler dieser kritischen Rechtstheorie ist zum einen die Einsicht, dass die Rechtsprinzipien nicht als überzeitliche Kategorien, wie dies für die traditionelle Rechtsphilosophie kennzeichnend ist, betrachtet werden. Vielmehr werden die gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen als Basis für die Rechtsentwicklung betrachtet. In den folgenden Ausführungen werde ich meine Diskussion von Kirchheimers und Neumanns Ansätzen von der Frage leiten lassen, welchen Stellenwert sie in der Theoriebildung der Kritischen Theorie haben.

Die Integration der rechtstheoretischen Arbeiten in das Programm der Kritischen Theorie wird begleitet durch zwei Umstände: Zum einen wird der Horkheimer-Kreis unter dem Erfahrungsdruck des Nationalsozialismus gezwungen, seine theoretische Arbeit an die rasch veränderten historisch-gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen und die Herrschaftsstruktur des Nationalsozialismus detailliert zu untersuchen. Die Rechtstheorie muss innerhalb des Theorieprogramms deshalb als integrierte Disziplin der materialistischen Gesellschaftstheorie dienen. Dies leisten Neumanns Aufsätze, die ihren Schwerpunkt in der rechtsphilosophischen Begriffsanalyse haben. Darin untersucht Neumann die Ideengeschichte des Naturrechts und den bürgerlichen Rechtsbegriff im Hinblick auf die Transformation des Kapitalismus. Neben dieser theorieimmanenten Schwerpunktsetzung, stehen die Rechtstheoretiker vor der Herausforderung, die Rechtsstruktur und das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus empirisch zu analysieren. Dieser letzte Umstand hat dazu geführt, dass die Arbeiten von Kirchheimer und Neumann im Rahmen des Forschungsprogramms der Kritischen Theorie, nicht wie ur-

sprünglich vorhergesehen gelang. Das Ausbleiben revolutionärer Subjektivität bei gleichzeitiger Verschärfung der ökonomischen Krise deutete darauf hin, dass sich mit den veränderten sozialen und ökonomischen Verhältnissen neue Herrschaftsformen im Entstehen begriffen waren, die die Integration in die bestehende Ordnung weiterhin aufrechterhalten würden. Es ist entscheidend festzuhalten, dass die Ernüchterung über die revolutionäre Bewegung vorrangig auf den Umstand zurückzuführen ist, dass der Veränderungsprozess der bürgerlichen Gesellschaft in eine neue, autoritäre Form führte und neue Autoritätsverhältnisse geschaffen hat, deren Erforschung nach Horkheimer als die vordergründige Aufgabe erschien.<sup>22</sup> Daraus lässt sich die Konzentration auf die Analyse der Internalisierung der Autorität durch die Individuen erklären, deren Erforschung erst durch Erfassung der „psychisch-kulturellen Lebensbedingungen“<sup>23</sup> der sich im Veränderungsprozess befindenden Gesellschaft gelingen konnte. Das dazu notwendige analytische Instrumentarium der Sozialpsychologie entwickelte der Horkheimer-Kreis durch eine Rezeption der Freudschen Psychologie im Rahmen ihrer Gesellschaftstheorie, die den privilegierten Bezugsrahmen ihrer weiteren Analysen der Gesellschaftsentwicklung, insbesondere des Nationalsozialismus darstellte, während dagegen eine vollständige Integration der auf die politisch-institutionelle Ebene bezogenen Analysen der Herrschaftsverhältnisse, wie sie Kirchheimer und Neumann unternahmen, in die Theorieentwicklung nicht realisiert blieb. In den folgenden Ausführungen wird nicht nach den weiteren Einzelheiten dieses Scheiterns der Zusammenführung von sozialpsychologischem und politischen-institutionellen Ansatz zu einer einheitlichen Herrschaftstheorie gefragt, sondern danach, ob der Versuch, die Kritische Theorie rechts- und staatstheoretisch zu ergänzen, neue Erkenntnisse zur Erforschung ihrer Entwicklung hergibt. Es wird der Versuch unternommen zu zeigen, dass die Einbindung der Rechts- und Staatstheorie in das Theorieprogramm aus dem Umstand hervorging, dass die Kritische Theorie ihre Gesellschaftstheorie zur Analyse der Veränderungsprozesse der bürgerlichen Gesellschaft hin zu einem „Spätkapitalismus“<sup>24</sup> durch Zuhilfenahme des rechtswissenschaftlichen Ansatzes zu erweitern beabsichtigte. Dass die bürgerliche Gesellschaft ihre zentralen Prinzipien im Zuge ihres Festhaltens an ihrer Macht preisgab, führte zu einem Strukturwandel der Grundprinzi-

---

<sup>22</sup> Als Resultat der sozialpsychologischen Analyse ist die 1936 im Pariser Exil publizierte *Studien über Autorität und Familie*. Über ihre theoretische Grundlegung siehe Horkheimer (1936) 1988. Vgl. weiter Wiggershaus 1986: 171 ff. Anknüpfend an die Ergebnisse dieser frühen Analyse entwickelte Marcuse eine Gesellschaftskritik in der Nachkriegsphase. Siehe insbesondere Marcuse (1964) 1994.

<sup>23</sup> Söllner 1979: 48. Vgl. weiter Dubiel 1978: 176 f.

<sup>24</sup> Vgl. Horkheimer 1988 (1937) : 208f.

prien ihrer Legitimation; verfassungsrechtlich verankerte Freiheitsrechte und der darauf bezogenen rechtlichen Kerninstitute Vertrag und Eigentum verloren ihre Funktion, als Medium der Vergesellschaftung zu dienen.

Vor dem Hintergrund ihres Verhältnisses zur historischen Entwicklung der Kritischen Theorie wird nun auf die rechtstheoretischen Ansätze von Neumann und Kirchheimer ausführlicher eingegangen, um somit ihren gesellschaftstheoretischen Gehalt herausarbeiten zu können. Dabei wird als Schwerpunkt die von der Weimarer verfassungspolitischen Diskussion geprägten Themenbereiche in ihren Arbeiten behandelt. Neumann nimmt die Klassenkonflikt in der bürgerlichen Gesellschaft als Ausgangspunkt seiner materialistischen/kritischen Rechtstheorie. Insbesondere in der verfassungspolitischen Auseinandersetzung der Weimarer Republik sieht er den Klassenkompromiss als Grundlage der Verfassungsordnung, was nach Neumann künftig, d.h. in der Periode der Massendemokratie, das Modell für den liberaldemokratischen Verfassungsstaat sein wird. Damit vermeidet es Neumanns Ansatz die für die Weimarer Sozialdemokratie typische einseitige Betonung der gesellschaftlichen Harmonie als Grundlage der politischen Ordnung zu hervorzuheben. Allerdings geht Neumann auch nicht so weit wie Paschukanis, die Rechtsstruktur als bloßen Ausdruck des kapitalistischen Tauschverkehrs zu begreifen.<sup>25</sup> Erst in seinen im Exil entstandenen rechtssoziologischen Untersuchungen zur Rechtsstruktur der nach dem Zerfall der Weimarer Verfassung einsetzenden historischen Periode des Monopolkapitalismus geht Neumann dazu über, die Rechtsentwicklung als Reflex der kapitalistischen Entwicklung zu betrachten. In seinen Weimarer Arbeiten aber unternimmt er den Versuch, die in der Marxschen Tradition stehende Gesellschaftstheorie mit Themen der Rechts- und Staatsphilosophie zu verbinden. Mit seiner Interpretation des in der Weimarer Verfassung festgelegten Grundrechtekatalogs als postliberales gesellschaftspolitisches Programm beabsichtigt Neumann, eine normative Rechtstheorie mit sozialistischen Inhalten zu verknüpfen.<sup>26</sup>

Hinter Neumanns Versuch, Grundrechte mit marxistischen Inhalten zu verbinden, verbirgt sich nicht, oder allenfalls in Ansätzen, eine Rezeption des angelsächsischen Liberalismus. Vielmehr argumentiert er, dass bereits im Akt der Verfassungsgebung, der zugleich das Ergebnis eines Klassenkompromisses ist, eine „politische Entscheidung“ für soziale Grundrechte gefal-

---

<sup>25</sup> Paschukanis 1970 (1929).

<sup>26</sup> Neumann 1978b (1931). Eine Neuinterpretation der Rechtstheorie von Kirchheimer und Neumann in der Bundesrepublik erfolgte unter unterschiedlicher Akzentsetzung vor allem in den Arbeiten von Abendroth 1954; Ridder 1976; Preuß 1973; Maus 1986.

len ist, in der zwar die individuellen Freiheitsrechte mit enthalten sind, die aber ihre dem Liberalismus entsprechende Funktion, nur kapitalistische Freiheiten zu sichern, eingebüsst haben.<sup>27</sup> Daran ändere auch der gleich gebliebene Wortlaut nichts, ausschlaggebend ist die ursprüngliche Entscheidung des Verfassungsgebers. Damit weist Neumann auf einen Gesichtspunkt hin, der sowohl im Hinblick auf die Rechtstheorie als auch auf die Staatspraxis innovativ ist. Die Deutung der Verfassung als eine gesellschaftspolitische Entscheidung wird als Richtung weisend für die Staats- und Rechtspraxis hervorgehoben. Anders als z.B. der führende Weimarer sozialdemokratische Verfassungstheoretiker Hermann Heller<sup>28</sup> misst Neumann dem Recht an sich kein praktisches, gesellschaftsveränderndes Potential zu, sondern erst die politische Deutung der Entstehungsgründe der liberalen Rechtsordnung erlaubt es, Recht als Medium der Gesellschaftspolitik zu begreifen. Mit anderen Worten: Erst die Autorität des Verfassungsgebers verleiht der Rechtsordnung eine gesellschaftspolitische Vision. Neumanns Ansatz stützt sich ebenfalls auf eine Staatsethik, die zwar von Hegels Auffassung des Staats als Wirklichkeit der sittlichen Idee nicht weit entfernt ist, aber dennoch der Akzeptanz der ursprünglichen Verfassungsentscheidung durch die gegnerischen gesellschaftspolitischen Parteien einen hohen Wert zumisst. Neumann sieht darin die „ethische Funktion“ des Rechts, durch gesetzliche Prozeduren die friedliche Austragung der sozialen Konflikte zu ermöglichen. Neumann bringt aber diesen positiven Bezugspunkt des Rechts in ein Spannungsverhältnis mit der von ihm nach dem Zerfall der Weimarer Verfassung diagnostizierten negativen Tendenz der graduellen Zerstörung der Allgemeinheit des Rechts. In diesen rechtssoziologischen Analysen, die er während seiner Mitarbeit am Institut für Sozialforschung durchführt, zeigt Neumann durch Verallgemeinerung der von ihm für den Zerfall der Weimarer Verfassungsordnung verantwortlich gemachten sozioökonomischen Entwicklungstendenz zum Monopolkapitalismus in Europa, wie die formale Rechtsstruktur ihr zentrales Moment, den Rechtssubjekten Vorhersehbarkeit zu garantieren, verliert.<sup>29</sup>

Indem Neumann den Niedergang des bürgerlichen Rechtsbegriffs als Folge der Etablierung des Monopolkapitalismus begriff, unterstützte er die Thesen von Horkheimer und Pollock. Allerdings ging er nicht soweit, die monopolistische Phase des Kapitalismus als eine eigenständige historische Periode zu betrachten, wie dies Friedrich Pollocks These vom „Staatskapitalismus“

---

<sup>27</sup> Neumann 1978a (1930).

<sup>28</sup> Heller 1983 (1934).

<sup>29</sup> Neumann 1986 (1937).

nahelegt.<sup>30</sup> Dennoch sieht Neumann im „Funktionswandel des Gesetzes“ unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus einen Einschnitt in der institutionellen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse: Die Zerstörung der Rechtsrationalität wird vorangetrieben durch staatliche Bürokratien als Anpassungsstrategie gegenüber den veränderten Kapitalverwertungsprozessen: die zunehmende Konzentration des Kapitals führt dazu, dass die Monopole ihre Interesse auf informellen Wegen, durch außerparlamentarische Kontrolle durchsetzen bzw. untereinander sich einigen – mit der Folge, dass die Rechtsordnung künftig nicht mehr auf gesellschaftlichen Kompromiss beruht. Die Zerstörung der Rechtsrationalität erscheint nach Neumann als ein Ausdruck der Usurpation der politischen Macht durch private partikulare Interessen. Insofern ist diese Tendenz nicht abzukoppeln von der historisch-gesellschaftlichen Entwicklung. Damit stimmen Neumanns Thesen zur Rechtsentwicklung mit der von der Kritischen Theorie betonten historisch-diagnostischen Perspektive überein. Ähnlich wie Franz Neumann wird Otto Kirchheimer nach seiner Aufnahme in die Forschungstätigkeit des Horkheimer-Kreises mit der Analyse der veränderten Rechtsstruktur beauftragt. Fast alle Arbeiten Kirchheimers, die am Institut für Sozialforschung entstanden sind, sind der Analyse der Regierungstechniken unter den sich in stetiger Veränderung befindenden gesellschaftlichen Bedingungen des Spätkapitalismus gewidmet. Kirchheimer hatte bereits im Hinblick auf die Weimarer Verfassungsordnung die Rolle des Rechts im Verlauf des Entwicklungsprozesses von Massendemokratie und Rechtsstaat weitaus skeptischer beurteilt als Neumann. Im verfassungspolitischen und rechtstheoretischen Kontext der Endphase Weimarer Republik – die für die kritische Theorie als ein Ausdruck des die europäische Gesellschaft kennzeichnenden Übergangs in die autoritär bestimmte postliberale Ordnung gesehen wurde – entwickelt Otto Kirchheimer die These von der Verselbständigung der Rechtsstruktur. Kirchheimer interpretiert die Rechtsstaatsentwicklung im Gegensatz zur materialistischen Theoriebildung, wenn er die expansionistische Dynamik der Verrechtlichung aufdeckt, die den politischen Prozess unter ihre Kontrolle bringt. Konkret bedeutet dies, dass die Bürokratie, unter dem Deckmantel ih-

---

<sup>30</sup> In der Endphase des im New Yorker Exil tätigen Instituts entsteht zwischen Neumann (1944) 1994 und Pollock (1941) 1975 eine Auseinandersetzung über die Erfassung der ökonomischen und politischen Ordnung des Nationalsozialismus. In seiner Kritik an der von Pollock vertretenen These, dass es sich bei dem nationalsozialistischen Regime um eine historisch neue Ordnung – um einen „Staatskapitalismus“ – handele, weist Neumann darauf hin, dass Kapitalismus weiterhin die gesellschaftliche Grundlage dessen bilde. Zugleich stellte Neumann die These auf, dass die politische Ordnung keineswegs als Staat bezeichnet werden könne. Allerdings konnte auch Neumann selbst die Frage nach der präzisen Erfassung der nationalsozialistischen politischen Ordnung hinreichend beantworten. Vgl. hierzu weiter: Postone 1993: 90 ff.

rer scheinbaren Neutralität, politisch folgenreich agiert. Kirchheimer folgert aus seiner Diagnose, dass der politische Prozess der Logik des Rechts unterworfen werde. Schließlich müsse darin ein entscheidender „Funktionswandel des Rechtsstaates“ gesehen werden, der nicht mehr nur Rechtssicherheit garantiere, sondern die politische Praxis zu einem folgenlosen Prozess degradiere. Der Funktionswandel des Rechtsstaats besagt, dass der bürgerliche Staat von der Aufgabe, Rechtsgleichheit und -sicherheit zu garantieren sich zu einem unkontrollierten verselbständigten bürokratischen Institutionenzusammenhang entwickelt, der beansprucht die politische und gesellschaftliche Ordnung zu gestalten. Kirchheimers Analyse zieht die zuversichtliche Vorstellung in Zweifel, das Recht sei das angemessene Medium gesellschaftlicher Kompromissbildung. Die Metamorphose des Verfassungsstaates schreitet im Spätkapitalismus derart voran, dass die außerhalb der politischen Institutionen stattfindende Kompromissbildungsprozesse zwischen den Kapitalgruppen den Fortgang der gesellschaftlichen Ordnung bestimmen.<sup>31</sup>

Obwohl die von Kirchheimer und Neumann entwickelte Rechts- und Staatstheorie sich im Institutskreis nicht durchsetzen konnte, haben ihre Thesen über den Funktionswandel des Rechts im Monopolkapitalismus, die vom Institutskern vertretene Theorie über die postliberale autoritäre Gesellschaft weitestgehend untermauert. Dass der Liberalismus nicht mehr die Legitimationsgrundlage für politische Herrschaft stellte, war unübersehbar geworden.<sup>32</sup> Neumann und Kirchheimer haben den Niedergang des Liberalismus als Werteordnung der bürgerlichen Gesellschaft im Kontext des Wandels politisch-institutioneller Strukturen bereits in der Weimarer Verfassungsordnung herausgearbeitet (Transformation liberaler Rechte zu faktischen Bestandsgarantien von Privilegien sozialer Gruppen und Außerkraftsetzung des parlamentarischen Systems durch eine politisierte Justiz und nicht demokratisch kontrollierte Notstandsregierungen). Sie haben zur Fortentwicklung der zentralen Thematik der Kritischen Theorie – nämlich zur Gesellschaftsanalyse – mit den Resultaten ihrer rechts- und staatstheoretischen Analysen wesentlich beigetragen.

## Literatur

---

<sup>31</sup> Vgl. Kirchheimer (1941) 1976.

<sup>32</sup> Dies hatten bereits Pollock (1932) und Marcuse (1934) 1979 hervorgehoben. Der fehlende systematische Bezug der ideologischen Krise zu der politisch-institutionellen Entwicklung bleibt die Schwachstelle von Pollocks und Marcuses Analysen.

- Abendroth, Wolfgang, „Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“, in: Ernst Forsthoff (Hrsg.): Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit. Darmstadt, 1954 (WBG).
- Anderson, Perry, Über den westlichen Marxismus, Frankfurt am Main, 1978.
- Arato, Andrew/Eike Gebhardt (Eds.), The Essential Frankfurt School Reader, New York, 1977
- Breuer, Stefan, „Horkheimer oder Adorno: Differenzen im Paradigmakern der kritischen Theorie“, in: Leviathan, 13, 1985, 357ff.
- Cerutti, Furio, „Philosophie und Sozialforschung“ (1984), in: A. Honneth und A. Wellmer (Hrsg.), Die Frankfurter Schule und die Folgen, Berlin, 1986, 246ff.
- Cerutti, Furio, „Hegel, Lukács, Korsch. Zum dialektischen Selbstverständnis des kritischen Marxismus“, in: Oskar Negt (Hrsg.), Aktualität und Folgen der Philosophie Hegels, Frankfurt am Main, 1970, 195ff.
- Demirovic, Alex, Der nonkonformistische Intellektuelle, Frankfurt am Main, 1999.
- Dubiel, Helmut, Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung, Frankfurt am Main, 1978.
- Geuss, Raymond, „Dialectics and the revolutionary impuls“, in: Fred Rush (Ed.), The Cambridge Companion to Critical Theory, Cambridge, 2004.
- Gramsci, Antonio, Gefängnishefte, Band 2, Hamburg, 1991.
- Habermas, Jürgen, Theorie des kommunikativen Handelns, Band II, Frankfurt am Main, 1981.
- Held, David, Introduction to Critical Theory, London, 1980.
- Heller, Hermann, Staatslehre (6. Auflage), Tübingen, 1983 (1934).
- Honneth, Axel, „Kritische Theorie. Vom Zentrum zur Peripherie einer Denktradition“, in: Ders., Die zerrissene Welt des Sozialen, Frankfurt am Main, 1999.
- Honneth, Axel, Verdinglichung. Eine Anerkennungstheoretische Studie, Frankfurt am Main, 2005.
- Honneth, Axel, Kritik der Macht, Frankfurt am Main, 1985.
- Horkheimer, Max, „Die gegenwärtige Lage der Sozialphilosophie und die Aufgaben eines Instituts für Sozialforschung“ (1931), in: Ders., Gesammelte Schriften, Band 3, Frankfurt am Main, 1988, 20ff.
- Horkheimer, Max, „Traditionelle und kritische Theorie“ (1937), in: Ders. Gesammelte Schriften, Band 4, Frankfurt am Main, 1988, 162ff.
- Horkheimer, Max, „Zum Problem der Wahrheit“ (1935), in: Ders. Gesammelte Schriften, Band 4, Frankfurt am Main, 1988, 277ff.
- Horkheimer, Max, „Autorität und Familie“ (1936), in: Ders., Gesammelte Schriften, Band 3, Frankfurt am Main, 1988, 336ff.
- Horkheimer, Max, „Autoritärer Staat“ (1942), in: Ders., Gesammelte Schriften, Band 5, Frankfurt am Main, 1988, 293ff.

Horkheimer, Max/Erich Fromm/Herbert Marcuse, Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, (1936), Lüneburg, 1987.

Jay, Martin, Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950, Frankfurt am Main, 1976.

Jay, Martin, Marxism and Totality. The Adventures of a Concept from Lukács to Habermas, Cambridge, 1984.

Kellner, Douglas, Marxism, Critical Theory and Modernity, Baltimore, 1989.

Kellner, Douglas, „Western Marxism“, in: Austin Harrington (Ed.), Modern Social Theory. An Introduction, Oxford 2005, 154. (Zugleich: <http://www.gseis.ucla.edu/faculty/kellner/essays/westernmarxismfinal.pdf>).

Kirchheimer, Otto, „Das Strafrecht im nationalsozialistischen Deutschland“ (1941), in: Ders., Von der Weimarer Republik zum Faschismus: Die Auflösung der demokratischen Rechtsordnung (Herausgegeben von Wolfgang Luthardt), Frankfurt am Main, 1976, 186ff.

Kirchheimer, Otto, „Strukturwandel des politischen Kompromisses“ (1941), in: Ders., Von der Weimarer Republik zum Faschismus: Die Auflösung der demokratischen Rechtsordnung (Herausgegeben von Wolfgang Luthardt), Frankfurt am Main, 1976, 213ff.

Lukács, Georg, „Geschichte und Klassenbewusstsein“ (1923), in: Ders., Werke, Band 2, Neuwied, 1968, 161ff.

Marcuse, Herbert, „Philosophie und Kritische Theorie“ (1937), in: Ders., Schritten 3. Aufsätze aus der ‚Zeitschrift für Sozialforschung‘, Frankfurt am Main, 1979, 227ff.

Marcuse, Herbert, „Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung“ (1934), in: Ders., Schriften. Aufsätze aus der ‚Zeitschrift für Sozialforschung‘, Frankfurt am Main, 1979, 7ff.

Marcuse, Herbert, Der eindimensionale Mensch (1964), München, 4. Auflage, 1994.

Maus, Ingeborg: Rechtstheorie und politische Theorie im Industriekapitalismus, München, 1986.

Merleau-Ponty, Maurice, Die Abenteuer der Dialektik, Frankfurt am Main, 1974.

Neumann, Franz L., „Die soziale Bedeutung der Grundrechte in der Weimarer Verfassung“ (1930), in: Ders., Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930–1954 (Herausgegeben von Alfons Söllner), Frankfurt am Main, 1978a, 57ff.

Neumann, Franz L., „Über die Voraussetzungen und den Rechtsbegriff einer Wirtschaftsverfassung“, in: Ders., Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930–1954 (Herausgegeben von Alfons Söllner), Frankfurt am Main, 1978b (1931), 76ff.

Neumann, Franz L., „Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft“ (1937), in: Demokratischer und Autoritärer Staat, Frankfurt am Main, 1967, 31ff.

Neumann, Franz, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1945 (1942) Frankfurt am Main, 1994.

Paschukanis, Eugen, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus (1929), Frankfurt am Main, 1970.

Pollock, Friedrich, „Die gegenwärtige Lage des Kapitalismus und die Aussichten einer planwirtschaftlichen Neuordnung“ (1932), in: Zeitschrift für Sozialforschung, Jahrgang I, Heft 1, 8ff.

Pollock, Friedrich, „Staatskapitalismus“ (1941), in: Ders., *Stadien des Kapitalismus* (herausgegeben von Helmut Dubiel), München, 1975, 72ff.

Postone, Moishe, *Time, labor, and social domination. A reinterpretation of Marx's critical theory*, Cambridge, 1993.

Preuß, Ulrich K., *Legalität und Pluralismus. Beiträge zum Verfassungsrecht der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main, 1973.

Ridder, Helmut, *Die soziale Ordnung des Grundgesetzes. Leitfaden zu den Grundrechten einer demokratischen Ordnung*, Opladen, 1975.

Schmidt, Alfred, „Die ‚Zeitschrift für Sozialforschung‘. Geschichte und gegenwärtige Bedeutung“, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, Jahrgang I (Nachdruck), München, 1980, 5ff.

Söllner, Alfons, *Geschichte und Herrschaft. Studien zur materialistischen Sozialwissenschaft 1929–1942*, Frankfurt am Main, 1979.

Wiggershaus, Rolf, *Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung und politische Bedeutung*, München, 1986.

# Naturwissenschaftsunterricht und Zivilgesellschaft

MICHAEL GEIGER

## 1. Einleitung<sup>1</sup>

„Naturwissenschaftsunterricht und Zivilgesellschaft – was hat das denn miteinander zu tun?“ – fast immer folgt als nächstes diese Frage, wenn das Gespräch in einer Unterhaltung auf meine Promotion kommt und ich ihren Kurz-Arbeitstitel verrate. Das ist unabhängig von dem Gesprächspartner: Egal ob politisch engagiert, Pädagoge, Elektromeister oder Politikstudent – fast niemand kann sich vorstellen, wie z.B. der dröge Physikunterricht aus der eigenen Schulzeit, etwas mit Politik und Gesellschaft und dem Ringen um Macht, Gerechtigkeit, Emanzipation und Demokratisierung zu tun haben könnte.

Aber genau diese immer wieder auftauchende irritierte Frage „Was hat das denn miteinander zu tun?“ ist für sich selbst bereits ein fast schon unheimlicher Hinweis darauf, dass das sehr viel miteinander zu tun hat. Man muss sich nur bewusst machen: Das Leben in den modernen Gesellschaften ist eng durchsetzt mit komplexen Techniken, die auf naturwissenschaftlicher Erkenntnis beruhen. Die naturwissenschaftlich-technische Forschung und Entwicklung wird im allgemeinen als ein sehr wesentlicher Motor des gesellschaftlichen Fortschritts angesehen.<sup>2</sup> Die moderne Gegenwart, inklusive ihrer Zukunftsvorstellungen, ihrer Visionen und Utopien ist durchtränkt mit Naturwissenschaften: Sozusagen tropfnass.

Aber dann wird der Ort an dem Naturwissenschaften „allgemeinbildend“ unterrichtet werden – der Naturwissenschaftsunterricht in den Schulen – als getrennt von dem Gestalten von Gesellschaft, als irrelevant für das Ringen um Macht und Gerechtigkeit, als uninteressant für Demokratisierung und Emanzipation angesehen?

Das ist paradox: Es muss diese Querverbindungen zwischen der naturwissenschaftlichen Bildung und zivilgesellschaftlicher Gesellschaftsgestal-

---

<sup>1</sup> Ich danke den HerausgeberInnen für ihre Geduld mit diesem Artikel und seinem Autor. Esther Dobrick danke ich für ihren kompetenten, begleitenden Verstand.

<sup>2</sup> Ich bin in diesem Feld noch unbewandert, aber so weit ich weiß, setzen auch verschiedene marxistische Strömungen auf technisch-naturwissenschaftlichen Fortschritt zur Ermöglichung einer sozialistischen Gerechtigkeitsvision.

tung ganz offensichtlich geben. Wenn aber ihre Beschaffenheit und sogar ihre Existenz im kollektiv Unbewussten liegen, wenn sie verdeckt sind, dann muss genau dieser Umstand in unserer technisch-naturwissenschaftlich tiefenden Welt ein Emanzipationshemmnis ersten Ranges sein.

„Wissen ist Macht“ schreibt Bacon<sup>3</sup>, einer der Begründer der naturwissenschaftlichen Methode zu Beginn der Aufklärung im 16. Jahrhundert. Nichtwissen ist dann wohl Ohnmacht: Vielleicht wird es also Zeit für eine zweite Aufklärung.

### *Struktur des Artikels*

In dem folgenden Text werden einige der Querverbindungen zwischen Gesellschaft, Naturwissenschaft und ihrem Unterricht sichtbar gemacht. Dies geschieht anhand einiger einfach nachzuvollziehender exemplarischer Beobachtungen und Beispiele und im Vergleich mit den Ergebnissen von Studien zu den Ansichten von Schülern über Naturwissenschaften. Dabei wird deutlich werden, dass es unter einer Oberfläche, auf der Naturwissenschaften wahlweise die Welt erklären oder verbessern – aber jedenfalls schwer zu verstehen sind – eine Welt zu entdecken gibt. Die Entdeckungen werden am Ende des Artikels noch einmal zusammengefasst.

## **2. Beobachtungen und Beispiele**

Zunächst soll das Themenfeld „Naturwissenschaft, gesellschaftliche Emanzipation und Schule“ in seinen Querbezügen weiter aufgerissen werden. Ein paar Beobachtungen und Beispiele dazu:

### **2.1 Wissenschaft als Wahrheitsreligion**

#### *Die blaue Phase – eine erste Ahnung*

Vor einigen Jahren, auf einer Veranstaltung für Nachwuchs-Physiker der DPG<sup>4</sup>, habe ich eine Frau getroffen, die in der Entwicklungsabteilung von Procter&Gamble<sup>5</sup> in Großbritannien arbeitet.

---

3 Novum organum scientiarum (1620)

4 Deutsche Physikalische Gesellschaft – die übliche Ständesvertretung für Physiker in Deutschland

5 P&G ist (nach Nestlé) der weltweit zweitgrößte Konsumgüterproduzent. Marken z.B. Always, Ariel, Braun, Duracell, Gillette, Pampers, Pringles, Tempo, Wella, Wick u.v.m.

Sie erzählte eine Episode aus ihrer Arbeit: Sie hatte an der Verbesserung von Reinigungstabletten<sup>6</sup> geforscht. Die zuständige Marketingabteilung hat dann jedoch zu ihrem Bedauern nichts von den vorgeschlagenen Verbesserungen in das Produkt übernommen.

Statt dessen wurde die obere Hälfte der Tabletten blau eingefärbt. O-Ton der Marketingabteilung: „Zwei Phasen – das sieht nach Hightech aus.“

Wer sich mit entsprechendem Blick in der Konsumwelt umsieht wird feststellen, dass dort erstaunlich häufig Symbole mit Nähe zu Naturwissenschaften und Technik verwendet werden: Klassisch sind die weißbekittelten Frauen und Männer die im Fernsehen in gekachelten Räumen blaue Testflüssigkeiten auf Babywindeln und Damenbinden gießen oder die Vorteile verschiedener Zahnreinigungsutensilien erklären. Im Laden gibt es dann „prebiotisches“ Müsli – eine Schemagraphik auf der Packung mit bunten Kügelchen will irgendetwas dazu belegen. Ein Joghurtdrink mit Anmutungen aus den Life-Sciences „stärkt dank Milliarden kleiner Helfer der besonderen Kultur *L. Casei Defensis*“ die Immunabwehr. In der Kosmetikabteilung gibt es „wissenschaftliche Gesichtsscreme“. Ein kurzer Testgriff in die Duschgelvorräte meiner WG bringt heute eine „Technologische Innovation: Expansyl“ aus den „L'Oréal-Labors“ hervor. Selbst die Oberfläche unseres Küchenpapiertuches besitzt zum Glück eine „SOS-Formel“.

All diese Zitate aus der wissenschaftlich-technologischen Welt werden von den Marketingabteilungen vermutlich bemüht, um die Wirksamkeit des Produktes zu behaupten und so seine Attraktivität zu steigern. Man kann annehmen, dass diese Zitate auch wirken – schließlich gibt es Marketingforschung: Ein Unternehmen, das viel Geld z.B. für Fernsehwerbung ausgibt, wird nicht nur so ins Blaue hinein mal etwas Blau hinein tun.

Nun ist es nicht weiter seltsam, dass Wissenschaft und Technologie von potentiellen Kunden mit Wirksamkeit assoziiert werden: Von guter Forschung erwartet man seit Bacon, dass sie Wirksames verlässlich entwickelt und entdeckt. Erstaunlich ist aber, dass die wissenschaftlich-technologischen Zitate anscheinend beim Kunden trotz ihrer gänzlich unwissenschaftlichen Verwendungsweise funktionieren: Es wird ja nicht der Versuch unternommen wissenschaftliche Güte-Standards wie etwa Transparenz, unabhängige Überprüfbarkeit etc. einzuhalten. Alleine die Anklänge an wissenschaftlich-technologische Symbolik scheinen bereits

---

<sup>6</sup> Leider kann ich mich nicht mehr erinnern, ob es eine Waschmittel-, Zahnreinigungs- oder Geschirrspültabelle war – für die Aussagekraft der Geschichte ist das jedoch unwesentlich.

genug Macht in den Köpfen oder Herzen entfalten zu können um die Wirksamkeit glaubhaft zu suggerieren. Das ist bedenklich, weil es nahe legt, dass wissenschaftliche Wahrheit im öffentlichen Verständnis vielleicht nicht elementar an ihre wesentlichen Bedingungen (wie Transparenz, Nachprüfbarkeit etc.) geknüpft zu sein scheint, sondern *für sich* steht – und damit auch *für sich* (und nicht mehr kontrolliert) Macht über Realitäten ausüben kann.<sup>7</sup>

Gänzlich abstrus wird das in einem Bereich, der eigentlich gemeinhin als eine Art „Achse des Unfugs“ für den modernen rational-aufgeklärten Naturwissenschaftler oder Techniker gilt: Esoterik. Wer einmal über eine Verkaufsmesse für Esoterik geschlendert ist, findet auch dort erstaunlich oft Formeln, griechische Buchstaben, Doktoren, Diplom-Ingenieure und die Namen großer Naturwissenschaftler wie Tesla und Einstein. Sind technisch-naturwissenschaftliche Symbole tatsächlich gut geeignet, etwas unhinterfragt glauben zu lassen?

### *Bild der Wissenschaft*

Es gibt eine Reihe von Studien, welche die Ansichten über die Naturwissenschaften bei Schülern aus allen möglichen Altersstufen erkunden.<sup>8</sup> Diese Studien laufen unter den Stichworten „conceptions on nature of science“ (Vorstellungen von der Natur der Naturwissenschaften) oder „public understanding of science“ (Naturwissenschaftsverständnis in der Öffentlichkeit). Sie beschäftigen sich z.B. mit den Bildern von der Person des *Wissenschaftlers*, seiner Arbeit und ihren Bedingungen, mit den Ansichten über das *Zustandekommen naturwissenschaftlichen Wissens* (etwa den Verfahren und Bedingungen unter denen es produziert wird) oder mit den Vorstellungen über die *Qualitäten dieses Wissens*, wenn es erst einmal produziert worden ist.

Ohne an dieser Stelle ins Detail gehen zu können<sup>9</sup> lässt sich sagen, dass diese Studien quer durch die Alterstufen – und damit auch für Schulabgänger und selbst bei Erwachsenen – in der Tendenz inadäquate Vorstellungen über die

---

<sup>7</sup> Es ist klar, dass Werbung immer auch auf eine Beziehung zwischen Zielgruppe und Produkt zugeschnitten ist. Deshalb gelten die Vermutungen über die Macht wissenschaftlicher Symbolen nicht notwendigerweise für die ganze Bevölkerung. Es gibt auch ein Segment mit Shampoos ohne wissenschaftliche Symbole und z.B. im Bio-Bereich sind wissenschaftliche Symbole äußerst selten anzutreffen. Trotzdem: Gerade Fernsehwerbung oder das Image „großer Marken“ wendet sich an sehr große Konsumentensegmente.

<sup>8</sup> Die meisten beziehen sich leider nur auf den angelsächsischen Raum. Einen Überblick bieten: Suhr 1997, Hött 2001, Prie 2006.

<sup>9</sup> Es ist Vorsicht geboten, da sich die Studien wie erwähnt meist auf den angelsächsischen Raum beziehen und entsprechende empirische Erhebungen in Deutschland nur lückenhaft vorliegen.

Naturwissenschaften vorfinden:

- *Naturwissenschaftliches Wissen* wird jeweils von großen Gruppen der Befragten als absolut und unumstößlich angesehen – es repräsentiert unzweifelhaft die Realität.
- Die Anerkennung *neuen Wissens* erfolgt einfach und unproblematisch aufgrund der Faktenlage: Ob eine These wahr oder falsch ist, wird im Experiment festgestellt. Die Ergebnisse sind dabei in der Natur vorgebildet und die Naturwissenschaften können im Prinzip alle Fragen beantworten.
- Die *Naturwissenschaftler* – es sind Männer! – arbeiten dazu im Labor. Sie arbeiten in der Regel alleine. Sie sind manchmal ein bisschen sonderlich, aber intelligent und kreativ. Sie sind trotzdem neutrale Datenerfasser.<sup>10</sup> Ihre Motive sind der gute Wille zur Weltverbesserung oder der persönliche Durst nach Erkenntnis. Geld zu verdienen und die Anerkennung durch Andere spielen keine Rolle.

Dass Naturwissenschaftler normale, ganz unterschiedliche Menschen sein können, dass zu ihren Tätigkeiten auch das Schreiben von Veröffentlichungen, Arbeitsgruppensitzungen, Verhandlungen mit Handwerkern und Technikern, Öffentlichkeitsarbeit, Geldbeschaffung, Nachwuchs-Betreuung, Verwaltung etc. gehören, kommt in diesem Bild so gut wie gar nicht vor. Zum Verständnis der Prozesse über welche naturwissenschaftliches Wissen erzeugt und verändert wird, fasst Dietmar Höttecke sehr schön zusammen: „Dass Naturwissenschaft eine Aktivität von Expertengruppen ist, und dass Wissensbestände ihrer sozialen Aushandlung unterworfen sind, ist im Schülerverständnis nur ansatzweise enthalten. Die Verflechtung zwischen inner- und außerwissenschaftlichen Bereichen wird weitgehend gar nicht eingesehen.“ (Höttecke 2001) Kein Wunder also, wenn die naturwissenschaftliche Perspektive auf die Phänomene dieser Welt als absolut, unbedingt und prinzipiell omnipotent gesehen wird, die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse unumstößliche, unzweifelhafte Repräsentationen der Realität sind.

Das Bild von der Natur der Naturwissenschaften eines großen Teils der Schüler (und wie einige Studien zeigen auch der Erwachsenen) erscheint also als stereotyp, pittoresk, unvollständig oder falsch. Das ist problematisch etwa

---

<sup>10</sup> Das ist ein bisschen paradox, oder?: Man scheint männlich, einsam, sonderlich, besonders intelligent und kreativ sein zu müssen, um die Welt 'objektiv' erfassen zu können.

vor dem Hintergrund der in einer Demokratie eigentlich immer notwendigen öffentlichen, breiten Meinungsbildungs- und Abstimmungsprozesse. Es ist umso problematischer, da unsere modernen demokratischen Gesellschaften vor Naturwissenschaft und Technologie triefen, ja diese Gesellschaften ganz entscheidend prägen. Welche Auswirkungen hat so ein schräges Bild (in dem zudem wichtige, das naturwissenschaftliche System elementar konstituierende Aspekte fehlen) also auf diese Prozesse? Kann diese Prägung demokratisch gesteuert werden, wenn das Bild nicht stimmt und große Teile der Realitäten verdeckt sind?

Es gibt in den Studien einen weiteren Aspekt, der bisher noch nicht erwähnt wurde: Einige der Ergebnisse legen nahe, dass ein Großteil der Menschen sich als getrennt von den Naturwissenschaften sieht: Wissenschaftlichkeit als das unverstandene „Andere“ (nicht das verstandene Eigene), das – „eingehüllt in Mystik – auf Distanz gehalten (wird).“ (Suhr 1997, 363) Diese Distanz kenne ich aus eigener Erfahrung: „Physik? Oh Gott – das habe ich noch nie verstanden!“ habe ich fast immer zu hören bekommen, wenn ich als Student der Physik meinem nicht Naturwissenschaften studierenden Gegenüber verraten habe, was ich da studiere. Eine bei Suhr zitierte Studie stellt fest, dass sich fast 40% der Befragten für Neuigkeiten in Naturwissenschaft und Technik interessieren (ebd.). Aber nur etwa ein Viertel dieser sich Interessierenden gibt auch an, sich für gut informiert zu halten. Das ist erstaunlich, wenn man es mit anderen Interessensfeldern vergleicht. Jene, die Interesse an Sport oder Politik angeben, halten sich in diesem Feld meist auch für gut informiert. Ist die Distanz, das Nicht-Verstehen, ja vielleicht sogar das elitäre Verstehen („Nur wenige besonders intelligente Menschen können das begreifen“) vielleicht sogar ein integraler Bestandteil dessen, was „Naturwissenschaft“ in der Gesellschaft ausmacht? Die Distanz drückt sich ja auch in dem oben beschriebenen Menschenbild aus: Naturwissenschaftler sind sonderlich und besonders – aber eher nicht wie man selbst.

Problematisch, richtig problematisch, wird es dann, wenn man bedenkt, dass zu diesem Naturwissenschaftsbild neben der Distanz zum Eigenen auch die Vorstellung gehört, dass die Naturwissenschaften absolut und unumstößlich Realität, d.h. Wahrheit in dieser Welt abbilden. Denn was bedeutet das denn? Es bedeutet, dass Menschen, die sich so sehen, zwar an eine Wahrheit glauben, aber von dieser abgeschnitten sind: „Es gibt zwar einen Schlag Menschen, der diese Wahrheit feststellen kann, der im Besitz dieser Wahrheit ist – aber die versteh' ich nicht: Ich gehöre da nicht dazu.“ Die Wahrheit über die Realität wird von einem elitären Expertenkreis in den

Labors erkannt, berechnet, festgestellt, verwaltet.

Das erinnert fatal an voraufklärerische Zeiten: Vor der Übersetzung der Bibel und vor den verschiedenen Reformationsbewegungen hatte lediglich eine kleine Priesterkaste Zugang zu der Wahrheit über diese Welt in ihrer schriftlichen Form. Der Großteil der Bevölkerung war von der Feststellung und Auslegung der Wahrheit ausgeschlossen und auf diese Priesterkaste angewiesen. Ihre Organisation, die Kirche, konnte Macht ausüben. Nicht umsonst hat sich die Kirche dieser Priester zu Beginn der Aufklärung mit Schwert und Flamme gegen die Naturwissenschaften verteidigt, die sich anschickten ihr diese Definitionsgewalt über die Wahrheit in der Welt zu entwenden.

Sind genau diese Naturwissenschaftler heute Teil der neuen Priesterkaste? Vielleicht wird es Zeit für eine zweite Aufklärung.

### *Aufklärung: Saddam Hussein in der Schule*

Ende 2003 wurde der Diktator Saddam Hussein im Irak gefangen genommen. Die Bilder des Bärtigen gingen um die Welt. Auf einem der Bilder sah man Saddam Hussein vor einer gekachelten Wand. Er sperrt den Mund auf. Ein glatzköpfiger Mann mit Latexhandschuhen untersucht seinen Mund: „... wahrscheinlich um eine DNA-Probe zu entnehmen.“<sup>11</sup>

In der Zeit davor hatte es viele Spekulationen über Saddams zahlreiche Doppelgänger gegeben.<sup>12</sup> Die Frage „Haben sie da jetzt überhaupt den richtigen erwischt?“ lag daher nahe. In den Medienberichten wurde zu dieser Frage auf einen DNA-Test verwiesen. Ein Beispiel aus der Süddeutschen Zeitung vom 14.12.2003 unter der Überschrift „Blair bestätigt Saddams Festnahme“:

„Soldaten hätten ihn fotografiert und ihm dann den Bart abrasiert. Danach seien erneut Bilder gemacht worden, ehe Experten mit der Gen-Untersuchung begonnen hätten. „Die DNA-Tests haben die Identität Saddam Husseins zu 100 Prozent bestätigt“, sagte Kanbar (Sprecher des irakischen Politikers Tschalabi).“<sup>13</sup>

Als Referendar in Physik habe ich meinen Schülern in der 11. Klasse solch

---

11 Zitat nach „The Tribune – online edition“ vom 15. Dez. 2003, in deutschen Zeitungen damals ähnlich.

12 In einem großen deutschen Wochenmagazin – wenn ich mich richtig erinnere war es der Spiegel – hatte ich dazu einen Cartoon gesehen: Ein amerikanischer Soldat zielt von einem Hubschrauber aus mit seinem Gewehr auf eine Wüstenoberfläche. Dort sieht man mehrere Saddam Husseins feixend herumlaufen.

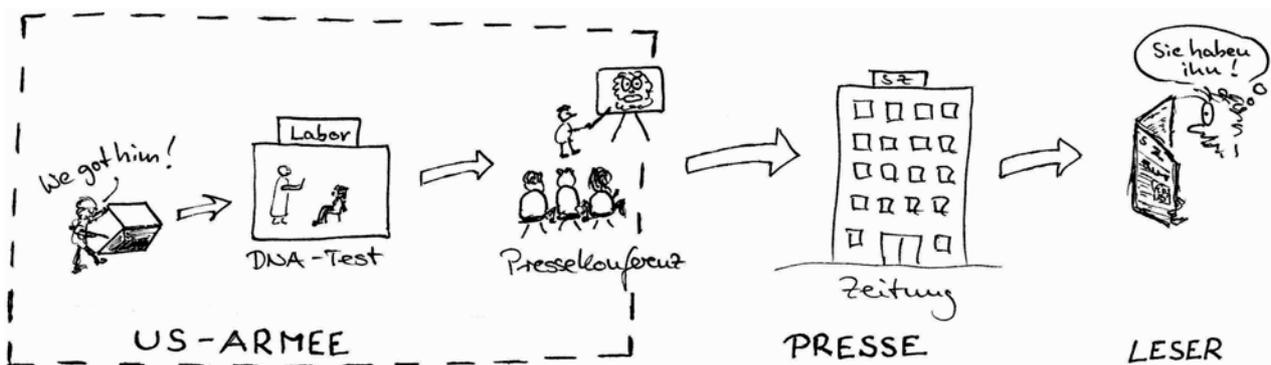
13 zu lesen unter <http://www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/510/23487/> (zuletzt am 27.09.2007).

einen Artikel aus der Zeitung über die Festnahme mitgebracht und sie gefragt:

„Na was denkt Ihr – ist er's?“. Die Antwort war einhellig: „Ja.“ Die Nachfrage „Wieso denkt Ihr das?“ ergab die Antwort: „Es gibt doch einen DNA-Test.“

Auf der langen Quertafel im Klassenraum habe ich dann links aussen die Situation der Festnahme Saddams skizziert, rechts einen Menschen der in der Zeitung liest. Ich habe die Schüler gebeten, die wesentlichen dazwischen liegenden Stationen zu zeichnen: „Hier gab es die Festnahme und dort lest Ihr davon in der Zeitung. Was ist dazwischen passiert, so dass Ihr glaubt, dass diese Festnahme wahr ist?“

Dabei ist z.B. folgendes Bild entstanden:



An dem Bild wurde den Schülern schlagartig deutlich, dass die Wahrheit der Nachricht keineswegs selbstverständlich ist: Sie brauchen Vertrauen in eine ganze Reihe von Zwischenstellen und Überbringern, um an die Wahrheit des Gelesenen zu glauben. Jetzt, wo das Dazwischen offen lag, konnten wir z.B. diskutieren, was passieren müsste, um das Vertrauen zu erhöhen. Ein Vorschlag der SchülerInnen war z.B. dass der DNA-Test in einem Labor hätte stattfinden müssen, welches unabhängig ist und nicht zur Armee gehört. Zudem wäre es sinnvoll gewesen, mehrere Quellen zu befragen und die Nachricht auf unabhängigen Wegen zum Leser laufen zu lassen. Es ist auch Vertrauen in die Überbringer notwendig, was die Frage nach der Zuverlässigkeit und Unabhängigkeit der genutzten Medien aufwirft. Eine Schülerin hat ausserdem festgestellt, dass – nachdem der DNA-Test ja ein Vergleichstest ist – für ein Vertrauen in die Wahrheit der Nachricht eigentlich die Information fehlt, woher das Vergleichsmaterial für den Test kommt.

Am Ende der Stunde hat mich ein Schüler gefragt, ob ich denn nun glaube, dass es Saddam Hussein ist. Tatsächlich denke ich, dass in diesem Fall die Antwort auf diese Frage vielleicht gar nicht so wesentlich ist. Natürlich hat es in dem Konflikt um den Irak eine Rolle gespielt, ob die USA Saddam gefangen nehmen konnten oder nicht: Seine Gefangennahme wurde den USA z.B. als Erfolg gegen Aufständische verbucht.

Viel wesentlicher ist aber die Frage, unter welchen Umständen die Menschen einer Gesellschaft bereit sind, etwas als „wahr“ zu glauben. Wenn nur der Verweis auf eine aktuelle naturwissenschaftlich-technische Methode genügt, um Wahrheit glauben zu machen, ist das bedenklich. Geht es nicht um Saddam Husseins Gefangennahme, sondern z.B. um die Zuverlässigkeit von Wahlcomputern oder die Kolateralschäden brisanter Technologien („grüne“ Gentechnik, Atomenergie, Nanotechnologie,...) ist es offensichtlich wichtig, dass Aussagen nicht einfach unhinterfragt hingenommen werden. Wenn unhinterfragt geglaubt wird, öffnet das dem Missbrauch von Macht Tür und Tor: Für die Sicherung und Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft ist es elementar wichtig, dass Transparenz, Unabhängigkeit, Kontrolle, Nachvollziehbarkeit, Überprüfbarkeit usw. eingefordert werden.<sup>14</sup>

Dazu braucht es aber ein weit verbreitetes Bewusstsein dafür.

Das Beispiel „Saddam Hussein in der Schule“ verdeutlicht, dass es möglich ist, solche Zusammenhänge in der Schule auch zu thematisieren und damit den Status der Naturwissenschaften als zu glaubende Expertenreligion anzugreifen. Dazu müsste man sich allerdings von Unterrichtsvorstellungen abwenden, die bei „Naturwissenschaft“ nur an den freien Fall, das Periodensystem, die Erblehre, usw., d.h. also an die Vermittlung der „reinen Fakten“ naturwissenschaftlichen Wissens denken. Dieses Denken verhindert gesellschaftliche Emanzipation, weil es sich der vielen Querverbindungen und Facetten des Themas nicht bewusst ist.

In den bisherigen Abschnitten wurden die Verwendung naturwissenschaftlicher Wahrheit und ihre unreflektierte Aufnahme in der Gesellschaft kritisiert. Dabei wurde deutlich, dass Naturwissenschaften in der Schule und gesellschaftliche Emanzipationsbewegungen durchaus etwas mit einander zu tun haben: Naturwissenschaftliche Symbole finden sich immer wieder dort, wo Menschen etwas unhinterfragt glauben gemacht werden soll. Naturwissenschaftsbilder in den Köpfen sind eng verknüpft mit der Frage nach Macht

---

<sup>14</sup> Vgl. dazu auch aktuell den „Krieg gegen den Terrorismus“ in welchem immer öfter für die Öffentlichkeit nicht überprüfbare Geheimdienstinformationen zur Begründung politischer Entscheidungen herangezogen werden.

oder Ohnmacht. Sie können also emanzipatorische Bewegungen behindern oder fördern. Schule könnte dabei versuchen, aufklärend zu wirken. Ein Unterricht, der zum Thema Naturwissenschaften nur Fachwissen vermitteln will, kann das aber nicht leisten.

Das nun folgende exemplarische Beispiel reißt die Oberfläche auf der Naturwissenschaften und gesellschaftliche Emanzipation scheinbar von einander getrennt sind noch ein ganzes Stück weiter auf:

## **2.2 Atome in der Gesellschaft.**

Atomenergie ist ein Thema, über das gerne physikalisch-technisch diskutiert wird. Es wird – eine Weile auch verstärkt durch Tschernobyl – über die Sicherheit von Kraftwerken und die Auswirkungen eines Unfalls, die Risiken und Begleitschäden des Normalbetriebs, den Fehlerfaktor Mensch, den Strahlenschutz, die Möglichkeiten der Deckung des Energiebedarfes aus alternativen Quellen, die Frage des anfallenden Strahlenmülls, die unsichere Endlagerung usw. diskutiert und gestritten. Das sind Fragen, die sich innerhalb des Rahmens aus Technik und exakten Wissenschaften sehr gut diskutieren lassen. Natürlich spielt auch hier z.B. die Unabhängigkeit der Diskussionsteilnehmer eine Rolle. Aber wenn man solche Randbedingungen mit einkalkuliert und z.B. versucht auf Unabhängigkeit der Diskutanten zu achten oder ihre Aussagen entsprechend zu bewerten, kann man den Eindruck bekommen, dass das Thema in einer mehr oder weniger technischnaturwissenschaftlichen Diskussion erschöpfend behandelt werden könnte.

Im Jahr 2001 fuhr ich das erste Mal mit Freunden ins Wendland. Ich wollte meiner Ablehnung der Kernenergie friedlich Ausdruck verleihen und mir ein eigenes Bild von den jährlich stattfindenden Protesten machen. Ich dachte auch, dass ich als Physikstudent quasi „zuständig“ für das Thema wäre: Atomenergie, da geht's doch um Physik, oder? Als Physiker war ich in der Lage, meine ablehnende Position rational und vernünftig zu begründen. Ich kannte die Faktenlage: Die schalen und fehlerhaften Argumente der Befürworter konnten mich nicht beeindrucken. Also wollte ich mich in die Auseinandersetzung um die Atomenergie mit einbringen.

Der Anblick der knapp 16.000 Polizisten, die zu Transportzeiten schwerpunktmäßig im Wendland operieren und der Lärm der fünf Transport-Hubschrauber im Himmel über mir hat mir im Herbst 2001 schlagartig bewusst gemacht: Das hier hat nichts mit Physik zu tun!

Aber trotzdem hatte es offensichtlich etwas mit Atomenergie zu tun und auch mit der Gesellschaft, der Welt, bzw. der Realität in der ich lebe. Zu den für mich neu sichtbaren Erscheinungen des Phänomens „Atomenergie in der Welt“ gehörte nun auch der immense Aufwand, mit dem der Staat einen einzelnen Atommüll-Transport zu einem vorläufigen Zwischenlager durchsetzt. Das kann ganz offensichtlich in einem technisch-naturwissenschaftlichen Bezugsrahmen (in welchem gemessene Grenzwerte und medizinische Wirkungen, Sicherheitsberechnungen, wahrscheinliches Risiko, notwendige Lagerzeiten, etc. verhandelt werden) gar nicht beschrieben werden.

Mir wurde klar: Die rein naturwissenschaftlich-technische Seite eines Phänomens wie der Atomenergie ist im Prinzip eher unspektakulär und eigentlich auch immer wieder recht schnell geklärt. Sie kann aber die Realität von „Atomenergie“, welche mir begegnet, nicht wesentlich beschreiben.

Das Fass, das durch diese Erkenntnis aufgemacht wird, ist groß. Darin stecken zwei Aspekte. Der eine könnte als *interdisziplinär und vernetzt* beschrieben werden: Das „hybride“ (Latour 1998) Phänomen „Atomenergie in der Gesellschaft“ besitzt rechtliche, innen- und außenpolitische, entwicklungsgeschichtliche, wirtschaftliche, militärische, ... Facetten, die unter einer einseitigen (z.B. der rein naturwissenschaftlich-technischen) Sichtweise nicht verstanden werden können. Der andere könnte als *Begegnung mit mir selbst* beschrieben werden.

### *Der Aspekt ‚interdisziplinär und vernetzt‘*

Was den Aspekt *interdisziplinär und vernetzt* betrifft, so wechselwirken die einzelnen Facetten eines Phänomens untereinander und mit der Gesellschaft, in die das „Hybrid“ eingebettet ist. Carl F. von Weizsäcker oder R. Jungk beschreiben interdisziplinäre und vernetzte Sichtweisen auf das Thema Kernenergie (Weizsäcker 1979; Jungk 1999)<sup>15</sup>. Ein Beispiel: Ein Atomkraftwerk produziert heute, wenn es läuft, für seinen Betreiber etwa 500.000 € Gewinn (!) am Tag.<sup>16</sup> Das kann schlecht mit der Physik oder Technik der Kernenergie begründet werden. Der Gewinn hat Gründe in der historisch

---

15 Weizsäcker schreibt in seinem Artikel bereits 22 Jahre vor dem 11.9. 2001 von der Möglichkeit terroristischer Anschläge auf Kernindustrieanlagen.

16 Auskunft der Öffentlichkeitsarbeit bei einem Besuch im Kraftwerk Esensham.

gewachsenen Privilegierung der Kernenergie.<sup>17</sup> Über eine kompliziertere Kette ist dieser Gewinn (der nur an wenigen Orten in der Gesellschaft anfällt) aber heute vielleicht eine der Ursachen dafür, dass der Staat die Atomtransporte so vehement verteidigt. Solche Wirkungen des Gewinnes können ebenfalls nicht durch Physik oder Technik erklärt werden. Im Gegenteil: Der Gewinn hat ganz sicher sogar Einfluss auf die öffentlichen Diskussionen über Atomkraftwerke, also auch auf die technisch-naturwissenschaftlichen Diskussionen im öffentlichen Raum.<sup>18</sup> Nur um die Ohnmacht eines rein technischen Diskussionsrahmens endgültig deutlich zu machen: Wenn sich die Diskussion im öffentlichen Raum zu viel um technische Details dreht, verschleiert das die Existenz und Wirkmächtigkeit anderer wesentlicher Aspekte des Themas Kernenergie. Dass die ausschließlich naturwissenschaftlich-technische Diskussion damit womöglich sogar so etwas wie eine Bestandsschutzgrundlage für die außerhalb ihrer selbst wirkenden, sehr realen aber verdeckten Phänomene sein kann, kann sie nicht begreifen. Dazu müsste sie sich selbst hinterfragen.<sup>19</sup>

Der Aspekt *interdisziplinär und vernetzt* lässt sich auf viele moderne Hybrid-Phänomene übertragen. Klimaerwärmung, Gentechnik, Weltraumforschung, Computertechnologie, Autoentwicklung, Medizin, gesellschaftlicher Fortschritt u.v.a. sind solche Phänomene, die recht gerne den Naturwissenschaften oder der Technik zugeordnet und in deren Bezugsrahmen erklärt werden. Nur an einem Beispiel: Wer denkt bei der Frage „Wie wird die Klimaerwärmung verursacht?“ nicht an CO<sub>2</sub> und den Treibhauseffekt? Das ist aber nur die naturwissenschaftliche Seite der Erklärung. Genauso könnte man die Klimaerwärmung in einem globalwirtschaftlichen Rahmen erklären: Die dominierenden Wirtschaftsweisen (welche die Konkurrenz der Volkswirtschaften, die vergleichsweise Freiheit des Investitionskapitals und das Wachstum der Stoffumsätze mit sich bringen) sind verantwortlich für den Klimawandel und dafür, dass sich die Menschheit schwer tut, das Problem zu erkennen und in den Griff zu bekommen. Unter einer histori-

---

17 Atomenergie wurde als eine der Schlüsseltechnologien für die militärische, technologische und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft angesehen. Vgl. dazu die Präambel des Euratom-Vertrages von 1957: „(die Unterzeichner) sind entschlossen, die Voraussetzung für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen, welche ... die Technik modernisiert und auf zahlreichen anderen Gebieten zum Wohlstand ihrer Völker beiträgt.“ (Euratom 1957) Der Euratom-Vertrag war eine der drei Säulen der frühen Europäischen Gemeinschaft und gilt bis heute.

18 Bevor ein Unternehmen riskiert durch einen Atomausstieg 500.000 € Gewinn am Tag zu verlieren, wird es das Geld einsetzen. Alleine die legalen Möglichkeiten über Werbekampagnen, bezahlte Studien, Pressearbeit etc. dürften einen ziemlich großen Einfluss nehmen können.

19 Eine der Fragen dazu könnte lauten: „Wieso diskutieren wir eigentlich darüber? Wer oder was macht uns das diskutieren?“

schen Brille könnte man den Klimawandel als Spätfolge des Kolonialismus begreifen<sup>20</sup> etc.

Eine Schule, die darauf besteht, Unterricht ausschließlich in abgegrenzten Fächern zu unterrichten, beteiligt sich an der Ohnmacht, die resultiert wenn durch einseitige Betrachtung Wesentliches der gesellschaftlichen Phänomene verdeckt wird.

### *Der Aspekt ‚Begegnung mit mir selbst‘*

Neben diesem vernetzten und interdisziplinären Aspekt, gibt es aber auch jenen der *Begegnung mit mir selbst*: Im Wendland wurde mir z.B. „am eigenen Leibe“ (zur Lippe 1978) klar, dass die Auseinandersetzung über eine Sache nicht nur etwas mit dem Wissen über die Sache zu tun hat, sondern z.B. auch etwas mit dem eigenen Körper und der sozialen Eingebundenheit: Man kann sich in der Sache – sowohl was den Gegenstand des Protestes als auch was die gegebene Rechtsgrundlage des eigenen Verhaltens betrifft – sehr sicher sein und fühlt sich plötzlich mit einem Mal doch *körperlich* unsicher, wenn fünf Hubschrauber im Himmel knattern und wieder etwas sicherer, wenn ein guter Freund neben einem steht.

Eigentlich sind diese Beziehungen etwa zwischen Körper und Geist oder Denken und Umfeld etwas, das jeder aus seiner eigenen Erfahrung gut kennt. Z.B. aus Prüfungssituationen in Schule und Hochschule: Da muss man sich erst „warm reden“ in der veränderten Situation einer Einzelprüfung. Manch einer hat sogar Totalausfälle, obwohl er sonst nicht auf den Kopf gefallen ist und eigentlich alle Argumente kennt.<sup>21</sup>

Es hilft also nichts, wenn man theoretisch alles über ein Thema weiß, es vielleicht sogar interdisziplinär erfassen kann: Man muss es auch vertreten können. Der Körper ist dabei die vermittelnde Instanz der Vertretung in der Welt. Und so begegnet man zwangsläufig sich selbst: Seinen Ängsten und Freuden, seinen Schwächen und Stärken, seinen Eingebundenheiten und Freiheiten, seinen Unzulänglichkeiten und Fähigkeiten, seinen Bedingungen und Bedürfnissen. In einer hitzigen Debatte z.B. kommt es auch auf einen kühlen Kopf an, auf Haltungen, auf Stil, auf körperliche Erscheinungs-

---

20 Wo liegen die meisten Erdölvorräte und wieso hat der industrialisierte Westen einen nahezu ungehinderten Zugriff darauf?

21 Hirnforscher und Psychologen können inzwischen bis auf Molekularebene hinunter sehr konkrete und zum Teil verblüffend einfache Modelle für manche der komplexen Wechselwirkungen zwischen Körper, Gehirn und Umfeld angeben. Eine dieser einfachen Erklärungen ist: Unter Stress von außen legt das Gehirn – als eine Art Notprogramm – seine höher entwickelten, entwicklungsgeschichtlich jüngeren Teile zeitweise quasi still: Sie sind für Flucht, Angriff oder Starre eher hinderlich. Mit dem Stammhirn kann man aber nicht rational, kreativ oder multiperspektivisch denken. Vgl.: Hüth 2005, 2006a, 2006b.

formen, auf Selbstbewusstsein, auf das, was man vom nächsten Tag erwartet, auf die Menschen, die neben einem stehen, auf Erfahrungen. Die Sache ist damit immer eng verwoben mit diesem *Selbst*: Während ich diesen Artikel hier schreibe – um eine Sache zu entwickeln und zu vertreten – muss ich Disziplin finden, um schreiben zu können. Ich muss wissen, was ich brauche um arbeiten zu können und muss meinen Umgang mit diesen Bedingungen gefunden haben, einen Weg sie herzustellen.

„Es gibt kein wirkliches Wort, das nicht gleichzeitig Praxis wäre.“, sagt Paulo Freire (Freire 1990, 71). Beides, Reflexion und Handeln, sind verwoben: „Wenn ein Wort seiner Aktionsdimension beraubt wird, leidet automatisch auch die Reflexion ... Es wird dann zu einem leeren Wort, das nicht mehr in der Lage ist, die Welt zu kritisieren“. Die Trennung des Wortes von der Vermittlung, vom Handeln führt zu Ohnmacht.

Für die Zivilgesellschaft, für das Ringen um Macht, Gerechtigkeit, Emanzipation und Demokratisierung ist die Verbindung zwischen Handeln und Reflektieren, zwischen Wissen und Wahrheit und ihrer Vermittlung in die Gesellschaft elementar. Das gilt auch – und in unserer hochtechnologisierten Gesellschaft in besonderem Maße – für naturwissenschaftliches Wissen.

Damit die Beziehungen begriffen, gelebt und entwickelt werden können, müssen sie aber erfahren werden. In der herkömmlichen Schule, mit ihrem normalen Unterricht, mit ihrem Selbstverständnis als „Lehranstalt“ findet das nicht statt.

### **3. Zusammenfassung**

Am Anfang dieses Artikel stand die Fragestellung „Was hat der Naturwissenschaftsunterricht mit Zivilgesellschaft zu tun?“. Anhand exemplarischer Beispiele und Studien über das Schülerverständnis von Naturwissenschaften wurden nacheinander drei Aspekte entfaltet, die sich als relevant erweisen:

1. Der Glaube, die Naturwissenschaften enthielten schwer zu durchschauende und entfernte, aber absolute, omnipotente, unbedingte „Wahrheiten an sich“ führt zu Ohnmacht gegenüber dieser Wahrheit und ihren Vertretern.
2. Die rein naturwissenschaftlich-technische Beschreibung vieler moderner Phänomene verhindert, dass sie vollständig begriffen werden kön-

nen. Das führt zu Ohnmacht gegenüber diesen Phänomenen.

3. Wenn Wissen und Handeln in Schule und Gesellschaft nicht in Zusammenhang gebracht werden, folgt aus dieser Trennung ein Mangel an (Selbst-)Erfahrung, wie beide verbunden werden können. Diese fehlende Erfahrung führt zu einer Ohnmacht im Handeln.

Alle drei Aspekte sind in einer Gesellschaft, die von Naturwissenschaften und Technik durchsetzt ist eine schwerwiegende Belastung für die Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie. In allen drei Aspekten können Schule und ihr Naturwissenschaftsunterricht die Ohnmacht festigen oder versuchen aufklärend und emanzipierend zu wirken. Aus allen drei Aspekten lassen sich Forderungen entwickeln für den Unterricht in der Schule:

1. Unterricht über Naturwissenschaften darf nicht bei der Vermittlung naturwissenschaftlichen Wissens stehen bleiben! Er sollte auch Wissen über das Wesen der Naturwissenschaften, d.h. über ihre Prozesse und Bedingungen und ihre Wechselwirkungen mit der Gesellschaft vermitteln.
2. Naturwissenschaftlicher Unterricht darf nicht in seinen Fachgrenzen stehen bleiben! Schüler müssen lernen können, dass sie die Phänomene der Welt erst aus einer Vielzahl unterschiedlichster interdisziplinärer und vernetzter Perspektiven heraus wirkungsvoll begreifen können.
3. Naturwissenschaftlicher Unterricht darf nicht bei der Vermittlung von Sachwissen oder „Stoff“ stehen bleiben! Schule muss Raum bieten für (Selbst-)Erfahrung, damit Wissen und Handeln verbunden werden können.

Es ist vorstellbar, dass die ersten beiden Forderungen noch durch Modifikationen des herkömmlichen Unterrichtes und seiner Schule erreicht werden könnten: Die erste Forderung lässt an eine Veränderung der Lehrpläne denken, in denen – neben einer Vermittlung des naturwissenschaftlichen Wissens – nun auch noch das Wissen über das Wesen der Naturwissenschaften in der Gesellschaft hinzukommt. Die zweite Forderung lässt an fächerübergreifende Projekte und Themeneinheiten denken. Das würde bereits den Rahmen des klassischen Fachunterrichtes sprengen: Schulen müssten überlegen, wie sie sich organisieren können, damit Projekte und Themeneinheiten Normalität und nicht nur ein Feigenblatt, ein Anhängsel alten Praxis oder der außergewöhnlich engagierte Ausnahmefall

werden.<sup>22</sup> Eine Reorganisation des Lehrerzimmers (z.B. in Jahrgangsteams, die eng zusammenarbeiten können) wäre vielleicht hilfreich.

Die dritte Forderung jedoch lässt sich kaum im herkömmlichen Unterricht unterbringen. Soll Schule Raum für Selbsterfahrung bieten, um das Handeln, die Verbindung von Aktion und Reflexion (Freire), zu entwickeln, wird sie sich – zumindest in Teilbereichen nach Innen demokratisieren und nach Außen in die Gesellschaft hinein öffnen müssen.<sup>23</sup> Sie wird ihr Selbstverständnis von einem Ort der Lehre abstrakter Fächer zu einem Ort des Lernens für Menschen in der Gesellschaft verändern müssen. Eine Schule, ein Schulsystem, das sich selbst in einer demokratischen Gesellschaft ernst nimmt, muss sich auf die Suche nach den praktischen Wegen dazu machen.

Schule muss dann *die Menschen stärken, die Sachen klären* (vgl. Hentig 1985). Sie soll dann ein Ort des Lernens sein für Menschen, die in einer demokratischen Gesellschaft leben und diese gestalten. Sie soll ihre Emanzipation, ihr Erwachsenwerden begleiten. Das bedeutet wahrscheinlich Coaching und Mathetik<sup>24</sup> und weitaus weniger Didaktik und Instruktion. Das darf auch am naturwissenschaftlichen Unterricht nicht vorbeigehen.

Noch ein Nachsatz: Gerade der dritte der oben genannten Punkte hat interessante Querverbindungen zu einem anderen Problem der deutschen Schullandschaft: Das deutsche Schulsystem selektiert seine Schüler stark nach Herkunft.<sup>25</sup> Körperliches, Psychosoziales, Kultur, etc. wechselwirken mit unserem rationalen Denken und Argumentieren über eine Sache. Das wird im Schulsystem ausgeblendet: Leistungstest z.B. finden völlig ohne Berücksichtigung etwa der familiären Situation der Schüler statt. Ob sich jemand mit Mathematik oder Physik beschäftigen kann, hängt ja z.B. auch an dem emotionalen Halt, den er von Zuhause bekommt oder nicht bekommt. Oder an der Kultur, die in seinem Umfeld herrscht: Damit meine ich nicht die Anzahl der Buchregalmeter seiner Eltern, sondern ob er lernen konnte, wie man lernt und ob es jemanden gibt, der ihm vorlebt, wie man mit Lebensentscheidungen umgeht. Ob jemand sein gelerntes Wissen wirkungsvoll vertreten kann, hängt schließlich z.B. auch noch von seinen sprachlichen Fähigkeiten ab.

---

22 Projektwochen sind in Schulen vielfach zu solch einem Feigenblatt, Anhängsel oder Lückenfüller verkommen. Das es anders geht, zeigt z.B. der Projektunterricht an der Reformschule Kassel, einer staatlichen Versuchsschule (vgl. Geig 2005).

23 Nicht für Coca-Cola, sondern für Projekte der Schüler, die in die Gesellschaft hinein wirken.

24 Mathetik bezeichnet die Kunst des Lernens – auffallend, dass dieses Wort im Vergleich zu „Didaktik“ (der Kunst des Lehrens) kaum jemand kennt.

25 Zuletzt wieder festgestellt durch PISA oder in einem Bericht des UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Bildung.

Der elitäre Zweig des deutschen Schulsystems, das Gymnasium, blendet die Frage nach den Bedingungen in denen Schüler stecken i.d.R. fast völlig aus: Dort kann ein Fachlehrer froh sein, wenn er es schafft die Namen seiner 300 jährlich wechselnden Schüler auswendig zu lernen.<sup>26</sup> Wenn der Lehrer aber systembedingt die Schüler und ihre Bedingungen jenseits ihres Namens kaum kennt, ist der Rückzug auf das vermeintlich objektive Fachwissen vorprogrammiert.

Und dann wird „streng objektiv“ nach Leistung selektiert: Die „Unabhängigkeit“ des Wissens von den körperlichen, psychosozialen, kulturellen Bedingungen der Menschen, die da propagiert wird, benachteiligt die, die sowieso benachteiligt sind. Es ist dann kein Wunder wenn das deutsche Schulsystem – zuletzt wieder festgestellt bei PISA – weltweit mit am stärksten nach sozialen Vorbedingungen der Schüler selektiert.

## Literatur

von Weizsäcker, Carl Friedrich: Die offene Zukunft der Kernenergie, in : ders.: Der bedrohte Friede. Hanser Verlag 1981.

Freire, Paulo: Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit, Rowohlt 1990.

Geiger, Michael: Projektunterricht an der Reformschule Kassel – exemplarisch am Projekt „Energie“, Reformschule Kassel, 2005. (im Erscheinen; zu beziehen bei mir. Kontakt: [mail2mg@web.de](mailto:mail2mg@web.de)).

von Hentig, Hartmut: Die Menschen stärken, die Sachen klären. Ein Plädoyer für die Wiederherstellung der Aufklärung. Reclam-Verlag, Stuttgart 1985

Hoettecke, Dietmar: Die Vorstellungen von Schülern und Schülerinnen von der Natur der Naturwissenschaften. ZfDN; Jg. 7, 2001 (p. 7-23).

Hüther, Gerald : Biologie der Angst. 7. Auflage, Vandenhoeck 2005a.

Hüther, Gerald : Die Macht der inneren Bilder. 3. Auflage, Vandenhoeck 2005.

Hüther, Gerald : Bedienungsanleitung für ein menschliches Gehirn. Vandenhoeck 2006.

Jungk, Robert: Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit. Heyne 1991.

Latour, Bruno: Wir sind nie modern gewesen. Fischer 1998.

---

<sup>26</sup> Die meisten Gymnasiallehrer behelfen sich da zur Zeit mit Digitalphotos, die sie ausdrucken und auswendig lernen.

Priemer, Burkhard: Deutschsprachige Verfahren der Erfassung von epistemologischen Überzeugungen. ZfDN; Jg. 12, 2006, 159-175.

Lippe, Rudolf zur: Am eigenen Leibe. Zur Ökonomie des Lebens. Syndikat 1978.

Suhr, Wilfried: Zum Naturwissenschaftsbild von Laien. In : Quer zu den Disziplinen – Beiträge aus der Sozial-, Umwelt- und Wissenschaftsforschung. Offizin Verlag, 1997.

